



3. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 6. Juli 2005

Mitteilungen der Präsidentin	27	4 Ausbildung im Steinkohlebergbau: Eine berufliche Perspektive für junge Menschen im Ruhrgebiet	
Verpflichtung des Abgeordneten Horst Engel (FDP)	27	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/16	
1 Vorstellung und Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung	27	Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/39	43
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers ...	27	Marc Jan Eumann (SPD)	43
2 Aktuelle Stunde		Christian Weisbrich (CDU)	44
<u>Thema:</u> Keine Mehrwertsteueranhebung - sozial gerechte Steuerpolitik für NRW!		Reiner Priggen (GRÜNE)	45
Antrag der Fraktion der SPD gemäß § 90 Abs. 2 GeschO	28	53	
Hannelore Kraft (SPD)	28	Dietmar Brockes (FDP)	46
Volkmar Klein (CDU)	30	Minister Karl-Josef Laumann	48
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	32	Sören Link (SPD)	50
Angela Freimuth (FDP)	33	Ministerin Christa Thoben	51
Minister Dr. Helmut Linssen	35	Dr. Axel Horstmann (SPD)	53
Gisela Walsken (SPD)	37	<i>Ergebnis</i>	54
Christian Weisbrich (CDU)	38	<i>(Siehe auch Anlage 1)</i>	
Rüdiger Sagel (GRÜNE)	39	5 Chaos für Schulen und Kommunen verhindern - Schulentwicklungsarbeit von Kollegien, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern wertschätzen	
Christian Lindner (FDP)	40	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/12	
Hans-Willi Körfges (SPD)	42	<u>In Verbindung damit:</u>	
3 Bestellung der Ausschüsse des Landtags		Auslese und unfairen Wettbewerb in NRW verhindern	
Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP Drucksache 14/22	43	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/18	
<i>Ergebnis</i>	43		

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/33.....	55
Sigrid Beer (GRÜNE)	55
Ute Schäfer (SPD).....	57
Bernhard Recker (CDU).....	59
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).....	61
Ministerin Barbara Sommer.....	62
Klaus Kaiser (CDU).....	65
Wolfgang Große Brömer (SPD)	67
Ralf Witzel (FDP).....	68
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	69
<i>Ergebnis</i>	69
<i>(Siehe auch Anlage 2)</i>	

6 Geplante übereilte Abschaffung des Faches "Naturwissenschaften" stoppen - Parteitaktische Blockierung gefährdet die notwendige Stärkung naturwissenschaftlicher Bildung

Eilantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/27.....	70
Ute Schäfer (SPD).....	70
Klaus Kaiser (CDU).....	71
Sigrid Beer (GRÜNE)	72
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).....	74
Ministerin Barbara Sommer.....	75
<i>Ergebnis</i>	76

7 Kein Aushöhlen der Tarifautonomie - Bewährte Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe sichern

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/19.....	76
Rainer Schmeltzer (SPD).....	76
Norbert Post (CDU).....	78
Barbara Steffens (GRÜNE).....	80
Dietmar Brockes (FDP)	81
Minister Karl-Josef Laumann.....	82
Rudolf Henke (CDU)	85
Rainer Bischoff (SPD).....	85
<i>Ergebnis</i>	86

8 Subventionen abbauen - jetzt! Abschaffung der Eigenheimzulage zustimmen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/15.....	87
Horst Becker (GRÜNE)	87
Volkmar Klein (CDU)	88
Gisela Walsken (SPD).....	89
Angela Freimuth (FDP).....	90
Minister Dr. Helmut Linssen	92
Bernhard Schemmer (CDU)	94
Rüdiger Sagel (GRÜNE)	95
Dieter Hilser (SPD)	96
<i>Ergebnis</i>	96

9 Chancengleichheit muss Ziel bleiben! ZVS nicht abschaffen, sondern mit der Kompetenz aus NRW den Hochschulzugang gestalten

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/14 - Neudruck	97
Karl Schultheis (SPD).....	97
Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	98
Bärbel Höhn (GRÜNE)	99
Christian Lindner (FDP).....	101
Minister Dr. Andreas Pinkwart.....	102
<i>Ergebnis</i>	104

10 Energie in Nordrhein-Westfalen: Investitionen und Arbeitsplätze sichern, Ausstoß von Treibhausgasen senken

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/17	104
Dr. Axel Horstmann (SPD)	104
Christian Weisbrich (CDU)	106
Reiner Priggen (GRÜNE)	107
Dietmar Brockes (FDP)	109
Ministerin Christa Thoben.....	110
<i>Ergebnis</i>	111

**11 Einsetzung einer Kommission zur Reform
der Nordrhein-Westfälischen Verfassung
(Verfassungskommission)**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/13..... 111

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 112
Ilka Keller (CDU) 113
Wolfram Kuschke (SPD) 114
Dr. Robert Orth (FDP) 114
Minister Dr. Ingo Wolf 115

Ergebnis..... 117

**12 Nachwahl von Mitgliedern und eines stell-
vertretenden Mitglieds des Ältestenrats**

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/20 - Neudruck..... 117

Ergebnis..... 117

**13 Nachwahl von Mitgliedern und eines stell-
vertretenden Mitglieds des Ständigen Aus-
schusses gemäß Artikel 40 der Landes-
verfassung**

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/21 - Neudruck..... 117

Ergebnis..... 117

14 Beschlüsse zu Petitionen

Übersichten 13/60 und 13/61 117

Ergebnis..... 117

Nächste Sitzung 117

Entschuldigt war:

Marianne Thomann-Stahl (FDP)
(ab 13:00 Uhr)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 3. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalens in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung hat sich eine Abgeordnete **entschuldigt**; ihr Name wird in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, der Chef der Staatskanzlei hat mir gemäß § 9 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 im April die **Haushaltssatzung des Landesverbandes Lippe für das Haushaltsjahr 2005** sowie zwei Durchschriften des Genehmigungserlasses des Innenministeriums übersandt mit der Bitte um **Kenntnisnahme**, die ich hiermit feststelle. Die Unterlagen können im Archiv eingesehen werden.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 1. Juli mitgeteilt, dass Herr **Horst Hubertus Engel** aus Pulheim, Reherweg 35, aus der Landesreserveliste der Freien Demokratischen Partei als Nachfolger des mit Ablauf des 30. Juni 2005 ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten Jan Söffing **Mitglied des Landtags** geworden ist.

Ich bitte Herrn Engel, zu mir zu kommen, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene **Verpflichtung** vornehmen kann.

(Die Abgeordneten erheben sich.)

Herr Engel, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

„Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

Herr Engel, ich heiße Sie als neuen Abgeordneten der 14. Wahlperiode herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Glück bei Ihrer Arbeit.

Horst Engel (FDP): Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, ich habe noch einen Hinweis zu unserer heutigen Tagesordnung. Die **Tagesordnungspunkte 6 und 7** sollen auf Wunsch der Fraktionen **getauscht** werden. - Ich sehe keinen Widerspruch. Somit haben wir die Tagesordnung gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung so geändert.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Vorstellung und Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung

Herr Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat mir mitgeteilt, dass er heute sein Kabinett vorstellen möchte. Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers das Wort. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe am 24. Juni 2005 gemäß Art. 52 Abs. 3 der Landesverfassung folgende Mitglieder der Landesregierung ernannt:

- zum Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie Herrn Prof. Dr. Andreas Pinkwart
- zum Finanzminister Herrn Dr. Helmut Linssen
- zur Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie Frau Christa Thoben
- zum Innenminister Herrn Dr. Ingo Wolf
- zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Herrn Karl-Josef Laumann
- zur Ministerin für Schule Frau Barbara Sommer
- zum Minister für Bauen und Verkehr Herrn Oliver Wittke
- zur Justizministerin Frau Roswitha Müller-Piepenkötter
- zum Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Herrn Eckhard Uhlenberg
- zum Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration Herrn Armin Laschet
- zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Herrn Michael Breuer

Herrn Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart habe ich zu meinem Stellvertreter bestellt, Herrn Staatssekretär Karsten Beneke zum Bevollmächtigten des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund. Den Landtagsabgeordneten Manfred Palmen habe ich zum Parlamentarischen Staatssekretär für Verwaltungsstruktur und Sport im Geschäftsbereich des Innenministers ernannt.

Präsidentin Regina van Dinter: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident.

Nach Art. 53 der Landesverfassung leisten die Mitglieder der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt vor dem Landtag einen Amtseid. Ich bitte nun die Damen und Herren Minister, zu mir in die Mitte des Plenarsaales zu kommen, damit sie den Eid vor dem Landtag ablegen können.

(Die Mitglieder der Landesregierung begeben sich zur Präsidentin. - Die Abgeordneten erheben sich.)

Meine Damen und Herren, ich werde Ihnen zunächst den Text des Amtseides vorlesen und bitte Sie, dann einzeln nach vorne zu treten und den Eid zu leisten. Der Eid lautet:

"Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP - Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Minister, ich darf Ihnen im Namen des Hohen Hauses herzlich gratulieren. Wir wünschen Ihnen allen eine glückliche Hand bei der vor Ihnen liegenden verantwortungsvollen Aufgabe zum Wohle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und zum Wohle unseres Landes Nordrhein-Westfalen.

(Vertreter der Regierungsfractionen sprechen den Ministerinnen und Ministern Glückwünsche aus und überreichen ihnen Blumensträuße.)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Aktuelle Stunde

Thema: **Keine Mehrwertsteueranhebung - sozial gerechte Steuerpolitik für NRW!**

Antrag
der Fraktion der SPD
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 4. Juli 2005 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin vonseiten der antragstellenden Fraktion der SPD Frau Kraft das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat diese Aktuelle Stunde

beantragt, um Klarheit über die Position der CDU in NRW in dieser wichtigen Steuerfrage zu erlangen.

Für eine Mehrwertsteuererhöhung sprechen sich zahlreiche Politikerinnen und Politiker aus der CDU/CSU aus, unter anderem die Ministerpräsidenten von Hessen und Sachsen, aber auch führende Vertreter der CDU-Bundestagsfraktion, etwa der Kollege Schauerte aus Nordrhein-Westfalen.

Auch das, was wir der Presse entnehmen können, ist durchaus widersprüchlich. Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich zitieren.

„Rheinische Post“, 12. Mai:

Herr Rüttgers, sind Sie dafür, die Mehrwertsteuer zugunsten der Sozialkassen zu erhöhen? - Nein, Steuererhöhungen in der jetzigen Stagnation sind Gift für die Konjunktur.

„Rheinische Post“ vom 24. Juni, ebenfalls Herr Rüttgers:

Ich halte überhaupt nichts von einer Debatte über höhere Steuern. Ich halte erst recht nichts davon, diese Steuern dann gleich dreimal auszugeben: für die Rente, für die Gesundheit und für das Sozialsystem.

Und als letztes Zitat eines von Herrn Stahl, „WZ“ vom heutigen Tage:

Ich bin nur dann dafür, wenn damit eindeutig und gleichzeitig die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Am Montag, meine Damen und Herren, steht die endgültige Entscheidung an, ob diese Forderung auch Eingang in das Wahlprogramm der Union findet. Meine Partei, die SPD, hat sich in dieser Frage in ihrem Wahlmanifest bereits eindeutig festgelegt. Sie ist gegen eine Mehrwertsteuererhöhung in der gegenwärtigen Situation.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für uns ist klar: Eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde angesichts der derzeit schwachen Binnennachfrage in die falsche Richtung weisen und die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung nachhaltig gefährden. Sie wäre darum Gift für die Wirtschaft in unserem Land und damit auch für die Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen.

Eine Anhebung der Mehrwertsteuer wäre aber auch und insbesondere sozial ungerecht. Sie würde überproportional die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen belasten und ganz beson-

ders Familien, von denen wir wissen, dass sie einen Großteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben müssen. Es gibt nicht wenige, die ihr gesamtes Familieneinkommen ausgeben müssen, damit sie überhaupt über die Runden kommen. Für sie bedeutet eine Preissteigerung durch Steueranhebung ganz konkret, dass sie sich noch weiter einschränken müssen, dass sie sich noch weniger leisten können, als das bisher der Fall ist.

Andere - auch das wissen wir - legen ihr Geld zurzeit lieber auf die hohe Kante; die Sparquote ist entsprechend hoch. Dafür gibt es viele Gründe. Die gefühlte Preissteigerung nach der Einführung des Euro ist einer davon. Die explodierenden Benzinpreise aufgrund der Preissteigerungen auf dem Weltmarkt spielen sicherlich auch eine große Rolle. Die wirtschaftliche Gesamtsituation trägt ebenfalls zur Kaufzurückhaltung bei.

Die eingeleiteten, aber notwendigen Reformen verunsichern die Menschen in unserem Land, und es wäre völlig falsch, in dieser Situation an der Preisspirale zu drehen. Wenn wir den Menschen das Gefühl vermitteln, dass sie für mehr privaten Konsum quasi bestraft oder abgezockt werden, dann erreichen wir keine Stärkung der Binnennachfrage, sondern das Gegenteil.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das gilt ungeachtet langfristiger Notwendigkeiten für Strukturveränderungen in unserem Steuersystem. Aber darum geht es den Befürwortern dieser Steuererhöhung nicht, und darum geht es der CDU nicht. Sie wollen die Mehrwertsteuereinnahmen anders verfrühstücken: Es geht um die Finanzierung der Kopfpauschale. Es geht um die Gegenfinanzierung weiterer Steuererleichterungen für die gut, besser und sehr gut Verdienenden in unserem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Pläne lehnen wir ganz entschieden ab. Senkung des Spitzensteuersatzes plus Kopfpauschale plus Mehrwertsteuererhöhung - das wäre eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. Und die ist mit uns nicht zu machen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zunächst zerschlagen Sie die bewährte Solidarsicherung. Der Generaldirektor und der Pförtner sollen dann den gleichen Betrag in die Krankenversicherung zahlen. Und dabei bleibt Ihnen dann noch eine Einnahmelücke von geschätzten 20 bis 25 Milliarden €. Sie wissen, dass Sie in der Öffentlichkeit bei den Wählerinnen und Wählern mit diesem unsoliden Konzept nicht durchkommen werden, wenn Sie keine Finanzierung anbie-

ten können. Und darum lassen Sie die Katze jetzt endgültig aus dem Sack. Die nach Ihrem Konzept notwendigen Steuerzuschüsse zur Krankenversicherung sollen durch eine Mehrwertsteuererhöhung quasi erwirtschaftet werden - wiederum durch die kleinen Leute!

Im Ergebnis bezahlen dann die Schwächeren in unserer Gesellschaft die soziale Sicherung der Starken mit. Das System würde auf den Kopf gestellt und pervertiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der heutigen Aktuellen Stunde möchten wir die Möglichkeit eröffnen, dass der Landtag ein gemeinsames und eindeutiges Signal an die anderen CDU/CSU-regierten Länder und die Kanzlerkandidatin der Union sendet. Wir begrüßen es außerordentlich, dass der Ministerpräsident unseres Landes sich gegen eine Mehrwertsteueranhebung ausgesprochen hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wie lange noch?)

Wir laden die Fraktionen hier im Haus ein, gemeinsam mit uns deutlich zu machen, dass mit Nordrhein-Westfalen eine Anhebung der Mehrwertsteuer nicht zu machen ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Helmut Stahl [CDU]: Donnerwetter!)

- Herr Stahl, wenn Sie sich eindeutiger äußern würden, bräuchten wir eine solche Debatte nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Genau!)

Ich habe mit Interesse der Presse entnommen, dass Sie, Herr Lindner, die Position auch für die FDP vertreten. Das ist bemerkenswert. Die Zeiten der demonstrativen Einigkeit bei den Verhandlungen der Koalition sind offensichtlich vorbei.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Die hat es noch nie gegeben! - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Posten sind gerade verteilt! Jetzt geht der Zoff los!)

Die Regierung ist gerade eine Woche im Amt, da ziehen Sie schon gedanklich die Koalitionskarte, quasi eine Drohung schon mal vorweg. Die Öffentlichkeit wird gespannt beobachten, wie sich das weiterentwickelt. Dessen können Sie sich sicher sein.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur diese Aktuelle Stunde beantragt, sondern wir haben auch einen Antrag gegen die Erhöhung der

Mehrwertsteuer für die Plenarsitzung in der kommenden Woche eingebracht. Bei der Abstimmung werden wir dann sehen, wer seinen Ankündigungen Taten folgen lässt.

Ich sage das ausdrücklich vor dem Hintergrund, dass der CDU-Bundesvorstand am kommenden Montag eine Erhöhung der Mehrwertsteuer als Programmpunkt beschließen will. Denn gerade eine breite Mehrheit im Landtag wäre wichtig, um diese falsche Weichenstellung noch zu korrigieren.

Ich fordere die CDU auf, ich fordere Sie auf, Herr Ministerpräsident, schon heute klar Position zu beziehen. Sie können nicht den Montag abwarten! Sie können sich nicht hinter Angela Merkel verstecken!

(Lachen von der CDU)

Der Ministerpräsident des größten Bundeslandes muss eine eigene Position beziehen und sie dann auch in den Gesprächen in der eigenen Partei durchhalten! - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Vielen Dank, Frau Kraft. - Ich gebe nun das Wort an den Abgeordneten Volkmar Klein. Bitte schön.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kraft, Sie haben ja vieles charmant vorgebracht. Aber trotzdem: Viel Getöse und der beginnende Wahlkampf sind auf jeden Fall dabei gewesen. Wenn man nun einmal versucht, dieses Getöse und den Wahlkampf ein bisschen beiseite zu schieben, dann gibt Ihr Beitrag in einigen Nebensätzen doch den Blick auf ein Bild unseres Landes frei, das in der Tat zutreffend ist:

Wir haben in unserem Land ganz erhebliche Probleme und müssen etwas tun, um unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und Nordrhein-Westfalen von seinen 110 Milliarden € Schulden und von seinen 5,2 Milliarden € Haushaltsdefizit in diesem Jahr - so viel steht im Moment auf dem Papier; hinterher wird das Defizit sicherlich eher bei 8 Milliarden € liegen - zu befreien.

Sie haben insofern Recht, als über Sozialabgaben und Steuern diskutiert werden muss, und zwar vor dem Hintergrund einer desaströsen Finanzlage in unserem Land und vor dem Hintergrund einer desaströsen Wirtschaftslage.

Sie als SPD haben traditionell immer an mehr Steuern gedacht, an mehr Steuern als einfachen Weg zum Abkassieren und haben das in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt.

(Beifall von der CDU - Ralf Jäger [SPD]:
Nennen Sie ein Beispiel!)

- Sie schütteln den Kopf, aber wie ist es denn mit dem Wasserentnahmeentgeltgesetz? Das ist doch Abkassieren!

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Wie ist es denn mit der Ökosteuern? Wie ist es denn mit der Tabaksteuer? - Alles Steuererhöhungen, um damit richtig abzukassieren, um damit Haushaltslöcher zu füllen.

Und wenn Sie jetzt irgendwo in einer ausgesprochen differenzierten Diskussion auch nur das Wort „Mehrwertsteuer“ hören, welches natürlich im Rahmen dieser Diskussion auch eine Rolle spielt, dann denken Sie direkt an Abkassieren und Steuererhöhungen, weil das Ihrer Tradition entsprechen würde. Aber das ist nicht unsere Tradition.

(Beifall von der CDU)

Das ist in der Vergangenheit immer der falsche Weg gewesen. Es ist vielleicht ein leichter Weg, um die Probleme vordergründig zuzudecken. Es ist eine süße Medizin, aber bei näherem Hinsehen ist das eben keine süße Medizin, sondern ein süßes Gift. Es wäre auf jeden Fall das völlig falsche Signal.

Stattdessen müssen wir alles daransetzen, um auf staatlicher Ebene Ausgaben zu begrenzen und Steuereinnahmen zu steigern, aber nicht zu steigern durch Steuererhöhungen, sondern durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall von der CDU und Dr. Gerhard Papke [FDP])

Und wenn wir uns dann anschauen, an was es denn liegt, dass Deutschland inzwischen die rote Laterne im europäischen Geleitzug der Wirtschaftsentwicklung trägt, woran es liegt, dass Nordrhein-Westfalen noch einen Tick schlechter abschneidet,

(Ralf Jäger [SPD]: An der Mehrwertsteuer, was?!)

dann müssen wir uns doch überlegen: Was müssen wir in der Politik ändern? Denn die Menschen in Deutschland sind nicht weniger fleißig als in anderen europäischen Ländern. Ganz im Gegen-

teil: Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit immer unter Beweis gestellt, dass wir in der Lage waren, bessere Ideen zu haben, schneller zu sein, wenn denn die Rahmenbedingungen entsprechend sind.

Gucken wir uns unser Land und seine Probleme an, dann zeigt sich, dass wir heute einfach eine viel zu starke finanzielle Belastung des Arbeitsverhältnisses durch Sozialabgaben und durch ein nicht optimal konfiguriertes Steuerrecht haben. Wir haben viel zu hohe Grenzsteuersätze bei einer international eher beklagenswert niedrigen Durchschnittsbesteuerung.

Diese Dinge müssen wir in einem Gesamtkonzept andenken und uns überlegen: Wie können wir unser Steuer- und Sozialabgabensystem so aufstellen, dass es eine weniger schädliche Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung entfaltet? Jetzt von vornherein ein Denkverbot in eine Richtung auszusprechen, das halten wir für etwas weltfremd. Bis zum Montag, meine Damen und Herren, können wir locker warten, nachdem über Jahre hinaus viel zu wenig passiert ist. Es wird dann wohl auch nicht schaden, noch bis zum Montag zu warten, also bis zu dem Zeitpunkt, zu dem wir ein geschlossenes System präsentieren, welches dokumentiert, wie es in Deutschland weitergehen wird.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir erreichen, dass die Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben intelligenter aufgestellt wird, als das heute der Fall ist, dann lassen wir uns nicht jetzt schon ein Denkverbot in Richtung Mehrwertsteuer auferlegen, weil es ja durchaus sein kann, dass die Gesamtwirkung wesentlich positiver ist, wenn wir beispielsweise die Menschen bei den Sozialabgaben über eine andere Finanzierung des Gesundheitssystems entlasten, wenn wir dazu kommen, dass die Krankheitskosten von Kindern eben nicht mehr von den Beitragszahlern und ihren Sozialabgaben, sondern von den Steuerzahlern, auch den reichen Steuerzahlern, getragen werden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen nicht die Steuerspirale nach oben drehen, sondern wir wollen die vielen Schrauben, die das Sozialabgabensystem, die das Steuersystem fest machen, in eine insgesamt bessere Lage bringen.

Beteiligen Sie sich am konstruktiven Nachdenken über unser zukünftiges System, und erlegen Sie sich nicht von vornherein ein Denkverbot auf! Wir wollen diese Dinge in der Zukunft konstruktiv ge-

meinsam mit Ihnen besprechen. Wir werden unser Konzept am Montag vorlegen und sind sicher, dass es besser sein wird als das, was in den letzten Jahren Deutschland und Nordrhein-Westfalen geprägt hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Vielen Dank, Volkmar Klein. - Als nächste Rednerin hat Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich beteiligen wir uns gern an der politischen Auseinandersetzung. Aber nun stellen Sie sich einmal vor, vor ein paar Monaten oder meinetwegen vor ein, zwei Jahren hätte die amtierende Bundesregierung aus wohlwogenen und sachlich nachvollziehbaren Gründen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ins Spiel gebracht. Sie wäre von der versammelten Öffentlichkeit in Scheiben geschnitten worden, meine Damen und Herren. Die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP hätten getobt, von unsozialer Politik schwadroniert, vor Wirtschaftsfeindlichkeit gewarnt und den Untergang des Abendlandes beschworen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber die Lage hat sich offensichtlich gewandelt. Die Neuwahlen zum Deutschen Bundestag vor Augen debattiert die Union nun munter drauflos. Selbst Wirtschaftsführer Hundt kann sich einen solchen Schritt vorstellen. Nur die Höhe scheint noch unklar. Der Griff in den Geldbeutel ist längst beschlossene Sache.

Was allerdings mit den Mehreinnahmen geschehen soll, das lassen Sie wohlweislich im Unklaren. Da wird weiter „gerüttelt“, da drückt sich die Union mit wachweichen Formulierungen. Aber genau da fangen die Unterschiede der Positionen an. Da entscheidet sich, was sozialverträglich, was zukunftsweisend, was verantwortlich ist und was nicht.

Ja, meine Damen und Herren, den Konsens zumindest scheint es hier zu geben: Unser Gemeinwesen braucht nicht weniger, sondern mehr Mittel für die notwendigen Aufgaben, um den Kindern und Kindeskindern nicht einfach den immer weiter wachsenden Schuldenberg herüber zu schieben.

(Zurufe von der CDU)

Fast allen Parteien ist klar: Steuersenkungen sind nicht drin. Nur die FDP, die Partei der Ellenbogen und windigen Steuermodelle, die die eigenen

Schulden durch dubiose Immobilienfonds von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlen lässt,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

glaubt, dass unser Gemeinwesen ohne Staat besser dran wäre nach dem Motto: Alle Macht dem Markt. - Klar, die Reichen brauchen keinen Staat. Die kommen auch ohne aus. Aber die 95 %, die nicht reich sind, die brauchen den Staat: für Bildung, für Sicherheit, für die Daseinsvorsorge, für Verbraucherschutz, für Kultur und vieles mehr.

Meine Damen und Herren, mit dem Ziel „Zurück in die Verantwortung“ besinnt sich die Union immerhin auf ein Mindestmaß an Realitätssinn und räumt deswegen alles ab, was sie in den letzten Jahren vertreten hat und was sie im Bundesrat blockiert hat: Subventionsabbau inklusive Eigenheimzulage und Pendlerpauschale zum Beispiel. Das haben Sie über Jahre blockiert - aus parteipolitischem Eigeninteresse, zum Schaden des Landes, nur um den Erfolg von Rot-Grün zu verhindern, ohne Rücksicht auf Verluste und ohne Rücksicht auf unseren Landeshaushalt!

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nun also sogar die Erhöhung der Mehrwertsteuer! Das ist übrigens - auch das sollte man sich vergegenwärtigen - ein konsequentes Ansetzen dort, wo Kohl aufgehört hat. In den 16 Jahren Kohl-Regierung ist die Mehrwertsteuer dreimal erhöht worden, von 13 auf 16 %. Und die FDP war immer dabei, meine Damen und Herren. Sie war immer dabei.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür werbe ich ebenfalls: Wenn es auch in Wahlkampfzeiten schwer fällt, so lohnt doch ein differenzierter Blick und keine einfache Skandalisierung. Wir wissen alle: Unser Gemeinwesen ist auf Steuern angewiesen. Deshalb ist ein politischer Steuerdumping-Wettbewerb nicht nur unehrlich, sondern schädlich.

Was ist das Problem unserer Wirtschaft? Die Steuerquote ist inzwischen niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Das ist also nicht das Problem. Das Problem ist die hohe Abgabenquote, sind die hohen Lohnnebenkosten. In der Bundesrepublik sind die hohen Lohnnebenkosten eine gravierende Hürde für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie sind eine Einstellungsbremse insbesondere für arbeitsintensive Branchen wie zum Beispiel im Dienstleistungsgewerbe. Sie sind sozial ungerecht, weil sie insbesondere untere

und mittlere Einkommen überproportional belasten.

Es ist also sinnvoll, die Verbrauchssteuern zu erhöhen und damit die Lohnnebenkosten zu senken. Aber das ist nicht neu. Das sagen wir Grüne seit zehn Jahren, und das haben wir in der Regierung an manchen Stellen auch durchgesetzt, gegen übelste Kampagnen von CDU und FDP, zum Beispiel durch die Ökosteuer, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klar ist doch: Ohne Ökosteuer läge der Rentenbeitrag um rund 2 % höher. Und nun eiern Ihre Leute im Bund auch an dieser Stelle herum. Der eine will sie erhalten, der andere abschaffen, aber nur, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Also: keine Klarheit! Ich gehe jede Wette ein, Herr Rüttgers - das tun Sie ja nicht so gerne -: Die Ökosteuer wird bleiben, genauso wie der Wassercents, den Sie vor der Wahl verteufelt haben und den Sie jetzt doch beibehalten. Herr Klein, herzlichen Glückwunsch zum Eigentor!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was aber, meine Damen und Herren, ist der entscheidende Unterschied zwischen der Ökosteuer und der Mehrwertsteuer? Die Ökosteuer schafft Anreize zu vernünftigem Handeln: Energieeinsparung, Klimaschutz, technische Innovation durch sparsame Autos. Sie hat eine ökologische Lenkungswirkung. Welche Lenkungswirkung hat die Anhebung der Mehrwertsteuer in der jetzigen Situation? Auf jeden Fall weniger Konsum. Das ist das Problem. In Zeiten einer lahmen Binnenkonjunktur wirkt eine Mehrwertsteuererhöhung völlig kontraproduktiv.

Meine Damen und Herren, deshalb stimme ich all denen zu, die sagen: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer jetzt schafft mehr Probleme, als sie löst. Das gilt erst recht, wenn man weiß, dass die Steuer in ihrer jetzigen Konstruktion sozial unangenehm ist und besonders Familien mit Kindern trifft. Sie dann noch zu nutzen für eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes oder für die Finanzierung einer unsozialen Kopfpauschale im Gesundheitswesen ist geradezu perfide.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hinzu kommt - da kann ich der Kommentierung in der „Rheinischen Post“ von vorgestern nur zustimmen -, dass die frühe Mehrwertsteuer-Ansage den Reformdruck auf unsere sozialen Sicherungssysteme mindert.

Meine Damen und Herren, die grüne Prioritäten-
setzung ist klar:

Erstens Subventionsabbau! Da können Sie heute Nachmittag bei unserem Antrag zeigen, wo Sie stehen, und Farbe bekennen.

Zweitens. Steuerschlupflöcher schließen, Steuerhinterziehung bekämpfen und Schwarzarbeit bekämpfen.

Drittens die höhere Besteuerung von hohem Privateinkommen - ich betone: Privateinkommen - und -vermögen. Denn starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Viertens Gleichbehandlung aller Unternehmen durch den Einstieg in ein duales System der Besteuerung.

Fünftens eine umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme mit einer solidarischen Bürgerversicherung, die mehr Qualität, mehr Wettbewerb und mehr Effizienz bringt.

Das ist der richtige Weg, die Beitragssätze zu senken, damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr Geld in der Tasche bleibt und damit die Unternehmen endlich mehr Arbeitsplätze schaffen.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident - Frau Kraft hat es zitiert - hat sich vehement gegen eine Mehrwertsteuererhöhung ausgesprochen. Die FDP jazzt das Thema zwecks Eigenprofilierung hoch. Warten wir einmal ab, wie lange das Wort gilt. Warten wir einmal ab, ob es nur bis zur Vorstellung des Programms gilt oder ob wir erst nach der Bundestagswahl hören, wie wirklich entschieden wird! - Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Löhrmann. - Als Nächste hat Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Löhrmann, Sie haben gerade gesagt: Die Schwachen brauchen den Staat. - Ja, die Schwachen brauchen die Solidarität dieser Gesellschaft; da stimme ich Ihnen völlig zu.

Aber ich finde es dann nahezu unverschämt, dass Sie sich dann hier so äußern - Sie, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, dass dieser Staat, dieses Land dermaßen heruntergewirtschaftet wurde, dass wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen sind.

(Beifall von FDP und CDU - Zurufe von der SPD: Oh! - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Liebe Frau Kollegin, das wird sicherlich an gesonderter Stelle noch einmal nachzuarbeiten sein.

Zum Thema Mehrwertsteuererhöhung! Die Mehrwertsteuer ist in der Tat eine der beständigsten Einnahmen und hat immer wieder Begehrlichkeiten geweckt. Selbst der ehemalige Finanzminister und Ministerpräsident Peer Steinbrück hat ebenfalls sehr mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer geliebäugelt. Das ist angesichts der leeren Haushaltskassen und der maroden Staatsfinanzen menschlich nachvollziehbar - in voller Übereinstimmung mit unserem Partner, der Union, kann ich versichern: Sie haben uns leere Kassen hinterlassen -, aber politisch falsch.

Deutschland und NRW leiden unter einer Rekordverschuldung, leiden unter einer Rekordarbeitslosigkeit, die massiv dazu beiträgt, dass die Steuereinnahmen geringer ausfallen, als sie bei einer verantwortungsvollen Politik für Wachstum, Innovation und Beschäftigung ausgefallen wären, meine Damen und Herren von SPD und Grünen. Das ist maßgeblich das Ergebnis Ihrer verfehlten Politik.

Die Mehrwertsteuer wird bekanntlich auf die meisten Güter des täglichen Bedarfs erhoben. Lange Zeit galt sie deswegen als unsozial, weil Bezieher kleinerer Einkommen einen höheren Anteil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben. Dieser Gedanke wird auch in der Begründung des Antrags auf eine Aktuelle Stunde angeführt. Mittlerweile haben einige Untersuchungen Zweifel daran ergeben, ob das überhaupt zutrifft. Denn gerade die Bezieher geringerer Einkommen geben einen verhältnismäßig höheren Anteil für Dinge aus, für die sie gar keine Mehrwertsteuer zahlen, wie z. B. Miete oder Mietnebenkosten. Außerdem sind Lebensmittel mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz ausgestattet.

Meine Damen und Herren, Steuererhöhungen sind Gift für die Konjunktur. Das haben wir in diesem Hause immer gesagt. Das haben auch die Kollegen im Deutschen Bundestag gesagt. Dafür sind wir von Ihnen in vielen Fällen verhöhnt und verlacht worden. Wir brauchen für Deutschland, für Nordrhein-Westfalen eine Gesamtkonzeption mit dem Ziel Abbau von Steuersubventionen und grundlegende Reform unseres Steuersystems - einfacher und gerechter mit niedrigerem Steuersatz -, damit wir zu einer deutlichen Nettoentlastung der Bürgerinnen und Bürger kommen. Deutschland und NRW müssen wieder Wettbe-

werbsstärke zurückgewinnen. Ansonsten wird es nicht gelingen, für Unternehmen Anreize zu schaffen, in neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu investieren.

Wir wollen - das hat sich auch nicht geändert - den Neuanfang im Steuerrecht. Wir wollen eine Einkommensteuer, die niedrig, einfach und gerecht ist, die den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig macht und von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert wird, weil sie sie bei ihrer Leistungsfähigkeit realistisch einschätzt und sie nicht überbordend in die Verantwortung nimmt.

Wir haben einen Drei-Stufen-Tarif - 0 %, 15 %, 25 % und 35 % - vorgelegt. Wir wollen für die Unternehmensbesteuerung rechtsformunabhängig auf der Stufe 25 % in Verbindung mit den vorherigen Stufen eine Grenze ziehen. Reformunabhängig, weil wir keine Privilegierung der Kapitalgesellschaften wollen. Wir wollen vielmehr, dass das Steuerrecht endlich rechtsformneutral ist und wir auf diese Art und Weise zu einer gerechteren, wachstumsorientierten und modernen Steuerpolitik kommen.

(Beifall von der FDP)

Ich bestätige Ihnen gerne, dass wir keine Anhebung der Mehrwertsteuer oder anderer indirekter Steuern benötigen - insbesondere keine isolierte. Jede Steuererhöhung belastet die Wirtschaft, hemmt Wachstum und behindert die Schaffung von Arbeitsplätzen, und nur die Absenkung der Steuerbelastung insgesamt gibt uns Spielräume für mehr Investitionen in Arbeitsplätze und für die dringend erforderliche Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen gemeinsam in diesem Haus und in der Bundesrepublik Deutschland die Anstrengungen verstärken, um in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland mehr Anreize für Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist eine soziale Politik.

Ziel der neuen Regierungskoalition und der neuen Landesregierung ist eine solide Haushalts- und Steuerpolitik und nicht das, was Sie in den vergangenen Jahren aufgelegt haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Schauen wir mal!)

Wir wollen keine Steuererhöhungen, wir wollen Subventionsabbau, wir wollen ein einfacheres und gerechtes Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen schaffen, um die Landeseinnahmen durch die Nettoentlastung der Bürgerinnen und Bürger wieder zu steigern. Und wir wollen wieder mehr Leute in Beschäftigung bringen. Wir laden auch

Sie von der SPD und den Grünen herzlich ein, daran mitzuwirken. Ich bin fest davon überzeugt, wir sind es den Menschen in diesem Lande schuldig, endlich die Probleme anzugehen, die Spielräume für die dringend notwendigen Reformen zu schaffen und nicht ständig mit isolierten Einzelmaßnahmen zu versuchen, irgendwelche Säue durchs Dorf zu treiben. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. - Herr Minister Dr. Linssen hat das Wort.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Da bin ich gespannt!)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon etwas überraschend, dass sich die SPD in Anbetracht der desaströsen finanziellen Verhältnisse, die wir im Land vorgefunden haben und die auch im Bund die entscheidende Rolle spielen, zu Beginn dieser Legislaturperiode ausgerechnet ein finanzpolitisches Thema vorgenommen hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich hätte vermutet, dass Sie sich irgendetwas anderes aussuchen. Dass Sie ausgerechnet Ihre Achillesferse offen legen wollen, ist wirklich verwunderlich.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie einen Vorschlag!)

Eine Koalition, die im Ergebnis ständig verfassungswidrige Haushalte vorgelegt hat, ...

(Hannelore Kraft [SPD]: Ach!)

- Ich kann Ihnen das, Frau Kraft, noch genauer vorführen: Wenn Sie den Haushalt 2003 mit 3,4 Milliarden € Schulden einbringen - gerade unter der Verfassungsgrenze - und bei 6,6 Milliarden € landen, wenn Sie den Haushalt 2004 mit 4,9 Milliarden € einbringen - Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts - und bei 6,7 Milliarden € landen, wenn Sie den Haushalt 2005 mit 3,7 Milliarden € einbringen, über einen Nachtrag auf 5,2 Milliarden € kommen, und nach allem, was wir wissen, werden wir sicherlich bei 7 Milliarden € landen, wundert es mich, dass Sie überhaupt noch von finanzpolitischer Solidität sprechen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass wir überhaupt über die Mehrwertsteuer diskutieren, liegt ja schließlich auch daran, dass of-

fensichtlich das strukturelle Defizit in Berlin noch größer ist als hier.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist scheinheilig!)

- Herr Kollege, dann erklären Sie das doch gleich. Sie haben sicher später noch das Wort.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist scheinheilig!)

- Das Wort „scheinheilig“ hören wir hier im Plenum nicht so gern.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich auch nicht damit beschäftigen, welche führenden Leute gerade bei der SPD dieses Instrument der Mehrwertsteuer immer angepackt haben, weil sie sich gedacht haben: Wir liegen bei den 25 Ländern in Europa an der 22. Stelle, was ihre Höhe angeht, eben ganz unten bei einer Spreizung von 15 bis 25 %, und dann liegt es natürlich nahe, so etwas zu machen.

Frau Löhrmann hat hier begonnen, indem Sie die Frage gestellt hat, was wohl passiert wäre, wenn SPD und Grüne vor ein paar Jahren darüber gesprochen hätten. Sie haben darüber gesprochen. Sie haben zum Beispiel darüber gesprochen, ob man den ermäßigten Satz nicht bei bestimmten Dingen ausnehmen könnte.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aber dass das Thema dringender geworden ist, liegt natürlich auch daran, Frau Löhrmann, dass wir gegenüber einem Zeitraum von vor drei oder vier Jahren mittlerweile durch Rot-Grün katastrophale Verhältnisse im finanzpolitischen Sektor herbeigeführt bekommen haben.

(Beifall von CDU und FDP - Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch scheinheilig!)

Es ist die klare Haltung dieser Landesregierung, dass wir eine Mehrwertsteuererhöhung isoliert zum Stopfen von Haushaltslöchern überhaupt nicht wollen und ablehnen. Das sage ich ganz klar und deutlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie versuchen uns eine isolierte Mehrwertsteuersdiskussion aufs Auge zu drücken. So konnte ich Sie auch verstehen, Frau Kraft. Das ist auch nahe liegend. Stellen Sie sich einmal vor, die Debatte hätte erst nächste Woche stattgefunden, nachdem wir das Konzept vorgelegt haben. Dann hätten Sie überhaupt kein Spielmaterial gehabt. Das wäre ja furchtbar gewesen.

(Zurufe von SPD)

Frau Kraft, nun komme ich zu Ihren Vokabeln wie: „Da findet Verteilung von unten nach oben statt“, und zu Ihrem lauten Klagelied über das Schicksal der kleinen Leute. Nun stellen Sie sich doch das alles einmal am Beispiel der Ökosteuern illustriert vor. Wenn Sie im Energiesektor 1998 2,3 Milliarden an Steuern und Abgaben hatten und heute 12,3 Milliarden, kann ich nur fragen: Wer hat denn wohl die 10 Milliarden bezahlt? - Also schenken wir uns das lieber und widmen uns ganz einfach der Tatsache, vor welchen Fragen wir heute stehen.

Wir stehen vor der Frage, wie wir Wirtschaft beleben. Sie teilen vermutlich alle den Satz: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Ist es nicht auch richtig, zum Zwecke der Senkung der Lohnnebenkosten die Vorteile dieses Instruments abzuwägen gegenüber den Nachteilen, die eine Mehrwertsteuererhöhung selbstverständlich hat? Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die Erfahrung zeigt, dass, wenn man 1 % drauflegt, 0,5 % durchschlagen auf die Preise, wenn Unternehmer in der Lage sind, diese Preiserhöhungen durchzuziehen. Das ist in einer so schwierigen konjunkturellen Situation wie heute sicherlich schwer möglich, aber trotzdem muss man damit rechnen.

Die Wirkungen einer Senkung der Lohnnebenkosten sind vor allen Dingen in einem Papier exzellent beschrieben worden, das der Chef des Bundeskanzleramtes Steinmeyer im Dezember 2002 vorgelegt hat. Sie erinnern sich an dieses „Non-paper“, das durch die Welt geisterte und das Vorbereitung auf die Agenda 2010 war?

Ich habe mir das noch einmal herausgesucht. Da schreiben Ihre Leute: „Faustformel: 1 Prozentpunkt mehr Sozialversicherungsbeiträge - kostet im ersten Jahr rund 20.000 und im dritten Jahr schon rund 100.000 Arbeitsplätze.“ Bei einer Senkung verläuft das natürlich spiegelbildlich anders.

Dann schreibt Herr Steinmeyer in diesem Papier, das sich der Kanzler ja dann zu Eigen gemacht hat oder auch nicht zu Eigen gemacht hat - je nachdem, wie die Lage gerade war -:

Deswegen und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (immer weniger Junge müssen in Zukunft immer mehr Alte unterstützen) ist eine der Kernstrategien der Bundesregierung die auf eine Absenkung der Lohnnebenkosten abzielende Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Genau das steht heute an. Wir müssen versuchen, die Lohnnebenkosten zu senken, damit wir zu einer Belebung der Wirtschaft kommen. Finanzpolitik hat immer etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun. Deshalb kann man das nur im Zusammenhang sehen. Deshalb ist es richtig, wenn vor allen Dingen unter den großen Volksparteien sehr intensiv darüber gestritten, diskutiert und abgewogen wird, ob die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen. Da werden Sie sicherlich Anfang der nächsten Woche ein geschlossenes Konzept erleben.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was sagt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen dazu?)

Meine Damen und Herren, es hat keinen Zweck, isoliert diese Steuerdiskussion zu führen. Es hat auch keinen Zweck, isoliert über eine Reichen- und Millionärssteuer zu diskutieren, vor allen Dingen nicht, wenn man vorher - das sage ich jetzt in Richtung SPD - den Spitzensteuersatz von 48 % auf 42 % gesenkt hat und dann auf einmal auf die Idee kommt, in Anbetracht eines Wahlkampfes jetzt wieder 3 % drauf zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Man muss schon wissen, was man will. Und man muss vor allen Dingen Beliebigkeit ausschalten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was will die Landesregierung?)

Darum geht es, glaube ich, heute. Es geht darum, dass die Menschen wissen: Das ist eine verlässliche Linie. Auf die können wir uns verlassen. Es sind insgesamt - und nicht nur wieder isoliert eine Lohnnebenkostensenkung - transparente Steuer- und bessere Sozialsysteme.

Ich meine, dass wir nur dann wieder Vertrauen bekommen werden, die Konjunktur wieder laufen wird und damit auch die Einnahmeseite des Staates gestärkt wird. Darauf haben Sie früher immer großen Wert gelegt. Sie haben hier immer vorgezogen: Wir haben kein Ausgabenproblem, sondern wir haben ein Einnahmeproblem.

Wir haben beides, sage ich Ihnen. Es kommt sehr darauf an, dass wir ein geschlossenes Konzept vorstellen, damit Menschen wieder die Ärmel aufkrepeln, mitmachen und die Konjunktur wieder flott wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Linssen. - Als Nächste hat Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich halte drei Punkte deutlich fest:

Erstens. Es gibt keine klare Position der neuen Landesregierung zum Thema Mehrwertsteuer.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Es gibt erkennbar einen deutlichen Diszens zwischen den Aussagen des neuen Ministerpräsidenten und seines neuen Finanzministers;

(Beifall von der SPD)

denn Herr Dr. Rüttgers hat - wir können es nachlesen; ich darf es aus der „Rheinischen Post“ vom 24. Juni 2005 zitieren, Frau Präsidentin - eine klare Position. Sie lautet:

„Ich halte überhaupt nichts von einer Debatte über höhere Steuern. Und ich halte erst recht nichts davon, diese Steuer dann gleich dreimal auszugeben: für die Rente, für die Gesundheit, fürs Sozialsystem.“

Meine Damen und Herren, das ist der Widerspruch zu Dr. Linssen, der gerade klar angedeutet hat, man könne sich ja vorstellen, unter Umständen die Lohnnebenkosten abzusenken. Es ist hier an dieser Stelle also ganz deutlich und klar, dass Dr. Rüttgers eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht will, während der Finanzminister sagt, man könne sich das zur Finanzierung der Lohnnebenkosten vorstellen. Ich finde, das muss in diesem Land deutlich werden. Die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, das zu hören.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Es gibt aber noch einen anderen Punkt, den ich hier sehr gerne aufgreifen möchte. Offensichtlich gibt es in der neuen Landesregierung nämlich eine Illusion - ich halte Ihnen das durchaus zugute; denn Sie sind ja erst wenige Tage im neuen Amt -, die damit zu tun hat, was eine mögliche Mehrwertsteuererhöhung denn für dieses Land bedeuten würde. Aus NRW-Sicht ist das ein echtes Problem, weil es - abgesehen von der konjunkturellen Situation in unserem Land - in NRW eine ganz besondere Situation gibt.

Sie wissen ja, dass die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern aufgeteilt wird. Innerhalb der Länder gibt es den Finanzausgleich nach Finanzkraftstärke. Ich gehe davon aus, dass sich das auch in der neuen Landesregierung bald herumspriecht. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor finanzstark, was dazu führt, dass unser Land aus einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung nur ei-

nen Bruchteil selbst behalten wird und der größte Anteil an die finanzschwachen Länder abzuführen ist. Das muss man wissen, wenn man hier Milliarden für den NRW-Landeshaushalt verplant. Einen echten Nutzen einer Mehrwertsteuererhöhung hätte Nordrhein-Westfalen erst dann, wenn wir wieder finanzschwach wären.

Vielleicht steuert die neue Landesregierung ja in diese Richtung.

(Lachen von CDU und FDP)

Ich würde es mir allerdings nicht wünschen - einfach aus Sympathie zu diesem Land und als gewählte Abgeordnete.

Meine Damen und Herren, ganz abgesehen davon, dass die SPD-Fraktion eine klare Position hat, was die Mehrwertsteuer betrifft, ist das Ganze im Moment ein untaugliches Argument, weil die konjunkturelle Belastung deutlich stärker wäre als der Nutzen, den wir aus einer Mehrwertsteuererhöhung hätten. Wenn Sie die Kosten für die sozialen Sicherungssysteme abfedern wollen, müssen Sie eine klare Haushaltspolitik betreiben, die sagt, wie Sie das machen wollen.

Außerdem müssen Sie schauen - und das ist das Thema hier in NRW -, wie Sie Ihre Wahlversprechen finanzieren. Wenn Sie glauben, mit einer Mehrwertsteuererhöhung und der daraus resultierenden Auswirkung auf den Landeshaushalt die Wahlversprechen finanzieren zu können, dann irren Sie, glaube ich. Dann werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten hier noch manches Desaster erleben, und manche Deckungslücke wird sich auftun. Dann bin ich gerne bereit, auch wieder an dieser Stelle zu diskutieren und Ihnen das klar zu machen.

Meine Damen und Herren, wir sind konjunkturell in NRW auf einem guten Weg - zumindest gewesen.

(Lachen von CDU und FDP)

Wir hatten noch nie so wenige Firmeninsolvenzen. - Ja, ich sage das sehr deutlich.

(Helmut Stahl [CDU]: Das hat der Wähler auch getan!)

Wenn Sie in die Zahlen schauen, sehen Sie auch sehr deutlich, dass der Mai - der Finanzminister hat es leider verschwiegen; fragen Sie Ihren Finanzminister doch einmal - zum ersten Mal deutlich höhere Steuereinnahmen gebracht hat. Wir haben zum ersten Mal deutlich weniger Firmeninsolvenzen. Das ist ein Indiz dafür, dass die Wirtschaft auch in NRW langsam anspringt. Und ge-

nau aus diesem Grund ist es zurzeit völlig falsch, die Mehrwertsteuer zu erhöhen oder sich auf eine solche Debatte einzulassen.

Lassen Sie mich abschließend jemanden fachlich zitieren, der außer Verdacht steht, meiner Partei zugetan zu sein, nämlich den Präsidenten des Instituts für Wirtschaftsförderung Halle, den Wirtschaftsforscher Professor Ulrich Blum. Er warnt davor - das richte ich gerne noch einmal an die Adresse von Herrn Dr. Linssen -, die Lohnnebenkosten mit den Einnahmen aus einer erhöhten Mehrwertsteuer drastisch abzusenken, und sagt, damit setze man Länder wie beispielsweise Italien und Spanien massiv unter Druck. Wenn die realwirtschaftlichen Spannungen zu groß würden, könnte das eines Tages die Währungsunion sprengen. Zudem könne der Einzelhandel zurzeit eine Mehrwertsteuererhöhung nicht an die Konsumenten weitergeben.

Diese Argumente machen meines Erachtens deutlich, wie wichtig in diesem Lande zurzeit eine Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung ist; denn wir wissen, was Handelsbetriebe wie Karstadt, Quelle, Metro oder Aldi dann mit entsprechend weniger Gewinnsteuern wiederum an staatlichen Auswirkungen produzieren.

Meine Damen und Herren, abschließend noch ein Hinweis - auch in Richtung CDU; die Arbeitnehmer in ihren Reihen haben sich ja nun auch deutlich geäußert, übrigens auch zum Thema „ermäßigter Mehrwertsteuersatz“ -: Der neue Minister hier im Kabinett, Herr Laumann, hat im „Handelsblatt“ deutlich gesagt:

Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 % ist Gift für unsere Wirtschaft. Ich rate davon ab, einen solchen Mehrwertsteuersatz anzuheben.

Meine Damen und Herren, daran sehen Sie: Es gibt eine Reihe von Fachleuten - auch in der Opposition bzw. heute in der Regierung -, die hoffentlich mit uns gemeinsam diese Position beschließen werden. Wir stehen für eine klare Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung. Wir sagen: Das wird es mit uns nicht geben. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. - Als nächster Redner ist Christian Weisbrich von der CDU vorgesehen.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau

Kraft, ich will Ihnen einmal ein Geheimnis verraten.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ein wesentlicher Grund für den Wahlsieg der CDU am 22. Mai war ein klares Programm. Ein weiterer Grund war die Disziplin, mit der wir an diesem Programm festgehalten haben.

(Zurufe von Ralf Jäger [SPD] und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie dürfen ganz sicher sein: Auf Bundesebene werden wir das genauso machen - erst denken, dann publizieren, dann die Menschen überzeugen. Es hat ja hier in Nordrhein-Westfalen geklappt. Im Bund wird es genauso klappen.

(Beifall von der CDU)

Wenn die Bürger in Deutschland während der verflochtenen rot-grünen Ära eines verrückt gemacht hat, dann waren es die ständigen Schnellschüsse der Koalition: erst handeln, dann denken, dann reparieren und dann Zickzackkurs fahren. Das sind die Menschen leid. Diesen Fehler werden wir bestimmt nicht wiederholen, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Ihre heutige Aufgeregtheit nützt Ihnen doch nichts. Wir werden Ihre Fieberträume und Spekulationen nicht diskutieren. Angela Merkel wird am Montag das Programm der CDU vorstellen. Erst danach lohnt sich der Disput. Das, was Sie heute veranstalten und an Spekulationen von sich geben, ist doch nicht mehr als das Rühren im Kaffeesatz. Sie wissen nichts Genaues, nehmen aber zu allem, was Sie nicht genau wissen, Stellung.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Frau Kraft, bei der Lektüre Ihres Antrags hat sich mir eine Frage aufgedrängt. Ich weiß nicht so recht, was ich von diesem Antrag halten soll. Ich sage es ganz ehrlich: Ich weiß nicht, ob er dumm, dreist oder beides ist. Sie können doch nicht das vergessen haben, was Herr Steinbrück im letzten Fernsehduell zu Jürgen Rüttgers gesagt hat. Falls doch, will ich Ihr Gedächtnis ein bisschen auffrischen. Ihr damaliger Ministerpräsident hat wörtlich gesagt:

Ich bin bereit, über eine Mehrwertsteuererhöhung zu diskutieren, wenn mit den Einnahmen die Sozialabgaben und damit die Arbeitskosten gesenkt werden. Ich lehne eine solche Diskussion ab, wenn das Ziel bloße Haushaltskonsolidierung ist.

(Ralf Jäger [SPD]: Wo bleibt denn der Beifall bei Ihnen?)

Verehrte Frau Kollegin, was - außer der Tatsache, dass Sie zwischenzeitlich abgewählt worden sind - hat sich während der letzten sechs Wochen eigentlich so verändert, dass Sie sich von Ihrem Ex-Ministerpräsidenten, von Ihrem Ex-Chef jetzt so dramatisch verabschieden und distanzieren?

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Herr Steinbrück Recht hat, dann hat er Recht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Auf einmal!)

Isoliert von einem steuer- und haushaltspolitischen Gesamtkonzept verbietet sich jede Diskussion über eine höhere Mehrwertsteuer. Wir teilen diese Einschätzung und halten uns daran. Wir werden nicht spekulieren.

Ich gestatte mir jetzt allerdings noch einen Hinweis auf einen fachlichen Fehler in Ihrem Antrag, auf den Frau Kollegin Freimuth auch schon eingegangen ist: Sie behaupten, eine Anhebung der Mehrwertsteuer sei sozial ungerecht, weil sie die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen überproportional belaste.

Diese Theorie stammt nun wirklich aus der sozialistischen Mottenkiste.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Hannelore Kraft [SPD]: Vorsicht!)

Wäre sie richtig, müssten wir nicht über die Höhe der Mehrwertsteuer diskutieren, sondern über ihre Abschaffung. Das Gleiche müssten wir auch für die Öko- und die Mineralölsteuer diskutieren. Bei diesen beiden Steuerarten haben Sie aber niemals Hemmungen gehabt, an der Tankstelle allen Bürgern - egal, ob arm oder reich - 70 Cent von 1 € wegzunehmen. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit?

(Beifall von CDU und FDP)

Ich kann das, was Frau Kollegin Freimuth gesagt hat, nur noch einmal unterstreichen: Seriöse, finanzwissenschaftliche Untersuchungen - vielleicht sollten Sie Ihren Kenntnisstand auf diesem Gebiet ein bisschen auffrischen - haben die angeblich unsoziale Verteilungswirkung der Mehrwertsteuer längst widerlegt. Geringverdienende geben nämlich einen großen Teil ihres Geldes für Güter aus, die entweder von der Steuer befreit sind - das gilt für Mieten, Ausgaben für Ärzte, Telefon und Kinokarten - oder die dem ermäßigten Steuersatz von 7 % unterliegen. Dazu gehören fast alle Lebensmittel, Bücher, Zeitungen, Bus- und Bahnfahrkar-

ten, aber auch Schnittblumen oder die Ausgaben für Haustiere. Wird dieser ermäßigte Satz konstant gehalten, wie es bei den letzten beiden Erhöhungen der Fall war, trifft die Anhebung der Mehrwertsteuer eben nicht die kleinen Leute, sondern weit mehr die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen. Sie können sich also Ihre Pawlowschen Neidreflexe ruhig ersparen.

(Beifall von CDU und FDP)

Um es ganz klar zu sagen: Entscheidend für uns ist, dass der Staat den Bürgern insgesamt nicht immer höhere Anteile ihres Einkommens wegnimmt. Außerdem ist für uns wichtig, dass unser Steuersystem im internationalen Wettlauf um Wachstum und Beschäftigung wettbewerbsfähig bleibt. Das, meine Damen und Herren, ist nicht der Fall. Das haben Sie mit der rot-grünen Koalition in Berlin niemals hinbekommen. Das ist mit ein Grund dafür, warum wir uns in Europa an die Schlusslichtposition bewegt haben. Wir müssen sehen, was mittlerweile in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten passiert, und darüber nachdenken, wie wir uns darauf einstellen. Im Klartext heißt das: Wir brauchen im Zweifelsfall eine neue Balance zwischen direkten und indirekten Steuern im Rahmen eines gerechten, einfachen und ökonomisch rationalen Steuersystems.

Dazu wird Ihnen Frau Merkel am Montag sagen, wie wir uns ein solches international wettbewerbsfähiges Steuersystem für die Zukunft vorstellen. Dann werden wir uns gemeinsam dem Votum der Bürger stellen.

Ich bin sicher: So, wie Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen abgewählt wurde, wird Rot-Grün auch in Berlin abgewählt werden. Ein klares Programm, das durchdacht ist und nicht jeden Tag korrigiert werden muss, wird dafür eine wesentliche Grundlage sein. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Weisbrich. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Sagel das Wort.

(Helmut Stahl [CDU]: Steuerexperte Sagel!)

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Kasse macht sinnlich“ - so lautet ein alter Lehrsatz der Finanzwissenschaftler. Das hat sich offensichtlich auch die CDU im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer gedacht. Denn sie ist ohne großen Aufwand zu erheben und zudem eine der

ergiebigsten Steuern überhaupt. Von daher ist es kein Wunder, dass sie die Begehrlichkeit der CDU weckt.

Kommen wir einmal zu den Aussagen, die hier getätigt worden sind: Frau Freimuth, das, was Sie sagen, ist sehr interessant. Wer hat denn hier seit 1998 alles blockiert? Wer hat denn in den letzten Jahren alles, was im Bundesrat zum Subventionsabbau vorlag, blockiert? Das waren doch Sie und die CDU; das ist die Wahrheit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind noch nicht an der Regierung, kommen aber schon mit einer Steuererhöhungsdebatte, haben aber alles verhindert, damit als ein erster Schritt Subventionen abgebaut werden können.

(Zurufe von CDU und FDP)

Laut Bericht der Bundesregierung gibt es Subventionen in Höhe von 60 Milliarden €. Davon haben Rot-Grün 23 Milliarden € zum Abbau vorgeschlagen, und Sie haben nichts dazu beigetragen, dass sie abgebaut werden können.

Kommen wir zur CDU. Da wird es angesichts dessen, was heute hier im Landtag läuft, noch interessanter: Drei CDU-Leute - drei verschiedene Meinungen! Herr Linssen als neuer Finanzminister kann sich sehr wohl vorstellen, dass die Mehrwertsteuer angehoben wird. Er will damit Lohnnebenkosten senken. Dann haben wir zu meiner Rechten den Ministerpräsidenten, der überhaupt keine Mehrwertsteuerdebatte will. Dankenswerterweise kommt dann - immerhin - der neue haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CDU, Herr Klein, der tatsächlich die Wahrheit sagt: Man will Haushaltslöcher stopfen. Das ist der entscheidende Punkt, um den es Ihnen geht. Sie wollen Haushaltslöcher stopfen. Herr Linssen, es ist nicht mehr die Rede von der Senkung der Lohnnebenkosten, die eigentlich sinnvoll wäre.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Machen Sie den Leuten doch nichts vor: Es wird natürlich auch die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen treffen. Nach einer Faustformel bringt die Erhöhung der Mehrwertsteuer pro Prozentpunkt ungefähr 8 Milliarden €. Sie bringen zwei bis vier Prozentpunkte ins Spiel; das wären rund 32 Milliarden €.

Das ist etwas, was den Ländern zugute kommen würde; wir sind immerhin mit 42,5 % an der Mehrwertsteuer beteiligt.

Aber ich sage auch sehr deutlich: Wenn man über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer diskutiert - es

gibt auch in unserer Partei Stimmen, die das fordern -, ist der entscheidende Punkt die Senkung der Lohnnebenkosten und nicht das, was Sie vorhaben, auch wenn Sie es verschleiern, Herrn Linssen und Herr Rüttgers. Dann ist der entscheidende Punkt: Was passiert, wenn die Lohnnebenkosten gesenkt werden? Auch das muss man sich sehr genau anschauen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben dann möglicherweise auch eine Debatte über die Senkung der Löhne insgesamt. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Arbeitgeberseite das nicht einfach so hinnehmen, sondern darauf reagieren wird.

Eines ist klar: Wir haben ein Problem mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung, und die Erhöhung der Mehrwertsteuer würde, gerade was die Binnennachfrage angeht, erhebliche Probleme mit sich bringen. Daher ist es kein Wunder, dass zum Beispiel Ökonomen des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft vor negativen Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung warnen. Wachstum und Beschäftigung sind ein Problem, wenn das passieren sollte, wenn Sie das tatsächlich so machen, wie Sie es hier teils angekündigt haben. Deswegen ist das ein wichtiger Punkt.

Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich da in Zukunft aufstellen werden. Ich bin auch sehr gespannt, was Frau Merkel - sie soll offensichtlich letztendlich die Entscheidung treffen - macht. Entscheidend ist jedenfalls: Es gibt drei Meinungen der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Ich finde skandalös, was Sie hier von sich gegeben haben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist der neue Stil!)

Ich frage mich: Wie kann eine neue Landesregierung handlungsfähig sein, wenn sie schon beim ersten Thema, das wir in der neuen Legislaturperiode diskutieren, mit solchen Meinungen über den Tisch kommt? Ich kann nur sagen: So geht es nicht - nicht mit uns.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Sagel. - Jetzt hat Herr Lindner von der FDP-Fraktion das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt der Debatte ist es vielleicht gut,

(Gisela Walsken [SPD]: Es ist erst 11 Uhr!)

eine Zwischenbilanz zu ziehen. Sie geben vor, meine Damen und Herren von der Opposition, dass Sie Klarheit über den steuerpolitischen Kurs des Landes haben wollen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

In Wahrheit wollen Sie uns aber eine intellektuell beschämende Debatte aufzwingen,

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh!)

und das machen wir nicht mit. Wir diskutieren im Zusammenhang. Der ehemalige Ministerpräsident hat in der „Zeit“ - Ausgabe 28/2004 - gesagt, eine isolierte Debatte nur über die Erhöhung der Mehrwertsteuer ohne Gesamtzusammenhang sei intellektuell beschämend, und das mache er nicht mit. Dazu kann ich nur sagen: Das machen wir auch nicht mit.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben hier alle Klarheit erhalten, die Sie einfordern können.

(Jochen Dieckmann [SPD]: Mehr ist nicht drin?)

Von uns gibt es das klare Signal: Mit uns gibt es keine Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuer- und Abgabenquote senken, um zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen.

Wir führen auch keine Debatte über die Erhöhung der Mehrwertsteuer nur zur Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Wir führen eine Gesamtdebatte, wie das Land, wie die Bundesrepublik Deutschland erneuert werden kann.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dabei lassen wir uns von Ihnen zu diesem frühen Zeitpunkt keine Vorgaben machen, was Denkverbote sind oder nicht. Dass es unterschiedliche Bewertungen in Detailfragen gibt - ich bitte Sie -, ist trivial. Auch in meiner Fraktion, in meiner Partei gibt es unterschiedliche Haltungen. Otto Graf Lambsdorff kann sich anderes vorstellen als wir. Wenn Sie daraus einen Vorgang machen wollen, sollten Sie Ihre eigene zehnjährige Regierungsgeschichte bedenken, wie Sie mit solchen Diskussionen umgegangen sind. Wir lösen das partnerschaftlich im Dialog,

(Zuruf von der SPD: In der ersten Woche!)

während Sie es nur im Konflikt getan haben und letztlich für das Land nicht mehr erreicht haben als Stillstand, Streit und Verunsicherung, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Trotz der Klarheit, die Sie erhalten haben, bin ich über den Verlauf dieser Debatte enttäuscht; denn ich habe mir Hoffnungen gemacht, dass Sie die Gelegenheit nutzen, Ihre eigenen steuerpolitischen Vorstellungen zu erläutern. Da gibt es nämlich mehr Erklärungsbedarf. Zur Erinnerung: Den wesentlichen steuerpolitischen Akteur stellen Sie mit dem Bundesminister für Finanzen mit Ihrer Partei und nicht wir. Da sind schon Fragen erlaubt:

Weil Sie sich hier nicht erklärt haben, ist offen geblieben, wie Sie sich jahrelang auch in diesem Haus damit haben brüsten können, den Spitzensteuersatz gesenkt zu haben. Jetzt kommen Sie plötzlich mit der Reichensteuer um die Ecke. Es ist offen geblieben, wie Sie mit Ihrem sozialdemokratischen Prachtvokabular die Ökosteuern rechtfertigen, bei der Rentner, die von den Entlastungswirkungen nicht profitieren, trotzdem Zahler sind. Es ist offen geblieben, wie Sie einen Ministerpräsidenten im Landtagswahlkampf haben unterstützen können, der offensichtlich eine völlig andere Auffassung vertritt, als sie die Fraktion der SPD heute zum Gegenstand eines Antrags macht.

All das zeigt: Ihre Konzeptionslosigkeit angesichts der Probleme unseres Landes setzt sich jetzt in Ihrer Orientierungslosigkeit angesichts Ihrer eigenen Lage fort, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Sie haben eine Oppositionsstrategie gewählt, die im Grunde nur als dreist zu kennzeichnen ist. Auch bei anderen Fragen haben Sie das schon vorgeführt. Frau Kraft, gerade ausgeschiedenes Regierungsmitglied, sagt allen Ernstes, der neuen Koalition der Erneuerung fehle der Mut zum Sparen. Dabei sind Sie es doch, die uns einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie hinterlassen uns den Scherbenhaufen und kritisieren uns, weil wir Ihrer Meinung nach nicht schnell genug dabei sind, den Scherbenhaufen zusammenzukehren.

(Gisela Walsken [SPD]: Wollen mal gucken, was kommt! - Ralf Jäger [SPD]: Herr Lindner, über Finanzen sollten Sie nicht reden!)

Bei all den Fragen, die Sie bislang hier zum Thema gemacht haben und bei denen Sie auf uns zeigen, zeigen drei Finger Ihrer Hand auf Sie selbst zurück;

(Ralf Jäger [SPD]: Vorsicht!)

denn Sie sind es, die in diesem Haus konzeptionslos sind, die keine Rezepte zur Lösung der Krise unseres Landes vorlegen können.

Zu Ihrem Antrag möchte ich noch einen Satz sagen: Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist Polemik. Und so wird das Ding auch behandelt werden. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Lindner. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Großvater pflegte zu sagen: Keine Antwort ist auch eine Antwort. - In der Disziplin hat die Regierungskoalition sich hier heute trefflich geschlagen. Wir haben klare Fragen gestellt, und wir haben nebulöse Antworten bekommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, angesichts der vielfältigen Untertöne kann ich mir die ein oder andere Korrektur hier nicht ersparen. Wenn der Kollege Klein auf die leeren Kassen zu sprechen kommt, ist das ein deutliches Indiz dafür, was mit der ja ganz offensichtlich geplanten Mehrwertsteuererhöhung beabsichtigt ist. Wenn Finanzminister Dr. Linssen hingeht und die sozialen Sicherungssysteme anspricht, ist das eine ehrenwerte Debatte. Nur, meine Damen und Herren: So richtig Butter bei die Fische hat hier niemand getan. Sie machen Folgendes: Entsprechend dem alten Gasenhauer „Warte, warte noch ein Weilchen, dann spricht Angie auch zu dir“

(Heiterkeit von der SPD)

wollen Sie sich inklusive der FDP-Fraktion bis Montag hier in Deckung halten. Eines scheint allerdings klar zu sein: Es wird in Ihrem Programm und bei Ihnen - hoffentlich nicht in Berlin, aber zumindest in Ihrer Programmatik - eine Mehrwertsteuererhöhung geben. Wofür Sie die benutzen wollen, meine Damen und Herren - da lassen Sie nicht nur das Hohe Haus, sondern auch die Öffentlichkeit ganz erkennbar im Unklaren.

Jetzt will ich einmal mit ein paar Irrtümern aufräumen. Hier ist eben vom Kollegen Weisbrich

gesagt worden: Dass die kleinen Leute nicht unangemessen benachteiligt würden, hätten neuere wissenschaftliche Erhebungen ergeben. - Auch Frau Freimuth hat sich in die Richtung verstiegen. Ich darf nur darauf hinweisen, dass z. B. Herr Laumann, der neue Minister, das bezogen auf die Bezieher niedrigerer Einkommen - das kann man im „Handelsblatt“ nachlesen - offensichtlich ganz anders sieht. Ich darf darauf hinweisen, dass der Generalsekretär der Bundes-FDP kategorisch jede Mehrwertsteuererhöhung ablehnt.

(Gisela Walsken [SPD]: Klare Position!)

Ich darf darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident dieses Landes es in der Debatte zumindest bis jetzt - vielleicht bekommen wir es ja noch geändert - erkennbar vermieden hat, sich zu dem Thema überhaupt zu äußern, nachdem er einmal kategorisch abgelehnt hat. Ihr finanzpolitischer Kurs: Dagegen ist eine Echternacher Springprozession eine geradlinige Veranstaltung, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir wollen jetzt einmal ein paar unserer Gründe nennen, weshalb wir für Mehrwertsteuererhöhungen - ich wiederhole da zwar zum Teil Argumente, aber ich denke, die sind von Ihnen noch nicht erkannt - zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Da würde ich Ihnen empfehlen: Fragen Sie einmal beim Mittelstand, den Sie so gerne zitieren, nach! Eine Mehrwertsteuererhöhung gerade bei kleinen Handwerkerinnen und Handwerkern ist ein Programm zur Verbreitung von Schwarzarbeit, ist Gift für die Konjunktur

(Beifall von der SPD)

und benachteiligt darüber hinaus die Bezieherinnen und Bezieher von kleineren Einkommen absolut unangemessen.

Wenn wir dann den Verdacht haben müssen, dass diese Veranstaltung vor allen Dingen deshalb gemacht wird, um teure Versprechungen denjenigen gegenüber erfüllen zu können - oder ihnen zumindest die Erfüllung in Aussicht zu stellen -, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen, meine Damen und Herren, dann steht die SPD insgesamt für solche Experimente nicht zur Verfügung. - Ich bedanke mich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Körfges. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zu:

3 Bestellung der Ausschüsse des Landtags

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/22

Gemäß § 47 Abs. 1 der Geschäftsordnung bestellt der Landtag zur Vorbereitung seiner Beratungen Ausschüsse für die Dauer der Wahlperiode. Nach § 48 der Geschäftsordnung wird die Zahl der Mitglieder eines Ausschusses auf Vorschlag des Ältestenrats vom Landtag festgelegt.

Die vier Fraktionen haben sich in einem gemeinsamen Antrag - er liegt Ihnen mit der Drucksache 14/22 vor - auf die Zahl der Ausschüsse und die jeweilige Mitgliederstärke verständigt.

Ich frage, ob es hierzu Wortmeldungen gibt. - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann kann ich die Beratung schließen und direkt zur Abstimmung kommen.

Wer dieser Vorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist der **Antrag Drucksache 14/22** einstimmig **beschlossen**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen dann zu:

4 Ausbildung im Steinkohlebergbau: Eine berufliche Perspektive für junge Menschen im Ruhrgebiet

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/16

Ich darf darauf hinweisen, dass es hierzu auch einen **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt, **Drucksache 14/39**.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an die antragstellende Fraktion, hier an Herrn Eumann. Bitte schön.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt öffnet sich weiter. Über 50.000 Bewerberinnen und Bewerber standen zur Jahresmitte noch 21.610 unbesetzten Ausbildungsplätzen gegenüber. Im Ruhrgebiet sind heute fast 10 % weniger Ausbildungsstellen gemeldet als noch vor einem Jahr. Allein im

Ruhrgebiet sind 16.145 Bewerberinnen und Bewerber noch immer nicht vermittelt.

Was machen Sie, was macht die sogenannte Koalition der Entfesselung? Sie reißen die stabile Säule für den Ausbildungsmarkt im Ruhrgebiet ab. Sie reißen ab!

Das Wort „Verlässlichkeit“ taucht in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP häufiger auf. Die 2.385 Auszubildenden im Steinkohlebergbau wissen jetzt genau, was Sie unter Verlässlichkeit verstehen. Diese 2.385 jungen Menschen, die bei der Deutschen Steinkohle eine hervorragende Berufsausbildung absolvieren, sind verunsichert, fühlen sich von Ihnen verlassen. Das ist das, was Sie unter Verlässlichkeit verstehen.

Im Wahlkampf hat die CDU in Aussicht gestellt, 1 Million Arbeitsplätze zu schaffen. Mit dem verabredeten Ausstieg aus der Steinkohleförderung schaffen Sie Arbeitslosigkeit und gefährden die berufliche Perspektive für junge Menschen im Ruhrgebiet. Das ist genau das Gegenteil von dem, meine Damen und Herren, was Sie im Wahlkampf versprochen haben.

Eine gute Ausbildung ist und bleibt die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. - Ein richtiger Satz. Sie könnten sogar applaudieren, wenn Sie Ihre Koalitionsvereinbarung gelesen hätten, denn dieser Satz stammt aus Ihrer Koalitionsvereinbarung. Mit Ihrem verabredeten Ausstieg aus der Steinkohle sind Sie verantwortlich dafür, dass einer der größten Ausbildungsbetriebe im Ruhrgebiet keine Perspektive hat.

Zurzeit sind 2.385 Jugendliche bei der DSK in einer Berufsausbildung. 2.385 Auszubildende und 2.385 Ausbildungsplätze! Ihre Politik der Verlässlichkeit wird die Schere auf dem Ausbildungsmarkt weiter öffnen. Und Sie lassen - und das ist das Schlimme - die Menschen im Ruhrgebiet im Unklaren darüber, wie Sie diese Lücke überwinden wollen. Von Minister Laumann ist zu hören, dass betriebliche Bündnisse für neue Ausbildungsplätze sorgen sollen. Das bedeutet wohl aber auch, dass die Flächentarifverträge auch für das Ausbildungssegment gekippt werden sollen. Von Ihrem Sonderprogramm ist bis jetzt nur zu lesen. Konkretes weiß man nicht, Herr Laumann.

Aber was Sie wollen, liegt auf der Hand: Nicht "Besser statt billiger!", sondern "Billiger statt besser!" scheint Ihr Rezept für mehr Ausbildungsplätze zu sein. Das, meine Damen und Herren, ist das falsche Rezept.

(Beifall von der SPD)

Hinzu kommt, dass die Regierungskoalition die besondere Bedeutung der Tarifverträge auch zur Sicherung der Ausbildung ignoriert. Sehen Sie sich die Tarifverträge beispielsweise in der Chemie-Branche an! Diese Branche hat vorbildlich dazu beigetragen, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Ziele des Ausbildungspaktes erreichen konnten. - Sie wollen das aufheben.

Kurzum, wir fordern Sie auf: Erläutern Sie uns endlich Ihr Konzept für mehr Ausbildungsplätze! Die Koalitionsvereinbarung bleibt unverbindlich. Ihr Sonderprogramm ist nicht klar. Sagen Sie klar, wie Sie die Ausbildungslücke schließen wollen! Nehmen Sie die guten Ergebnisse der Flächentarifverträge für die Ausbildungssituation in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis, und stärken Sie diese Partnerschaft! - Sie hingegen schwächen sie.

Ihr Kurs ist: Sie laden die Verantwortung Ihrer Politik auf Dritte ab. Deshalb fordere ich Sie auf: Laden Sie die Verantwortung für die 2.385 Auszubildenden nicht bei der DSK ab. Sie tragen die Verantwortung für Ausbildungsplätze in den Regionen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, 2.385 Ausbildungsplätze weniger sind das Ergebnis Ihrer Koalitionsvereinbarung.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Was das konkret für Walsum und die Duisburger Region bedeutet, wird gleich mein Kollege Sören Link deutlich machen.

Klar ist schon jetzt: Sie entfesseln nichts, sie legen Jugendlichen im Ruhrgebiet auf dem Weg zum Berufsstart Fesseln an. - 2.385 Ausbildungsplätze weniger: Das ist Ihre Politik.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Eumann. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der beruflichen Perspektive junger Menschen sollte niemand spielen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Genau, Herr Weisbrich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Und niemand, Herr Eumann, sollte bei jungen Menschen Zukunftsängste erzeugen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist Ihre Politik!)

Das ist unsere Maxime, und das sollte auch Ihre Maxime sein. Wenn wir uns darüber einig sind, empfiehlt sich eine Prüfung der Fakten, bevor wir uns die Köpfe einschlagen oder junge Menschen in Angst und Schrecken versetzen.

(Zurufe von der SPD)

Fakt ist, dass die Deutsche Steinkohle AG als Tochter der RAG eine seit Jahren kontinuierlich abnehmende, aber immer noch große Bedeutung für den Ausbildungsmarkt im Ruhrgebiet hat.

Fakt ist, dass der Konzern RAG stets über Bedarf ausgebildet und in einer breiten Palette von Berufen vorbildliche Ausbildungsleistungen erbracht hat.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Auch richtig!)

Fakt ist, dass wir die RAG ausdrücklich ermuntern, weiterhin derartige Ausbildungsleistungen zu erbringen - allerdings mit einer Schwerpunktverschiebung, die das Unternehmen ganz ohne Ihr Zutun in der Vergangenheit aus ökonomischer Vernunft längst eingeleitet hat.

Während sich der Bestand an Auszubildenden bei der DSK zwischen 2003 und 2004 von 2.447 auf 2.640 nur marginal verändert hat, ist die Anzahl der Auszubildenden im Konzern von 3.548 auf 5.579 gestiegen. Hinzu kommt noch eine beachtliche Zahl von Fremdausbildungen von über 3.400 jungen Menschen, sodass die RAG insgesamt einen Bestand von 9.063 Auszubildenden hat. Davon - das wird Sie vielleicht interessieren - entfallen 1.902 auf kaufmännische und 7.161 auf gewerbliche Berufe. Im eigentlichen Bergbauberuf, über den Sie hier lamentieren, sind im Augenblick bei der DSK nur noch 214 Auszubildende tätig, aber 1.576 in Metall- und 752 in Elektroberufen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber wie passt das zusammen, Herr Weisbrich?)

Ich begrüße ausdrücklich, dass uns das Unternehmen erstmals - zumindest habe ich das erstmals erlebt - qualifizierte Daten über die Ausbildungsleistungen im gesamten Konzern zur Verfügung gestellt hat - aufgeteilt auf STEAG, RAG, Saarberg AG, Degussa, RAG Immobilien, DSK Ruhr-Saar, DSK Ibbenbüren, RAG Coal International, Rüttgers, RAG Bildung, RAG Informatik, RAG Versicherungsdienst und Fremdausbildung. Solche Zahlen haben wir bisher nicht gesehen.

Ich will diese Daten nicht im Einzelnen vortragen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das tun Sie doch die ganze Zeit! Sie sagen nichts zum Thema!)

Diese Informationen sind aber eine gute Basis für die Verhandlungen, die wir in Zukunft mit dem Unternehmen führen werden, um ein sozialverträgliches Auslaufen des Bergbaus zu erreichen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Also weniger Ausbildung!)

Als Kollege Dr. Horstmann noch Energieminister war, hat er den Wirtschaftsausschuss wissen lassen, es sei nicht Aufgabe der Landesregierung, sich in die Personalpolitik der RAG als Kernelement der Unternehmensführung einzumischen. Herr Dr. Horstmann, das sehe ich genauso.

Deshalb habe ich bei der RAG angefragt, bevor wir uns streiten, ob es die im Antrag der SPD vorgespiegelte Ausbildungsdramatik überhaupt gibt. Die Antwort lautete: Die Situation sei natürlich nicht einfach, aber man könne mit der Situation umgehen. Man wisse, was man mit den Lehrlingen machen werde. Niemand werde ins Bergfreie fallen.

Wenn also der Konzern in eigener unternehmerischer Verantwortung mit der Situation umgehen kann, haben Sie doch überhaupt keine Veranlassung, Herr Eumann, hier Panik zu erzeugen und junge Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen.

(Beifall von der CDU)

Wir alle haben in der Vergangenheit großen Wert darauf gelegt, dass die Politik lediglich Subventionsentscheidungen trifft, die die Grundlage für unternehmerische Entscheidungen der zuständigen Organe bilden. Ich bin absolut sicher, dass Vorstand und Aufsichtsrat auch mit veränderten politischen Rahmenbedingungen so umgehen werden, dass kein Mitarbeiter ins Bergfreie fällt und dass sich der Konzern insgesamt zu einer weißen Perle im Ruhrgebiet entwickelt.

Die Umstrukturierung der RAG wollen wir mit Freude begleiten und würden uns freuen, wenn wirklich ein neuer Global Player im Ruhrgebiet entsteht, der aus eigener Kraft leistungsfähig ist. Die Anzeichen, die wir bisher bekommen haben, deuten darauf hin, dass Ihr gesamtes Gerede "Das geht nicht. Das geht nicht. Das geht nicht.", das Sie uns hier jahrelang vorgetragen haben, nicht stimmt. Am Ende geht es doch. Und wir werden Ihnen beweisen, dass es geht.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt uns noch ein Entschließungsantrag der Grünen vor. Inhaltlich ist er hochinteressant.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dann können Sie doch zustimmen!)

In vielen Punkten teilen wir Ihre Bewertung, aber nun passiert das, was wir mit Ihnen früher immer erlebt haben: In bestimmten Situationen können wir uns auch von noch so gut gemeinten Anträgen der Opposition nicht die Strategie bestimmen lassen. Wir haben uns vorgenommen, in fairen Gesprächen mit der RAG und mit der DSK das zu erreichen, woran Sie in der Vergangenheit wegen Ihres Koalitionspartners gescheitert sind.

Wir sind sicher, dass wir das Ziel, das auch Ihnen vorschwebt, erreichen werden. Aber die Strategie dazu müssen Sie schon uns überlassen. Deswegen können wir dem Entschließungsantrag leider nicht zustimmen. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Weisbrich. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte kurz auf die Lehrstellenproblematik eingehen. Lieber Kollege Eumann, ich finde es in Ordnung, über die Lehrstellenproblematik und die Auszubildendenproblematik zu reden. Wir müssen jedoch darüber in der Breite sprechen. Der Antrag - deswegen werden wir und auch ich persönlich dem nicht zustimmen - kommt mir vor wie eine weitere zusätzliche Begründung für die Dauerexistenz des Bergbaus, weil er darauf rekurriert, dass die RAG auf Dauer im Bergbau ausbilden soll. Sie haben - darüber haben wir ja in den letzten Jahren strittig diskutiert - dafür den energiepolitischen Sockel, die Bergbauzulieferer und die Problematik am Koksmarkt als Begründung geliefert. Nun kommen Sie mit der Ausbildung als Begründung.

Ich bin mir sicher, dass auch die anderen, die jetzt leider die Regierungsverantwortung tragen, dafür eintreten werden, dass die Leute, die jetzt im Bergbau ausgebildet werden, keine Probleme bekommen. Ich glaube, dass auch die RAG das nicht machen wird. Insofern ist hier eine Verunsicherung nicht notwendig.

Herr Weisbrich, Ihre Bemerkungen waren außerordentlich aufschlussreich. Es kann nicht sein, dass Sie sagen, wir sollten nicht die Strategie kaputt machen, faire Gespräche mit der DSK zu führen. Sie sollen Gespräche führen, mit wem Sie wollen. Das ist Ihr Job. Wir führen unsere Gespräche. Wir, und zwar Sie noch mehr als ich, haben jedoch über viele Jahre die fehlende Transparenz in den Daten und Fakten der Steinkohlefi-

nanzierung beklagt. Diese Daten müssen auf den Tisch.

Sie haben einen Koalitionsvertrag gemacht. Ich könnte jetzt sagen: Die FDP ist gegenüber dem, was sie angekündigt hat, ohne Ende abgestürzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich mache es aber nicht, weil ich finde, dass der Prozess in der Sache richtig ist. Die spannende Frage wird jedoch sein, ob und vor allem zu welchen Kosten für die öffentlichen Haushalte Sie es einlösen können. Den von Ihnen eingeschlagenen Kurs, dem Parlament weder Daten noch Fakten zu nennen, sondern zu sagen: „Wir machen das in vertraulichen strategischen Gesprächen“

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- ich habe ja damit gerechnet; insofern ist das eine klare Antwort -, werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Ihrem Koalitionsvertrag begrüßen Sie, dass die RAG an die Börse geht. Es gibt hier sicherlich niemanden, der dagegen ist. Wenn Werner Müller es schafft, den weißen Teil des Unternehmens so aufzustellen, dass es auf Dauer frei ist von Inhaftungen für Bergschäden und dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden, dann sind wir alle dafür. In dem Koalitionsvertrag steht jedoch die Erwartung, dass aus dem Kapitalstock die Altlasten übernommen werden. Sie wissen genau, dass das sehr riskant ist. Gerade zum Kapital Altlasten auf Dauer haben wir jede Menge Zahlen vorliegen. Ich habe in der „WAZ“ gelesen, dass die neue Ministerin diesbezüglich eine weitere Zahl in die Welt gesetzt hat. Ich würde sie gerne fragen, wie sie zu dieser Zahl kommt.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Werner Müller hat am 1. Juni gesagt, es blieben jährlich 550 Millionen € über. In der schriftlichen Antwort auf die Anfrage der Abgeordneten Hempelmann und Hustedt aus dem Deutschen Bundestag an Bundesminister Clement vom 29. Januar 2004 steht - ich zitiere -:

Allmählich würden sich die auf unbestimmte Zeit bestehenden Altlasten auf einen Sockelbetrag verringern. Im wesentlichen Punkt Kosten bis zu 50 Millionen € pro Jahr und Aufwendungen für den Stillstandsbereich.

Frau Thoben hat am 5. Juli in der „WAZ“ gesagt - ich zitiere -:

Seit es den Bergbau gibt, ist das Ruhrgebiet zwischen 25 und 40 m abgesackt. Allein deshalb werden wir nach dem Ausstieg jährlich 200 Millionen € benötigen, damit aus dem Ruhrgebiet kein Badesee wird.

Es liegen also drei unterschiedliche Zahlen vor. In der Langfristplanung für 2006 bis 2012 steht eine vierte Zahl, nämlich 440 Millionen € im Jahr. Wenn man weiß, dass etwa zwei Drittel der Altlasten personalgebundene Kosten sind, dann wird deutlich, dass die Entscheidung darüber, wie hoch die Zahl auf Dauer tatsächlich ist, entscheidend dafür ist, ob der Kapitalstock, den uns Werner Müller anbietet, überhaupt ausreicht. Unsere Einschätzung ist, dass das bei weitem nicht ausreicht. Deswegen, Herr Weisbrich, werden wir es Ihnen nicht durchgehen lassen können

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Sie haben ja gleich Gelegenheit, zu reagieren -, uns weder zu den Altlasten noch zur Personalanpassung genaue Zahlen zu liefern, also alles im Nebel zu lassen, bis Sie irgendwann im nächsten Jahr eine Konferenz veranstalten. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen: Wir werden in der nächsten Plenarsitzung einen Antrag einbringen, dazu einen Projektausschuss zu bilden, weil ich glaube, dass das sinnvoll ist. Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Debatten darüber geführt, in denen es darum ging, uns im Detail mit der Steinkohlefinanzierung zu beschäftigen. Es geht letztendlich um Milliarden, die, je nachdem, wie man den Prozess angeht, bei der öffentlichen Hand oder bei den finanziell potenten Eigentümern des Konzerns hängen bleiben. Insofern werden Sie an der Stelle mit der Position, die Sie eben skizziert haben, nicht entlassen werden. - Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Priggen. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Brockes. Bitte schön.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt mal wieder auf den SPD-Antrag zu sprechen kommen.

(Beifall von der SPD)

Wie auf vielen anderen Politikfeldern hat uns die ehemalige rot-grüne Landesregierung auch im Bereich der Berufsausbildung einen gewaltigen Scherbenhaufen hinterlassen.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

- Sie glauben doch wohl nicht, dass Sie uns die derzeitige Situation an die Backe kleben können.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist wohl ein Textbaustein! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Herr Eumann, Sie haben es vorhin selber gesagt: 50.850 Bewerbern um einen Ausbildungsplatz standen im Juni nur 21.610 unbesetzte Stellen gegenüber. Damit kamen rechnerisch 2,3 Bewerber auf einen freien Ausbildungsplatz. Verantwortlich für diese weit auseinander gehende Schere zwischen Angebot und Nachfrage ist die rot-grüne Wirtschaftspolitik, die den Interessen der kleinen und mittelständischen Betriebe diametral zuwiderlief. Anstatt für den Mittelstand die Rahmenbedingungen zu verbessern und dadurch Freiräume für zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen, ist Rot und Grün nichts anderes eingefallen, als den Betrieben mit dem Schreckgespenst einer Ausbildungsplatzabgabe zu drohen.

(Beifall von der FDP)

Allein die Monate andauernde Diskussion über diese Sonderabgabe hat die Bereitschaft vieler Unternehmen, zusätzliche Lehrstellen anzubieten, zunichte gemacht, meine Damen und Herren.

Für die neue Regierungskoalition aus FDP und CDU hat die Verbesserung der Lage auf dem NRW-Ausbildungsmarkt absolute Priorität. Dabei werden wir den Betrieben aber nicht mit Folterinstrumenten drohen, sondern sie ermuntern, Ausbildungsplätze anzubieten.

Statt ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, so wie Sie das immer wieder gemacht haben, werden wir Hindernisse aus dem Weg räumen, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen.

(Ralf Jäger [SPD]: Welche denn?)

Meine Damen und Herren, hier zeigen sich die Unterschiede im Politikverständnis von alter und neuer Landesregierung. Mit ihrem Antrag „Ausbildung im Steinkohlebergbau: Eine berufliche Perspektive für junge Menschen im Ruhrgebiet“ möchte uns die SPD suggerieren, dass die von ihr mitverschuldete Lehrstellenmisere durch den Ausbilder Steinkohlebergbau behoben werden könnte.

Hier zeigt sich der wirtschaftspolitische Ansatz, den die SPD 40 Jahre lang praktiziert hat, mit dem sie das Land Nordrhein-Westfalen dorthin geführt hat, wo es steht, nämlich ans Ende der Wachstums- und Beschäftigungsskala in Deutschland.

Nicht die Großindustrie, schon gar nicht die von gestern, schafft die dringend benötigten Ausbildungsplätze.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer ist denn "gestern"? Wer denn?)

Es ist der Mittelstand, der in Nordrhein-Westfalen über 80 % aller Ausbildungsplätze stellt.

Meine Damen und Herren, die Behauptung der SPD entbehrt daher jeglicher Grundlage, der von FDP und CDU vereinbarte Auslauf des subventionierten Steinkohlebergbaus hätte unmittelbare Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt im Ruhrgebiet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber das glauben Sie doch selber nicht!)

Selbstverständlich hat auch die neue Landesregierung ein großes Interesse daran, dass möglichst viele junge Menschen eine qualifizierte Ausbildung im nordrhein-westfälischen Steinkohlebergbau erhalten.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Brockes, entschuldigen Sie. Es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sagel. Möchten Sie die zulassen?

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Zum Schluss meiner Rede lasse ich die gerne zu.

Ebenso selbstverständlich ist auch, dass dem deutschen Steinkohlebergbau, der Milliarden an Subventionen aus öffentlichen Haushalten bezieht, eine besondere Ausbildungsverantwortung zukommt. Diese hat mit den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zunächst einmal gar nichts zu tun. Schon bisher hat die DSK Ausbildungsstellen in Berufsbildern angeboten, die auch außerhalb des Bergbaus gefragt sind.

Die DSK soll auch weiterhin junge Menschen zum Elektroniker, Industriemechaniker, Mechatroniker, Chemikanten oder in den verschiedenen kaufmännischen Berufen ausbilden. Den Lehrlingen darf allerdings nicht vorgegaukelt werden, sie hätten nach ihrer Ausbildung eine berufliche Perspektive im Steinkohlebergbau. Neueinstellungen im großen Stil, wie bisher von der DSK beabsichtigt, wird es nämlich nicht mehr geben. Auch wenn es schwer fällt, meine Damen und Herren von der SPD,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Hat das nun Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt oder nicht?)

muss die SPD langsam zur Kenntnis nehmen - auch Sie, Herr Eumann: Die einstige parteiüber-

greifende Kohlefraktion im Landtag hat sich aufgelöst. Inzwischen ist es so, dass Ihr früherer Koalitionspartner, Bündnis 90/Die Grünen, offen und laut Beifall für die kohlepolitischen Weichenstellungen der neuen Regierung spendet.

Herr Priggen, damit bin ich bei Ihrem Entschließungsantrag, zu dem ich - ausgenommen die ersten drei Zeilen - nur sagen kann: Thema verfehlt!

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Warum?)

- Weil Sie auf den Ursprungsantrag der SPD gar nicht eingehen. Die Transparenz, die Sie in Ihrem Antrag fordern, die auch wir für gut und richtig halten, ist genau die Transparenz, die Ihr bisheriger Koalitionspartner Ihnen in diesem Bereich nie zugestanden hat. Auch das macht wieder deutlich, in welchem desolaten Zustand sich die alte Landesregierung befunden hat.

Meine Damen und Herren, Herr Priggen, Sie können davon ausgehen, dass die neue Landesregierung Transparenz in diesem Bereich schaffen wird. Dafür brauchen wir aber Ihren heutigen Antrag nicht. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD: Die Frage!)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich möchte Sie fragen, ob Sie die Frage noch beantworten wollen.

Dietmar Brockes (FDP): Ja.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann hat Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bezüglich einer Aussage, die von Ihrem neuen Innenminister, Herrn Dr. Wolf, geäußert worden ist, nach Ihrer Position fragen. Herr Dr. Wolf hat sich nach einem Artikel im „Westfälischen Anzeiger“ vom 5. Mai er sehr positiv zu dem Donar-Projekt und einem profitablen Bergbau geäußert. Er ist zukünftig zuständig für das Planfeststellungsverfahren für das Bergbaufeld Donar?

Ich frage Sie: Wie beurteilen Sie es denn, dass offensichtlich im Widerspruch zu Ihren Aussagen zum Ausstieg aus der Steinkohle Ihr Innenminister Herr Dr. Wolf jetzt genau das Gegenteil befürwortet, dass nämlich der Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt wird?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Sagel, ich bin nicht bereit, hier sämtliche Ausführungen der Mitglieder der Landesregierung zu kommentieren.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

- Bleiben Sie ruhig, Herr Horstmann. Dafür gibt es eine Fragestunde hier im Landtag; die können Sie dafür gerne nutzen. - Vielen Dank.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Brockes, für Ihren Beitrag. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laumann. Bitte schön.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man heute die Reden der Opposition zum Tagesordnungspunkt 2 gehört hat - Mehrwertsteuer, die Geißelung einer unzureichenden Bewegung beim Subventionsabbau - und jetzt beim Tagesordnungspunkt 4 miterleben muss - die Lehrstellensituation ist zugegebenermaßen schwierig, angespannt und besorgniserregend -, dass die Lehrstellensituation zum Anlass genommen wird zu begründen, warum notwendige Strukturveränderungen in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft - wir haben hohe Subventionen im Bereich des Bergbaus - und notwendige Umstrukturierungen im Bergbau verhindert werden sollen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das steht da gar nicht drin! - Weitere Zurufe von der SPD)

kann man nur zu der Auffassung gelangen, dass Ihrer Argumentation in diesem Punkt völlig der Zusammenhang fehlt.

Ich glaube, dass es richtig ist - und das ist Ziel der Landesregierung -, dass wir die Stärken, die im Ruhrgebiet vorhanden sind, weiterentwickeln. Das Ruhrgebiet hat große Stärken, etwa im Gesundheitssektor, in der Logistik, bei den Hochschulen, bei den Flughäfen. Ich glaube, dass es auch richtig ist, gerade hier neue Ausbildungskapazitäten zu erschließen, um über die Ausbildungssituation die Lage im Ruhrgebiet nachhaltig zu entspannen.

Darüber hinaus müssen Sie ein Weiteres sehen: Die RAG ist einer der großen Ausbildungsbetriebe des Ruhrgebietes, aber wir wissen doch alle, dass mittlerweile ein Drittel der Ausbildungsplätze bei der RAG solche sind, mit denen im Rahmen einer Verbundausbildung für kleinere Betriebe ausgebildet wird. Das hat die Landesregierung bislang gefördert, und ich sage Ihnen: Diese Programme werden wir weiter fördern.

(Beifall von der CDU - Hannelore Kraft [SPD]: Dann können Sie unserem Antrag auch zustimmen!)

Denn es ist ja vernünftig, die Kenntnisse und die Erfahrungen der RAG in der Berufsausbildung gerade für kleinere Betriebe, die sich schwer tun, die gesamte Palette einer Berufsausbildung jungen Menschen zu vermitteln, auch weiterhin nutzen. Ich sehe jedenfalls große Möglichkeiten, auch bei den Ausbildungsstellen im Ruhrgebiet etwas zu tun.

Aber jetzt noch ein weiterer Punkt: Bergbauspezifisch werden zurzeit nur noch 7,5 % der Auszubildenden - von den rund 3.000 sind das 218 - bei der DSK ausgebildet. Das heißt, die Ausbildung im Steinkohlebergbau ist auch in anderen Branchen einsetzbar, und die hohe Qualität der Ausbildung macht deutlich, dass gerade ein Übergang vom Bergbau in andere Branchen für gut ausgebildete Menschen möglich ist. Das ist ein Beispiel, das Hoffnung macht, einen sozialverträglichen Abbau der Steinkohlesubventionen hinzubekommen.

Wenn wir über Ausbildungsplätze sprechen - das kann ich Ihnen nicht ersparen -, müssen wir auch sehen, dass wir im vergangenen Jahr allein 12.000 Unternehmensinsolvenzen in Nordrhein-Westfalen hatten. Das sind 12.000 potenzielle Ausbildungsbetriebe weniger. Wir haben über 50.000 Beschäftigte durch diese Insolvenzen verloren. Das grundlegende Problem des dualen Ausbildungsbereiches ist es, dass uns durch das Wegbrechen gerade mittelständischer Strukturen auch potenzielle Ausbildungsbetriebe in einem immer dramatischeren Ausmaß wegbrechen. Das ist das potenzielle große Problem, das wir haben.

(Beifall von der CDU)

Deswegen führt überhaupt kein Weg daran vorbei, dass die Politik gerade den Mittelstand, das Handwerk, die Kleinbetriebe stärken muss, weil das die Trägerinnen und Träger unseres Ausbildungssystems im dualen Bereich in der Vergangenheit waren und in der Zukunft wieder stärker werden müssen.

Ich will einen weiteren Punkt in Ihrem Antrag ansprechen. Man kann und darf Zahlen nicht unterschiedlich bewerten. Man kann nicht die 20.436 Lehrstellensuchenden mit den Gesamtausbildungsplätzen vergleichen, wie Sie es in Ihrem Antrag tun. Denn auch bei der DSK werden jedes Jahr rund 700 Lehrlinge eingestellt, was in der Gesamtheit zu den rund 3.000 führt. Hier müssten Sie die Zahl in Ihrem Antrag entsprechend korrigieren.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die Zahlen stimmen!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt anführen, den der Redner der SPD, Herr Eumann, angesprochen hat: Was sind denn Ihre Programme, um mit der Situation nach den Sommerferien fertig zu werden? - Ich glaube, dass wir uns hier als neue Landesregierung genauso verhalten müssen, wie es in der Politik - ich kenne das ja auch aus der Berliner Diskussion über viele Jahre - üblich ist: Es ist im Monat Juli zu früh und schädlich für die Aktionen, die die Kammern und die wir alle im Ausbildungskonsens gemeinsam unternehmen, um möglichst viele Ausbildungsplätze im dualen System zu rekrutieren, zum jetzigen Zeitpunkt die Katze in vollem Umfang aus dem Sack zu lassen und zu sagen, was wir denn für die Unversorgten Ende September/Anfang Oktober tun werden.

(Ralf Jäger [SPD]: Das erklären Sie mal einem 18-Jährigen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das war immer die Linie aller, die verantwortlich gehandelt haben.

(Beifall von der CDU - Ralf Jäger [SPD]: Erst einmal nichts sagen!)

Das wissen Sie doch auch: Wenn jetzt schon bestimmte Programme darstellen, dann wird sich auf dem ersten Ausbildungsmarkt gar nichts mehr oder wenig tun, weil man auf das versprochene Geld, das man unter Umständen in diesem Bereich einsetzen will, wartet, um es mitzunehmen.

(Beifall von der CDU - Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wissen Sie, da reicht wirklich die Bauernschläue des Münsterlandes aus,

(Allgemeine Heiterkeit)

um zu erkennen, was passieren würde, wenn wir jetzt schon in allen Bereichen das tun würden, was Sie verlangen. Das können Sie von mir nicht zu erwarten.

(Beifall von der CDU - Hannelore Kraft [SPD]: Im Ruhrgebiet redet man ehrlich!)

Sie können davon ausgehen, dass wir den Ausbildungskonsens in Nordrhein-Westfalen fortführen und erneuern werden. Sie können davon ausgehen, dass diese Landesregierung - es gibt dazu auch einen zentralen Punkt in der Koalitionsvereinbarung - alles tun wird, damit die jungen Menschen eine gute Ausbildung erhalten. Denn darüber sind wir uns hier im Plenum wohl einig: Eine

gute Ausbildung ist und bleibt die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben.

Wenn wir einmal genau hinschauen, glaube ich, dass wir in der Frage, wie wir dies erreichen, unter den Fraktionen in diesem Hause die wenigsten Unterschiede haben - am Ende wird man mit unterschiedlichen Programmen sehr pragmatisch handeln müssen -, die Probleme zu lösen. Denn wir wissen alle: Es gibt nichts Schlimmeres als ein Schüler, der jetzt im Sommer aus der Schule entlassen wird und dessen erste Erfahrung mit der Arbeitswelt und mit unserer Gesellschaft die ist: Ich werde eigentlich nicht gebraucht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie halten doch den Deckel drauf!)

Dabei sage ich Ihnen: Für die Situation, die wir zurzeit haben, ist nicht der verantwortlich, der seit einer Woche im Amt ist, sondern diejenigen, die hier 39 Jahre die Verantwortung hatten. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion Herr Sören Link.

Sören Link (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorweg feststellen: Von der Problematik des Antrags haben Sie offensichtlich keine Ahnung. Deswegen sagen Sie dazu nichts, sondern winden sich herum. Das gilt für die Vertreter der Regierung, für die Vertreter der Koalition und leider auch für den Vertreter der Grünen. Das ist bedauerlich, weil das an den Interessen der Jugendlichen vorbeigeht, die Besseres bei diesem Thema verdient hätten.

(Beifall von der SPD - Rudolf Henke [CDU]: Das ist schlechter Stil!)

- Es kommt noch besser. - Politik trägt Verantwortung für die Menschen in einem Land. Und so tragen auch wir als Parlamentarier in diesem Hause die Verantwortung für das Wohl der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen. Unsere Verantwortung ist umso größer, wenn es um die Jugendlichen dieses Landes geht, um die Jugendlichen, die die nächste Generation darstellen, und ihre ganz persönlichen Zukunftsperspektiven.

Wir als Parlamentarier sind gehalten, alles in unserer Kraft Stehende zu tun, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Menschen in diesem Land eine bestmögliche schulische, a-

ber auch berufliche Ausbildung erhalten. Denn nur mit einem soliden Fundament lässt sich ein gutes Haus bauen. Ebenso ist eine solide Ausbildung der Garant für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben.

Doch was tut die neue Landesregierung, meine Damen und Herren? - Sie spielt mit der Zukunft vieler junger Menschen, insbesondere im Ruhrgebiet, und setzt gleich zu Beginn viele hundert Ausbildungsplätze leichtfertig aufs Spiel. Und nicht wir hier an diesem heutigen Tag verunsichern die Beschäftigten und die Auszubildenden im Steinkohlenbergbau, nicht wir verbreiten Angst und Schrecken, sondern Sie mit Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD)

Ich spreche heute von den Ausbildungsplätzen, die die Deutsche Steinkohle AG Jahr für Jahr in NRW zur Verfügung stellt. Im laufenden Jahr werden es 2.700 sein.

Diese Landesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, neue Akzente zu setzen. Doch ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wie sehen diese neuen Akzente insbesondere in der Energiepolitik denn aus? - Ich will gar nicht auf die gravierenden Konsequenzen Ihrer Politik eines Auslaufbergbaus für die Bergbauspezialtechnik, die Zulieferindustrie und den lokalen Einzelhandel eingehen, wo auch Arbeits- und Ausbildungsplätze in nicht unerheblichem Maße betroffen sind.

Ich mache es einmal konkret: Ich bin Abgeordneter aus Duisburg-Walsum im Duisburger Norden. Allein 32 junge Mitarbeiter der Steag werden derzeit am Bergwerk Walsum ausgebildet. Auch diese Ausbildungsplätze sind durch Ihre Politik in Gefahr.

Ich will stattdessen hier und heute auf die große Verunsicherung vieler junger Auszubildender auf dem Bergwerk am Standort Duisburg-Walsum zu sprechen kommen. Hier werden in diesem Jahr über 500 Jugendliche in verschiedensten Berufen ausgebildet. Es wurde schon mehrfach erwähnt: Das Bergwerk bildet nicht in erster Linie den klassischen Bergmann aus, sondern in zukunftsfähigen Ausbildungsberufen, die auch in anderen Industriezweigen rege nachgefragt werden. In Walsum werden über 500 Jugendliche - das heißt: ein Fünftel der gesamten Ausbildungskapazität der DSK - ausgebildet. Damit bildet das Bergwerk seit Jahren über den eigenen Bedarf hinaus aus und kommt seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung in vorbildlicher Weise nach.

Ich weiß nicht, ob Sie sich, meine Damen und Herren von der Landesregierung, überhaupt über

Folgendes im Klaren sind: Auf der Zeche Walsum werden eben, wie gesagt, nicht in erster Linie Bergleute ausgebildet, die man möglicherweise als Begründung für Ihr Handeln anführen könnte, sondern hauptsächlich junge Leute in Berufsbildern, die auch in der Industrie im Umfeld rege nachgefragt werden. Dadurch haben diese jungen Menschen Chancen auf sichere Arbeitsplätze.

(Beifall von der SPD)

Mit dieser Ausbildung bildet die DSK nicht in die Vergangenheit aus, sondern in die real greifbare Zukunft junger Menschen. Das ist mit Ihrer Politik in Gefahr.

Was soll mit den jungen Menschen in den nächsten Monaten geschehen, die gerade erst ihre Ausbildung in Walsum begonnen haben und nicht wissen, ob sie diese Ausbildung in Walsum beenden werden? - Nach den Zechenschließungen der letzten Jahre lassen sich die Ausbildungsplätze eben nicht mehr wahllos durch das Ruhrgebiet verschieben - ganz abgesehen davon, dass an keinem der umliegenden Bergwerke auch nur annähernd die erforderliche Ausbildungskapazität vorhanden wäre.

Wir diskutieren hier nicht über anonyme Zahlen, sondern reden von jungen Menschen und konkreten Einzelschicksalen. Ich freue mich, dass ein paar von den jungen Menschen aus Walsum heute hier auf der Tribüne sitzen und mit Sicherheit interessiert zuhören, was Sie so von sich geben. Sie werden bestimmt darüber nachdenken und es auch behalten.

(Beifall von der SPD)

Und was sagen Sie den Jugendlichen, die in der Region Duisburg im nächsten Ausbildungsjahr eine freie Stelle suchen? - Schauen Sie sich einmal den Ausbildungsmarkt in Duisburg an. Derzeit kommen auf 2.000 freie Stellen, die noch zur Verfügung stehen, über 4.000 Bewerber. Allein auf der Zeche Walsum ist das Verhältnis von angebotenen Ausbildungsplätzen zur Bewerberzahl 1:11.

Und was soll mit den durchschnittlich 6 % schwer behinderten Auszubildenden geschehen, die in Duisburg-Walsum auf dem Bergwerk eine Stelle bekommen haben? - Wenn Sie sich den Ausbildungsstellenmarkt für diese benachteiligten jungen Menschen ansehen, dann wissen Sie, dass deren berufliche Zukunft mit Schließung des Werks vorbei ist, bevor sie richtig begonnen hat. Bislang finden nämlich genau diese Jugendlichen trotz ihrer Behinderung nach abgeschlossener Ausbildung zu 80 bis 90 % einen Arbeitsplatz in der Region, was wiederum für die gute Ausbil-

dung am Bergwerk und am Standort spricht. Wir reden hier von der Übernahme vollwertiger Tätigkeiten in regulären Betriebsabläufen.

Auch dies ist eine Sache, die Sie mit Ihrer Politik nachhaltig gefährden, wenn nicht sogar zerstören. Sie gefährden damit vorsätzlich die Zukunft von derzeit 17 jungen Menschen am Bergwerk Walsum, und das, obwohl Sie zeitgleich vor allen Kameras immer wieder betonen, dass Ihnen die Förderung behinderter Menschen eine wahre Herzensangelegenheit sei, Herr Rüttgers. Darin entblößt sich aus meiner Sicht die ganze Verlogenheit Ihrer Politik.

Meine Damen und Herren, diesen Fragen müssen Sie sich heute stellen. Hier können Sie sich nicht hinter Ihren Koalitionsvertrag wegducken und plötzlich auf die Verantwortung des freien Marktes verweisen. Hier tragen allein Sie die Verantwortung für die Zukunft einiger hundert junger Menschen im Revier. Und hier erwarten diese Jugendlichen schnellstens Antworten von Ihnen. Deshalb wird die SPD-Fraktion gleich namentliche Abstimmung beantragen, damit jedem klar ist, wer für die Verunsicherung der jungen Menschen und die Vernichtung von Ausbildungsplätzen in Walsum verantwortlich ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Link. - Jetzt hat die Wirtschaftsministerin, Frau Thoben, das Wort. Bitte schön.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich muss man sich zu Beginn einer Debatte darüber verständigen, über was man überhaupt reden will.

(Zuruf von der SPD: Über den Antrag!)

Frau Kraft, wollen Sie über Ausbildungsprobleme insgesamt reden? Wollen Sie über Ausbildungsprobleme im Steinkohlenbergbau reden? Oder wollen Sie über Ausbildungsprobleme am Standort Walsum reden? Und die Grünen muss ich fragen: Haben Sie Ihren Antrag vielleicht deshalb zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt, weil Ihnen der andere Antrag, zu dem Ihr Antrag passen würde, zeitlich zu spät am Nachmittag liegt? - Hier ist eine große Konfusion eingetreten. Ich will versuchen, sie aus meiner Sicht aufzulösen.

Mir liegt bei allen Problemen - das sage ich nicht nur heute, sondern dauerhaft - daran, dass wir uns an Sachverhalten orientieren und nicht an Ideologien.

(Beifall von CDU und FDP - Hannelore Kraft [SPD]: Das sind Sachverhalte!)

Meine Damen und Herren, tun Sie doch nicht so, als ob sich über unsere Koalitionsvereinbarung die Ausbildungssituation in der deutschen Steinkohle dramatisch geändert hätte! Das ist einfach nicht wahr.

(Beifall von CDU und FDP - Widerspruch von der SPD - Zuruf von der SPD: Selbstverständlich ist das wahr!)

Ihre Verabredung aus der letzten Kohlerunde, die länger gilt als bis zu diesem Frühsommer, beinhaltet einen kontinuierlichen Rückgang der Ausbildungsleistung und -erwartung im deutschen Steinkohlenbergbau. Das haben Sie verabredet, das kann man sogar auf der Zeitschiene beschreiben. Es war für Sie, so lange Sie auf der Regierungsbank gesessen haben, immer unstrittig, dass damit ein großes Stück unternehmerischer Verantwortung verbunden ist, um das, was vereinbart wurde, im Detail auszufüllen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Ich möchte einen Punkt, den die Regierungskoalition im Zusammenhang mit der Zukunft des Steinkohlenbergbaus festgestellt hat, deutlich herausheben, weil er nach unserer Überzeugung die Verunsicherung wegnehmen kann - aber Sie wollen ja gar nicht, dass die Verunsicherung beseitigt wird -: Die erteilten rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide an die Deutsche Steinkohle gelten. Vor diesem Hintergrund vertrete ich die Auffassung, dass es dem Unternehmen möglich sein muss, eine verantwortliche und verantwortbare Ausbildungslösung, und zwar im Sinne der Auszubildenden, zu finden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die Verantwortung nehmen andere wahr!?)

Meine Damen und Herren, diese Verabredungen gelten. Und nun zu den Zahlen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Zu Walsum!)

- Zu Walsum komme ich sehr gerne. Sie geben mir das Stichwort.

Also: Kurzfristig droht überhaupt nichts für den gesamten Steinkohlenbergbau durch unsere Koalitionsvereinbarung. Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Beifall von der CDU)

Mittel- und langfristig steht Folgendes an: In der Koalitionsvereinbarung haben wir festgelegt, dass wir mit allen Beteiligten einschließlich der Anteils-

eigner über die Rahmenbedingungen für den sozialverträglichen Auslauf übrigens des subventionierten Steinkohlenbergbaus verhandeln und entscheiden werden. Ich gehe davon aus, dass wir im Laufe des nächsten Jahres zu Ergebnissen kommen werden. Diese Verhandlungen sind exakt der richtige Rahmen, auch über die weiteren Aktivitäten der RAG und der Deutschen Steinkohle auf dem Ausbildungssektor zu reden, so wie Sie das bei der letzten Vereinbarung doch auch getan haben.

Zu Walsum und der dortigen Ausbildungsplatzsituation. Herr Horstmann, Sie haben vor mir in dem Büro gesessen, in dem ich jetzt sitze. Sie haben doch zugesehen - in Absprache mit der Staatskanzlei -, dass anstehende Genehmigungen, die in Walsum für Sicherheit gesorgt hätten, nicht erteilt wurden.

(Beifall von der CDU)

Es ist doch befremdlich, wenn der damals zuständige Minister jetzt einen Antrag unterschreibt, in dem er mit großer Sorge auf die Konsequenzen einer fehlenden Entscheidung hinweist, obwohl er dies zu verantworten hat.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Walsken?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Okay.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich versichere Ihnen, dass wir nach Recht und Gesetz entscheiden werden, wie es in ordentlichen Verwaltungsverfahren üblich und notwendig ist. Das haben Sie verpasst, das müssen Sie sich anrechnen lassen.

Übrigens haben wir zum Thema Walsum - das ist doch interessant - nichts anderes getan, als den damaligen Entschließungsantrag von SPD und Grünen vom 2. März 2004, den Sie ja wortwörtlich aus Ihrem "Düsseldorfer Signal" vom 30. Juni 2003 abgeschrieben haben, in unserer Koalitionsvereinbarung nochmals aufzugreifen. Was ist daran eigentlich schlimm? Was erschreckt Sie plötzlich an Ihren Beschlüssen?

Wir werden gemeinsam mit dem Unternehmen prüfen, ob der 1. Januar 2009 tatsächlich unter Berücksichtigung sämtlicher Rahmenbedingungen

und Konsequenzen der frühest mögliche Stilllegungstermin für Walsum ist oder ob die Schließung des Bergwerks möglicherweise vorgezogen werden kann.

(Zuruf von der SPD: Ah!)

Dies tun wir in unmittelbarem Dialog mit dem Unternehmen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist zwar zu Ende, aber Herr Abgeordneter Jäger möchte noch eine Zwischenfrage stellen.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich höre sofort auf.

Vor dem Hintergrund der verbindlichen Subventionszusagen der öffentlichen Hand halte ich es für zumutbar und machbar, dass das Unternehmen seine kurzfristigen Ausbildungsentscheidungen im Sinne der Auszubildenden eigenverantwortlich trifft. Nichts anderes haben Sie bis vor wenigen Wochen von dem Unternehmen verlangt. Wir schließen uns Ihnen ausdrücklich an.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat der Abgeordnete Horstmann für die SPD-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Ah, der wird das sicherlich bestätigen!)

Dr. Axel Horstmann (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst haben Sie, Frau Thoben, völlig Recht: Man muss sich verständigen, worüber man redet. Das haben Sie gefordert - dem schließe ich mich an -, um sich dann allerdings, Frau Thoben, sofort zu irren. Über Genehmigungen für Walsum reden wir erst nächste Woche. Das kommt aber ganz bestimmt auch. Darauf können Sie sich noch sieben Tage vorbereiten.

(Beifall von der SPD)

Heute reden wir über die Frage: Was passiert mit den 245 jungen Menschen, die in Walsum derzeit ausgebildet werden, mit den 151, die gerade vom Bergwerk Lohberg/Osterfeld übernommen werden, und den 116 neuen Ausbildungsverhältnissen, die jetzt zu Beginn des Ausbildungsjahres 2005 begründet werden sollten? Darüber reden wir.

Sehen Sie, die Verantwortung der Landesregierung, und zwar dieser Landesregierung, ergibt sich doch aus Folgendem: Bisher gibt es Vereinbarungen zwischen dem Bund, dem Land Nord-

rhein-Westfalen und dem Unternehmen, wonach alle Seiten das, was sie zu leisten vermögen, einbringen. Für die RAG ist das auch die Ausbildungsleistung, und zwar auch die Ausbildungsleistung im Steinkohlenbergbau. Darum geht es, und zwar bisher auf der Basis politischer Vereinbarungen, die bis zum Jahre 2012 reichen.

Sie haben im Koalitionsvertrag nichts anderes getan, als anzukündigen, diese Vereinbarungen für das Land Nordrhein-Westfalen aufkündigen zu wollen, also so etwas wie einen vertragslosen Zustand herbeiführen zu wollen. Deshalb ist es Ihre Verantwortung, dafür zu sorgen, dass daraus keine nachteiligen Folgen für junge Menschen, die im Steinkohlenbergbau ihre Ausbildung machen, entstehen.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Alles, was Sie sagen, geht nicht auf diese Verantwortung ein. Es ist interessant, dass Herr Laumann ein Sonderprogramm der Landesregierung für September dieses Jahres zur Behebung der Ausbildungsplatznot ankündigt. Das ist gut. Aber was tun Sie an dieser Stelle für diese jungen Menschen, um deren Ausbildung es hier geht? Alles, was ich gehört habe von Ihnen, Frau Thoben, ist, dass Sie diese Verantwortung eben nicht übernehmen wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Abwälzen!)

Sie haben gesagt: Ich gehe davon aus, dass es dem Unternehmen möglich sein wird, ohne soziale Brüche für eine Weiterbeschäftigung zu sorgen.

(Beifall von der SPD)

Sehen Sie, das ist die Verantwortung dieses Parlaments, die Landesregierung in einer solchen Situation, in der sie die Verantwortung, die sie hätte, für sich ablehnt, zu drängen, diese Verantwortung wahrzunehmen.

Ich beantrage deshalb namens der SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung nach § 43 der Geschäftsordnung des Landtags über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Auch Herr Priggen hat sich noch zu Wort gemeldet. Herr Priggen, bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Frau Thoben, richtig ist, dass die Debatte verwirrend ist, weil die sozialdemokratische Fraktion mit einem Antrag kommt, der vordergründig auf die Auszubildenden im

Bergbau abzielt, aber durch die Hintertür den Sockelbergbau enthält. Wenn man klar darüber reden würde, würde man die Themen voneinander trennen. Das wäre auch richtig. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die jetzt eine Ausbildung bei der DSK machen, sie zu Ende führen können.

Man muss zweitens - das hat Herr Laumann angesprochen - vernünftig darüber reden, wie man die Ausbildungsleistung der RAG steigern kann. Denn sie bietet eine gute Ausbildung und soll sie auch durchführen. Das ist nicht Streitig. Streitig ist, über irgendeine Hintertür darüber zu reden - ich habe vorhin gesagt, dass wir schon mehrere erlebt haben -, dass Bergbau auf Dauer nötig ist, um im Bergbau dauerhaft ausbilden zu können. Das geht nicht; das ist unvernünftig. Wenn Sie die Realität endlich anerkennen und sagen würden "Das eine geht sozialverträglich zu Ende, aber die Ausbildungsleistung wollen wir erhalten und in anderen Bereichen fortführen", könnten wir darüber sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir können auch über die Frage diskutieren, was wir und vor allem die Landesregierung tun können, um im Herbst genügend Ausbildungsplätze in allen Bereichen zur Verfügung zu stellen. Das ist in Ordnung. Das wird aber vermischt und auf dem Rücken von Auszubildenden ausgetragen. Ich bin überzeugt, dass niemand von denen, die in Walsum ausgebildet werden, Angst haben muss, seine Ausbildung nicht abschließen zu können. Sie werden aber benutzt, um es klar zu sagen.

(Beifall von GRÜNEN, CDU und FDP)

Das war der eine Teil.

Nun zu dem anderen Teil. Herr Ministerpräsident, ich möchte es Ihnen persönlich sagen und den anderen noch einmal. Frau Thoben hat auf meine Frage nicht geantwortet. Wir haben die Frage der Transparenz mit Absicht in unseren Antrag genommen, weil das ein Teil der Steinkohledebatte ist. Sie wird nur an den Lehrlingen aufgehängt. Vertun wir uns doch nicht! Auf die Frage, was Sie tun, um Transparenz herzustellen, um gegenüber dem Parlament offen zu legen, wie der Ausstieg laufen soll, ist von Herrn Weisbrich die klare Ansage gekommen: Wir stellen für euch keine Transparenz her. Und Herr Kollege Brockes hat bei der Frage - das sei ihm zugestanden, weil das komplizierte Thema Kohle neu für ihn ist - völlig gekniffen. Das muss Herrn Papke wehgetan haben.

(Beifall von den GRÜNEN und Gisela Walsken [SPD])

So geht es nicht! Es ist Ihre Aufgabe, alle Gespräche zu führen. Aber hier müssen die Zahlen auf den Tisch. Sie kommen nicht auf den Tisch. Ich habe Sie, Frau Thoben, persönlich gefragt. Sie sind heute mit der Zahl 200 Millionen Altlasten in die Presse gegangen. Diese Zahl hat noch nirgendwo gestanden. Sie haben kein Wort dazu gesagt.

Wir sehen uns ja demnächst öfter im Wirtschaftsausschuss. Dass Sie hier nichts sagen und keine Fakten auf den Tisch legen, aber hintenherum Ihre Gespräche führen und uns nachher erzählen „Wir haben es leider nicht hinbekommen“, werden wir Ihnen genauso wenig durchgehen lassen, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Sie müssen Fakten auf den Tisch legen, die wir uns dann ansehen. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die SPD-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Nach § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung erfolgt die **namentliche Abstimmung** durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Ich bitte Sie, mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass Sie sich der Stimme enthalten. Erklärt sich ein Mitglied des Landtags nicht, so gilt dies als Nichtbeteiligung an der Abstimmung. - Ich bitte Herrn Abgeordneten Röken, als Schriftführer mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage 1.)

Ist eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Raum, die oder der ihre bzw. seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben sich 184 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 74 Abgeordnete. Mit Nein stimmten 110 Abgeordnete. Damit ist der **Antrag Drucksache 14/16 abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/39**. Auch über diesen Antrag wird direkt abgestimmt. Wer spricht sich für ihn aus? - Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Die übrigen drei Fraktionen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit kommen wir zu:

5 Chaos für Schulen und Kommunen verhindern - Schulentwicklungsarbeit von Kollegien, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern wertschätzen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/12

In Verbindung damit:

Auslese und unfairen Wettbewerb in NRW verhindern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/18

Darüber hinaus gibt es einen **Entschließungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 14/33** zum Thema „Bildungsreform auf solide Grundlage stellen“.

Ich eröffne die Beratung und gebe zunächst Frau Abgeordneter Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die neue Koalition hat in ihrem Vertrag angekündigt, eine umfassende Novellierung des Schulgesetzes vorzunehmen, und damit über den Wahlkampf hinaus bei den Kommunen, Kollegien, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern für Verunsicherung gesorgt.

(Unruhe)

Damit sind die Instrumente für mehr individuelle Förderung, Qualitätsentwicklung, Selbstständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen, die im Schulgesetz verankert sind, ...

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit.

Sigrid Beer (GRÜNE): ... infrage gestellt. Die neuen Stundentafeln der Sekundarstufe I bedeuten nämlich mehr Unterricht in allen Schulformen, der ab dem 1. August auch tatsächlich in den Schulen ankommt, während die Schulen auf die 4.000 neuen Lehrerstellen, die Sie versprochen haben, noch etliche Zeit warten dürften. Und wenn sie kommen, erreichen sie die Schulen nach Ihren bisher vorgelegten Plänen nur in homöopathischen Dosen.

Durch das neue Schulgesetz haben die Kommunen mit dem Instrument der Verbundschule die Möglichkeit, Bildungsangebote wohnortnah zu sichern. Etliche Schulträger wollen diese Chance ergreifen und sind nun durch Ihre Wahlkampfatacten, die nichts mit seriöser Schulentwicklungsplanung zu tun hatten, verunsichert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schaffen Sie endlich Planungssicherheit und stellen klar, dass diese Regelung Bestand hat!

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin Beer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Priggen?

Sigrid Beer (GRÜNE): Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Kollegin Beer, ich frage, ob auch Sie es als unhöflich empfinden, wenn Herr Minister Laumann und eine Reihe anderer Regierungsmitglieder neuerdings immer, wenn vorne geredet wird, Gespräche am Rand führen, anstatt den Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle auch ein bisschen Raum zu geben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich empfinde das als Ausweis der neuen demokratischen Kultur in diesem Lande, die wir hier demonstriert bekommen.

(Lachen von CDU und FDP - Zuruf: Unerhört!)

Die im vorgelegten Antrag aufgeführten Instrumente und Regelungen des neuen Schulgesetzes bedeuten mehr Durchlässigkeit, mehr Unterricht, mehr individuelle Förderung und mehr naturwissenschaftliche Grundbildung. Durch die Zeitungen geht die Meldung „Rüttgers will Weltspitze werden“. Allerdings war das nur in Bezug auf den Medienbereich postuliert. Der Schulteil des Koali-

tionsvertrages kann damit auch gar nicht gemeint sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nehmen wir nur die Abschaffung des naturwissenschaftlichen Unterrichts. Der Stellungnahme der Gesellschaft Deutscher Chemiker zu diesem Vorhaben ist an dieser Stelle kaum noch etwas hinzuzufügen. So wird ausgeführt, dass integrierter naturwissenschaftlicher Unterricht die Interessenlage der Schülerinnen und Schüler und die Leistungssituation positiv beeinflussen kann. Der rot-grünen Bildungspolitik wird hier ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt; wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Zu Recht wird kritisiert, dass ein Zurück zu den alten Lehrplänen bedeutet, sich von der Orientierung an Kompetenzen und Standards für den mittleren Schulabschluss der KMK zu verabschieden. Das ist bildungspolitischer Rückschritt und provinzielles Denken statt Weltspitze, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer die Schulen in ihrer Arbeit verunsichert, wer die Schulentwicklungsaufgaben der Kommunen behindert, wer die Kräfte des Verharrens und Unbeweglichkeit in der Schule stärkt, wie Sie das tun, der schadet dem Land.

Die Aufgabe verantwortungsvoller und zukunftsgerichteter Bildungspolitik liegt darin, die Durchlässigkeit im System zu erhöhen und Lernbarrieren abzubauen, anstatt demnächst schon 9-jährige Kinder in die Schubladen eines starren Systems von Bildungsgängen zu zwingen, das die Chancen in dieser Gesellschaft unterschiedlich verteilt, das geprägt ist von sozialer Auslese und sozialer Vererbung von Bildungskarrieren.

Aber das alles wollen Sie noch toppen, indem Sie die Schulen unterschiedlicher Ausgangslagen, Chancen und Standortbedingungen mit externen Rankings überziehen. Darüber hinaus sind Sie dabei, bildungspolitischen Flurschaden mit Ihrem Vorhaben weiter zu mehren, die Schulbezirke der Grundschulen aufzuheben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit setzen Sie eine der zentralen bildungs- und gesellschaftspolitischen Errungenschaften in Deutschland, nämlich die allgemeine und gemeinsame Grundschule, aufs Spiel. Anstatt Schulen in der Qualitätsentwicklung kontinuierlich zu unterstützen, besteht Ihr Konzept in ihrer eindimensionalen Marktgläubigkeit, die Kinder zu einem Marktgut macht

(Beifall von den GRÜNEN - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist typisch FDP!)

und die soziale Spaltung dieser Gesellschaft befördert, statt zu integrieren. Ich zitiere an dieser Stelle sehr gerne den CDU-Kollegen Solf aus dem Protokoll des Schulausschusses vom 28.11.2001. Er fragte,

„was aus dem Viertel, aus der Gesellschaft werde, wenn sich die Kinder aus demselben Haus, aus demselben Viertel nicht einmal mehr durch die Grundschule kennen würden?“

Und er sagte weiter:

„Man sollte die Kinder vor Eltern schützen, die ihre Kinder als eine Art frei verfügbare Manövriermasse ansähen, die sie so verschieben könnten, wie sie es wollten.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Die CDU-Kollegin Kastner führte zu Recht an:

„Integration im Stadtteil ... zu leisten, sei eine Hauptaufgabe der Grundschule. Dabei sollte man es belassen.“

(Michael Solf [CDU]: Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Angesichts des Koalitionsvertrages müssen Sie beide sich doch heute fragen, in welcher Fraktion Sie sind. Sie müssten die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. - Ich sage: Man muss die Kinder vor Politikern schützen, die sie als frei verfügbare Manövriermasse betrachten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Ihre Beteuerungen von Freiheit und Eigenverantwortung der Schulen, die Sie in Ihrem Entschließungsantrag wiederholen, aufrichtig sind, dann lassen Sie die Schulen doch ihren Weg gehen, statt ihnen im Handstreich zu verbieten, integrierte Naturwissenschaften zu unterrichten. - Oder reicht die Freiheit nur so weit, wie Sie in der Koalition zu denken bereit sind oder können?

Es geht um die wirklichen schulfachlichen Problemstellungen der Qualitätsentwicklung, nicht um Ihre Befindlichkeiten und das eingeschränkte Verstehen eines Konzeptes. Es sind die Fragen von Demographie, das Schaffen der Voraussetzungen für den Erhalt einer wohnortnahen Bildungsinfrastuktur, die gleichzeitig mehr höher qualifizierende Abschlüsse ermöglicht. Denn wir brauchen u. a. eine höhere Akademikerquote, weil wir sonst den Anschluss auf dem Weg in die Wissensgesellschaft verlieren.

Sie ignorieren konsequent die OECD-Studien, die schon für das Jahr 2020 prognostizieren, dass sich nur mehr gut 10 % der Arbeitsplätze in der manuellen Produktion befinden werden. - Wofür bilden Sie denn eigentlich die Schülerinnen und Schüler aus, denen Sie so gerne das Label „Praktisch begabt“ aufdrücken? Tatsächlich haben Sie bereits eine ganze Gruppe Jugendlicher abgeschrieben. Das drücken Sie in Ihrem Antrag eindeutig aus, wenn Sie schreiben:

„Alle Schulabgänger, die dazu befähigt sind, sollen gut für eine Berufsausbildung oder für ein Studium gerüstet sein.“

Statt der skandinavischen Grundhaltung, die Potenziale aller Schüler und Schülerinnen in der Spitze und in der Breite zu fördern, sie zum Lernen zu ermutigen, ihnen das Lernen zuzutrauen und statt Verantwortung für den Bildungserfolg zu übernehmen, schreiben Sie von vornherein Schülerinnen und Schüler in diesem Land komplett ab.

Ist das das gerechtere Schulwesen, von dem Sie sprechen, orientiert an christlichen Grundwerten? Ich fordere Sie auf, unserem Antrag zu folgen und Schulträgern, Kollegien, Eltern, Schülerinnen und Schülern damit zu signalisieren, dass Sie ihre Schulentwicklungsinitiativen wertschätzen, dass ihre Arbeit Vertrauensschutz genießt, dass Freiheit und Selbstverantwortung für Sie nicht bloße Lippenbekenntnisse sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und ich fordere Sie auf, den schulpolitischen Teil Ihrer Koalitionsvereinbarung endlich schulfachlich zu fundieren und dahin gehend zu korrigieren, dass Sie Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit steigern, anstatt beides abzubauen. - Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Ute Schäfer für die SPD-Fraktion.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer, Sie haben einen wichtigen Aufgabenbereich übernommen, in dem man ganz viel bewegen kann, ein Aufgabenfeld mit großer Verantwortung. Das verlangt Besonnenheit, Dialogbereitschaft und Gestaltungskraft. Ich möchte Ihnen zu nächst einmal zu Ihrer Ernennung gratulieren.

Für die SPD-Fraktion biete ich Ihnen eine sachorientierte und faire Oppositionsarbeit an, im Inte-

resse unserer Lehrerinnen und Lehrer und im Interesse der jungen Menschen in unserem Land. Ich verspreche Ihnen aber auch: Wir werden keine bequeme Opposition sein.

Sie wissen, Frau Ministerin Sommer, dass ich mich in besonderer Weise um Dialogbereitschaft und Transparenz bemüht habe. Ich wünsche mir, dass Sie das hier in Nordrhein-Westfalen nicht abbrechen.

Ich bedauere allerdings sehr, dass Sie diesem Wunsch mit Ihrer ersten Maßnahme nicht entsprechen konnten. Ich bedauere, dass Sie Maßnahmen übers Knie brechen müssen, die nicht Sie, sondern andere für Sie entschieden haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die hektische Änderung der Ausbildungsordnung zu Naturwissenschaften ohne ein faires Beteiligungsverfahren ist ein denkbar schlechter Start.

(Beifall von der SPD)

Jeder Kundige hier im Land hat sich allerdings im Rahmen der Regierungsbildung die Frage gestellt, wer im Koalitionsvertrag eigentlich die bildungspolitischen Wegmarken gesetzt hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das fragen wir uns auch!)

Ich kann nur sagen: Kompliment an die FDP! Der fleißige Herr Witzel lässt grüßen. Ich finde, Sie haben den großen Partner ziemlich gut über den Tisch gezogen.

(Beifall von der SPD)

Das wird an Ihrer Vereinbarung deutlich, die Frau Kollegin Beer schon ansprach, die Schulbezirke für die Grundschulen aufzuheben. Endlich kommt jetzt der freie Markt! Er wird aber nur für einige wenige zum Vorteil sein, nämlich die Kinder der Eltern, die Zeit und Ressourcen haben, sie durch das Land zu fahren. Ist das Ihr Beitrag dazu, Bildungserfolg und soziale Herkunft zu entkoppeln?

Bis jetzt gilt in Nordrhein-Westfalen - Herr Solf teilt ja die Einschätzung -: Die Grundschule soll eine wohnortnahe Schule und nach dem Grundgesetz eine Schule für alle Kinder sein. Sie hat eine sozial-integrative Funktion; das wissen Sie, Frau Ministerin Sommer. Es gilt: kurze Beine, kurze Wege. Aber nach den kalten, marktradikalen Vorstellungen der FDP, vor denen die CDU-Bildungspolitik leider kapituliert hat, wird das künftig nicht mehr so sein. Eltern sollen Grundschulen auswählen. Aber wonach? - Anzahl der Ausländer oder Spätaussiedler? Zustand der Gebäude? Ausstattung der Schule? Sponsoren der Schule?

Wissen Sie eigentlich, was Sie dem Schulträger damit aufbürden? Haben Sie begriffen, wie sehr Sie in die kommunale Planungshoheit eingreifen?

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Haben Sie sich einmal Gedanken gemacht, ob nicht sogar das Konnexitätsprinzip greifen wird und die Kommunen beim Land Regress oder Schadenersatz einfordern können?

Und haben Sie sich einmal die aktuelle Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes angesehen? Herr Dr. Schneider vom Städte- und Gemeindebund ist politisch sicher sehr unverdächtig, die Interessen der Sozialdemokraten zu vertreten. Wenn er an diesem Verfahren Kritik äußert, müssten Sie spätestens jetzt Ihre Positionierung überprüfen. Ich zitiere aus der Pressemitteilung vom 14.06. mit Genehmigung des Präsidenten:

„Eine Abschaffung der Schulbezirke im Grundschulbereich, wie von CDU und FDP geplant, würde die Kommunen als Schulträger in ein organisatorisches Chaos stürzen. Denn dann gäbe es kein Instrument mehr, die Schülerströme den vorhandenen Kapazitäten anzupassen. Daher sind die Schulbezirke in der bisherigen Form beizubehalten.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie streichen das alles mit einem Federstrich weg, Herr Witzel. Sie nehmen das nicht ernst. Das sind die Belange der Kommunen in unserem Land, für das Sie jetzt zuständig sind.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Es geht munter weiter mit der FDP-Dominanz: Zukünftig gibt es ein Grundschulgutachten, das Eltern vorschreibt, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen muss. Der Elternwille hat in Nordrhein-Westfalen zukünftig keine Bedeutung mehr.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

De facto gilt nur noch die Aussage der Grundschule - liberal, also zurück in die 60er-Jahre. Damals gab es Aufnahmeprüfungen.

(Theo Kruse [CDU]: Genau so!)

Damals hat die Tagesform eines zehnjährigen Kindes darüber entschieden, welche weiterführende Schule es besuchen wird.

(Oh-Rufe von CDU und FDP)

Zukünftig wird es die Tagesform eines neunjährigen Kindes sein, weil auch diese Planungen in Ihrer Schublade liegen. Auslese zum frühestmög-

lichen Zeitpunkt ist kinderfeindlich, aber offensichtlich gelb gewollte und schwarz tolerierte Bildungspolitik. Ist das Ihr Beitrag, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln?

(Ralf Witzel [FDP]: So ist das!)

Die Eltern in Nordrhein-Westfalen werden sich zukünftig wieder in Bittsteller-Manier vor die Tore stellen müssen, diesmal vor die Tore der Grundschulen.

Ich denke, es ist kein Geheimnis, dass Ihre neoliberalen Vorstellungen nicht mit unseren bildungspolitischen Zielen übereinstimmen. Frau Ministerin Sommer, ich wünsche Ihnen, dass Sie sich hier einen Spielraum der Vernunft schaffen können und sich nicht zu einer Erfüllungsgehilfin dieses Koalitionsvertrages machen müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für Unruhe sorgt auch Ihre Ankündigung, Kinder demnächst ein volles Jahr früher einzuschulen. Das stößt nicht überall im Land auf uneingeschränkte Gegenliebe. Hier müssen Sie schnell für Klarheit sorgen. Sie müssen auch schnell sagen, wie Sie das finanzieren wollen, was Sie in den Koalitionsvertrag geschrieben haben. Sie haben sehr viel versprochen. Für Ihre Versprechungen im Koalitionsvertrag benötigen Sie ca. 15.000 Lehrerstellen. Das sind in toto, Herr Dr. Linssen, 750 Millionen €. Ich denke, das wissen Sie sehr gut.

Ich brauche Ihnen die Zahlen nicht aufzuzählen - die 8.000 für die Einschulung mit fünf Jahren, die 2.400 für den Ganztagsunterricht, die 1.200 für den Englisch-Unterricht oder die erste Fremdsprache in den ersten beiden Schuljahren. Dabei habe ich noch gar nicht die 4.000 Lehrerstellen erwähnt, die Sie im Wahlkampf versprochen haben, um den Unterrichtsausfall zu stoppen und die Klassen kleiner zu machen.

(Edgar Moron [SPD]: "Unterrichtsgarantie" haben Sie gesagt!)

Man darf gespannt sein. Denn mit 4.000 neuen Lehrerstellen können Sie jede Klasse in Nordrhein-Westfalen um die gewaltige Menge von 0,8 Schülern verkleinern. Damit haben Sie noch nicht eine Stunde gegen den Unterrichtsausfall investiert. Haben Sie das alles auf Ihrer Agenda? Wenn Sie dies alles umsetzen wollen, müsste Frau Ministerin Sommer gleich 3.000 zusätzliche neue Lehrerstellen ankündigen können; denn Sie müssen mindestens jedes Jahr 3.000 neue Lehrerstellen schaffen, wenn Sie die 15.000 tatsächlich umsetzen wollen. Wir alle sind sehr gespannt, wie Sie das finanzieren wollen. Sie haben sich ja zum

anderen Tagesordnungspunkt schon geäußert, Herr Dr. Linssen.

(Zuruf von Hans Peter Lindlar [CDU])

Ich darf daran erinnern, dass wir in der alten Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrerstellen für die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren und die Ausweitung des Unterrichts in der Sekundarstufe I beschlossen hatten. Das noch draufgerechnet sind 19.000 Lehrerstellen. Ich bin sehr gespannt. Wir werden das kritisch begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Recker von der CDU-Fraktion gemeldet. Er hat das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Beer und Frau Schäfer, haben Sie eigentlich einmal überlegt, warum Sie im Mai abgewählt worden sind und dass die Bildungspolitik ein entscheidender Faktor war, weil Sie den jungen Menschen nicht die Chance gegeben haben?

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Schäfer, wenn Sie das Wort „sozial“ in den Mund nehmen: Haben Sie Pisa gelesen? - Nach 39 Jahren Rot hängen die Bildungschancen in keinem Land so von der sozialen Herkunft ab.

(Ute Schäfer [SPD]: Sie verschlimmern das jetzt!)

Meine Damen und Herren, so etwas in den Mund zu nehmen, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sollten den Vertrag einmal richtig lesen. Wir werden das behutsam umsetzen. Wir werden den Weg mit den Kommunen gemeinsam gehen, aber wir wollen auch Wettbewerb. Das unterscheidet uns deutlich von Ihnen, Frau Schäfer.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir alle haben während des Wahlkampfes erfahren, dass die Bildungspolitik für die Menschen in unserem Land eine immer größere Bedeutung hat. Immer mehr Menschen spüren, dass Bildungspolitik gleichzeitig auch Sozial- und Wirtschaftspolitik ist. Wenn am Ende von 39 Jahren SPD und zehn Jahren Grün 25 % der jungen Menschen nicht richtig lesen und schreiben können und wir 20 % der Ausbildungsplätze trotz Lehrstellenknappheit nicht besetzen können, ist das eine Katastrophe. Dar-

um sind Sie mit abgewählt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Recker, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Löhrmann?

Bernhard Recker (CDU): Nein, im Moment nicht.

Denken Sie an die Ergebnisse von TIMSS, meine Damen und Herren, wo andere Bundesländer einen Kompetenzvorsprung von fast zwei Jahren aufwiesen. Wir sind doch alle überzeugt, dass die Menschen in unserem Lande mindestens genauso begabt sind wie in anderen Ländern.

Also muss es an Rahmenbedingungen gelegen haben, die Politik gewährt bzw. nicht gewährt hat. Wir haben immer zwei Punkte genannt: Da ist einmal der massive Unterrichtsausfall bei einem im Verhältnis zu anderen Ländern ohnehin extrem niedrigen Unterrichtsvolumen, und da ist die Tatsache, dass Begriffe wie „Leistung“, „Disziplin“ und „Erziehung“ für Sie jahrelang tabu waren, ja von vielen geradezu als Teufelswerk angesehen wurden, was uns im Grunde in dieses Dilemma hineingebracht hat.

Frau Schäfer, ich will Ihnen gerne konstatieren, dass Sie durch Leistungsfeststellungen und zentrale Prüfungen ein Stück auf den Zug gesprungen sind. Aber viel zu spät und halbherzig! Das war das Entscheidende, was wir kritisiert haben.

Wir als CDU haben lange vor dem Wahlkampf deutlich gemacht: Diese katastrophale Situation muss ein Ende haben. Für uns ist Bildung die zentrale Frage, letztlich die entscheidende soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Wir als CDU haben den Wählern unsere Konzeption einer echten Bildungsreform in allen Einzelheiten vorgestellt, und Sie von Rot-Grün haben Ihre Ideen vorgestellt. Der Wähler hat ein mehr als eindeutiges Votum gegeben, ein überwältigendes Votum für unsere Konzeption, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Wahlanalysten haben deutlich gemacht, dass für viele Wählerinnen und Wähler gerade die Bildungspolitik mit der entscheidende Faktor war.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Entschuldigung, Herr Abgeordneter.

Bernhard Recker (CDU): Nein, im Moment nicht! Ich möchte erst meine Ausführungen beenden, dann können wir das gleich gerne machen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Also nach der Rede?

Bernhard Recker (CDU): Ich finde es schon absurd, dass Sie von Rot-Grün nun die Regierungsparteien auffordern, das an Inhalten zurückzunehmen, was die Bürgerinnen und Bürger mit der Wahl eingefordert haben.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wie ernst nehmen Sie die Menschen, wenn Sie solche Forderungen erheben? Im Grunde fordern Sie damit zum Wortbruch auf.

(Lachen von den GRÜNEN)

Gewiss, Sie müssen als Opposition lernen. Aber seien Sie ehrlich zu sich selbst: dass Ihre Methoden und Vorschläge im Bildungsbereich von der großen Mehrheit der Bevölkerung eindeutig abgelehnt wurden, weil Sie eben keine Antwort auf die Fragen von heute und morgen geben, meine Damen und Herren.

Was die Regierung und die sie hier vertretenden Fraktionen hier heute tun, ist nicht mehr, aber auch nicht weniger, als das umzusetzen, was wir dem Bürger vor der Wahl angekündigt haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein! Überhaupt nicht!)

Wir tun das, was wir gesagt haben. Genau das heißt Glaubwürdigkeit in Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Darauf, genau darauf hat der Bürger einen Anspruch. Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir gerne noch mehr aus unserer Sicht falsche Weichenstellungen kurzfristig geändert hätten, aber die rechtlichen Rahmenbedingungen dieses leider nicht zulassen. Die aus unserer Sicht notwendigen weiteren Korrekturen werden wir im Herbst auf den Weg bringen. Ich bin der Ministerin sehr dankbar, dass sie das, was kurzfristig änderbar war, zügig umgesetzt hat, und zwar sehr flexibel. Ein guter Start, Frau Ministerin!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich fordere Sie von der Opposition auf, in sich zu gehen, darüber nachzudenken, was Ihnen der Wähler ins Stammbuch geschrieben hat, und mit uns gemeinsam um die besten Lösungen zu ringen - jenseits aller Ideologien. Es wäre wirklich ein Stück Zeichen auch gegen Politikverdrossenheit, wenn wir hier gemeinsam zu Ergebnissen

kämen: im Interesse der Schüler, im Interesse der Schulen und Eltern in unserem Lande.

Zu Einzelheiten der Anträge wird übrigens der Kollege Klaus Kaiser gleich Stellung nehmen.

Ich bin gerne bereit, jetzt eine Frage zu beantworten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Stehen die Zwischenfragen noch? - Frau Kollegin Schäfer, bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Herr Kollege Recker, Sie haben eben eine klassische Wahlkampfredede gehalten, und Sie haben auch von Wahlversprechen gesprochen. Warum steht denn Ihr Wahlversprechen, Ihr wichtigstes Wahlversprechen, die Unterrichtsgarantie, nicht im Koalitionsvertrag?

(Beifall von der SPD)

Bernhard Recker (CDU): Ich würde Ihnen vorschlagen, die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten abzuwarten. Wir werden das, was wir angekündigt haben, umsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Recker, es gibt noch eine Frage von Frau Löhrmann.

Bernhard Recker (CDU): Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Recker, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen nur im Einvernehmen mit den Kommunen vornehmen werden?

Bernhard Recker (CDU): Ich habe Ihnen gesagt, dass wir hier gemeinsam mit den Kommunen einen Weg gehen werden. Es ist doch irgendwo selbstverständlich, dass die, die in der Nähe der Schule wohnen, einen Erstanspruch haben. Aber es muss auch darum gehen, dass sich Schulen bemühen müssen, anstrengen müssen, dass Wettbewerb da sein muss, dass wir wirklich die besten Bedingungen für unsere Schüler bekommen.

(Zuruf von der SPD: Das war nicht die Frage!)

Diesem Ziel hat sich alles unterzuordnen. Und genau diesen Weg werden wir gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun spricht Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden für die FDP-Fraktion zu uns.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den teilweise recht abenteuerlichen Ausführungen von Frau Beer und Frau Schäfer

(Zurufe von der SPD: Oh!)

habe ich den Eindruck, dass Sie zumindest in der Einleitung des SPD-Antrages nicht so recht wissen, was Sie da überhaupt geschrieben haben und was Sie meinen. Denn hier steht:

„... haben alle Kinder und Jugendlichen Anspruch auf einen optimalen Zugang zur Bildung und auf bestmögliche individuelle Förderung“.

Was verstehen Sie denn unter „individueller Förderung“? Was verstehen Sie bloß darunter? Auch dazu brauchen wir die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Frau Schäfer, da Sie aus demselben Wahlkreis kommen wie ich, ist Ihnen ja auch der Ort Leopoldshöhe vertraut. Jetzt werde ich Ihnen einmal eine kleine Geschichte von dort erzählen. Dort gibt es eine Mutter - wohlgermt: nicht wohlhabend, allein stehend, mit zwei Kindern mit Teilleistungsstörungen, aber auch besonderen Begabungen. Der Leopoldshöher Schulleiter hat ganz klar gesagt: Ihre Kinder können wir hier nicht hinreichend beschulen. - Diese Mutter hat einen Antrag gestellt, unter Lügen und mit Trick 17 - wir wissen alle, wie so etwas passiert -, dass Betreuung am Nachmittag in der Nähe einer Grundschule in Herford möglich ist, um ihre beiden Kinder dort einschulen zu können. Genau darum geht es. Es geht nicht um Auslese, es geht nicht um Schulen für Reiche, es geht nicht um Aussortieren, es geht ganz klar darum, dass wir Eltern die Möglichkeit geben wollen, das für ihre Kinder passende Profil auszusuchen. Das besondere Profil kann eben auch sein, dass eine Schule etwas anbieten kann, was andere Grundschulen in der Regel nicht können. Hier müssen wir eine Öffnung wagen. Wir sind auch fest eingeschlossen, das so zu tun.

Sie selbst haben seinerzeit als rot-grüne Regierungsfractionen die Schulen beauftragt, Schulprofile zu entwickeln. Verraten Sie mir bitte einmal, wozu Profile entwickelt werden sollen, wenn diese nicht frei wählbar sind! Das muss umgesetzt werden.

Ich kann nur sagen: Natürlich machen wir das mit den Kommunen gemeinsam. Die Kommunen werden darauf einsteigen. Es gibt Schulen, die sagen: Wir sind es leid, rumzutricksen und rumzumachen. Wir wollen endlich die Möglichkeit haben, das mit offenem Visier durchzusetzen. So wird es auch passieren. Seien Sie ganz sicher!

Sie schreiben in Ihrem Antrag weiter: Bildungsqualität bzw. die Chancen auf gute Bildung hängen davon ab, welchen Beruf und welche Ausbildung die Eltern hätten, über wie viel Geld die Eltern verfügten, in welchem Stadtteil sie lebten, aus welchem Land sie oder ihre Vorfahren kämen. - Ich bitte Sie: Was hat uns Pisa denn gesagt? 25 % aller Kinder gehören zur Risikogruppe.

Gerade Sie von Rot-Grün haben es jahre- und jahrzehntelang nicht geschafft, diesen Kindern faire Bildungschancen zu bieten. Was gehört dazu? Dazu gehört natürlich ein Deutschunterricht vor der Einschulung für die Sprachsicherheit. Dazu gehört, dass Kinder hinreichend Deutsch sprechen können, wenn sie in die Schule kommen.

Vor fünf Jahren noch, in einer der ersten Sitzungen des Schulausschusses des Landtags, wurde ich von der damaligen roten Ministerin für ein solches Vorhaben, dass Kinder Deutsch sprechen können müssten, wenn sie eingeschult würden, in die rechte Ecke gestellt.

(Beifall von der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Sie reden von Individualisierung. Sie reden von individueller Förderung. Sie reden von Chancengleichheit. Aber Sie meinen das nicht. So sieht es doch aus, nicht anders.

Wenn Sie die Gewichtung des Grundschulgutachtens anzweifeln und meinen, es sei nicht gut, die Gewichtung anzuheben, möchte ich Sie daran erinnern, dass heute mehr als 30 % der Schülerinnen und Schüler in die für sie falsche Schullaufbahn geraten. Das ist Fakt. Auch das hat Pisa festgestellt. Auch das ignorieren Sie.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Daran möchte ich erinnern. Statt bürokratischer Gängelung brauchen Schulen mehr Freiheit, um mehr Qualität entwickeln zu können. Sie brauchen Eigenverantwortung - allerdings bei verbindlichen Qualitätsstandards. Dafür werden wir sorgen.

Zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: Ich muss mich sehr über Ihre Sorge wundern, dass im Schweinsgalopp übereilt ein Schulgesetz außer Kraft gesetzt werden "soll".

(Zuruf von den GRÜNEN: Das können Sie doch gar nicht nachvollziehen!)

Im Schweinsgalopp haben Sie von Rot-Grün dieses Schulgesetz durchgepeitscht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schweinsgalopp? - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, wie Sie von Rot-Grün mit den FDP-Änderungsanträgen umgegangen sind.

(Beifall von FDP und CDU - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die entsprechende Sitzung des Schulausschusses liegt noch nicht sehr lange zurück. Daran möchte ich erinnern. Das war alles andere als ein faires Verfahren. Seien Sie ganz sicher: Wir als Regierungsfractionen haben uns vorgenommen, mit Ihnen fairer umzugehen.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN - Sigrid Beer [GRÜNE]: Fehlstart! - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da haben Sie einen Fehlstart hingelegt!)

Allerdings werden wir in der Sache unsere Standpunkte ganz klar vertreten. Dafür haben Sie, Herr Recker hat es schon gesagt, die Wahl ganz eindeutig verloren.

Wir werden das Schulgesetz in aller Ruhe überarbeiten. Auch ich danke der neuen Ministerin, Frau Sommer, sehr herzlich dafür, dass sie die dringlichsten Dinge, die wir versprochen haben, schnell auf den Weg gebracht hat.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Alles andere werden wir mit Verstand und Ruhe angehen. Wir nehmen im Moment zurück, was schnell zurückgenommen werden muss. Dann werden wir sehr sorgfältig das Schulgesetz überarbeiten, das noch von Rot-Grün auf den Weg gebracht wurde. Wir wollen den Schulen nämlich ein vernünftiges Konzept aus einem Guss geben.

Das Wort "nachbessern" muss endlich ebenso der Vergangenheit angehören wie die Tatsache, dass unsere Schulen alle paar Wochen mit irgendwelchen neuen Erlassen gequält worden sind. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun spricht für die Landesregierung die Ministerin für Schule, Frau Barbara Sommer. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer schnell gehen will, geht allein; wer weit gehen will, geht gemeinsam - so sagt ein afrikanisches Sprichwort. Schulpolitik ist eindeutig ein Langlauf mit vielen Etappen, die gut eingeteilt werden müssen. Mal geht es steil bergauf, mal bergab und immer wieder vorwärts.

Ich stehe heute zum ersten Mal vor Ihnen. Ich stehe am Start, um mich auf den Weg zu machen mit viel Freude und Begeisterung für diese Aufgabe, aber auch im vollen Bewusstsein der anstehenden Probleme. Ich habe einen weiten Weg vor mir, und ich freue mich über jede Unterstützung.

(Beifall von CDU und FDP)

In diesem Zusammenhang sage ich herzlichen Dank an meine Vorgängerin. Frau Schäfer, ich weiß, Sie haben mit Warmherzigkeit Schulen geleitet. Dafür danke ich Ihnen. Meine Wertschätzung werde ich beibehalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Am vorläufigen Ende des Weges steht ein Ziel: Unsere Schulen in Nordrhein-Westfalen müssen wieder Perspektiven bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie müssen Perspektiven für unsere Kinder bekommen. Das ist mein Ziel. Das ist unser Ziel, das Ziel der neuen Regierungskoalition.

(Martin Börschel [SPD]: In den nächsten fünf Jahren passiert doch nichts! - Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Deshalb haben uns die Menschen in diesem Land gewählt. Dieses Vertrauen werden wir nicht enttäuschen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden alle unsere Aktivitäten diesem Ziel unterordnen. Alle Vorschläge, die uns diesem Ziel näher bringen, werde ich aufnehmen. Aber ebenso werde ich alle Aktivitäten entschieden ablehnen, die nicht zielführend sind. Ich stehe, meine Damen und Herren, für eine pragmatische, nicht für eine ideologische Schulpolitik!

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Dazu gehört das Schulgesetz - das wurde eben erwähnt. Ich kann wegen der Kürze der Zeit nicht mehr verhindern, dass es am 1. August 2005 in Kraft treten wird.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank! - Zuruf von den GRÜNEN: Das ist auch gut so! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Auch die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen werden grundsätzlich in Kraft treten.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Das Schulgesetz - schon bei seiner Entstehung heiß umstritten - ist kein Eigentum, das wir nicht antasten werden. Wir werden, wie übrigens schon lange angekündigt, als Sofortmaßnahme - wir haben es eben erwähnt - auf dem Verordnungswege die Einführung des integrierten Faches "Naturwissenschaften" wieder zurücknehmen. Nur für die fünften Klassen, die in diesem Fach schon probeweise gearbeitet haben, wird es bis zum Ende des Schuljahres 2005/2006 eine Ausnahmeregelung geben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist ja gnädig!)

In einer Zeit, in der Berufe mit naturwissenschaftlicher Ausbildung in Deutschland über Nachwuchsmangel klagen, wäre die Abschaffung der Fächer Biologie, Physik und Chemie ein absolut falsches Signal.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir wollen Perspektiven schaffen, nicht abschaffen. Wir werden den Mangel an Physiklehrern nicht durch das Fach „Naturwissenschaften“ kaschieren, sondern durch Neueinstellungen beheben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ebenso werden wir die Halbjahreszeugnisse in der Klasse 3 wieder einführen. Eltern und Kinder haben ein Recht auf verlässliche Orientierung,

(Beifall von CDU und FDP)

auf Daten, die die Grundlage für die Entscheidung über den weiteren Schulweg und die geeignete Förderung des Kindes sind. Dies alles werden wir einem geordneten parlamentarischen Verfahren angehen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Unter anderem möchte ich folgende Änderungen nennen: Das schrittweise - ich betone „schrittweise“ - Vorziehen des Einschulungsalters, die ebenso schrittweise - Herr Recker hat es erwähnt - Hinführung zur ersten Fremdsprache ab Klasse 1, die Ergänzung der Berichtszeugnisse ab Ende der Klasse 2 um Ziffernnoten, die Einführung von ver-

bindlichen Grundschulgutachten in der Klasse 4, das Recht der Schülerinnen und Schüler, ihr 10. Pflichtschuljahr im Rahmen einer Berufsausbildung zu absolvieren, die verbindliche Dokumentation des Arbeits- und Sozialverhaltens der Schülerinnen und Schüler auf dem Zeugnis.

Meine Damen und Herren, wir werden und wollen zuverlässige Rahmenbedingungen für unsere Schulen, für unsere gut ausgebildeten, hervorragenden Lehrerinnen und Lehrer, für die verunsicherten und doch engagierten Eltern und für unsere Kinder schaffen. Bayern und Baden-Württemberg machen es uns bereits vor. Es geht also. Wir machen uns jetzt auf die Aufholjagd, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Dafür haben wir am 22. Mai einen Auftrag bekommen, den wir jetzt Punkt für Punkt umsetzen.

Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, den Eindruck zu erwecken versuchen, die von uns angekündigten Maßnahmen würden zu Chancenungleichheit und zu unfairer Wettbewerb führen, so sage ich Ihnen eines: Diese Koalition der Mitte bekennt sich zu einem gerechten Schulwesen, in dem jedes Kind und jeder Jugendliche unabhängig von seiner Herkunft seine Chancen und Talente nutzen und entfalten kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden den Beweis antreten und Ihnen zeigen, dass es geht. Wir sind der Überzeugung, dass sich eigenverantwortliche und selbstständige Schulen dem Wettbewerb stellen sollen. Die bisherige Praxis der Grundschulempfehlung hat sich nicht bewährt. Eltern klagten, Kinder mussten Schulwechsel verkraften, häufig mit dem Erlebnis des Scheiterns verbunden.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Jetzt dürfen sie nicht mehr wechseln!)

Deshalb werden wir ein verbindliches Grundschulgutachten einführen, das den Eltern ausreichende Mitwirkungsmöglichkeiten lässt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Veröffentlichung von Leistungsdaten einzelner Schulen ist ein international übliches und anerkanntes Verfahren der Rechenschaftslegung und der Qualitätssicherung. Das europäische Ausland hat praktikable Verfahren dazu entwickelt, die wir nutzen werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum tun wir das alles?

(Zurufe von der SPD: Das fragen wir uns auch! - Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

- Ich pariere und gebe Ihnen die Antwort. - Verlieren wir unser Ziel gerade aus den Augen? Sind die vielen Details und Probleme wie Barrieren, die uns zu unnötigen Umwegen zwingen? - Nein, es sind nur kleinere Hinweise, die wir aus dem Weg räumen, damit der Blick auf unser Ziel nicht versperrt ist. Wir wollen die Allgemeinbildung wieder als Grundlage lebenslangen Lernens in den Mittelpunkt rücken.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen die Orientierung an den christlichen Grundwerten. Wir wollen, dass dies in der Gesellschaft einen höheren Stellenwert hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen, dass Erziehung wieder einen höheren Stellenwert in unseren Schulen erhält. Wir wollen auch die Eltern ermutigen, ihren Erziehungsauftrag wieder stärker und intensiver wahrzunehmen. Als neue Landesregierung geben wir dazu eine Initialzündung. Das ist - ich erinnere an die Langstrecken - wie ein Schub Kalorien für einen Langstreckenläufer.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Gödecke?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule: Im Augenblick nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Wann denn? Später?)

Trotz der desolaten Finanzsituation und der leeren Kassen - leider gibt es keine Steigerung von „leer“; das würde den Zustand besser beschreiben - gilt die Haushaltssperre nicht für unsere Schulen. Unsere Schulen haben absolute Priorität.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, auch Kollegin Hendricks bittet, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule: Ich würde die Fragen gerne am Ende beantworten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Gut.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule: Erste Neueinstellungen sollen planmäßig zum neuen

Schuljahr erfolgen. Auch der Topf „Geld statt Stellen“ steht ungekürzt zur Verfügung,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ernten Sie die Früchte, die andere gesät haben? - Lachen von CDU und FDP)

und Beförderungen im Schuldienst sind weiterhin möglich.

Zur Sicherung des Unterrichts werden wir weitere Lehrer einstellen. Ich glaube, das sollte man wiederholen: Zur Sicherung des Unterrichts werden wir weitere Lehrer einstellen,

(Beifall von CDU und FDP)

und wir werden das Geld für diese Lehrer bereitstellen.

(Zurufe von der SPD: Woher? - Gegenruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Eine Frage der Priorität!)

Das sind wir unseren Kindern schuldig, die nichts, aber auch gar nichts für diese Finanzmisere können.

Meine Damen und Herren, für uns hat Bildung nichts mit der Kassenlage zu tun. Das sind wir den Eltern schuldig, die in ihrer großen Mehrheit eine hervorragende Erziehungsarbeit unter zum Teil großen Schwierigkeiten leisten. Sie haben einen Anspruch darauf, dass ihr Kind die bestmögliche Schulausbildung erhält, damit es später auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt mithalten kann.

Und das sind wir nicht zuletzt unseren Lehrerinnen und Lehrern schuldig. Jahrelang wurde der Lehrerberuf wie kaum ein anderer schlecht gemacht. Der Lehramtsstudent wurde schon wegen seiner Berufswahl belächelt, nicht ernst genommen. Sich dennoch für diesen - wie ich immer noch finde - wundervollen Beruf entschieden zu haben, war mutig; dem gebührt Respekt von uns allen.

(Beifall von CDU und FDP)

In den Händen unserer Lehrerinnen und Lehrer liegt ein wichtiger Teil der Zukunft unseres Landes.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hätte noch viel zu diesem Thema zu sagen.

(Heiterkeit von SPD und FDP)

Wir werden uns sicherlich weiter austauschen. Ich will nicht direkt bei meiner ersten Rede hier unangenehm auffallen, indem ich die Redezeit über-

schreite. Außerdem rät jeder Lauftrainer, die erste Etappe nicht zu schnell anzugehen. Sonst fehlt einem hinterher die Puste.

(Beifall von der CDU)

Darum habe ich jetzt nur eine dringende Bitte: Machen Sie sich alle mit mir auf den Weg für unsere Kinder und deren Zukunft - pragmatisch und ohne ideologische Scheuklappen!

(Beifall von CDU und FDP)

Maßstab aller Dinge ist das Wohl des Kindes. Diesen Satz, meine Damen und Herren, werde ich jeder öffentlichen Rede wie ein Etikett anheften. Unter dieses Diktat stelle ich mich. Ich denke, alle die, die Bildungspolitik mitmachen wollen, müssen sich an diesem Diktat messen lassen: Maßstab der Dinge ist das Wohl der Kinder. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihre erste Rede in diesem Haus. Sie haben Ihre Redezeit eingehalten haben. Es bleibt noch die Frage, ob Zwischenfragen noch gestellt und beantwortet werden sollen. Ich weise allerdings darauf hin, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

(Ministerin Barbara Sommer: Das machen wir außerhalb dieser Redezeit! - Zuruf von der SPD: Was denn nun?)

- Sie hat mir gesagt, dass sie die Zwischenfragen nicht zulassen wird.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Bevor die ersten Tumulte im Saal entstehen, hat Kollege Klaus Kaiser für die CDU-Fraktion das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, es war eine Freude, Ihnen zuzuhören. Ich muss ehrlich sagen: Ich bin persönlich begeistert. So wird der Neuanfang in der Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen gelingen. Wir sind auf einem guten Weg, um nach vorne zu kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist ein unübliches Verfahren, wenn bereits vor der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eine schulpolitische Debatte stattfindet. Ehe man die Gesamtkonzeption miteinander bespricht, versucht man, die Themen über Anträge anzuschneiden.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD und auch von Bündnis 90/Die Grünen, auf die beiden Anträge, die Sie vorgelegt haben, konnte man nur mit einem Entschließungsantrag reagieren. Die Qualität, die darin geboten worden ist, zeigt und bestätigt die Ursache dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihnen am 22. Mai das Vertrauen entzogen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn ich mich mit der Zukunft befasse, so halte ich es für geboten, einige Grundsätze der Politik der CDU für die nächsten Jahre deutlich zu machen:

Der erste Maßstab, der für uns gilt - es ist eben bereits angesprochen worden -: Die neue Koalition der Mitte steht für ein gerechtes Schulwesen, in dem jedes Kind ohne Blick auf die soziale Herkunft gleiche Bildungschancen haben soll.

Darin liegt der Unterschied: Das ist für uns keine Standardklausel, die wir gebetsmühlenartig vortragen, sondern es ist für uns politisches Programm. Bei Ihnen wurde 39 Jahre davon geredet. Das Ergebnis ist: In keinem Land hängt der Bildungserfolg stärker vom dicken Portemonnaie der Eltern ab als in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Voraussetzung für eine Verbesserung des Bildungssystems ist eine bessere Lehrerversorgung und mehr Leistungsorientierung. Dabei ist für uns die frühe Förderung von klein an wichtiger Bestandteil der Bildungspolitik. Kindergärten haben genauso wie Schulen einen wichtigen Bildungsauftrag. Es beruht auf einem Irrtum der Sozialdemokratie zu sagen: Wir verzichten auf Leistung, weil man glaubt, dass man damit den Schwachen helfen würde.

(Zuruf von der SPD: Unsinn!)

Genau das Gegenteil ist richtig: Der soziale Aufstieg ist bei einem geringer gefüllten Portemonnaie der Eltern nur durch Leistung möglich, und das muss das Schulsystem widerspiegeln.

(Beifall von CDU und FDP - Ralf Witzel [FDP]: Bravo!)

Deshalb ist es ein wichtiger gesellschaftspolitischer Auftrag für uns, dafür zu sorgen, dass das Bildungssystem diese Chancen eröffnet und nicht soziale Schichtungen widerspiegelt. Daher steht die neue Koalition der Mitte für eine verstärkte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und für frühestmögliche Förderung von Kin-

dem, insbesondere auch von Kindern aus Migrantenfamilien.

Drittens. Das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen wird durch Freiheit, durch Wettbewerb und auch durch ein Schulranking besser. Das ist ein umfangreiches Programm und Kern der schulpolitischen Neuerungen der nächsten Jahre.

Sie erinnern sich: Freiheit für Schulen gab es unter Rot-Grün nur für die rund 280 Schulen, die an dem Schulversuch „Selbstständige Schule“ teilgenommen haben. Sie hatten bessere Bedingungen und bekamen in dem System mehr Geld. Aber für die rund 6.100 übrigen Schulen gab es nichts zusätzlich. Deshalb sind sie abgestraft worden, und man hat Ihnen das Vertrauen entzogen.

Wenn man das Beispiel Schulranking und den Duktus des Antrags der SPD nimmt, war ich doch ein bisschen erschrocken. Ich glaube, dass man sich damit von der ernsthaften Diskussion verabschiedet, wenn man nach dem Heuschrecken-Klischee auch noch propagiert, den Marktradikalismus auf unser Schulsystem anzuwenden. Das ist schwer nachzuvollziehen und aus meiner Sicht auch nicht stringent darzustellen.

Ranking hat doch nicht die Absicht abzuqualifizieren oder in Gut und Böse einzuteilen, sondern gibt Steuerungsinformationen; deshalb ist es wichtig. Das heißt Folgendes: Wenn unterschiedliche Bedingungen verglichen werden - zum Beispiel gibt es Schulen, in denen der Migrationsanteil der Kinder höher ist -, kann ein schlechtes Ergebnis im Ranking dazu führen, dass der schwächeren Schule geholfen wird, besser zu werden. Bei unterschiedlichen Ergebnissen von Schulen mit gleich gearteten Sozialniveaus kann man die verschiedenen Leistungsergebnisse auswerten, um vielleicht Steuerungsinformationen zu bekommen, wie man der schlechteren Schule helfen kann, besser zu werden. Durch Wettbewerb werden doch auch die Chancen verbessert und die Leistungsfähigkeit gesteigert.

(Beifall von CDU und FDP)

Ranking ist doch keine Schulschnüffelei, sondern es geht um verlässliche Steuerungsinformationen, um unser Schulsystem auf Dauer leistungsfähiger und besser zu machen. Genau diesen Weg scheint die SPD mit ihrer damit verbundenen Terminologie zu verlassen. Offensichtlich werden die Anträge wieder selber geschrieben; denn früher waren sie vom Duktus her vielleicht doch ein bisschen anspruchsvoller.

(Beifall von CDU und FDP - Lachen von der SPD)

Meine Damen und Herren, in einem Punkt ihres Antrags haben die Grünen das Chaos beschrieben; dazu kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen. Nicht die Verordnung, die Frau Sommer eben angesprochen hat, wird zum Chaos in den Schulen in Nordrhein-Westfalen führen. Vielmehr wird es der Auftrag dieser Koalition sein, nach jahrelangen Experimenten, nach Reformen des Tages - das waren die Schlagworte in den Schulen und Lehrerkollegien -, das rot-grüne Schulchaos endlich und dauerhaft zu beenden. Vor diesem Auftrag stehen wir.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gödecke?

Klaus Kaiser (CDU): Nein, ich möchte meine Ausführungen erst zu Ende führen.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Und dann?)

Die Koalition der Mitte handelt. Ihr Ziel wird es sein, ihre Arbeit mit Ruhe und Konsequenz in der Schulpolitik anzugehen. Sie haben eben den Ausführungen von Frau Ministerin Sommer entnommen, dass Schul- und Bildungspolitik oberste Priorität in der neuen Koalition hat. Das ist bemerkenswert, und das ist die Priorität, die ihr zukommt.

Wir werden das umsetzen, was wir vorher angekündigt haben, und nehmen das zurück, was so schnell möglich ist, und wir werden die weiteren Schritte - das ist die neue Kultur, Frau Schäfer, vielleicht wäre es sinnvoll zuzuhören, wenn Sie an die Tradition der SPD denken - zusammen mit den Betroffenen besprechen, entwickeln und anschließend umzusetzen.

(Carina Gödecke [SPD]: Wie sollen wir das denn machen, wenn wir sie nicht fragen dürfen!)

Mehr Lehrer, mehr Freiheit für die Schulen, mehr Wettbewerb, mehr Ganztage sind Garantien für eine bessere Qualität. Wir werden eine neue Art der Schulpolitik betreiben, und wir werden auf die Expertise vor Ort setzen. Wir wissen: Gemeinsam mit den Praktikern, gemeinsam mit den Eltern und Schülern und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden werden wir eine erfolgreiche Schulpolitik gestalten können. Das werden wir so angehen. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Als Nächster hat Kollege Große Brömer für die SPD-Fraktion das Wort.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Als Antwort auf einige Hinweise der Vorredner einige Vorbemerkungen: Ich glaube nicht, dass es im Interesse der Wählerinnen und Wähler dieses Landes gewesen ist, wie Sie heute die zentralen bildungspolitischen Aussagen von Schwarz-Gelb vor der Landtagswahl, die ja aus Ihrer Sicht zu Ihrem großen Wahlerfolg geführt hat, nämlich die Abschaffung des Unterrichtsausfalls, die Unterrichtsgarantie und ein von der FDP angekündigtes Unterrichtssicherungsgesetz, beantwortet haben. Das ist die erste große Enttäuschung schwarz-gelber Bildungspolitik, die wir heute konstatieren müssen.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin Sommer, wenn Sie eben mehrmals betont haben, pragmatische und keine ideologische Bildungspolitik betreiben zu wollen, wenn Sie „schnell gehen“ im negativen Sinne und „weit gehen“ im positivem Sinne verwenden, müssen Sie sich leider heute schon an der Praxis Ihres Hauses, Ihrer Tätigkeit messen lassen.

Der Antrag der Grünen - Chaos für Schulen und Kommunen verhindern - ist am 22. Juni veröffentlicht worden. Sechs Tage später, am 28. Juni, ist von Ihnen per Pressemitteilung darüber informiert worden, dass wesentliche Inhalte der letzten, vor der Sommerpause und dem Wahltermin auf den Weg gebrachten Verordnung rückgängig gemacht werden sollen.

Die Verbändebeteiligung wurde von Ihnen am gleichen Tag eingeleitet. Und es wurde eine Frist von fünf Tagen gesetzt. Das hat zu Recht den Deutschen Städtetag - die Kollegin Schäfer hat es eben schon erwähnt - dazu verleitet, bezüglich des Beteiligungsverfahrens von einer Farce vonseiten Ihres Hauses zu sprechen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das kann man wahrlich nicht als pragmatische Vorgehensweise bezeichnen. - Zu den Inhalten des naturwissenschaftlichen Unterrichts werden wir ja gleich noch diskutieren. - Diese Rücknahme, Frau Ministerin Sommer, hat nun wirklich fern jeder fachwissenschaftlichen Debatte und aller fachwissenschaftlicher Forschungsergebnisse stattgefunden. Und ein solches Vorgehen kann man beim besten Willen nicht als pragmatisch betrachten.

Wir haben von Ihnen eigentlich andere erste Maßnahmen erwartet, sprich: unter anderem die Aussage, dass man und mit welchen Finanzmitteln man den Unterrichtsausfall verhindern möchte. Wenn Sie eben in Ihrem Beitrag lediglich sagten, Sie würden Lehrer einstellen, dann ist das etwas dürftig. Denn Sie werden nicht nur Lehrer einstellen müssen, sondern Sie werden dazu gezwungen sein, sie einzustellen, da allein die mit dem Schulgesetz beschlossene Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre in den nächsten fünf Jahren 3.600 bis 3.800 zusätzliche Lehrerstellen erforderlich macht.

Wenn Kollege Kaiser meint, dass man sich die vorliegenden Anträge hätte sparen können, dann ist das leider nicht der Fall. Man kann sie sich nicht ersparen, weil gerade die Praxis des Ministeriums diese Anträge bedauerlicherweise notwendig macht. Denn in der Tat ist zu befürchten, dass an den Schulen das Chaos ausbricht. Nachdem sich die Schulen und die Schulträger auf den integrierten naturwissenschaftlichen Unterricht vorbereitet haben, kann man nicht sagen, dass die erwähnte Pressemitteilung, also das Vorhaben der neuen Regierung, nicht zu Chaos führen würde.

Ich teile die in dem Antrag der Grünen dargelegten Ansichten, dass wir, wenn wir von der Landesregierung eine pragmatische Bildungspolitik erwarten können, dann aber auch die angekündigten Modifizierungen erst nach einer sorgfältigen schulfachlichen Diskussion durchführen dürfen, bei der wir die Evaluation der eingeleiteten Schulentwicklungsprozesse in vernünftigem Maße zu beachten haben. Und auch das Beteiligungsverfahren der Verbände muss nach den gesetzlich verbrieften Regeln erfolgen. Davon kann mit Blick auf diese 5-Tages-Frist wahrlich nicht die Rede sein. Das ist kein guter Start dieses Ministeriums, kein guter Start der neuen Ministerin!

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Och!)

Ich hoffe, dass in Zukunft ein anderes Denken Praxis wird.

(Zuruf von der CDU)

- Entschuldigen Sie, in einem weiteren Tagesordnungspunkt werden wir gleich noch über die inhaltliche Beurteilung dieser Maßnahmen reden.

Ich glaube nicht, dass wir, wollen wir im Sinne von Schülerinnen und Schülern handeln, in dieser Weise agieren können. Es wäre nicht im Sinne von Schülerinnen und Schülern, wenn wir ein solches Beteiligungsverfahren als Grundlage von

wesentlichen schulpolitischen Entscheidungen als zukünftige Praxis konstatieren müssten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Als Nächstes hat Kollege Ralf Witzel für die FDP-Fraktion das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst zwei anwesenden Personen danken, und zwar unserer neuen Schulministerin, Frau Sommer, und der bisherigen Schulministerin Ute Schäfer.

Ministerin Sommer danke ich dafür, dass sie deutlich gemacht hat, dass sie ihre Bildungspolitik zukünftig klar auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung gestalten will und zu den von beiden Partnern verabredeten Punkten steht, was die damaligen Regierungs- und jetzigen Oppositionsfraktionen von Rot-Grün vorhin bei der Debatte schon in Zweifel gezogen haben.

Zweitens danke ich sehr herzlich unserer früheren Bildungsministerin Ute Schäfer für ihr Angebot, zukünftig hart in der Sache, aber sachlich um den besten Weg in der Bildungspolitik zu ringen. Das ist notwendig. Das ist auch die Aufgabe einer Opposition. Aber all das, was wir hier vom Verfahren her fair austragen müssen, wird bei uns nicht dazu führen, in der Sache eine falsche Politik unkorrigiert weiter ins Leere laufen zu lassen.

(Beifall von FDP und CDU)

Es gibt keinen Vertrauensschutz für rot-grünen Ballast der letzten zehn Jahre. Deshalb werden wir die Änderungen, die wir den Wählern in diesem Land versprochen haben, durchführen.

Ich danke unserer früheren Ministerin Ute Schäfer, die hier zu Recht darauf hingewiesen hat, dass die FDP im Bildungsbereich ihre Handschrift ganz maßgeblich eingebracht hat. Ich empfinde es als Kompliment, wenn Sie uns dazu gratulieren, dass unsere Handschrift sehr deutlich wird. Wir haben unsere Pläne fair und partnerschaftlich verabredet. Sie werden von beiden Partnern gemeinsam getragen. Zum Glück haben wir dabei an der einen und anderen Stelle Kollegen mitgenommen, die vielleicht vor fünf Jahren noch nicht alle der verabredeten Punkte akzeptiert hätten.

Wir haben partnerschaftlich vereinbart, dass wir einen Neustart in der Bildungspolitik dieses Landes wollen. Wir werden an unseren Schulen eine neue Kultur bekommen. Wenn wir unsere Pläne in den nächsten fünf Jahren - zugegebenermaßen

handelt es sich um ein Projekt für die gesamte Legislaturperiode - entsprechend umsetzen, sind wir nach fünf Jahren das Bundesland mit dem modernsten Bildungswesen in ganz Deutschland.

Wir werden eine Wettbewerbslandschaft von Schule mit Wahlfreiheiten für die Nutzer, mit ganz transparenter Dokumentation von Ergebnissen, mit Schulrankings haben. Da wird nichts mehr verschwiegen, nichts mehr verheimlicht, Daten werden nicht mehr unter den Tisch gekehrt. Es wird Bilanz gezogen. Eltern und Schüler wissen, für welche Angebote sie sich im Wettbewerb entscheiden. Wir zwingen Leute nicht mehr, viel Geld für Anwälte auszugeben, um sich aus obrigkeitstaatlichen Strukturen herauszuklagen, sondern wir geben Menschen in unserem Land mehr Freiheit für mehr Bildungsqualität und bessere Auswahlchancen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb geht es hier in der Tat um einen Prioritätenwechsel. Wir werden für den Umbau Zeit brauchen. Deshalb gibt es maßvolle Übergangsfristen. Das gilt vor allem für Fragen, die Sie in großem Streit diskutieren: Schuleinzugsbezirke bis 2008. Sie kennen doch unser Ihnen schon vor viereinhalb Jahren präsentiertes moderates Modell, das besagt, dass natürlich jeder weiterhin ein Anrecht darauf besitzt, den dem Wohnort nächsten Schulstandort zu besuchen, wenn er das möchte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Ralf Witzel (FDP): Ich komme sofort zum Ende. - Aber er muss es eben nicht mehr. Er erhält künftig mehr Entscheidungsoptionen.

Gerade das hat nichts mit der „Schule für Reiche“ zu tun. Im Gegenteil: Es bestehen faire Chancen für alle, sich die Schule frei auszusuchen, nicht nur für diejenigen, die bisher dafür mehr Geld ausgeben konnten.

Insofern freue ich mich auf den Neustart in der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir werden häufiger Gelegenheit haben, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen, Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): ... Bilanz zu ziehen. Ich bin da ganz guter Dinge. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Witzel. - Als nächste Rednerin hat Kollegin Löhrmann das Wort. Die Technik hat übrigens falsche Redezeiten in das System eingespeist, und deswegen ist das nicht identisch mit der Ansage. Sie haben etwas über eine Minute zusätzlich zu der angegebenen Zeit, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Sommer, natürlich bieten auch wir Ihnen unsere Zusammenarbeit an und wünschen auch wir Ihnen, dass Sie im Sinne des Wohlergehens unserer Kinder und Jugendlichen eine gute Arbeit leisten. Ich wünsche mir dann aber auch - das sage ich ausdrücklich dazu -, dass die Angebote zur Zusammenarbeit nicht gleichzeitig mit der Ansage verbunden sind, das Programm strikt und starr durchzuziehen, weil dadurch das Kooperationsangebot in Frage gestellt würde.

(Zuruf von der CDU: Das war früher ganz anders! - Heiterkeit von der CDU)

Ich möchte noch drei Anmerkungen machen.

Erstens. Bei den Aussagen, die Sie zum Haushalt getroffen haben, ernten Sie die Früchte rot-grüner Politik. Rot-Grün hat nämlich einen Haushalt beschlossen, der Ihnen diese Stellen überhaupt ermöglicht, sodass es zu den Neueinstellungen, die Sie zum nächsten Schuljahr vornehmen wollen, kommen kann. Die Seite, mit der Sie jetzt regieren, hat diesen Haushalt abgelehnt, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zweitens. „Geld statt Stellen“ haben Sie verteufelt wie der Teufel das Weihwasser. Aber diese „Geld-statt-Stellen“-Mittel sichern den Vertretungsunterricht.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Insofern haben Sie diese glorreiche Ankündigung, die natürlich im Sinne der Schulen ist, auch Rot-Grün zu verdanken, die diesen Haushalt mit diesen Mitteln beschlossen haben. Das nur, damit das klar ist und im Protokoll steht.

Letzter Punkt: Unsere Schulen, insbesondere die Grundschulen, die Sie ja auch gut kennen, haben sich auf den Weg gemacht. Unsere Grundschulen und auch die Schulen, die jetzt die Naturwissenschaften integriert unterrichten wollen, möchten das zum großen Teil weitermachen. Wenn Sie Selbstständigkeit ernst meinen, müssten Sie zumindest zulassen, dass die Schulen, die das ger-

ne fortsetzen möchten, die Gelegenheit haben, und nicht 11 Millionen € für beispielsweise Fortbildungskosten, Schulbücher in den Sand gesetzt sind.

Lassen Sie doch die Freiheit zu, und bremsen Sie nicht die Schulentwicklung! Denn auch in Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg gibt es integrierten naturwissenschaftlichen Unterricht. Frau Schavan ist davon begeistert. Die CDU hat das hier früher auch gefordert. Wir haben das umgesetzt. Machen Sie also keine Symbol- und Schnellschusspolitik, die nicht im Sinne der Schulentwicklung, nicht im Sinne der Kinder und Jugendlichen ist und nicht dazu dient, international anschlussfähig zu werden! - Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Von den Fraktionen, die die Anträge gestellt haben, wurde jeweils direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen zunächst über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/12** ab. Wer für den Antrag ist, möge bitte die Hand heben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/18** abstimmen. Ich darf auch hier bitten aufzuzeigen, wer dem Antrag zustimmen möchte. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse nunmehr über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/33** abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Ich rufe auf:

6 Geplante übereilte Abschaffung des Faches "Naturwissenschaften" stoppen - Parteitaktische Blockierung gefährdet die notwendige Stärkung naturwissenschaftlicher Bildung

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/27

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 4. Juli 2005 fristgerecht einen Eilantrag zu dem genannten Thema eingebracht.

Ich eröffne die Beratung. Als Erste hat für die SPD-Fraktion Kollegin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen zwei bis drei Stunden viel von Pragmatik und viel von Verständnis für Lehrer, Schülerinnen, Schüler und Eltern gehört. Wir haben viel über den angeblichen Aktionismus der alten Landesregierung im Rahmen der Bildungspolitik gehört.

Aber das, was wir hier jetzt als erste Maßnahme der neuen Landesregierung in Sachen Bildungspolitik erleben müssen, das bezeichne ich als unüberlegt und aktionistisch. Sie bringen am letzten Tag eines Schuljahres eine Verordnung ein, mit der Sie das Fach „Naturwissenschaften“ zurücknehmen wollen. Sie wollen es wieder in die Teilbereiche Biologie, Physik und Chemie zerschlagen, obwohl sich die Schulen jahrelang auf das neue Fach vorbereitet haben. Die Lehrer haben sich fortgebildet, die Kommunen haben die Bücher angeschafft, und mit einem Federstrich soll es das Fach „Naturwissenschaften“ nach den Sommerferien nicht mehr geben. Ich behaupte, das ist purer Aktionismus,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

das ist pure Symbolpolitik der schwarz-gelben Regierungskoalition.

Aber auch hier kann ich sagen, Frau Ministerin Sommer, vermutlich haben Sie das gar nicht zu verantworten. Ich behaupte in diesem Fall, dass Herr Ministerpräsident Rüttgers das zentrale Wahlversprechen aus dem Koalitionsvertrag auf Biegen und Brechen umsetzen will. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass ein Ministerpräsident das Schreiben des größten Verbandes für mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht, des MNU, nicht zur Kenntnis nimmt, in dem gefordert wird, von dieser Maßnahme Abstand zu nehmen, weil sie Nordrhein-Westfalen

bei der naturwissenschaftlichen Bildung um Jahre zurückwirft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gleichermaßen sagt die Gesellschaft Deutscher Chemiker durch ihren Präsidenten Prof. Hopf, „dass hier ein deutlicher Rückschritt auf dem Weg zur nachhaltigen Steigerung der Effizienz des naturwissenschaftlichen Unterrichts stattfindet“.

Dann konnten wir hören, wie man sich an Bayern und an Baden-Württemberg heranarbeiten will. Warum dann nicht auch beim Fach Naturwissenschaften?

(Beifall von der SPD)

Diese beiden Länder gehen genau diesen Weg mit uns gemeinsam, weil sie erkannt haben, dass es nach den Pisa-Leistungstudien erforderlich ist, diese Fächer integrativ zu unterrichten, und dass man nicht mehr in einzelnen Fächern denken darf, gerade wenn die Kinder aus der Grundschule in die weiterführende Schule kommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist der völlig falsche pädagogische Ansatz. Frau Kollegin Sommer, genauso hat es Frau Schavan in einer Fachzeitschrift für die deutschen Chemikerverbände geschrieben. Vielleicht lesen Sie es einmal nach! Ich bin allerdings schier entsetzt - das sage ich ausdrücklich -, dass Sie nicht einen Schritt in eine dieser Schulen unternommen haben oder Herr Ministerpräsident Rüttgers nicht einen Schritt in diese Schulen gemacht hat, die das Konzept seit zwei oder drei Jahren erproben. Ich habe mich davon überzeugt:

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

positive Erfahrungen, hohe Zufriedenheit, neue Lernkultur. All das streichen Sie mit Ihrer Verordnung.

Über eines bin ich noch völlig überrascht. Sie führen gerne die Eigenverantwortung der Schulen im Munde. Wir haben den Weg für unsere Schulen bereitet. Wir wollen unsere Schulen in Nordrhein-Westfalen selbstständig machen. - Wir sind an Ihrer Seite. Warum geben Sie dann nicht wenigstens die Wahlmöglichkeit in die Schule selber? Ist es nur hohles Gerede, dass Sie Schulen eigenverantwortlich machen wollen? Die Anregungen aus den Verbänden sagen nichts anderes als dieses.

Ich biete Ihnen an: Das unterstützen wir und das tragen wir mit unserer Stimme mit. Wenn es das Fach „Naturwissenschaften“ schon nicht generell geben soll, können wir den Schulen in Nordrhein-

Westfalen die Wahl lassen, damit die Lehrerinnen und Lehrer nicht umsonst gearbeitet haben,

(Beifall von der SPD)

damit die Schulbuchverlage nicht Millionen aus dem Fenster geworfen haben. Das wird nämlich bedeuten, dass die Eltern demnächst mehr Geld für Schulbücher bezahlen müssen; das holen sich die Verlage auf anderem Wege wieder herein. Vermutlich hat sich bei Ihnen noch keiner Gedanken darüber gemacht, was Schulbücher kosten, obwohl Sie hier und heute gesagt haben, Sie wollen die Eltern, die Lehrer und die Kinder mitnehmen. Aber hier geben Sie ihnen eine glatte Ohrfeige.

Das ist nicht im Interesse von Nordrhein-Westfalen, was Sie hier als einen ersten Schritt für dieses Land unternehmen. Ich bin enttäuscht, fachlich entsetzt und kann nur hoffen, dass Sie den Weg in die Option noch finden werden. Das wäre für mich der Ausweg aus diesem Dilemma, in das Sie - das muss ich ehrlicherweise sagen - nicht selbst gesteuert sind, sondern in das Sie die Fraktionen gebracht haben und das Sie nun auf diesem Wege umsetzen sollen. Wir bieten Ihnen diese Kooperation an; alles andere wäre dumm.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Schäfer. - Als nächster Redner hat Klaus Kaiser für die CDU-Fraktion das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hat im Wahlkampf erklärt: Bis 2010 werden wir 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen. - Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat uns gewählt, damit wir das umsetzen.

Die CDU hat im Wahlkampf erklärt: Wir werden allen Schulen mehr Selbstständigkeit geben. - Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat uns gewählt, damit wir das umsetzen.

(Wolfgang Röken [SPD]: Richtig!)

Die CDU hat weiterhin erklärt: Wir werden wieder fachbezogenen Unterricht in Biologie, Physik und Chemie in den Klassen 5 bis 8 einführen. - Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat uns gewählt, damit wir das umsetzen.

Die neue Koalition der Mitte verspricht den Bürgerinnen und Bürgern nicht das Blaue vom Himmel, aber das, was sie verspricht, wird auch gehalten. Das gilt insbesondere für Fragen der Bildungspolitik. Denn gerade in der Bildungspolitik hat Rot-

Grün versagt. Die Hoffnung von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern auf einen Neuanfang ist tausendfach an uns herangetragen, gerade in den letzten Tagen erneut.

Vor diesem Hintergrund ist der SPD-Antrag zu betrachten. Allein die Sprache macht deutlich, dass es sich um ein Nachwahlgeplänkel handelt. Die Argumente sind bekannt. Ausführliche Stellungnahmen und Expertisen sind am 18. Juni 2003 im Rahmen der Anhörung des Schulrechtsänderungsgesetzes erörtert worden.

Ich möchte mich auf drei Aspekte beschränken:

Erstens. Die Einführung des integrierten Schulfachs „Naturwissenschaften“ dient in erster Linie der Vertuschung des eklatanten Fachlehrermangels in den Fächern Physik und Chemie.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Vorgängerregierung war bis zur Abwahl nicht in der Lage, gegen diesen Fachlehrermangel ernsthaft anzugehen oder ihn zu beheben. Das ist der eigentliche Grund für die geplante Einführung des Fachs „Naturwissenschaften“.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: In Bayern auch?)

Das belegen sogar die vorgelegten Kernlehrpläne, in denen es heißt:

„Die Gestaltung von Unterricht ist in besonderem Maße von den Bedingungen der einzelnen Schule und den pädagogischen und didaktischen Vorstellungen ihrer Lehrerinnen und Lehrer abhängig.“

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schäfer?

Klaus Kaiser (CDU): Ich möchte erst meine Ausführungen beenden. Hinterher kann ich Fragen beantworten. - Mit anderen Worten: Wenn keine Physiker oder Chemiker an der Schule sind, greift man auf die vorhandenen Lehrerinnen und Lehrer zurück. Die Folge: Der Unterricht wird in großem Umfang fachfremd erteilt. 42 % des Physikunterrichts an Hauptschulen und über 20 % des Physikunterrichts an Realschulen wird fachfremd erteilt. Das ist keine Werbeaktion für den Physikunterricht. In der Chemie sieht es auch nicht besser aus - im Gegenteil.

Wenn die Fächer aus dem Stundenplan verschwinden, befürchten wir, dass noch weniger junge Menschen das Studium Lehramt für Chemie und Physik ergreifen werden. Auf Dauer wird der

Fachlehrermangel also noch eklatanter, und es wird genau das Gegenteil des vielleicht Beabsichtigten erreicht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sagen Sie doch einmal, was die Hochschulen brauchen!)

Das eigentliche Problem ist, dass Sie die Lehrerversorgung insgesamt, insbesondere aber in den naturwissenschaftlichen Fächern, sträflich vernachlässigt haben. Sie haben eine schlechte Personalplanung betrieben und die Aussichten der Studierenden verschlechtert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hendricks?

Klaus Kaiser (CDU): Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen. - Blicken wir noch einmal auf die Gruppen, die die Schülerinnen und Schüler nach der Schulzeit für Ausbildung und Beruf übernehmen. Wir haben einmal die Betrachtung der Schule und des Unterrichtsablaufs. Aber bei der Betrachtung der Einführung der naturwissenschaftlichen Fächer oder der Beibehaltung von Biologie, Physik und Chemie ist es auch wichtig, die Abnehmer zu berücksichtigen.

Schule dient einem vernünftigen Lebensweg und soll Berufsperspektiven schaffen. Wir hatten das in einem der vorherigen Punkte sicherlich angesprochen.

Die Arbeitgeber haben in der Anhörung 2003 besonders betont:

„Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände ... empfiehlt, zur Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts die Fächer beizubehalten ...“

Professor Born vom Verein Deutscher Ingenieure sagt:

„Ich möchte darauf verweisen, dass das Land Nordrhein-Westfalen eine ausgesprochen hohe Exportquote hat, die es wesentlich seiner technologischen Basis verdankt.“

Weiter heißt es:

„Wir müssen den naturwissenschaftlich-technischen Unterricht stärken und nicht diffus werden lassen.“

Bildungspolitik ist eben auch Standortpolitik. Um die Chancen zu verbessern, müssen wir natürlich garantieren, dass Naturwissenschaften von Fachlehrerinnen und Fachlehrern unterrichtet werden, die dafür sorgen, Begeisterung für die Naturwis-

senschaften auszulösen. Gleichzeitig müssen wir die Chance der fächerübergreifenden Kooperation - auch bei Projekten - nutzen. Das ist sicherlich der moderne Ansatz.

Von daher gehen wir den richtigen Weg, wenn wir die Verordnung, die Frau Ministerin Sommer initiiert hat, verabschieden. Dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, können wir bei aller Liebe nicht zustimmen. Er ist eben ein Eilantrag. Aber, wenn man ihn genau liest, hat man den Eindruck: Es war vor allem ein eiliger Antrag. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP - Manfred Kuhmichel [CDU]: Richtig!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kaiser. - Als nächste Rednerin hat Kollegin Beer für die Fraktion der Grünen das Wort. Das ist heute bereits Ihre zweite Rede. Ich hatte zunächst gedacht, Ihnen das Wort zu Ihrer Jungferrede erteilen zu können. Aber das hat der Kollege heute Morgen schon getan. Bitte, Sie haben das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer, in der „Neuen Westfälischen“ vom 4. Juli wenden Sie sich an Lehrer, Lehrerinnen und Eltern mit der Bitte, Kontaktwünsche und Fragen zurückzustellen und Ihnen Zeit zur Einarbeitung zu lassen, da Sie noch keine grundsätzlichen politischen Aussagen treffen wollen. Ich zitiere Sie:

„Eine politische Auszeit, Ruhe zum Nachdenken mögen ungewöhnlich sein in der Politik, können aber nicht schaden.“

Das sind nette Worte, die sich schön ausnehmen, aber nicht die schwarze Bohne wert sind, wie wir heute schon gesehen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Oder wie anders sollen die Schulen, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler das bewerten, was ihnen nachmittags am 28. Juni per Mail in den virtuellen Postkasten geflattert ist? Das war ein Verordnungsentwurf immerhin mit der generösen Vorgabe - Herr Große Brömer, ich korrigiere - von vier Werktagen, um auf die Eliminierung des Fachs „Naturwissenschaften“ reagieren zu können. So viel zu Ihrer Bitte um Karenzzeiten, die Sie den Verbänden, die ein Recht auf Anhörung haben, offensichtlich nicht zugestehen. Das ist eine Zumutung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wie Sie dabei mit den kommunalen Spitzenverbänden umgehen, die ein verbrieftes Anhörungsrecht von vier Wochen haben, das erschließt sich von selbst. Das kann nur noch Herr Witzel als faires Verfahren bezeichnen.

Doch zu welchem Punkt sollen die Verbände eigentlich Stellung nehmen? Der Verordnungsentwurf, den Sie da auf den Weg gebracht haben, ist nackt. Eine Begründung für diesen Entwurf sucht man vergeblich. Auch das ist eine von den neuen Gepflogenheiten in Sachen Mitwirkung, ein Novum in der NRW-Bildungspolitik. Das hat es noch nicht gegeben, ein Gesetz, eine Verordnung, einen Erlass ohne fachliche Begründung - obwohl ich in der Sache für Sie durchaus Verständnis aufbringe, denn es gibt keine schulfachliche Begründung für diesen Unfug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Entwurf geht an den Schulentwicklungsbedarfen und schulfachlichen Realitäten vorbei - nicht nur in NRW.

Was sagen Sie den Lehrerinnen und Lehrern, die sich seit Verabschiedung des Schulrechtsänderungsgesetzes engagiert und intensiv fortgebildet haben?

(Beifall von den GRÜNEN)

Was sagen Sie den Schulen und Schulträgern, die intensive organisatorische Vorbereitungen für integrierte Naturwissenschaften getroffen haben?

Was sagen Sie den Eltern, die die Abschreibung der Schulbuchverlage in zweistelliger Millionenhöhe für bereits entwickelte und gedruckte Schulbücher werden bezahlen müssen?

Was sagen Sie den Schülerinnen und Schülern, die sich darauf gefreut haben, nicht mehr ein halbes Jahr Bio, dann ein bisschen Chemie und dann mal Physik zu haben, sondern naturwissenschaftlichen Phänomenen kontinuierlich nachgehen und erforschen zu können?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was sagen Sie, Frau Sommer, vor allen Dingen den Universitäten -siehe Universität Bielefeld -, die längst einen Studiengang Integrierte Naturwissenschaften entwickelt und aufgelegt haben? Lehrer können das; man muss sie nur lassen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Was sagen Sie den Fachdidaktikern, zum Beispiel - wie schon erwähnt - vom Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts, die sich schon lange für die In-

tegration der Fächer stark machen - auch vor dem Hintergrund internationaler Studien?

Ich zitiere Professor Bos, den künftigen wissenschaftlichen Beauftragten der NRW-Qualitätsagentur, der sich im „Bonner Generalanzeiger“ vom 30. Juni selbst als eher konservativ einstuft:

„Wenn jemand die geplante Zusammenlegung einfach zurückzieht, ohne etwas Neues, aufeinander Aufbauendes zu präsentieren, müsste ich ihm ein paar Literaturhinweise geben.“

Ich bitte Herrn Bos dringend, aktiv zu werden, auch in Richtung von Herrn Kaiser.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was sagen Sie demnächst in der KMK Ihren CDU-Kollegen und -Kolleginnen aus Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, die integrierte Naturwissenschaften fachlich begründet und überzeugt eingeführt haben? Die wissen offensichtlich auch, was die KMK in der Bund-Länder-Kommission zum Beispiel mit dem Schulversuch „Praxis integrierter naturwissenschaftlicher Grundbildung“ - PING - erfolgreich auf den Weg gebracht hat.

Bitte arbeiten Sie sich ein, bevor solche Sachen Ihr Haus verlassen!

Was sagen Sie den Bildungsinitiativen der Wirtschaft, die die integrierten Naturwissenschaften bundesweit begrüßt haben und diese Schulentwicklung dort, wo sie umgesetzt wird, mit großem Engagement unterstützen? In NRW sollen sie das offenbar nicht tun dürfen.

Frau Ministerin Sommer, eigentlich müssten Sie aus Ihren bisherigen beruflichen Tätigkeiten besser wissen, wie mit Schulen und auch mit Schulentwicklung umzugehen ist. Haben Sie das vergessen, seit Sie durch die Kabinettsaufnahmeprüfung gegangen sind? Oder mussten Sie das für diese Prüfung vergessen?

Es gibt jetzt nur eine Lösung. Ich ermutige Sie, Frau Sommer: Nehmen Sie sich Zeit zum Überlegen, wie Sie es selbst in der Zeitung für sich reklamiert haben! Ziehen Sie den unsäglichen Verordnungsentwurf zurück! Respektieren Sie die Schulentwicklung! Evaluieren Sie erst einmal die Ergebnisse! - Dann unterhalten wir uns hier wieder. Das würde Ihnen den Respekt der Schulen und der Eltern sowie der Lehrerinnen und Lehrer einbringen. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. - Als nächste Rednerin hat Kollegin Ingrid Pieper-von Heiden für die FDP-Fraktion das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktionismus ist es nicht, das integrierte Fach „Naturwissenschaften“ durch Verordnung zurückzunehmen. Aktionismus war es, das Schulgesetz - besonders auch in diesem Punkt - durchzupeitschen.

(Beifall von FDP und CDU)

Denn von welcher Situation haben wir auszugehen? Was hat Sie in allererster Linie dazu bewogen, dieses integrierte Fach „Naturwissenschaften“ einzufordern? Sie sprechen von vernetztem Denken, von vernetztem Handeln und davon, Gesamtzusammenhänge zu sehen. Ja, schön und gut; aber das war es nicht, was Sie dazu geführt hat.

Ich sage Ihnen, warum Sie das so beschlossen haben. Sie haben das so beschlossen, weil ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Pieper-von Heiden, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schäfer?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Sie möge mir erst einmal zuhören - anschließend gerne.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir haben doch schon zugehört!)

- Ja. Aber das, was jetzt unangenehm wird, wollen Sie nicht hören. Hören Sie zu! - Sie haben das beschlossen, weil wir so viel fachfremden Unterricht haben. An den Hauptschulen werden 40 % des Chemieunterrichtes, 35 % des Biologieunterrichtes und 42 % des Physikunterrichtes nicht von Fachlehrern erteilt. Hinzu kommt der dramatische Unterrichtsausfall in den Mangelfächern, nämlich insgesamt 22 % des Biologieunterrichtes, 31 % des Physikunterrichtes und 33 % des Chemieunterrichtes. Und in dieser Situation des Fachlehrermangels, die Sie zu verantworten haben, wollen Sie mir nichts, dir nichts die naturwissenschaftlichen Fächer zu einem Fach zusammenlegen, um Unterrichtsausfall und fachfremden Unterricht zu verschleiern.

Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir können uns sehr gerne darüber unterhalten - wir sind auch für vernetztes Denken und für vernetztes Handeln -, wenn Sie Fortbildungsmaßnahmen auf den Weg gebracht haben. Als von Ihnen schon längst angekündigt war, dieses integrierte Fach

einzuführen, gab es noch nicht einmal Fortbildungsmaßnahmen. Sie waren überhaupt noch nicht konzipiert.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie sind aber rechtzeitig fertig geworden!)

Es war ein heilloses Durcheinander in der Lehrerschaft zu beobachten.

Frau Schäfer, nicht alle Schulen haben sich auf den Weg gemacht und neue Schulbücher angeschafft. Sehr viele, die ich kenne, haben erst einmal gedacht: Hoffentlich kommt es nicht so; wir warten erst einmal in Ruhe ab und schaffen jetzt keine neuen Bücher an. - Das ist Fakt; das ist die Lage in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Sie haben das integrierte Fach „Naturwissenschaften“ in Baden-Württemberg angesprochen. Dieses Fach wurde dort nicht „anstelle von“, sondern zusätzlich eingeführt. Es wurde eingeführt, um wissenschaftspropädeutisches Arbeiten einzuüben. Das macht auch Sinn.

Es geht aber nicht, dieses Fach mit dem Ziel einzuführen, Lehrermangel zu kaschieren, Unterrichtsausfall zu verdecken und noch mehr fachfremden Unterricht zu erteilen. Erzählen Sie mir doch einmal, wie Sie das leisten wollen, wenn Sie an einer Schule weder einen Chemielehrer noch einen Physiklehrer haben, sondern ausschließlich einen Biologielehrer! Wie soll er das integrierte Fach „Naturwissenschaften“ unterrichten? Das kann er gar nicht. Er hat an keiner Fortbildung teilgenommen und kann die beiden anderen Disziplinen nicht übernehmen.

Genauso machen Sie das üblicherweise: Sie wollen etwas einführen, bevor Sie das Ziel wirklich bedacht haben und bevor Sie überhaupt für Fortbildungen gesorgt haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die sind doch fertig!)

Das ist typisch. Das zeichnet Sie aus und geht wie ein roter Faden durch Ihre Bildungspolitik, dass Sie in irgendeinem anderen Land ein Ziel bzw. ein Ergebnis sehen, aber den Ressourcenmangel in unserem Land Nordrhein-Westfalen nicht beachten. Das ist Fakt.

Wir hingegen machen uns auf den Weg, diesen Ressourcenmangel zu beheben. Dazu gehören neben der Einstellung zusätzlicher Lehrer auch eine vernünftige Lehrerfortbildung und -ausbildung.

Daher können Sie ganz sicher sein: Wir werden das Thema „Schule“ hier in den Griff bekommen.

Unsere Kinder in Nordrhein-Westfalen werden in einigen Jahren stolz darauf sein können, hier zur Schule zu gehen, was jetzt nicht der Fall ist. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns alle hier im Hause einig, dass die naturwissenschaftliche Bildung in unserem Lande gestärkt werden muss. Das ist auch anderswo bekannt, beispielsweise in Baden-Württemberg, wo dieses Fach - und da muss man genau hinhören - als zusätzliches Fach neben Biologie, Physik und Chemie installiert ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Der eingeschlagene Weg, Naturwissenschaften zu stärken und dies über das integrierte Fach „Naturwissenschaften“ zu erreichen, ist nicht überzeugend und mit Nachteilen verbunden. Dieser Weg führt nämlich zwangsläufig zu einer Vernachlässigung der jeweiligen unabdingbaren Fachsystematik. Er führt außerdem zu einem verstärkten fachfremden Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern, die sich oft mit der Vermittlung von fachfremden Unterrichtsinhalten sehr schwer tun. Herr Kaiser hat darauf hingewiesen.

Wenn Sie sich in Lehrerkollegien umhören ... Ich darf Sie an dieser Stelle doch einfach einmal bitten: Wer sagt Ihnen denn, Ihre neue Ministerin hätte sich nicht umgehört? Ich möchte eigentlich für mich in Anspruch nehmen, dass ich mich in dem Schulort, wo ich vorher tätig war, umhören kann; denn auch dort wurde zum Teil erprobt, ob integrierter naturwissenschaftlicher Unterricht sinnvoller ist. Nach meinen Erfahrungen, nach meinen Recherchen in Lehrerkollegien wird das sehr kritisch gesehen. Überaus skeptische Stimmen sind zu hören. Die Entscheidung für ein Integrationsfach hat deshalb in diesem Lande keinen Konsens gefunden.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht auch die aktuelle Beteiligung der Verbände zu diesem Vorschlag deutlich. Ich habe alle wesentlichen Verbände um Verständnis für die Kurzfristigkeit gebeten. Alle haben ihr Verständnis geäußert. Wir können vonseiten der Landesregie-

rung auch deutlich machen, dass es ein eindeutiges Votum gegeben hat.

Vergessen Sie zudem nicht, dass bereits in der zweiten Jahreshälfte 2004 und Anfang 2005 alle Argumente bekannt waren und mehrfach ausgetauscht worden sind.

(Beifall von der CDU)

In den betroffenen Schulformen -den Gymnasien und Realschulen - lehnen Lehrer- und Elternverbände die Aufgabe des einzelfachlichen Unterrichts ohne Wenn und Aber ab.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir brauchen - das ist unstrittig - nach TIMSS und PISA eine Stärkung der naturwissenschaftlichen Bildung und eine Weiterentwicklung des Unterrichts in diesen Fächern. Mehr Anwendungsbezug und eine stärkere Problemorientierung fördern das Interesse an den Naturwissenschaften. Das, meine Damen und Herren, ist der richtige Weg zur Entwicklung eines tiefer gehenden Verständnisses und zu flexibel anwendbarem Wissen.

Die neuen Bildungsstandards der KMK, die ja nicht zufällig keine Bildungsstandards für ein integriertes Fach „Naturwissenschaften“, sondern Standards für die Fächer Biologie, Chemie und Physik sind, verdeutlichen besser als die bisherigen Lehrpläne, welches die anzustrebenden Kompetenzen sind und worauf es in den drei Fächern wirklich ankommt.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Selbstverständlich will auch ich eine Verbesserung des naturwissenschaftlichen Unterrichts und eine Stärkung der naturwissenschaftlichen Bildung. Ich bin mir aber mit den genannten Eltern- und Lehrerverbänden darin einig, dass dies besser in den Strukturen der einzelnen Fächer geschieht, in denen sich die Lehrerinnen und Lehrer auskennen,

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

mit denen sie umgehen können und in denen sie sich auf gesichertem Terrain bewegen. Diesen Weg werde ich konsequent gehen. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Weg zum Erfolg führt.

Ich bin auch sicher, dass die große Mehrheit der Lehrkräfte die jetzt vorgesehene Korrektur begrüßt und erleichtert in die Ferien und anschließend an die Vorbereitungen des nächsten Schuljahrs gehen kann.

Sie haben es heute schon einmal von mir gehört. Ich wiederhole es: Maßstab aller Dinge ist das Wohl des Kindes!

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Sommer. - Wir kommen nun zur Abstimmung über den **Eilantrag Drucksache 14/27**. Wer diesem Eilantrag zustimmt, den bitte ich, die Hand zu heben. - Das sind SPD und Grüne. - Wer ist dagegen? - Damit ist der Eilantrag **abgelehnt**.

(Zuruf von SPD und GRÜNEN: Auszählen!)

- In beiden Blöcken fehlen Abgeordnete, sodass es eine deutliche Mehrheit gibt. Das Präsidium ist sich in der Einschätzung des Abstimmungsergebnisses einig.

Ich rufe auf:

7 Kein Aushöhlen der Tarifautonomie - Bewährte Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/19

Ich erteile Herrn Schmeltzer für die SPD-Fraktion das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag, der uns seit einigen Tagen vorliegt, ist in vielen Teilen unverbindlich und nicht konkret. Es sei denn, man bezieht sich auf Inhalte, die Angelegenheiten des Bundes sind. Handelt es sich hierbei um eine bloße Selbstüberschätzung, von Nordrhein-Westfalen aus die Bundesrepublik zu gestalten, oder sollte es sich hierbei vielmehr um die Konkretisierung von Inhalten handeln, die im anstehenden Bundestagswahlkampf ungenau und stets relativierend von Frau Merkel dargestellt werden?

Fakt ist, dass mit der Formulierung zum Ermöglichen von betrieblichen Bündnissen die durch die Verfassung geschützte Tarifautonomie ausgehöhlt werden soll. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sichert in Art. 9 die Tarifautonomie, also das Recht der Sozialpartner, Arbeitsbedingungen in eigener Zuständigkeit und Verantwortung in Tarifverträgen zu regeln. Herr Kollege Arentz, der jetzt nicht mehr diesem Landtag angehört, hat am 12. Dezember 2003 in diesem Hause treffend gesagt:

„Ausfluss der Koalitionsfreiheit ist die Tarifautonomie, zu der wir uneingeschränkt Ja sagen wie zum hohen Wert des Flächentarifvertrags.“

Das sind Worte eines CDA-Vorsitzenden, die ebenso verhält sind wie die Einflussnahme der CDA bei der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 %, bei den Einschränkungen des Schlechtwettergeldes im Baugewerbe, bei den Änderungen des § 116 AFG, bei den Einschränkungen im Betriebsverfassungsgesetz. Das sind nur einige wenige Beschneidungen von Arbeitnehmerrechten, die es unter Helmut Kohl gegeben hat.

Nun will die neue Koalition die Tarifautonomie aushöhlen, wie es Vertreter von CDU und FDP in der letzten Legislaturperiode in verschiedenen Debatten hier im Hause schon mehrfach angekündigt haben. Allerdings hat man in der Opposition noch deutlichere Worte gefunden wie zum Beispiel die Zerschlagung des Tarifkartells. Das wäre jetzt zu plump. Die Absichten aber sind die gleichen.

Wir sind für die Tarifautonomie. Tarifautonomie heißt auch, dass die Tarifpartner über so zentrale Eckdaten entscheiden wie Löhne, Arbeitszeit und damit über den größeren Teil der Lohnnebenkosten. Sie tragen deshalb hohe Verantwortung für mehr Beschäftigung.

Es verwundert schon sehr - dies war ein Zitat von Helmut Kohl aus seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 -, wenn Ihr damaliger Bundeskanzler uneingeschränkt zur Tarifautonomie und den Tarifpartnern steht, aber der neue Arbeitsminister unseres Landes die Definition der Tarifpartner offensichtlich nicht kennt.

Anders lässt es sich nicht erklären, dass Sie, Herr Laumann, auf eine Zwischenfrage von Franz Müntefering am 10. September 2004 im Deutschen Bundestag, ob er Sie richtig verstanden habe, dass die Grundlagen der Tarifautonomie ausgehebelt werden könnten und dies nicht schlimm sei, antworteten - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Ich glaube, dass ich mit meinen Feststellungen nicht Unrecht habe. Das hat mit der Aushebelung von Tarifverträgen - ... - überhaupt nichts zu tun. Wenn wir nämlich die Flexibilität nicht hinkriegen, wird die Tarifautonomie dadurch ausgehebelt, dass Arbeitgeber aus den Arbeitgeberverbänden, die die Tarifverträge abschließen, austreten.“

Sehr geehrter Herr Laumann, gemäß Tarifvertragsgesetz werden Tarifverträge von Arbeitgeber-

berverbänden oder einzelnen Arbeitgebern mit den Gewerkschaften verhandelt und abgeschlossen; daher ist es ein Ausflug ins Bedeutungslose, was Sie dort als Antwort gegeben haben.

(Beifall von der SPD)

Also ist die Flexibilität, die Sie gerne ansprechen, dadurch gewährleistet, dass auch einzelne Arbeitgeber jetzt schon Tarifvertragspartner sein können.

Die Flexibilität, die die Koalition durch die gesetzliche Einführung von betrieblichen Bündnissen ermöglichen will, ist nicht nur ein Eingriff in die Tarifautonomie, sondern insofern überflüssig, als sich gerade die Tarifpartner jetzt schon ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst sind. Sie haben bereits ein hohes Maß an Flexibilität bewiesen. In mehr als einem Drittel der Betriebe gibt es schon heute betriebliche Bündnisse auf der Grundlage von Tarifverträgen.

Neben dem in unserem Antrag erwähnten Beispiel aus der Metallindustrie, in der bereits abweichende betriebliche Öffnungen in über 400 Betrieben zugelassen wurden und somit rund 10.000 Arbeitsplätze gesichert werden konnten, konnte bei VW vereinbart werden, dass bis zum Januar 2007 die Lohntabellen unverändert bleiben und bei Neueinstellungen eine niedrigere Bezahlung vereinbart wird. Im Gegenzug wurden betriebsbedingte Kündigungen bis 2011 ausgeschlossen.

Oder Karstadt: Drei Jahre lang werden Tariferhöhungen nicht weitergegeben. Das Urlaubsgeld fällt im gleichen Zeitraum weg, die Jahressonderzahlung wird gekürzt. Das alles sind betriebliche Regelungen mit ausdrücklicher Zustimmung der Tarifpartner.

Wenn die Gewerkschaften immer wieder als alleinige Herrscher der Tarifautonomie dargestellt werden, die zu Recht darauf hinweisen, dass die Arbeitnehmer bei gesetzlich zementierten betrieblichen Bündnissen ohne den Rückhalt der Gewerkschaften Erpressungsversuchen von Unternehmen ausgeliefert wären, dass die Betriebsräte kein Streikrecht haben, um den Forderungen der Arbeitnehmer Nachdruck zu verleihen, wird gerne von Ihnen verschwiegen, dass auch die Arbeitgeberverbände die Pläne der Union zu betrieblichen Bündnissen nicht einvernehmlich teilen.

Sie, die Arbeitgeberverbände, vertreten die Meinung, dass betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Flächentarifverträge Aufgabe der Tarifparteien seien. So hält zum Beispiel Martin Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, die geforderten gesetzlichen

Öffnungsklauseln für betriebliche Bündnisse für Arbeit für unnötig. Gesamtmetall habe gute Erfahrungen mit der IG Metall vereinbarten Öffnungsklauseln gesammelt. Selbst der BDI in Person seines Präsidenten Jürgen Thumann - sonst eher etwas härter bei solchen Themen - äußerte sich dergestalt: Wir sollten daran nicht rühren.

Die Arbeitgeberverbände wissen um ihre ablehnende Haltung, hat doch das Bundesarbeitsgericht im Jahre 1999 bereits betrieblichen Bündnissen eine klare Absage erteilt. Ulrich Zachert, Professor für Arbeitsrecht an der Uni Hamburg, sieht eindeutig: Wenn das Bundesverfassungsgericht bei seiner Linie zum Tarifrrecht bleibe, müsse es diese betrieblichen Bündnisse ablehnen.

Sie müssen jetzt und in Zukunft den Menschen im Land Ihre wahren Absichten offenbaren. Sie setzen auf Offenheit. Dann sagen Sie in aller Offenheit, dass Sie mit Ihrem Vorhaben den Wettbewerbsdruck auf den Knochen der Arbeitnehmer erhöhen wollen, dass Sie nach Thatcher-Manier den Gewerkschaften den Garaus machen wollen - nicht umsonst wird Frau Merkel gerne Maggie Merkel genannt -, dass Sie Konflikte und Tarifverträge von der Fläche in die Betriebe verlagern, diese also erpressbar machen wollen.

Es ist nicht verwunderlich, wenn sich Ihre Parteivorsitzende auf der Bundestagung der CDA, die - wie bereits erwähnt - unter Helmut Kohl nichts verhindert haben, zur Aufweichung von Tarifverträgen bei betrieblichen Bündnissen bekannte und dafür keinen Beifall bekam, wie der „Kölner Stadtanzeiger“ trefflich berichtete.

Es reicht nicht aus, dass der neue Vorsitzende der CDA sagt, man brauche betriebliche Bündnisse, lehne aber trotzdem Flächentarifverträge nicht rundweg ab. Tarifverträge haben Richtschnüre, sagten Sie. Herr Laumann, Tarifverträge sind Richtschnüre und haben sich in unserem Staat tausendfach bewährt,

(Beifall von der SPD)

und zwar mit Tarifpartnern auf Arbeitgeber- wie auf Gewerkschaftsseite. Deswegen darf dieses verfassungsgemäß geschützte Gut nicht von Ihnen oder den Ihren in Berlin angetastet werden.

Wenn Sie sich mit der CDA als Anwalt der kleinen Leute sehen, dann handeln Sie auch danach. Da hilft keine münsterländische Bauernschläue, da hilft nur eins: Reden Sie Tacheles!

Aber reden Sie nicht über die Wahrung von Arbeitnehmerrechten, wenn Sie gleichwohl wissen, dass Ihre Partei den Kündigungsschutz zum Nachteil der Arbeitnehmer verändern, die Mitbe-

stimmung verschlechtern, die Gewerkschaften langsam ausgrenzen, die Steuerbefreiung für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge abschaffen und die Mehrwertsteuer erhöhen will.

All Ihre Bekenntnisse vor der Bundestagung der CDA nützen sehr wenig, wenn Sie entweder - wie in der Vergangenheit vielfach bewiesen - ohnehin nicht gehört werden oder - was ich Ihnen persönlich nicht unterstellen will - in Ihren Parteigremien nur einen Schaulauf präsentieren und mit schlechten Noten zulasten der arbeitenden Bevölkerung unterliegen.

So scheint es bei dem Thema „Spitzensteuersatz“ der Fall zu sein, denn ist bei „dpa“ am 27. Juni noch zu lesen, dass Herr Laumann einer weiteren Absenkung des Spitzensteuersatzes eine Absage erteile, so stellen wir heute fest, dass in den verschiedenen Verlautbarungen aus CDU-Kreisen der Spitzensteuersatz immer weiter fallen soll. Er fällt nach den Vorstellungen Ihrer Partei trotz Ihrer energischen Absage, Herr Laumann.

Liegt dies gegebenenfalls daran, dass andere in der CDU, zum Beispiel der Wirtschaftsrat der CDU, besser Gehör finden als Sie? So spricht sich eben dieses Gremium für betriebliche Bündnisse aus, allerdings ausdrücklich ohne Vetorecht der Gewerkschaften. - Wird aus der NRW-CDU wieder zu vernehmen sein, dass man diesen Vorhaben eine Absage erteilen werde, schlimmstenfalls mit gleichem Ergebnis?

Es reicht nicht aus, viel zu fordern und anschließend ein Tablett Bier zu servieren. Es dürfen nicht nur klare Bekenntnisse erfolgen, sondern Sie müssen den Menschen die Wahrheit darüber sagen, was auf sie zukommt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Darauf kommt es an!)

Sie sagten bei der CDA: Die Würde des Menschen ist unantastbar. - Dem stimme ich zu. Mit dieser Würde meinen wir aber auch die Würde von Millionen Arbeitnehmern, die Schutzrechte haben. Auch diese Würde ist unantastbar.

Nicht ohne Grund haben die Väter des Grundgesetzes auch die Tarifautonomie als ein Grundrecht abgesichert. Dieses grundgesetzlich verbrieft Recht stellt eine wesentliche Grundlage der sozialen Demokratie dar.

Sie wollen das soziale Gewissen in der Union sein, Sie wollen mit der CDA Arbeitnehmerrechte sichern. Herr Laumann, Sie haben in Ihrer Rede auf der Bundesversammlung der CDA mit Stolz darauf hingewiesen, dass von den 89 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion 41 Mitglieder der

CDA seien, und Sie haben sich in Ihren CDA-Eckpunkten zur verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie bekannt. Heute haben Sie die Möglichkeit, dies parlamentarisch zu bekräftigen.

Damit auch alle Ihre CDA-Mitglieder ordentlich dokumentiert sehen können, wie Sie wirklich zur Tarifautonomie stehen, beantrage ich für die SPD-Fraktion gemäß § 43 der Geschäftsordnung des Landtages namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schmeltzer. - Von der CDU hat jetzt der Abgeordnete Post das Wort. Bitte schön.

Norbert Post^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorweg: Der Untergang des Abendlandes, den Sie hier verkünden, ist mit Ihrem Antrag überhaupt nicht begründbar. Sie haben in Ihrem Antrag nur Oberflächlichkeiten von sich gegeben. Vorschläge zur Verbesserung der Chancen der Arbeitnehmerschaft, zur Verbesserung der Situation derjenigen, die draußen sind, derjenigen, die Angst um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze haben, diese Vorschläge sind Sie uns schuldig geblieben; davon ist nichts zu lesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Tarifverträge bieten heute auch die Chance, von Standards abzuweichen; Sie haben das richtig beschrieben. Es können betriebliche Lösungen vorgesehen werden. Diese können sich beziehen auf Arbeitszeit, Einkommen oder sonstige Dinge. Aber dazu bedarf es der Zustimmung der die Tarifverträge schließenden Verbände. Die Zahl der Betriebe, in denen die tarifvertraglichen Vorgaben flexibel angewandt werden, hat sich seit 2002 mehr als verdoppelt. Auch das ist richtig.

Es sind theoretisch folgende Abweichungen möglich: in der Verbindlichkeitserklärung, auch in der Geltung für nicht organisierte Arbeitnehmer; aber diesbezüglich streitet man offensichtlich auch in den Gewerkschaften noch. Es gibt ein Nachwirkungsgebot, über das man reden müsste. Man muss über die Öffnungsklausel und das Günstigkeitsprinzip sprechen; das ist, glaube ich, das von Ihnen hier und heute zur Diskussion gestellte Thema. In Ihrem Antrag ist davon nicht viel übrig geblieben. Es gibt die Möglichkeit, die Verträge auf Leiharbeiter und Ersatzmaßnahmen für Betriebe zu übertragen.

Aber eines bleibt klar: Diese Elemente müssen immer wieder und besonders in Zeiten schwieriger Verhältnisse, aber auch in Zeiten besonders guter Verhältnisse auf ihre Flexibilität hin kritisch hinterfragt werden.

Es gilt zu betonen, dass es eine Reihe von Punkten, aber besonders drei zentrale Punkte des bleibenden Nutzens von Tarifautonomie gibt. Diese sind hervorzuheben: Der Tariflohn gilt als Mindestlohn und als Grenzwert gegen marodierenden Wettbewerb. Er verhindert ein - wie soll ich sagen? - „Working around the clock“. Die Kosten, die beim Aushandeln einzelner Vereinbarungen anfallen würden, werden durch Tarifverträge verringert. Tarifverträge schaffen die Basis für Vertrauen in die Einhaltung von Regelungen, allerdings unter Inkaufnahme einer sehr langsamen Reaktion auf wirtschaftliche Veränderungen.

Derzeit haben wir trotz leicht zurückgehender Arbeitslosenzahlen - diese Entwicklung ist übrigens nicht auf konjunkturellen Aufschwung zurückzuführen - keinen Grund zum Aufatmen. Die Beschäftigtenzahlen liegen auch jetzt noch 330.000 unter dem Vorjahreswert. Meine Damen und Herren, daran müssen wir arbeiten, nicht an irgendwelchen Allgemeinplätzen, die Sie in Ihrem Antrag anführen.

Der Wissenschaftliche Beirat bei Ihrem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sieht eine Mitschuld für die hohe Arbeitslosigkeit allerdings auch bei den derzeitigen Tarifregelungen. Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin:

„Bei allen Einräumungen, die zugunsten der Bedeutung anderer Faktoren zu machen sind, wäre es unvernünftig zu leugnen, dass das Lohnniveau in Deutschland zu hoch, die Lohnstruktur falsch und die Flexibilität der Regeln, nach denen sich Einsatz und Bezahlung von Arbeitskräften richten, unzureichend ist.“

Meine Damen und Herren, Ihr eigener Beirat schreibt Ihnen vor, schreibt dem Minister: Tu was dran! Tu endlich was dran, damit wir Bewegung in diesen Bereich hineinbekommen!

Dabei will ich allerdings noch einmal deutlich feststellen, auch für uns: Tarifautonomie ist unverzichtbar. Es ist kein Anachronismus, dessen man sich entledigen muss. Allerdings: Tarifautonomie bringt auch Verpflichtungen für die Tarifparteien mit sich. Alle vom Arbeitsmarkt Betroffenen und in dessen Folge Betroffenen sind bei den Verhandlungen zu berücksichtigen. Und das geschieht heute manchmal und immer wiederkehrend nicht.

Die Ergebnisse von Verhandlungen sind auch für die sogenannten Outsider dieser Verhandlungen, von denen ich eben sprach, also für arbeitslose Familienangehörige, für Leute, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, oft mit Problemen verbunden, und sie sitzen nicht am Tisch. Damit es Arbeitslosen und Arbeitnehmern eben nicht passiert, dass sie zu Outsidern werden, gibt es die Möglichkeiten der Flexibilisierung.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

- Sie müssen sich das schon anhören. Sie können ja gleich antworten. Das ist überhaupt kein Problem.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Tue ich gern!)

Flexibilisierung und Dezentralisierung in Tarifverträgen werden derzeit wieder heftig diskutiert. Auch dazu gibt es eine Reihe von Beispielen, allerdings meistens aus den großen Firmen. Sie haben eben selbst nur Großfirmen genannt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nehmen Sie die Beispiele aus der Metallindustrie!)

Kalkulierbare Langzeitverträge werden für die Firmen wichtiger als kurzfristige Nullrunden. Das aber bedeutet nicht den Verzicht auf Tarifautonomie, wohl aber auf die allgemeine Verbindlichkeit aller möglichen Vereinbarungen. Ich habe das eben im Einzelnen beschrieben.

Das hat auch einen stärkeren Einsatz der Öffnungsklausel für besondere betriebliche Situationen, zur Eingliederung oder zur Erhaltung von Arbeitsplätzen zur Folge. Zustimmung müssen sollten betrieblichen Vereinbarungen die Betriebszugehörigen; allein die Unterschrift der Gewerkschaften - die ein Großbetrieb offensichtlich leichter bekommt, weil dort die Gewerkschaften mit am Tisch sitzen - ist zu wenig.

Flexibilisierung und Dezentralisierung sind von allgemeinem Nutzen, wenn sie für Arbeitnehmer und Betrieb positive Auswirkungen haben. Aber, wie gesagt, das ist nicht alles. Sie sind dann von Nutzen, wenn sie gleichzeitig die Verpflichtung zur Einbeziehung der gesellschaftlichen Auswirkungen, etwa auf Arbeitslose oder Auszubildende, berücksichtigen. Das wird in allen Diskussionen, die ich zu diesem Thema höre, immer wieder vergessen.

Die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaftsmacht und Gemeinwohl bleibt der ordnungspolitisch wichtige Grund für die Tarifautonomie. Ordnungspolitisch sitzen nämlich, wie beschrieben, alle an diesem Tisch, auch wenn nur zwei Partner unterschreiben. Jedes Ordnungselement ist dem

Gemeinwohl verpflichtet. Der Staat kann dazu nur die Spielregeln gestalten.

Auch bei der Zustimmung durch die Betroffenen, also durch die Betriebszugehörigen, ist es plausibel, verschiedene Handlungsmodelle anzubieten, sie frei zu gestalten und sie der betrieblichen Bedingtheit anzupassen. Der Gedanke der Zustimmungsfähigkeit orientiert sich eben nicht nur an den Verhandlungsparteien, sondern an den potenziell vom Vertrag mit betroffenen Bürgern.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer sind denn die betroffenen Bürger?)

Langzeitarbeitskonten, Lebenszeitarbeitskonten usw. könnten viel mehr einbezogen werden. Die Möglichkeit einer Öffnung von Tarifverträgen wird vom Verfassungsgericht in die Zielsetzung eingebunden. Und weiter gilt - ich darf zitieren -:

"... die strukturelle Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer beim Abschluss von Arbeitsverträgen durch kollektives Handeln auszugleichen."

Dieser Gedanke wird überhaupt nicht angetastet. Es geht nur um Flexibilisierung in einzelnen Punkten und in einzelnen Bereichen. Die Frage ist nicht: Arbeitsmärkte oder keine Arbeitsmärkte? Sie ist vielmehr: Was ist die richtige Form von Arbeitsmärkten? Und wie ist ihr Verhältnis zu Tarifverträgen?

Es geht darum, den Arbeitsmarkt menschenwürdig zu erhalten. Man muss ihn aber auch erhalten. Man darf aber nicht die Menschenwürde erhalten und den Arbeitsmarkt gleichzeitig auswandern lassen. Auch darauf müssen wir achten.

Im Rahmen einer Wettbewerbswirtschaft können Gewerkschaften Institutionen eines wirklichen Ausgleichs sein. Das muss aber erst noch ein bisschen geübt werden. Eine moderne Tarifautonomie für das 21. Jahrhundert wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie durch Qualifizierung und Bildung dazu beiträgt, dass gleichberechtigte Tarifpartner Verhandlungen führen. Je mehr dies gelingt, desto mehr Spielraum wird für die flexible und dezentrale Form von Verhandlungen eröffnet.

Ihr Antrag in der vorliegenden Form, meine Damen und Herren von der SPD, wird dem differenzierten Feld der Tarifautonomie und der Tarifverträge in keiner, in einer, in seiner

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, was denn jetzt?)

globalen Art nicht gerecht.

(Edgar Moron [SPD]: Wer hätte das gedacht?)

- Ja, Herr Moron, wer hätte das gedacht? Es geht nämlich auch um die, die nicht am Tisch sitzen. Die vergessen Sie seit ewigen Zeiten. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie müssen das Tarifvertragsgesetz noch einmal lesen!)

Präsidentin Regina van Dinther: Vielen Dank, Herr Post. - Ich gebe das Wort an Frau Steffens von Bündnis 90/Die Grünen.

Barbara Steffens (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Post, die Tarifautonomie ist nicht nur für diejenigen wichtig, die im Betrieb beschäftigt sind, sondern auch für diejenigen, die in Zukunft eingestellt werden. Auch sie haben ein Recht darauf, dass im Unternehmen die für sie bestmöglichen Ergebnisse erreicht werden - auch für das Unternehmen. Deshalb kann man nicht sagen, ein Teil säße draußen.

Ihre Rede hat mit dem Vorwurf gegenüber der SPD begonnen, diese ließe bei ihrem Antrag außen vor, wie Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen seien. - Das finde ich zynisch. Denn warum müssen wir das Thema diskutieren? - Weil Sie ja eigentlich die Tarifautonomie aushöhlen wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Das schafft erst recht keine Arbeitsplätze, sondern vernichtet sie.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sprechen von der Angst der Beschäftigten. - Ja, die Beschäftigten haben Angst, ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Aber die Beschäftigten haben auch Angst davor, ihr Einkommen zu verlieren und immer weitere Lohneinbußen hinnehmen zu müssen. Sie haben auch Angst davor, dass ihre Arbeitsbedingungen und Arbeitsstandards immer schlechter werden. Mit Ihrem Vorschlag hauen Sie genau in die Kerbe. Deswegen spiele ich den Ball zurück: Mit Ihren Vorschlägen schüren Sie die Angst bei den Beschäftigten. Sie machen Menschen mit Ihrer Forderung nach Aushöhlung der Tarifautonomie Angst, dass sie zu Dumping-Löhnen arbeiten müssen.

(Beifall von der SPD)

Deutschland gehört nicht ohne Grund zu den Ländern mit den wenigsten Streiktagen. Auch das hat etwas mit der Tarifautonomie zu tun. Man

kann es genau verfolgen: Die Länder, in denen wenig gestreikt wird, sind Länder mit einer Tarifautonomie. In diesen Ländern sorgen die Tarifparteien für sozialen Frieden. Auch das würde durch Ihre Vorschläge ein Stück weit ausgehöhlt.

Drei von vier tarifgebundenen Betrieben nutzen die Möglichkeiten der Flächentarifverträge, insbesondere die Möglichkeiten, vom Standard abzuweichen: bei Arbeitszeiten oder beim Einkommen. Sie handeln betriebsspezifische Lösungen aus. Jeder vierte Betrieb hat Öffnungsklauseln oder hat von anderen Instrumenten Gebrauch gemacht.

Wenn Sie sich hinstellen und sagen, das alles sei schrecklich und müsse weiter flexibilisiert werden, wundert mich das. Denn 77 % der Betriebe, die formal überhaupt nicht an die Tarifverträge gebunden sind, orientieren sich trotzdem daran. So schrecklich kann das alles also gar nicht sein.

Den starren Einheitstarif und das ganz starre Konzept haben wir schon lange nicht mehr. Wir haben die Möglichkeit, auf die Situation des Unternehmens einzugehen. Wir haben die Möglichkeit, spezifische Auswege für Unternehmen zu finden.

Die Tarifparteien haben lediglich 3 % aller vorgeschlagenen betrieblichen Bündnisse abgelehnt. Und wenn Sie sich einmal anschauen, was abgelehnt worden ist, muss man sich fragen, ob man dieses als Politik den Menschen überhaupt zumuten will.

Die Tarifautonomie dient nicht dem Missbrauch, sondern dem Ausgleich von Marktmacht und der Herstellung eines Gleichgewichts. Das ist in der Vergangenheit der Fall gewesen, und dieses Gleichgewicht brauchen wir weiterhin.

Herr Post, die Pläne Ihrer Partei, nach denen 75 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrieblichen Vereinbarungen sollen zustimmen müssen, führen dazu, dass die Menschen abhängig werden und dass eine Entscheidung eigentlich keine wirkliche Entscheidung ist. Nach diesem Modell besteht gar nicht die Möglichkeit, die Privatautonomie wie in der Tarifautonomie kollektiv auszuüben, um den Einzelnen vor Erpressung und Übervorteilung zu schützen. Jedem dieser 75 % wäre einzeln zu erklären und würde einzeln erklärt, welche Konsequenzen für ihn ein abweichendes Votum hätte. Die Zustimmung im Unternehmen ließe sich so erpressen. Ich glaube nicht, dass dies im Interesse der Beschäftigten ist, weil den Menschen keine wirkliche Entscheidung bleibt.

Ich möchte weiterhin eine Tarifautonomie, die nicht ausgehöhlt ist, die kein potemkinsches Dorf ist, also eine Tarifautonomie, die sich auch so nennen kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Steffens. - Für die FDP spricht jetzt Herr Brockes. Bitte schön.

Dietmar Brockes* (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn die SPD im Vorfeld der Bundestagswahl einen Antrag einbringt, der den Flächentarifvertrag quasi als non plus ultra bezeichnet und die Flexibilität der Gewerkschaften über den grünen Klee hinaus lobt

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Tarifpartner! Hören Sie zu!)

- hören Sie gut zu -, dann muss die Verzweiflung ziemlich groß sein. Wenn schon nicht die Arbeitnehmer vom Politikangebot der SPD überzeugt werden können, dann sollen offenbar zumindest die Gewerkschaftsfunktionäre milde gestimmt werden.

(Beifall von der FDP)

Was hat uns das von der SPD hoch gelobte Tarifvertragssystem bisher gebracht? - In Nordrhein-Westfalen eine Million Arbeitslose.

(Widerspruch von der SPD)

Das ist die Hinterlassenschaft der rot-grünen Landesregierung, für die es stets wichtiger war, die Macht der Gewerkschaftsfunktionäre zu verteidigen, als durch Reformen des verkrusteten Arbeitsmarktes neue Beschäftigungschancen für die Arbeitslosen zu beschaffen. Diese Geisteshaltung scheint sich nun, da Sie in der Opposition sind, sogar noch verstärkt zu haben.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen, die keinen Arbeitsplatz finden, werden in Ihrem Antrag mit keinem einzigen Wort erwähnt. Das lässt sich dadurch erklären, dass durch stures Festhalten am Flächentarifvertrag noch kein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um einen Vorwurf auszuräumen, mit dem sich insbesondere die FDP immer auseinander setzen muss: Wir wollen weder die Tarifautonomie noch die Flächentarifverträge abschaffen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da haben wir schon anderes gehört! - Gegenruf von Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie hören nicht richtig zu!)

Wir wollen jedoch eine Anpassung des überkommenen Flächentarifvertragssystems an die betrieblichen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen wegkommen von Flächentarifverträgen, die die Arbeitsverhältnisse bis ins letzte Detail regeln und sich dabei viel zu oft an der Ertragslage und der Betriebswirklichkeit von Großkonzernen orientieren. Wir können nicht den Großkonzern mit 50.000 Menschen genauso behandeln wie einen mittelständischen Betrieb mit 50 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diese fehlende Differenzierung stellt vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe vor gravierende Probleme.

Deshalb wollen wir das Betriebsverfassungsgesetz so ändern, dass freiwillige Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Belegschaft über Abweichungen vom Tarifvertrag möglich werden,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wieder Bundesreden!)

wenn 75 % der Beschäftigten zustimmen. Wird die Dreiviertelmehrheit nicht erreicht, dann gilt der Flächentarifvertrag. Diese Reform wird dazu führen, meine Damen und Herren, dass die Arbeitsbedingungen von der Wirklichkeit in den Betrieben und nicht von den Verbandsfunktionären an den Verhandlungstischen bestimmt werden.

An dieser Stelle kommt in der Regel der Einwand der SPD, die Gewerkschaften stünden betrieblichen Lösungen nicht im Wege. Die Flächentarifverträge würden bereits flexibel genug gehandhabt. Schaut man sich jedoch die bestehenden tariflichen Öffnungsklauseln näher an, dann stellt man fest, dass man von Flexibilität noch ein ganzes Stück weit entfernt ist.

In der Tat sind in den letzten Jahren in zahlreiche Tarifverträgen Differenzierungsmöglichkeiten und Öffnungsklauseln aufgenommen worden. Die Mehrzahl dieser Klauseln bezieht sich jedoch auf Regelungen zu variablen Arbeitszeiten. Hier sind die betrieblichen Gestaltungsspielräume zwar bereits sehr groß, aber sie entsprechen nur den normalen betrieblichen Anforderungen an Flexibilität und Differenzierung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was ist mit Lohnverzicht sowie Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld?)

Dagegen fehlt es im Arbeitszeit- und Entgeltbereich in vielen Branchen noch an tariflichen Öffnungen für Situation, in denen - vor allem in kon-

junkturrellen Krisenzeiten - materielle Abweichungen vom Tarifniveau notwendig sind. Dort, wo es solche Öffnungsklauseln gibt, sind die inhaltlichen Voraussetzungen zur Nutzung häufig viel zu eng oder die Nutzung erfordert die Zustimmung der Tarifvertragspartner.

Klauseln, die erst bei einer Existenzgefährdung des Betriebes oder zur Abwendung drohender Insolvenz greifen, reichen nicht aus. Setzen die Öffnungsklauseln einen wirtschaftlichen Härtefall voraus, scheuen sich die meisten Betriebe in einer Notlage, sie zu nutzen. Der Konkurrenz und den Kunden offenbart man sich schließlich auf diesem Weg als insolvenzgefährdet.

Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen haben Vorbehalte, den Gewerkschaftsfunktionären einen detaillierten Einblick in ihre Unternehmensdaten zu gewähren. Genau dies sehen aber die Öffnungsklauseln vor, die einen Zustimmungsvorbehalt enthalten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch mit den Arbeitgebern vereinbart!)

Meine Damen und Herren, angesichts der Globalisierung sowie der betrieblichen und natürlich der regionalen Unterschiede müssen wir auf die veränderte Arbeitswelt reagieren und neue Lösungen für die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes finden.

Die Einführung gesetzlicher Öffnungsklauseln ist dabei ein ganz zentraler Ansatz. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine Aushöhlung der Tarifautonomie oder die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, sondern im Gegenteil um eine Stärkung der Tarifautonomie und vor allem der Betriebsräte vor Ort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Eine mutige Definition!)

Dadurch können bestehende Arbeitsplätze besser gesichert und zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Fazit, meine Damen und Herren: Wir wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit. Die SPD will Funktionärsbündnisse für Arbeitslosigkeit. - Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Brockes. - Das Wort hat jetzt Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsi-

dentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Schmelzter! Zunächst einmal freue ich mich darüber, dass Sie sich so intensiv mit der CDA beschäftigen. Wenn Sie das tun, machen Sie immer etwas Richtiges.

(Beifall von der CDU)

Das Zweite betrifft die Art, wie Sie hier vorgetragen haben, indem Sie definieren, was in diesem Land sozial ist. Da wäre ich etwas vorsichtig. Sie gehören einer Partei an, die im Deutschen Bundestag beschlossen hat, dass ein Mensch, der 30 Jahre lang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, nach zwölf Monaten so gestellt wird wie jemand, der nur drei Jahre Beiträge gezahlt hat.

(Beifall von der CDU - Rainer Schmelzter [SPD]: Wer hat denn gesagt, dass wir das ändern sollen? Sie haben mitgestimmt, vergessen Sie das nicht!)

Wenn Sie sich mit unserer Sozialpolitik beschäftigen, nehmen Sie einfach mal zur Kenntnis, dass im Gegensatz zu Ihrer bisherigen Landesregierung diese Landesregierung im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, dass sie genau diese Fragen auch über Initiativen im Bundesrat angehen wird und der Meinung ist, dass Menschen, die das Arbeitslosengeld II bekommen, Vermögensbestände, die der Alterssicherung dienen, in größerem Umfang sollen behalten dürfen, als es bei Ihnen der Fall war.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn ich draußen im Land bin, stelle ich fest, dass viele Arbeitnehmer das genauso sehen.

Wenn man all dem zugestimmt und eine Landesregierung gestützt hat, die im Vermittlungsausschuss dies alles mitgemacht hat, dann sollte man vielleicht bei der Definition des Wortes „sozial“ etwas demütiger sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe zu diesen Punkten für meine Fraktion im Deutschen Bundestag alternative Anträge vorgelegt, die alle von Ihren Fraktionen abgelehnt worden sind.

Jetzt kommen wir zu einem weiteren Aspekt. Wir sind uns im Landtag, in den demokratischen Fraktionen, in unserer Gesellschaft völlig einig, dass die bei uns Verfassungsrang genießende Koalitionsfreiheit und die daraus entstandene Tarifautonomie völlig richtig sind. Niemand ist da, der fordert: Das muss abgeschafft werden! - Im Übrigen können Sie daran, ob es diese Koalitionsfreiheit

gibt, erkennen, ob ein Land dieser Erde ein freies Land ist oder nicht.

Ein weiterer Punkt. Wenn wir über die Frage debattieren, was zu tun ist, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, dann müssen wir zunächst einmal darüber reden, wie wir es in diesem Land Nordrhein-Westfalen und auch im Bund schaffen können, wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erreichen.

Wir haben in Deutschland noch 26,2 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Als die Hartz-Gesetzgebung vor drei Jahren verkündet wurde, waren es noch über 28 Millionen. Wissen Sie, dass 18 Millionen Einwohnern in Nordrhein-Westfalen noch ganze 5,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gegenüberstehen? Sie wissen ganz genau, dass diese Zahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen nicht genügt, um das Beschäftigungsproblem und damit auch das Armutsproblem der Menschen in diesem Land zu lösen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man das erkannt hat, dann heißt die erste Strategie, jeden in Nordrhein-Westfalen und Deutschland vorhandenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu verteidigen. Nur so kann sich deren Zahl vermehren.

(Beifall von der CDU)

Daraus ist die Idee entstanden, dass wir betriebliche Bündnisse für Arbeit wollen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass es ein Tarifvertragsgesetz und einen § 4 Abs. 3 gibt. Danach ist eine Abweichung vom Tarifvertrag erlaubt, wenn es für die Arbeitnehmer günstiger ist - Punkt.

Ich habe in den alten Protokollen des Bundestages geblättert, weil ich wissen wollte, wie das Parlament damals den Begriff „Günstigkeit“ ausgelegt hat. Dazu finden Sie nichts. Der Bundestag hat einfach gesagt: Man darf vom Tarifvertrag abweichen, wenn es für die Arbeitnehmer günstiger ist.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an den Fall „Burda“ in Nordhessen von vor drei, vier Jahren. Eine Firma hatte zugesichert, an dem in Rede stehenden Standort in Nordhessen - mit im Übrigen auch damals einer sehr hohen Arbeitslosigkeit - zu investieren, Hunderte von Arbeitsplätzen zu schaffen, Investitionen zu tätigen.

Daraufhin waren fast alle Arbeitnehmer dieses Unternehmens der Meinung: Jawohl, wir würden zwei Stunden in der Woche mehr arbeiten, wenn diese Investition an diesem Standort stattfindet.

Eine Tarifvertragspartei hat geklagt. Und ein hohes Gericht in Deutschland hat befunden: Bei einem Günstigkeitsvergleich müssen die Beschäftigungssicherung und die Beschäftigungsaussichten außen vor bleiben.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie heute Familienvater sind, drei Kinder haben und den Arbeitsplatz verlieren, weil Ihre Firma nicht mehr konkurrenzfähig ist, beispielsweise den Auftrag für eine wichtige Anlage verloren hat, weil sie ein paar Prozent zu teuer war, dann ist für mich die Günstigkeitsfrage - ob ich zwei Stunden mehr arbeite und meinen Job behalte oder ob ich nur noch 63 oder 67 % Arbeitslosengeld bekomme - beantwortet.

(Beifall von CDU und FDP)

Das mag bei der IG Metall und bei den Gewerkschaftsfunktionären anders sein, weil sie nahezu unkündbar sind. Aber unsere Kolleginnen und Kollegen sind es halt nicht.

Der nächste Punkt. Sie sind 50 Jahre alt und haben im jetzigen Arbeitsmarkt so gut wie keine Chance auf einen Wiedereinstieg. Sie müssen sich einer Bedürftigkeitsprüfung unterziehen, wenn Sie Arbeitslosengeld II erhalten wollen. Sie waren solide und haben fürs Alter oder andere Dinge - auch wenn man seinen Kindern etwas hinterlassen will, ist das nichts Unanständiges - gespart. Man muss ja nicht in einer Generation alles verbrauchen. - Sie haben in Ihrer Regierungszeit schon das Geld für meine Enkelkinder ausgegeben - das regt mich am meisten auf -, wo doch

(Beifall von CDU und FDP)

meine Enkelkinder noch nicht einmal geboren sind. - Ich möchte nicht, dass die letzte Entscheidung - vor allen Dingen, wenn wir in der Laufzeit von Tarifverträgen bleiben - in einer Zentrale in Köln oder in Frankfurt liegt. Ich habe zwei Zentren unterschiedlicher Verbände angesprochen.

Daraus haben wir einen Gesetzestext entwickelt und im Deutschen Bundestag vorgelegt. Wir sind der Meinung, dass es für die Arbeitnehmer besser ist, wenn - erstens - der Betriebsrat zustimmt. Das heißt, alle diese betrieblichen Bündnisse für Arbeit können in Firmen ohne Betriebsrat gar nicht abgeschlossen werden. - Das nur mal an die Adresse derjenigen, die etwas gegen Betriebsräte haben.

Ich sage ein Weiteres - und da kennen Sie, Herr Schmelzter, als Hauptamtlicher der Gewerkschaften das Betriebsverfassungsgesetz wahrscheinlich so gut wie ich -:

(Theo Kruse [CDU]: Da bin ich mir nicht so sicher! - Rainer Schmelzter [SPD]: Das können Sie ja mal testen!)

Dem Betriebsrat stehen Informationsrechte zu. Er wird natürlich hinterfragen: Wieso? Weshalb? Wie ist denn die Bilanz unseres Hauses? Wie ist denn die Konkurrenzfähigkeit in dieser Sparte? Was kann man denn tun, um konkurrenzfähig zu werden? - Denn: Sie können den besten Kündigungsschutz organisieren - am Ende erhalten Sie nur Arbeitsplätze, die so wirtschaftlich sind, dass sie sich selber tragen. Alles andere hat doch auf Dauer keinen Sinn.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmelzter [SPD]: Warum wollen Sie denn an die Mitbestimmung gehen?)

Und wenn Betriebsrat und Unternehmen dann alles geklärt und vereinbart haben, dann soll nach unserer Auffassung - zweitens - eine in geheimer Abstimmung zustande gekommene Zweidrittelmehrheit der Belegschaft Voraussetzung für das Inkrafttreten eines solchen Abgehens vom Tarifvertrag - meinetwegen in puncto Arbeitszeit - sein.

Diese Hürde haben wir deswegen eingeführt - dafür habe ich sehr gestritten -, weil ich als jemand, der lange Betriebsrat war, weiß, wie erpressbar ein Betriebsrat ist. Allein schon durch die Ankündigung der Unternehmensleitung, die Lehrlinge nicht zu übernehmen, falls der Betriebsrat das oder das nicht mitmachen würde, ist man als Betriebsrat allzu leicht erpressbar, weil man natürlich will, dass die Jungs im Betrieb bleiben, zumal es ja auch oft um die Kinder von Belegschaftsmitgliedern geht. Das ist ja alles sehr praktisch. - Die geheime Abstimmung ist von daher ein gewisser Schutzschild.

Daraus können Sie jetzt machen: Weil die Zentren der Gewerkschaften nicht mehr gefragt werden, ist das der Untergang des Abendlandes. Oder man kann daraus eine pragmatische Politik für Beschäftigungssicherung in diesem Land ableiten. Das ist eine politische Abwägung.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen ganz klar: Ich habe mich dafür entschieden, diesen Weg zu gehen. Ich werde ihn auch in dem vor uns liegenden Bundestagswahlkampf vertreten. Sollten CDU und FDP im Deutschen Bundestag eine Mehrheit haben, wird ein solches Gesetz noch vor Weihnachten beschlossen werden. Daran lassen wir keinen Zweifel.

Jetzt etwas zur aktuellen Situation. Natürlich ist es wahr, dass viele betriebsbezogene Lösungen

auch mit den Tarifvertragspartnern existieren. Das haben Sie völlig richtig dargestellt.

Nur: Warum ist die Wahrnehmung vor allen Dingen bei vielen kleineren Unternehmen nicht entsprechend? Warum beklagen viele, die Tarifverträge seien alle so eng? - Da ist die Wahrnehmung eine andere als die Realität. Das weiß ich. Die Realität ist viel flexibler, als es in bestimmten Kreisen wahrgenommen wird.

Weil aber die Wahrnehmung so ist, nimmt die Tarifgebundenheit ab. Das wissen Sie doch genauso gut wie ich. 30 % der Beschäftigten in Westdeutschland sind nicht mehr tarifgebunden, in Ostdeutschland sind mittlerweile fast 50 % nicht tarifgebunden.

Die Abteilungen der Arbeitgeberverbände, wo man ohne Tarifgebundenheit Mitglied sein kann, wachsen, und die Abteilungen mit Tarifgebundenheit schwinden. Im Übrigen haben die Gewerkschaften das gleiche Problem wie die Arbeitgeberverbände: Auch ihre Mitgliederzahlen sinken. Gerade noch 27 % der Arbeitnehmer in Deutschland sind Mitglieder einer Gewerkschaft - zusammengerechnet in allen Gewerkschaften, die wir im Geschwertschaftspluralismus kennen. Auch das ist kein Ruhmesblatt in der Entwicklung der Tarifautonomie.

Ihre Rede heute war ein Beispiel dafür, warum das Denken so wie beschrieben ist. Stehen wir doch in den DGB-Gewerkschaften zu der Flexibilität, die wir andauernd unten vor Ort praktizieren! Das Problem ist nur, dass zwar unten vor Ort die Betriebsräte und die örtlich zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre diesen Pragmatismus verwirklichen, aber die Reden unserer Funktionäre auf Landes- und Bundesebene dogmatisch sind.

(Beifall von der CDU - Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig! - Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

Deswegen ist die Wahrnehmung leider so, wie sie sich in den letzten Jahren verfestigt hat. Ihre Rede, Herr Schmeltzer, war für diese Entwicklung ein gutes Beispiel.

Wir mussten in Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren 45.000 Unternehmenspleiten registrieren. Dadurch haben 250.000 unserer Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz verloren. Wenn wir nur 10 oder 20 % dieser Betriebe über betriebliche Bündnisse hätten retten können, dann wäre es mir das wert gewesen, das vorzuschlagen, wofür wir hier stehen. - Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Laumann. - Als Nächster hat Herr Abgeordneter Henke das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rede von Karl-Josef Laumann ist nichts hinzuzufügen, außer der Bitte, dementsprechend den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Henke. - Das Wort hat der SPD-Abgeordnete Rainer Bischoff. Bitte schön.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Dürfte ich um Ruhe bitten.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Henke, aus meiner Sicht wäre der Rede von Herrn Laumann sehr viel hinzuzufügen. Ich habe nur drei Minuten Redezeit; deswegen muss ich mich kurz fassen.

Herr Laumann, ist Ihnen aufgefallen, dass Herr Brockes den Abgesang auf die Tarifautonomie formuliert hat - er hat zwar hinterher noch behauptet, der Abgesang wäre die Stärkung der Tarifautonomie -, Ihnen aber lebhaft Beifall geklatscht hat, wo Sie doch eine differenzierte Position eingenommen haben? Ist Ihnen das aufgefallen? Mir sehr wohl, und das macht mir die Sache etwas verdächtig.

(Zustimmung von Ralf Jäger [SPD])

Zunächst einmal sind Sie Praktiker.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ich bin auch in der CDU!)

Und ich sage Ihnen einmal, was für eine Spirale nach unten Sie zu drehen beginnen.

Der Betrieb Müller erklärt seiner Belegschaft, dass er - je kleiner der Betrieb, desto einfacher ist es, den Betriebsrat zu erpressen - nach den Wirtschaftsdaten Probleme hat und eine Reduzierung um 20 % des Gehaltes braucht. Sie wissen, ab welcher Größenordnung ein Wirtschaftsausschuss einzurichten ist - Sie haben eben erklärt, Sie würden das Betriebsverfassungsgesetz kennen -: Bei einem 20-Mann-Betrieb gibt es den nicht. Der Betriebsrat erhält keine Daten; er muss den Angaben glauben. Er wird unter Druck gesetzt. Die Belegschaft wird ihn unter Druck setzen, weil sonst die Schließung des Betriebes droht.

Ich komme aus Ostwestfalen, Sie kommen aus Westfalen; wir kommen beide aus kleinen Orten: Was vermuten Sie, was der Betrieb Meyer, der daneben angesiedelt ist, macht, wenn er erfährt, dass der Betrieb Müller einen Gehaltsverzicht der Belegschaft von 20 % erreicht hat?!

(Beifall von der SPD)

Was meinen Sie, was da am nächsten Morgen in der Bude los ist?! Die Mitarbeiter von Meyer werden auf 25 % verzichten müssen, weil das Argument lauten wird, dass die Personalkosten der größte Faktor sind.

Das nenne ich Sozialdumping! Und das nennen wir Sozialdemokraten "Abwärtsspirale"! Das aber verschweigen Sie hier, Herr Laumann!

(Beifall von der SPD)

Herr Brockes tut das nicht. Er sagt das ziemlich klar. Deswegen frage ich mich, was hier für eine Regierung aufgebaut worden ist, welche Rolle Sie haben, Herr Laumann. Wir werden das heute nicht abschließend bewerten können. Aber ich glaube, Sie sollten sehr aufpassen, wenn Sie nicht das soziale Feigenblatt einer Regierung sein wollen, die genau das durchführt, was Herr Brockes vorschlägt

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und Herr Rüttgers - allerdings nicht ganz so heftig wie Herr Brockes - hin und wieder auch vorgetragen hat. Deswegen hat man aus der FDP offensichtlich auch nicht die erste Reihe gebracht. Herr Papke nämlich neigt auch zu solchen Äußerungen wie Herr Brockes; wir kennen uns seit fünf Jahren. - Für mich ist das eine entscheidende Frage.

Und was machen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der CDU? Sie, Herr Minister, haben gerade dazwischengerufen, Sie seien nicht in der FDP, sondern in der CDU. - Klar! Darüber bin ich sogar ganz froh. Aber Sie sind in der Koalition. Sie sind in einer Koalition, Herr Laumann!

Wir haben namentliche Abstimmung beantragt, weil Sie in der Öffentlichkeit bewusst erklären, dass mehr als 40 Ihrer Abgeordneten der CDA verpflichtet sind. - Das finde ich gut. Ich finde es gut, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach außen hin auch deutlich machen, dass sie sich der Arbeitnehmerorganisation verpflichtet fühlen.

Ich bin nur gespannt, wie die gleich abstimmen - Sie, Herr Minister, haben ja kein Stimmrecht; das weiß ich. Ich bin gespannt, ob das das soziale Feigenblatt ist und man nach außen dokumentiert,

dass das, was Herr Brockes gesagt hat, eigentlich im Hinterkopf ist und man nur den Laumann vorschickt, damit er die netten Worte findet, während man bei der Abstimmung dort ist, wo Herr Brockes war. Das werden wir gleich ganz genau sehen.

(Beifall von der SPD)

Insofern - meine Redezeit ist zu Ende - ist diese Debatte für mich aufschlussreich gewesen.

(Beifall von der CDU)

- Da freuen Sie sich. Das ist mir schon klar, dass Sie sich darüber freuen, dass meine Redezeit zu Ende ist. Diese Freude gönne ich Ihnen auch absolut. Ich bin gespannt auf die namentliche Abstimmung in den Reihen der CDU-Fraktion. Ich werde mir das ganz genau anschauen, und wir werden sicherlich in der Region öffentlich machen, wie die Abgeordneten abgestimmt haben. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist damit geschlossen.

Die Fraktion der SPD hat gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen aller Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei den Namensaufrufen mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Erklärt sich ein Mitglied des Landtags nicht, so gilt dies als Nichtbeteiligung an der Abstimmung. - Ich bitte jetzt den Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage 2.)

Meine Damen und Herren, es haben jetzt alle Abgeordneten, die anwesend sind, ihre Stimme abgegeben. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung bekannt: Mit Ja stimmten 86 und mit Nein 100 Abgeordnete. Damit ist der **Antrag Drucksache 14/19** der SPD **abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe auf:

8 Subventionen abbauen - jetzt! Abschaffung der Eigenheimzulage zustimmen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/15

Ich eröffne die Beratung und gebe für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Becker das Wort. Bitte schön, Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich konnte am heutigen Morgen mit Interesse die Debatte zur Mehrwertsteuer verfolgen und habe ebenfalls mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Koalition von CDU und FDP an einem geschlossenen Konzept arbeitet, das die CDU am Montag vorlegen will. Sie arbeitet also noch daran.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man die Debatte der letzten Wochen um die Mehrwertsteuer, die Pendlerpauschale und die Eigenheimzulage verfolgt hat.

Sie haben in den letzten Jahren aus machtpolitischen Gründen den Abbau der Eigenheimzulage gebremst - wider besseres Wissen.

(Beifall von GRÜNEN und Gisela Walsken [SPD])

Dass Sie das wider besseres Wissen getan haben, kann man in vielen Zeitungsartikeln der letzten Wochen nachlesen. Im Gegensatz zur Mehrwertsteuerdebatte, bei der der Herr Ministerpräsident Rüttgers der Meinung war - und vielleicht auch noch ist -, dass die Mehrwertsteuer nicht erhöht werden solle, hat er die Eigenheimzulage sehr wohl ins Gespräch gebracht.

Das ist auch richtig so. Die Eigenheimzulage ist eine der Subventionen, die es uns erlauben würde, nicht nur mit Steuererhöhungen oder nicht nur mit Leistungskürzungen im Allgemeinen zu arbeiten, sondern eine tatsächlich überflüssige Subvention zu kürzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will das mit wenigen Worten skizzieren. Die Eigenheimzulage ist deshalb besonders geeignet, Subventionen abzubauen, weil das ursprüngliche Ziel, die ausreichende Versorgung mit Wohnraum, längst erreicht ist. Das bestätigen Wissenschaftler, Gutachter und der Deutsche Städtetag. Die demographische Entwicklung bewirkt in absehbarer Zeit den Rückgang des allgemeinen Woh-

nungsbedarfs - trotz des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung.

Das Problem tritt besonders in den Regionen auf, aus denen Menschen wegziehen, weil es an attraktiven Arbeitsplätzen mangelt. Dadurch kommt es zu Wohnungsleerständen. Das hat einen Instandhaltungsstau zur Folge, und in schlechten Lagen werden Wohnungen weiter verkommen. In prosperierenden Gegenden dagegen sind erheblich überhitzte Märkte zu beobachten. Im Rhein-Sieg-Kreis, aus dem ich stamme, explodieren teilweise immer noch die Preise, obwohl es ein ländlicher Kreis ist.

Die Eigenheimzulage ist also offensichtlich kein ordentliches Instrument zur Steuerung des Wohnungsbedarfs und dessen, was nötig ist, um den Menschen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum geben zu können. Die Eigenheimzulage hat seit 1996 ungefähr 60 Milliarden € an Steuergeldern verschlungen. Das ist mit Abstand der höchste Betrag, der aus dem Bundeshaushalt an Subventionen geleistet worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die soziale Wirkung, von der so oft gesprochen worden ist, ist nicht vorhanden. Trotz der Eigenheimzulage braucht jeder, der ein Eigenheim erwerben will, immer so hohe Eigenmittel, dass er sie mit niedrigem Einkommen nicht erbringen können. Die versprochene soziale Wirkung ist also nicht da. Es ist im Gegenteil so, dass die Menschen mit niedrigem Verdienst mit ihrem Anteil an der Einkommensteuer dafür sorgen, dass die Menschen mit einem Einkommen im mittleren und höheren Bereich mit der Eigenheimzulage bauen können. Das ist keineswegs fair.

(Beifall von den GRÜNEN)

In NRW kommt noch ein spezifisches Problem hinzu. Eindeutig ist NRW unter den Bundesländern das Land, das besonders wenig profitiert und ländliche Flächenländer wie Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Bayern, aber auch die Länder im Osten der Republik, die neuen Bundesländer, quersubventioniert. Das kann aus der Sicht Nordrhein-Westfalens nicht richtig sein. Würde die Eigenheimzulage jetzt abgeschafft, würde Nordrhein-Westfalen bis zum Ende der Legislaturperiode insgesamt 1,4 Milliarden € sparen -

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann können Sie Lehrer einstellen!)

Geld, das in NRW dringend gebraucht wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

All das hätten Sie auch in den letzten Jahren schon wissen müssen. Nachdem sich eine Veränderung Ihrer Position abzeichnet, bin ich mir eigentlich sicher: Sie haben es in Wahrheit gewusst. 2003 haben Sie in Nordrhein-Westfalen noch die Senkung der Eigenheimzulage abgelehnt. Das bedeutet, dass in Nordrhein-Westfalen allein in den letzten Jahren 200 Millionen € nicht in der Landeskasse verblieben sind, die dort hätten verbleiben können. Das bedeutet auch, dass Ihnen unter anderem dieses Geld fehlt. Insofern ist es auch ein wenig scheinheilig, dass Sie in den letzten Wochen und Monaten kritisiert haben, der Haushalt in Nordrhein-Westfalen sei so sanierungsbedürftig. Dazu haben Sie durch Ihre Position in den letzten Monaten und Jahren maßgeblich beigetragen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, trotzdem: Die Position ist richtig. Ich will für unsere Fraktion ganz deutlich machen, dass wir nun nicht plötzlich das Gegenteil von dem fordern, was wir in den letzten Jahren und auch im Bund jetzt noch für richtig halten.

Deswegen: Wir bieten Ihnen an, heute mit unserem Antrag zu stimmen und damit zusammen mit der Opposition Position zu beziehen und entweder den Initiativen der Bundesregierung zuzustimmen im Bundesrat oder aber wenigstens eine eigene Bundesratsinitiative in diese Richtung einzuleiten und die Eigenheimzulage aufzulösen. Verschenken Sie nicht weitere Jahre! Ergreifen Sie heute mit uns die Chance! Gehen Sie gemeinsam mit uns diesen Weg! - Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. - Das Wort hat der Abgeordnete Klein für die CDU-Fraktion.

Volkmar Klein* (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erste Überschrift über diesem Antrag klingt ja schon gut: „Subventionen abbauen - jetzt!“. Das ist richtig. Wir müssen Subventionen abbauen. Ich finde es schon einmal gut, wenn das auf jeden Fall als generelle Position von den Grünen geteilt wird. Ich bringe auch gleich noch Beispiele dafür, wo wir uns dann eine engagierte Mitarbeit bei dem vorstellen, was auch in der Koalitionsvereinbarung steht. Subventionen runter, das Steuersystem so umbauen, dass wir eine breitere Bemessungsgrundlage haben und niedrigere Steuersätze.

Wenn man sich beides anguckt, muss man aber feststellen, dass der hier vorliegende Antrag doch etwas lückenhaft und etwas selektiv ist.

Er ist selektiv, denn wenn wir schon Subventionen abbauen, dann würde ich mir hier bereits einen ersten Gruß an die Koalitionsvereinbarung wünschen, was den Abbau der Überförderung der Windkraft angeht. Das ist eine Subvention, die in der Tat heruntergefahren werden muss. Das steht in der Koalitionsvereinbarung, und wir freuen uns über jeden Mitstreiter, der an diesem Ziel mitarbeitet im Sinne dieser Überschrift „Subventionen abbauen - jetzt!“.

(Beifall von der CDU)

Das ist der eine Punkt.

Ein bisschen lückenhaft ist es aber auch, wenn es jetzt nur um die Eigenheimzulage geht. Die müssen wir uns einmal genauer anschauen. Die Eigenheimzulage entlastet bei der Schaffung von Wohneigentum. Sie ist familienorientiert, weil zum großen Teil an der Kinderzahl festgemacht. Sie ist im Übrigen ziemlich sozial, weil auch nicht mehr einkommensorientiert. Das ist bereits vor langer Zeit korrigiert worden, was natürlich auch den direkten Abschreibungscharakter hat verloren gehen lassen.

43 % Wohneigentum haben wir in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist ein im Grunde beklagenswert niedriger Satz, den es auch im Interesse der Familien zu erhöhen gilt. Insofern ist es, glaube ich, sinnvoll, in der Vergangenheit hier eine Entlastung gehabt zu haben, die es weiteren Teilen, großen Kreisen unserer Bevölkerung ermöglicht, hier mitzumachen und Wohneigentum zu bilden.

Jetzt können wir natürlich sagen: Ja, neue Privatisierungsgedanken überall. Das ist Privatsache. Jeder soll selber dafür sorgen. Das könnte ja richtig sein, wenn die Eigenheimzulage nicht eine direkte Reaktion auf unser aktuelles Steuerrecht wäre. Sie ist im Grunde nicht nur eine Reaktion, sondern eine Korrektur unseres gegenwärtigen Steuerrechts, unseres Steuerrechts, das Steuersätze enthält, die es den meisten überhaupt nicht mehr ermöglichen und nicht mehr genug Luft lassen, selber ohne eine solche Förderung Wohneigentum zu schaffen.

Wir haben heute viel zu hohe Steuersätze, und wir haben gleichzeitig im internationalen Vergleich eine äußerst große Beschneidung der Bemessungsgrundlage, auch durch die Eigenheimzulage. Wenn, dann müssen wir an beidem arbeiten. Wir müssen beides korrigieren.

Das ist übrigens ganz abgesehen davon der Kern des Steuerkonzepts von Friedrich Merz, das wir in Zukunft umsetzen werden und das dazu beitragen wird, Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

Wenn wir eines korrigieren, dann müssen wir das andere mit bedenken. Jetzt nur bei der Eigenheimzulage isoliert aktiv werden und hier eine solche Subvention streichen, aber bei den anderen Teilen des Steuerrechts untätig bleiben, das geht nicht. Wir müssen auf beiden Seiten dieser Medaille Veränderungen vornehmen.

Faktisch würde eine Abschaffung der Eigenheimzulage die Belastung der Menschen erhöhen. Ganz konkret - das haben Sie in Ihrem Antrag auch korrekt dargestellt - würde ja noch für die nächsten acht Jahre die Eigenheimzulage auslaufend bezahlt, was zu der misslichen Situation führt, dass in den nächsten Jahren zahlreiche Steuerzahler diese Eigenheimzulage zu bezahlen haben, aber selbst keine Chance haben, davon irgendwie zu profitieren und irgendwelche Entlastungen zu bekommen. Das bedeutet: Wenn Abschaffung der Eigenheimzulage, dann ist das bei uns nur möglich mit gleichzeitiger Entlastung an anderer Stelle.

Sie haben eben den Ministerpräsidenten zitiert. Sie hätten ihn komplett zitieren sollen. Er hat nämlich genau das gesagt. Er hat ausweislich eines Artikels in den „Westfälischen Nachrichten“ gesagt, wir brauchen eine große Steuerreform, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür müssen dann auch Subventionen abgebaut werden, aber bitte beides betrachten, die Steuerreform und den Abbau von Subventionen. Da kann und da muss die Eigenheimzulage dann sicherlich eine Rolle spielen, aber nicht das eine tun und das andere lassen. Wir brauchen eine große Steuerreform, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber wir werden an dieser Stelle nicht über eine Einzelmaßnahme im Bereich der Eigenheimzulage reden, sondern es muss auch hier dazu kommen, dass wir nicht einen einzelnen Mosaikstein herausbrechen, sondern das Gesamtkonzept, das wir auch unsererseits als abgerundetes Konzept in der nächsten Woche vorstellen werden, werden wir insgesamt umsetzen müssen.

Dieser Antrag - ich wiederhole mich - ist lückenhaft. Er ist selektiv. Deswegen sollten wir ihn am besten gemeinsam heute hier ablehnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Klein. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken⁷⁾ (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Klein, jetzt sind Sie heute das zweite Mal am Pult gewesen, ohne eine klare Position zu beziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin erstaunt, dass das jetzt für die Eigenheimzulage wieder zu einem Eiertanz wird.

Wir haben die Chance - deshalb bin ich den Grünen dankbar für den Antrag -, die einmalige und erste Chance der neuen Landesregierung, hier zum Thema Eigenheimzulage zu einer gemeinsamen Position des gesamten Hauses zu kommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Klein, ich erinnere Sie an Debattenreden, die Sie von hier aus geführt haben und in denen Sie uns vehement aufgefordert haben, Subventionsabbau zu betreiben. Und ich erinnere an Repliken von Frau Kollegin Müller, die immer deutlich gemacht hat: Machen Sie doch mit bei der Eigenheimzulage.

Jetzt sind wir sogar so weit, dass Friedrich Merz, Edmund Stoiber und Peter Müller, aber auch Frau Kollegin Thoben gesagt haben: Wir wollen die Eigenheimzulage und die Pendlerpauschale infrage stellen, um die Abwanderung aus den Städten zu stoppen.

Warum machen Sie an dieser Stelle nicht mit? Warum eiern Sie hier herum? Warum sagen Sie nicht ganz klar: „Das ist eine Subvention, die abgebaut werden muss“, und geben damit Ihre Blockade im Vermittlungsausschuss auf? Ich frage Sie das deutlich, und ich werde Sie das noch häufig fragen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Klein, auch in der Sache gibt es noch eine Reihe von Lücken, glaube ich. Deshalb würde ich gerne noch einmal drei zentrale Argumente nennen. Herr Kollege Becker hat das auch getan. Ich will es noch an einigen Stellen ergänzen.

Die Grundsatzdebatte um den notwendigen Subventionsabbau und um die Effizienz der Eigenheimzulage ist uralte. Wir führen sie jetzt seit vielen Jahren. Wir wissen, dass die Eigenheimzulage mittlerweile die größte steuerliche Einzelsubvention ist - mit einem Volumen von 9 bis 10 Milliarden €.

Es gibt eine Reihe seriöser wissenschaftlicher Untersuchungen, die deutlich gesagt haben, dass

das Förderziel mit dieser Eigenheimzulage auch bei veränderten und abgesenkten Eigentums-
grenzen nicht mehr erzielbar ist. So hat auch der
Sachverständigenrat in zwei Begutachtungen in
den Jahren 2003 und 2004 deutlich gemacht,
dass es zu einer Streichung dieser Subvention
kommen muss, weil sie nicht mehr zielgenau ist.

Auch ökonomisch ist die Eigenheimzulage nicht
mehr gerechtfertigt. Auch da sagt der Sachver-
ständigenrat, die Zulage sei nur noch für wenige
Nachfrager ein Grund, eine Immobilie zu kaufen
oder zu bauen. Übrigens gibt es hier auch inter-
essante Zahlen aus diesem Bundesland. Befürchtete negative Auswirkungen auf die Bau-
branche, wie sie ja oft, auch aus Ihren Reihen,
vorgetragen wurden, seien nicht zu erwarten.

Wenn man sich das Ganze noch einmal vertei-
lungspolitisch anschaut, stellt man fest, dass die
Eigenheimzulage überhaupt nicht gerechtfertigt
ist. Sie wird in diesem Lande überwiegend von
Haushalten in Anspruch genommen, deren Ein-
kommen im oberen Drittel der geförderten Berei-
che liegt. Das hat Mitnahmeeffekte zur Folge. Und
ich sage einmal Folgendes: Wenn es möglich ist,
dass der verheiratete Staatssekretär auch dieser
Landesregierung noch mit der Eigenheimzulage
kauft oder baut, dann ist an dieser Förderung et-
was nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.
Ich denke, an dieser Stelle sollten wir Schluss
machen mit diesen Mitnahmeeffekten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es kommt auch zu beträchtlichen sozialen Disso-
nanz. Schauen wir uns doch einmal die sonsti-
gen wohnungspolitischen Instrumente an, die wir
zur Förderung zur Verfügung haben, nämlich das
Wohngeld auf der einen Seite, aber auch die För-
derung des sozialen Wohnungsbaus. Die Ein-
kommensgrenzen in Bezug auf das Wohngeld lie-
gen deutlich unter denen für den sozialen Woh-
nungsbau - und noch deutlicher unter denen für
die Eigenheimzulage. Ich habe ja gerade schon
gesagt, dass selbst bei hohen Einkommen hier
noch die Möglichkeit einer Förderung besteht.

Die Frage ist - und das war ein Dissens, den wir
auch in unserer alten Koalition lange diskutiert
haben -: Macht es nicht sogar Sinn, unter Um-
ständen einen Teil der Eigenheimzulage zur Um-
steuerung dieser Wohnungsinstrumente zu nut-
zen? Macht es nicht sogar Sinn, darüber nachzu-
denken, ob wir in Bezug auf das Wohngeld die
Einkommens- und Bezugsgrenze noch einmal er-
höhen?

Diesen Aspekt will ich hier sehr gerne noch ein-
mal einbringen - allerdings unter der Vorausset-

zung, dass wir uns darauf verständigen, diese
Subvention grundsätzlich zu streichen und uns die
anderen wohnungspolitischen Instrumente anzu-
schauen, die wir zurzeit im Instrumentenkasten
der Förderung haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die geplante Abschaf-
fung der Eigenheimzulage - so, wie sie jetzt schon
zweimal von der Bundesregierung eingebracht
wurde - greift nicht in langjährige Planungen ein-
zelner Betroffener ein. Es ist mir wichtig, das noch
einmal klar zu machen. Für die jetzigen Empfän-
ger und für diejenigen, die einen Bauantrag ge-
stellt oder einen Kaufvertrag unterschrieben ha-
ben, soll sich dezidiert nichts ändern. Es gilt Be-
standsschutz. Ganz im Gegenteil: Es ist geplant,
das Auslaufen der Eigenheimzulage in Stufen bis
zu acht Jahren vorzunehmen.

Von daher kommt dieser steuerpolitische Effekt -
das muss man auch deutlich sagen - auch erst in
acht Jahren voll zum Tragen. Dann reden wir aber
immerhin über fast 6 Milliarden €.

Zwar wird die Eigenheimzulage vom Bund getra-
gen. Sie wird aber aus Mitteln der Einkommens-
steuer finanziert. Damit schmälert sie - der Fi-
nanzminister wird es sicherlich gleich anspre-
chen - auch die Einkommensteueranteile der
Länder und der Gemeinden. Damit ist aus meiner
Sicht ein guter Grund vorhanden, nicht nur etwas
für den NRW-Haushalt zu tun, sondern auch den
Gemeinden an dieser Stelle zu helfen.

Meine Damen und Herren, deshalb lautet mein
nachhaltiger Appell an alle Fraktionen hier in die-
sem Hause: Folgen Sie dem Antrag der Grünen!
Folgen Sie der Position der Sozialdemokraten!
Machen Sie Schluss mit der Blockade im Vermitt-
lungsausschuss! Beginnen Sie den ersten direk-
ten Subventionsabbau, indem Sie am
5. September im Vermittlungsausschuss gegen
die Eigenheimzulage stimmen! - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau
Walsken. - Das Wort hat Frau Freimuth für die
FDP-Fraktion.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe
Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Becker,
liebe Kollegin Walsken, ich finde die Beiträge, die
Sie heute hier gebracht haben, durchaus interes-
sant und an der einen oder anderen Stelle in der
Tat überlegenswert. Frau Kollegin Walsken hat
gerade viele Aspekte aufgeworfen, die durchaus

einer sehr eingehenden und etwas detaillierteren Betrachtung wert wären.

Deswegen gebe ich unumwunden zu, dass ich es sehr bedauerlich finde, dass Sie hier einen Antrag gestellt haben - was völlig legitim und Ihr gutes Recht ist - und dann unmittelbar direkte Abstimmung beantragt haben. Hier handelt es sich um ein Thema, bei dem wir wirklich einmal etwas in den Gesamtzusammenhang stellen sollten - völlig d'accord. Dann hätte ich es eigentlich gut gefunden, wenn das Ganze auch von Ihrer Seite aus in die Beratung der zuständigen Fachausschüsse hineingehen könnte. Das Thema ist auch nicht neu, sodass sich von daher keine Probleme ergeben hätten. Offen gestanden hätten wir auch die Zeit dafür.

Deswegen finde ich es an dieser Stelle - gestatten Sie mir diese Bemerkung - sehr bedauerlich, dass Sie diese Chance auf eine seriöse und ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema „Eigenheimzulage und Subventionsabbau“ nicht aufgegriffen haben.

(Reiner Priggen [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Priggen, ich habe Sie gesehen. Gestatten Sie mir aber bitte, dass ich zunächst einmal das anmerke, was ich hier anmerken möchte.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete, es gibt zwei Wortmeldungen. Lassen Sie sie zu?

Angela Freimuth (FDP): Für beide gilt, dass ich zunächst einmal meine Ausführungen machen möchte.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es genauso gegangen wie dem Kollegen Klein. Ich habe die Überschrift, also den ersten Satz, gelesen und gesagt: Super, klasse, prima - „Subventionen abbauen - jetzt!“ Das ist etwas, das wir hier in diesem Haus seit vielen Jahren immer wieder eingefordert haben.

Beim Lesen der zweiten Zeile der Überschrift ging es mir auch so ähnlich wie dem Kollegen Klein und ich war eigentlich schon wieder ein bisschen enttäuscht. Wieder wurde nur ein Einzelelement herausgepickt und ein einzelner Teilbereich in die Betrachtung einbezogen. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass das entschieden zu kurz greift.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich empfinde es als ganz bemerkenswert, dass auch von Ihrer Seite anerkannt wird, dass Subventionen negative Effekte nach sich ziehen kön-

nen. Zu Recht kritisieren Sie, dass die Finanzierung der Subventionen und die Subventionierung aus Steuermitteln bei steigender Staatsverschuldung nicht in Ordnung sind.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie nicht schon viel früher zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Bei den Steinkohlesubventionen haben wir heute Morgen ein deutliches Signal von den Grünen gehört, das von den Kollegen der SPD noch fehlt. Nehme ich aber Bereiche wie die Windenergie und den ökologischen Landbau, so sind Sie dort mit dem Subventionsabbau noch lange nicht so weit.

Ich hätte mir sehr gewünscht, dass Ihre Kritik gerade auch mit Blick auf die Subventionierung dieser Bereiche sehr viel früher eingesetzt hätte. Dann hätten wir uns den finanzpolitischen Scherbenhaufen, den Sie und die SPD uns hinterlassen haben, ersparen können.

Ich finde es schon klasse, dass Sie - kaum hat die Legislaturperiode begonnen - Forderungen aufstellen, wir sollten das Finanzchaos sofort - am besten schon gestern - in Ordnung gebracht haben.

Meine Damen und Herren, wir werden es in Ordnung bringen und zu dem Zweck zunächst einmal eine Bestandsaufnahme der Haushaltssituation vornehmen. Das werden wir auch müssen, weil das über die letzten Jahre hinaus offensichtlich nie detailliert gemacht worden ist. Nach diesem Kassensturz und dieser Bestandsaufnahme werden wir einen steinigen Weg der Haushaltskonsolidierung beschreiten. Dabei werden wir die Förderpolitik überprüfen und neu ausrichten mit dem Ziel, die dauerhaften Subventionen zu beenden.

Wir nehmen eine ehrliche Bestandsaufnahme vor und überprüfen sorgfältig. Das ist dringend notwendig, damit die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben endlich geschlossen werden kann und die finanzpolitischen Kaschierungen, die wir uns schon in der Vergangenheit zu kritisieren erlaubt haben, in Zukunft unterbleiben.

Weder in der Vergangenheit, als Sie Regierungsverantwortung trugen, noch jetzt, hier und heute in der Debatte, habe ich von Ihnen einzelne Hinweise oder Gesamthinweise auf die Förderprogramme und die Subventionierung im Landeshaushalt erhalten.

(Widerspruch von Gisela Walsken [SPD])

Es ist nicht korrekt, dass man sich in solchen Zusammenhängen immer nur einen einzelnen Aspekt herausgreift, aber andere Aspekte nicht in die Betrachtung einbezieht.

(Erneut Widerspruch von Gisela Walsken
[SPD])

Noch einige Bemerkungen zum Thema Eigenheimzulage, die auch die Kollegen im Deutschen Bundestag immer wieder vertreten haben: Wir haben uns immer gegen eine isolierte Streichung der Eigenheimzulage ausgesprochen. Denn das würde zu einer Belastung der investitionswilligen Bauherrn - insbesondere natürlich junger Familien - führen und damit im Ergebnis auch der Bauwirtschaft erheblichen Schaden zufügen.

Mit der Forderung nach Abschaffung der Eigenheimzulage betreten wir in der Tat ein sehr sensibles Feld. Angesichts der demographischen Entwicklung und der damit einhergehenden Anforderungen auch an die Veränderung der sozialen Sicherungssysteme nimmt die private Eigentumsbildung eine immer wichtigere Rolle ein, auch wenn der eine oder andere es nicht so gerne hören mag. Der Bau oder Erwerb selbst genutzten Wohnraums ist zunehmend ein wichtiger Bestandteil der Altersvorsorge. Die Änderung des Eigenheimzulagengesetzes mit dem Ziel einer sofortigen und vollständigen Streichung der Eigenheimzulage wird gerade die im Augenblick etwas angeschlagene Bauwirtschaft hart treffen.

Angesichts der 116.000 Arbeitsplätze im Bereich der Bauwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sowie der allein 6.400 Ausbildungsplätze sind das Aspekte, die zu bedenken sind. Die isolierte Abschaffung unter den heute gegebenen Vorzeichen wäre problematisch und aus meiner Sicht auch nicht verantwortbar.

Anders könnte diese Debatte in der Tat geführt werden, wenn wir zu einer grundlegenden Veränderung und Reform unseres Steuerrechts kämen. Dazu haben wir heute Morgen schon einmal im Ansatz diskutiert. Wenn wir tatsächlich zu einem einfacheren, niedrigeren und gerechten Steuersystem kämen, das eine Nettoentlastung bei den Bürgerinnen und Bürgern zur Folge hätte, könnte man in der Tat über den Abbau der Eigenheimzulage seriös diskutieren. Das muss man dann auch seriös diskutieren.

Der Kollege Otto Solms hat im Deutschen Bundestag ein Konzept vorgelegt, das den schrittweisen Abbau der Eigenheimzulage beinhaltet, und zwar im Zusammenhang mit einem Steuerkonzept, wie es die FDP in die Debatte im Deutschen Bundestag eingebracht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünschte mir, wir würden auch hier im Landtag die Diskussion über die Details in der nötigen Seriosität führen, gerne auch im Haushalts- und Finanzaus-

schuss und im Ausschuss für Bauen und Verkehr. Das wäre ein Angebot von meiner Seite. Ich würde diese Debatte gerne führen und bedaure, dass Sie hier heute die direkte Abstimmung verlangen. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Das Wort hat der Finanzminister, Herr Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Walsken, Sie haben beklagt, dass es bei dem Thema Eigenheimzulage bei uns einen Eier-tanz gäbe.

(Beifall von den GRÜNEN)

- Klatschen Sie nicht zu früh, sondern lassen Sie einmal die Beiträge der Kollegen Klein und Freimuth Revue passieren.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das war doch kein Beitrag!)

Wir sind an Klarheit gar nicht zu überbieten. Beide Redner haben - das ist auch die Meinung der Landesregierung - klargestellt, dass man über die Eigenheimzulage selbstverständlich seriös diskutieren und nicht nur deren Verkürzung, sondern auch die Abschaffung in Betracht ziehen kann.

Wir sind uns aber genauso einig darin, dass man Ihnen, der rot-grünen Koalition in Berlin, dieses Geld beim besten Willen nicht anvertrauen kann, weil Sie es nämlich nur zum Stopfen von Haushaltslöchern gebrauchen.

(Beifall von der CDU - Lachen von der SPD)

Sie haben sich jetzt zwar einen etwas eleganteren Weg ausgesucht, indem Sie gesagt haben: Bildung ist „in“. Verbraten wir dieses Geld doch für eine Bildungsoffensive.

Abgesehen davon, dass wir nur über einen längeren Zeitraum, das heißt im Verlauf der nächsten acht Jahre, in beträchtliche Beträge hineinwachsen würden, mit denen man tatsächlich bildungsmäßig etwas bewirken könnte, bleibt es unsere Auffassung, dass wir dieses Milliardenvolumen nur zu einer Veränderung des Steuersystems gebrauchen dürfen. Wir können nicht den Druck auf das Einsparen bestimmter Positionen auch im Bundeshaushalt wegnehmen, indem wir es Ihnen leicht machen, nun einfach irgendwelche Löcher zu stopfen.

Die Vor- und Nachteile der Eigenheimzulage sind eindringlich geschildert worden. Natürlich gibt es Mitnahmeeffekte. Natürlich gibt es effizientere Instrumente. Natürlich ist es ein großes Volumen. Frau Walsken, Sie hatten, glaube ich, noch DM-Zahlen im Kopf. Es sind 5,9 Milliarden im Schnitt. Sie haben in Ihrem Antrag ja auch zu Recht dargelegt, dass wir im Verlaufe von acht Jahren für den Haushalt Nordrhein-Westfalens aufsummiert 2,2 Milliarden bewegen könnten. Das ist keine kleine Summe. Daran geht kein Finanzminister vorbei.

Aber ich sage Ihnen deutlich: Die Begehrlichkeiten, nur akute Löcher damit zu stopfen, dürfen uns nicht bewegen und bestimmen, sondern wir müssen versuchen, dieses Steuersystem, das an Intransparenz nicht mehr zu überbieten ist, wirklich zu reformieren.

Wenn Sie sehen, dass wir bei einer Untersuchung des Weltwirtschaftsforums auf Transparenz im Steuersystem von 102 Ländern an letzter Stelle landen, muss man sich dafür eigentlich schämen.

Das korrespondiert mit der Aussage, dass die Steuerliteratur überwiegend in deutscher Sprache geschrieben ist.

Dieses Thema „Abschaffung“ jetzt auch noch - wie Sie angeregt haben - im Vermittlungsausschuss am 5. September - vielleicht 13 Tage vor einer Bundestagswahl - voranzubringen, entbehrt nicht einer gewissen Komik, Frau Walsken. Das muss ich ehrlich sagen.

Die SPD ist in der Auflösung begriffen. Das Chaos in Berlin ist komplett. Sie können andere Parteien nicht für so dumm halten, in diese Phase hinein zu sagen: Wir geben euch ein Instrument von 5,9 Milliarden an die Hand, damit ihr das noch für irgendetwas verbraten könnt.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Walsken?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Aber gerne, Frau Walsken. Bitte schön.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Gisela Walsken^{*)} (SPD): Ich danke Ihnen sehr, Herr Minister. - Ist es Ihrem Gedächtnis entfallen, dass es die zweite Offensive der Bundesregierung ist, die Eigenheimzulage abzuschaffen, und dass es nach anfänglichen Blockaden auch aus Bundesländern, die Sie führen beziehungsweise die in

Koalition mit Ihnen geführt werden, jetzt zu Überlegungen kommt, die Eigenheimzulage tatsächlich abzuschaffen? Es ist nicht allein die Frage des 5. September, sondern die Frage, warum Sie das seit über zwei Jahren im Bundesrat im Vermittlungsausschuss blockieren. Das interessiert mich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Sie wissen genauso wie ich, Frau Walsken, dass zum 1. Januar 2004 eine Kürzung um 30 % stattgefunden hat. Natürlich führen wir die Diskussion auch in diesem Hause sehr lebendig. Die Kollegin Müller von den Grünen wurde nicht müde, dieses Instrument anzusprechen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Aber es gilt das Gleiche wie vor einem oder vor zwei Jahren: So lange Sie das Geld nur brauchen, um irgendwelche Löcher zu stopfen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Für Bildung!)

und wir damit den Druck auf Einsparung wegnehmen, kann das auch aus Ihrer Sicht nicht vernünftig sein. Sie sehen doch selber, dass wir zu anderen Lösungen kommen müssen.

Wir werden diesen Antrag im Bundesrat nicht stellen, auch und gerade nicht vor dem Hintergrund des Zeitdrucks.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Totalverweigerung! - Johannes Remmel [GRÜNE]: Er traut sich nicht!)

- Entschuldigen Sie, wollen Sie bei einer Wahl am 18. September am 5. September den Antrag im Vermittlungsausschuss stellen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das ernst meinen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Im Interesse des Landes!)

Das ist ein typischer Oppositionsvorschlag. Wir haben lange genug in der Opposition gesessen. Wir wissen, wie man solche Anträge macht.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Oppositionsfaulheit!)

Dass Sie dieses Thema gereizt hat, ehrt Sie; aber wir werden den Antrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort hat Herr Schemmer für die CDU-Fraktion.

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich gedacht: Subventionsabbau ist ein guter Gedanke. Ich habe dabei an überforderte Windkraft,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

an steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Betriebsverlagerungen ins Ausland und an die Steinkohle gedacht.

Ich hatte dabei etwas weniger an die Eigenheimzulage gedacht, die von den sogenannten neu definierten Reichen und den sehr gut Verdienenden nämlich gar nicht in Anspruch genommen werden kann.

In dem Antrag geht nämlich Folgendes völlig unter: Bei der Eigenheimzulage gibt es eine Einkommensobergrenze von 35.000 € bei Ledigen und 70.000 € bei Verheirateten. Also ist die Eigenheimzulage auf die Durchschnittsbevölkerung begrenzt. Der Satz in dem Antrag der Grünen

„Darüber hinaus ergeben sich sozialpolitisch unausgewogene Verteilungswirkungen: Haushalte mit geringem Einkommen, die sich trotz Zulage kein Eigenheim leisten können, finanzieren mit ihren Steuergeldern das Eigenheim Besserverdienender mit.“

ist somit sachlich völlig falsch.

Ich habe mir dann auch Gedanken gemacht: Seit wann verstehen die Grünen überhaupt etwas von Wohnungsbau und von Finanzpolitik?

Ich denke, dass breit gestreutes Eigentum ein Beitrag zum sozialen Frieden ist. Wohneigentum ist ein wichtiger Bestandteil der Vermögensbildung, entscheidet über die Unabhängigkeit von Menschen und ist ein Beitrag der privaten Vorsorge für das Alter. Deshalb sollten wir das unterstützen.

Dass wir derzeit eine Regelung bei der Eigenheimzulage haben, die von den Fachleuten eher als Schwarzarbeiterparagraph bezeichnet wird und insofern - wenn überhaupt - völlig neu gestaltet werden müsste, ist jedem klar.

Ich vermisste neben den finanzpolitischen Notwendigkeiten allerdings die Diskussion darüber: Wie hat sich der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen seit Rot-Grün überhaupt entwickelt? Also: 1995 sind noch 95.000 Wohnungen fertig geworden. Im Jahr 2000 waren es 75.000, 2002 noch 50.000. Heute werden gerade einmal 40.000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen fertig.

Das hat natürlich auch zu Veränderungen bei den Beschäftigten geführt. Wenn die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten - das betrifft Firmen ab 20 Mitarbeitern - von 140.000 im Jahr 1995 auf nunmehr gerade 60.000 abgenommen hat, dann zeigt das auch: Rot-Grün haben diese 80.000 Mitarbeiter im Bauhauptgewerbe schlicht und einfach überhaupt nicht interessiert.

(Beifall von der CDU)

Während wir also eine Eigentumsquote in Deutschland von 43 %, in Nordrhein-Westfalen von gerade 37 % haben, zeigen uns Spanien oder Norwegen, dass es auch ganz anders geht. Vor diesem Hintergrund noch einmal zu den Fakten:

Bei der Eigenheimzulage geht es nicht nur um ausreichende Wohnraumversorgung. Das eigentliche Ziel der Landesverfassung - darüber sollten wir auch einmal reden -, breiten Bevölkerungsschichten zu Eigentum zu verhelfen, ist nämlich lange nicht erreicht. Gerade Schwellenhaushalte können ohne staatliche Unterstützung kein Eigentum erwerben.

In diesem Zusammenhang stehen auch die Anträge, die beim Land Nordrhein-Westfalen über die Wohnungsbauförderungsanstalt laufen und gerade finanzschwache Familien unterstützen. Diese Familien nehmen selbstverständlich auch die Eigenheimzulage in Anspruch. Und seit wann sind diese Familien Besserverdienende?

Im Übrigen frage ich mich auch, was dieser Antrag zu dieser Zeit soll. Am 1. Juli hat der Bundestag dem Bundeskanzler und damit auch Ihrer Regierung das Misstrauen ausgesprochen. Da will Rot-Grün zwar den Fischer-Ausschuss verfassungswidrig lahm legen, aber im Vermittlungsausschuss soll nun zum x-ten Mal versucht werden, die Eigenheimzulage abzuschaffen. Ursprünglich brauchte Herr Eichel die zur Haushaltssanierung. Nun soll sie für Wissenschaft und Bildung eingesetzt werden. Jeden Tag etwas Neues!

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Schemmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel?

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Aber bitte.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Schemmer, habe ich den richtigen Eindruck, dass Ihre Rede nur in ganz geringen Teilen mit der Rede des Finanzministers in Deckung zu bringen ist?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Sie haben dort das ganz einfache Beispiel, dass die Dinge sehr gut zueinander passen.

(Widerspruch von der SPD)

Wir haben vorhin - da gehe ich auf das ein, was Frau Walsken gesagt hat - über das Thema Wohnungsbaupolitik gesprochen. Ich wollte diesen Teil neben dem finanzpolitischen Teil, den vorher auch Volkmar Klein angesprochen hatte, mit angesprochen haben.

Gleichwohl - das hätten Sie, wenn Sie noch ein bisschen gewartet hätten, auch deutlich vernommen -: Für den Fall, dass eine Steuerreform erfolgt und gleichzeitig - ich sage es einmal so - eine Neufokussierung bei den sozialen Sicherungssystemen zustande kommt und den Familien mehr Geld zur Verfügung steht, denken wir natürlich auch über die Eigenheimzulage nach.

Neben der Eigenheimzulage - das geht aber völlig unter bei der Frage der Finanzierung - haben wir die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes, wo wir gerade etwas für die Einkommensschichten tun, die nicht so begütert sind. Das wollen wir auch zukünftig tun.

Das wollen wir zukünftig insbesondere in der Form tun - denn es kann nicht sein, dass Familien zwar noch in geförderten Mietwohnungen wohnen dürfen, die gleichen Familien aber keine Förderung mehr nach den derzeitigen Wohnungsbaubestimmungen bekommen -, dass wir die Förderung für Mietwohnungen und Eigentumswohnungen gleichsetzen werden. Das ist auch gut so.

Von daher kann ich nur sagen: Lasst uns mit unseren landespolitischen Themen daran arbeiten, diese Dinge über die Wohnungsbauförderung in Ordnung zu bringen. Lassen wir es sein, so wie Sie es gerade zum wiederholten Mal machen, unausgelegene Anträge zur Unzeit zu stellen. Mit einer neuen Steuerreform, die im Herbst dieses Jahres begonnen wird, werden wir auch neue Weichen für die Zukunft stellen. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Schemmer. - Ich habe noch eine Wortmeldung. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Sagel. Bitte schön.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Einen solchen

Eiertanz habe ich, ehrlich gesagt, hier im Landtag selten erlebt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Widerspruch von CDU und FDP)

Herr Klein und Frau Freimuth, ich bin wirklich sehr enttäuscht von Ihnen. Offensichtlich haben Sie jeden Reformeifer, was den Subventionsabbau angeht, vermissen lassen, seitdem Sie hier Ihre Sessel gewechselt haben.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

- Ja, gerade Sie, Frau Freimuth, haben sie nicht. Ihr Präsidium - das hat mir mein Kollege gerade noch einmal gesagt - hat erst am 20. Juni 2005 die Abschaffung der Eigenheimzulage beschlossen. Und Sie führen hier einen solchen Eiertanz auf! Das ist wirklich unglaublich!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Frau Freimuth, gerade von Ihnen! Das ist doch fast der Höhepunkt hier, wenn Sie jetzt auf einmal damit kommen, dass die Wirtschaft Probleme haben könnte, wenn keine Subventionen mehr gegeben werden. Gerade von Ihnen dieses Argument! Das ist doch wirklich das Schönste, was ich von Ihnen hier im Landtag bisher gehört habe! Das ist wirklich toll!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich wusste noch gar nicht, dass Sie hier Lobbyismuspolitik sozusagen in Reinkultur machen. Das ist wirklich etwas Neues.

Herr Papke lacht da vor sich hin und freut sich. Herr Papke, als wirtschaftspolitischer Sprecher - mittlerweile sind Sie ja befördert worden - kenne ich von Ihnen ganz andere Reden. Ich wundere mich, dass Sie hier nicht in der Bütt stehen und hier noch einmal etwas als Fraktionsvorsitzender auch dazu sagen, was Ihre Fraktionskollegin da von sich gegeben hat.

Auch Herr Linssen ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Sagel, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Freimuth zu?

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Ich habe noch eine Minute, meine Zeit rennt davon.

Vizepräsident Edgar Moron: Die Zwischenfrage werden wir Ihnen nicht anrechnen.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Okay, dann versuchen Sie es einmal.

Vizepräsident Edgar Moron: Okay. - Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Sagel, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich sehr wohl gesagt habe, dass die Abschaffung der Eigenheimzulage eine sinnvolle Sache - eingebettet in eine Gesamtreform der Steuerkonzeption, so wie ich sie heute Morgen dargestellt habe - sein kann genauso wie der Abbau von anderen Subventionen? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dann auch den Beschluss des FDP-Präsidiums, der mir wohlweislich bekannt ist, der aber genau diese Komponente vorsieht, zur Kenntnis nehmen könnten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Ich kann dazu gerne etwas sagen. Natürlich würde es mich freuen, wenn Sie Ihr Gesamtkonzept endlich einmal vorstellen würden. Aber wann wollen Sie denn mit dem Subventionsabbau anfangen?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir warten doch auch die ganze Zeit auf das Steuerkonzept der CDU.

(Unruhe)

Wann wollen Sie das denn machen? Am Freitag tagt der Bundesrat.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Am Montag!)

Herr Linssen hat es gerade noch einmal gesagt: Die Vermittlungskommission tagt auch im September. Wann wollen Sie denn endlich mit dem Subventionsabbau anfangen?

Die ganze Zeit haben Sie Anträge zum Subventionsabbau gestellt. Nichts ist passiert. Das ist Ihre Realität. Von Ihnen ist nichts Konkretes zu hören. Immerhin würde das bis zum Jahr 2010 1,4 Milliarden € für den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen bringen. Wir warten darauf, dass endlich von Ihnen etwas kommt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Tempo! Tempo! Tempo!)

Noch ein weiterer Punkt: Sie wissen ganz genau, dass die Windenergie nicht aus staatlichen Fördermitteln subventioniert wird. Das muss die Industrie selber machen.

(Beifall von den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich auch noch Folgendes sagen: Gerade - das haben Sie auch erwähnt - haben Sie die Haushaltssperre für die Landwirtschaft aufgehoben. In diesem Feld haben Sie doch gerade den Fördertopf aufgemacht. Das sind Widersprüche, die eklatanter nicht sein könnten. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Sagel. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Hilser das Wort.

Dieter Hilser (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU hat heute wirklich einen Glanztag, was Widersprüche und Herumeiern angeht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe mich nur noch einmal wegen Herrn Schemmer gemeldet. Ich möchte Ihr Dilemma einmal auf den Punkt bringen und Personen nennen. Herr Schemmer ist für die Beibehaltung der Eigenheimzulage.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: So ist es!)

Der Finanzminister ist im Prinzip für die Abschaffung der Eigenheimzulage.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Der Ministerpräsident ist im Prinzip für die Abschaffung der Eigenheimzulage.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Der neue wohnungspolitische Sprecher der CDU ist für die Beibehaltung der Eigenheimzulage.

Herzlichen Glückwunsch zu Ihren Positionen, meine Damen und Herren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/15**. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

9 Chancengleichheit muss Ziel bleiben! ZVS nicht abschaffen, sondern mit der Kompetenz aus NRW den Hochschulzugang gestalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/14 - Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion Herrn Schultheis das Wort. Bitte schön.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD-Landtagsfraktion bezieht eindeutig Stellung für die Chancengleichheit der jungen Generation beim Hochschulzugang.

Nach Ihrem heutigen Interview, Herr Minister Pinkwart, in der „Rheinischen Post“ glaube ich, dass dieser Antrag für diesen Tag genau richtig positioniert ist. Bisher wollten wir den Hochschulen - das ist auch gemeinsam von den Fraktionen dieses Hauses getragen worden - Planungssicherheit, Klarheit und Verlässlichkeit geben. Das ist nun mit Ihrer Ankündigung, die Koalitionsvereinbarung sehe keine Bestandsgarantien wofür auch immer vor, einem Paradigmenwechsel ausgesetzt. Das heißt: Anything goes.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Man muss wissen, welches Signal damit in die Hochschulen und in Richtung der jungen Generation ausgesandt wird.

Wir wollen diesen Weg nicht mitgehen. Denn Nordrhein-Westfalen braucht mehr Studierende. Wir brauchen mehr Bildungsbeteiligung der jungen Generation.

(Beifall von der SPD)

Zum einen brauchen wir sie für die jungen Menschen selbst, zum anderen brauchen wir sie für dieses Land.

Sie sagen ja: Wir wollen an die Spitze der Welt. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen gerade durch gute Ausbildungsbedingungen und eine starke Bildungsbeteiligung im globalen Wettbewerb um Arbeitsplätze gut positioniert ist. Wir wollen der demographischen Entwicklung Rechnung tragen und der Nutzung des Innovationspotenzials unseres Landes alle Möglichkeiten eröffnen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Meine Damen und Herren, diese Ziele sind nur über eine weitere Öffnung unserer Hochschulen

erreichbar. Das heißt, wir müssen mehr junge Menschen für ein Studium an den Hochschulen unseres Landes gewinnen. Deshalb brauchen wir einen fairen Wettbewerb bei der Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen und keine Kultur der Beliebigkeit,

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

die Sie mit Ihren Vereinbarungen aus der Koalitionsvereinbarung einläuten.

Wir wollen, dass das Verfahren, das wir im vergangenen Jahr im Landtag beschlossen haben, Bestand behält und dass das Auswahlverfahrensgesetz, das im Landtag beschlossen worden ist, weiter Gültigkeit behält.

Die neue Landesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung hingegen für eine vollständige Studienplatzvergabe durch die Hochschulen ausgesprochen. In diesem Zusammenhang hat man erneut die Abschaffung der ZVS gefordert. Das ist ein Thema, das alle Jahre wieder auf der Tagesordnung steht. Herr Kuhmichel, Herr Dr. Sodenkamp und einige mehr haben Kleine Anfragen und Anträge eingebracht.

Heute ist oft an alle appelliert worden, nicht Ideologie walten zu lassen, sondern praktische Vernunft. Das ist ein ideologiebeladenes Thema, das von Ihnen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bei der Novellierung des Hochschulzulassungsrechts im Jahre 2004 war das Votum der Experten - von der Hochschulrektorenkonferenz bis zum Hochschullehrerverband - absolut unverdächtig, der SPD besonders nahe zu stehen. Sie sprachen sich eindeutig für den Bestand der ZVS aus - und zwar aus gutem Grunde.

Sie fordern ja immer ein, dass wir den Experten folgen sollen und dass die Autonomie der Hochschulen so wichtig sei. Warum folgen Sie den Experten und den Hochschulfachleuten in dieser Frage nicht, indem Sie das Thema „Abschaffung der ZVS“ nicht erneut auf die Tagesordnung setzen?

Die Auswahl der Studierenden wäre ohne die organisatorische Unterstützung durch die ZVS von den Hochschulen nicht zu leisten. Darin sind sich alle Experten einig. Deshalb plädieren sie für eine Reform der ZVS mit dem Ziel - dieses Ziel unterstützen wir - des Aufbaus einer Service- und Clearingstelle, die unbedingt erforderlich ist.

Durch das bereits erwähnte Auswahlverfahrensgesetz wurden in der letzten Wahlperiode bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Grundlage hierfür ist die Vereinbarung aller Länder - natürlich auch der CDU-geführten Länder -, 60 % der Studienplätze in den bewirtschafteten Studiengängen durch die Hochschulen zu vergeben. Das ist ein großer Anteil, der bisher von den Hochschulen nie in Anspruch genommen worden ist. Selbst die 24 %-Regelung ist von den Hochschulen nie in Anspruch genommen worden. Also lassen Sie die Kirche im Dorf und uns einen vernünftigen Weg gehen. Die Hochschulen benötigen für diese Aufgaben die ZVS.

Wir sind uns ja einig, dass für die Akkreditierung der Studiengänge Akkreditierungsagenturen sinnvoll sind. Da ergibt eine Einrichtung wie die ZVS allemal einen Sinn.

Deshalb, meine Damen und Herren, sollte es in dieser Angelegenheit keinen Alleingang von Nordrhein-Westfalen - der ginge nämlich zulasten der jungen Generation, der Studierenden in Nordrhein-Westfalen -, sondern eine konstruktive Unterstützung der Reformbestrebungen geben. Sie können geltendes Recht hier nicht zur Disposition stellen. Das wurde im letzten Jahr beschlossen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuhmichel?

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Ja.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte, Herr Kuhmichel.

Manfred Kuhmichel^{*)} (CDU): Herr Kollege Schultheis, trifft es zu, dass Sie sich in der Zeit, als Sie für die SPD-Fraktion als Wissenschaftspolitiker im Parlament gesessen und nachher auch im Ministerium gearbeitet haben, immer dafür eingesetzt haben, die ZVS möglichst nicht anzutasten und als staatliches Monopol der Studienplatzvergabe einfach zu erhalten?

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Was heißt „einfach zu erhalten“? Ich habe mich immer für den Erhalt der ZVS eingesetzt, aber auch für die Reform der ZVS.

(Beifall von der SPD)

Sie wissen ja anhand der Zahlen, die Herr Sodenkamp im Ministerium abgefragt hat - die ZVS war ja immer etwas Sozialistisches in Ihren Augen -, dass zum Beispiel der Stellenbestand rapide zu-

rückgegangen ist, nämlich bis auf 135 Stellen, und dass die ZVS heute sogar weniger kostet als vor zehn Jahren.

Sie wollen ja immer den Beweis führen, dass das irgendein Monster ist. Das ist es nicht. Wir brauchen die ZVS. Die Hochschulexperten und die Hochschulrektorenkonferenz haben Sie ja darauf hingewiesen, dass man die ZVS für wichtig und richtig hält, allerdings auch für reformbedürftig. Dahinter stehen wir.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun ist Ihre Redezeit leider abgelaufen.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Das tut mir sehr Leid, Herr Präsident. - Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wofür die SPD steht.

Wir wollen die Beibehaltung der bestehenden Rechtslage und - einen Alleingang sollten wir nicht machen - die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern in dieser Frage.

Wir wollen das Abitur in seinem Wert erhalten. Das ist, was die Verlässlichkeit angeht, ein ganz wichtiger Punkt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Aber jetzt müssen Sie zum Schluss kommen.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Wir wollen den Stellenwert bei der Vergabe der Studienplätze behalten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Danke schön. - Das Wort hat Herr Dr. Brinkmeier von der CDU.

Dr. Michael Brinkmeier^{*)} (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja heute unsere erste hochschulpolitische Debatte in dieser 14. Wahlperiode. Darum dürfen wir sicherlich etwas grundsätzlicher werden, wenngleich man das nicht in fünf Minuten abarbeiten kann.

Wir sollten festhalten, dass die CDU und die FDP im Landtagswahlkampf klare Aussagen zur Hochschulpolitik getätigt haben. Ich stelle fest, dass wir die Wahl gewonnen haben, und ich behaupte, wir haben sie deswegen gewonnen und nicht trotzdem.

(Beifall von CDU und FDP)

Die grundlegende Aussage lautet: Es muss grundlegend etwas anders werden, damit es

grundlegend besser wird. Das gilt auch für die Hochschulpolitik.

Wenn wir das Thema ZVS unter diesem Aspekt betrachten, dann ist es einfach so, dass die Koalition will, dass sich die Studierenden demnächst ihre Hochschule frei aussuchen können und umgekehrt.

Es ist glasklar, dass dann ein System der regulierten Verteilung, wie es die ZVS darstellt, einfach nicht mehr notwendig ist. Wir brauchen sie dann nicht mehr. Das ist eine ganz klare Aussage. Wenn wir in dem neuen System arbeiten - das streben wir an -, dann brauchen wir keine ZVS mehr, dann haben die Hochschulen die Freiheit.

Die Mitarbeiter brauchen keine Angst zu haben. Wir werden die ZVS nicht von heute auf morgen abschaffen und die Leute auf die Straße schicken. Natürlich streben wir Gespräche mit den beteiligten Ländern und den Hochschulen an. Wir werden aber unsere eigenständige nordrhein-westfälische Meinung deutlich kundtun und Verbündete suchen.

Wenn nun, wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben, Experten - mir sind die Hochschulen am wichtigsten - sagen, dass man die ZVS in irgendeiner Form erneuert gebrauchen könnte, damit sie für ihre internen Auswahlverfahren Hilfestellung bekommen, dann ist das okay und fair. Das können die gerne haben. Das unterstützen wir auch gerne.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Was wollen Sie denn?)

Aber das muss dann bitte auf deren Rechnung gehen. Wir werden das natürlich dann auch begleiten. Wenn die Hochschulen sagen, die könnten etwas mit der ZVS anfangen, dann können wir gerne darüber ins Gespräch kommen. Darüber werden wir sicherlich auch im Ausschuss sprechen. Wir brauchen es als staatliches System nicht mehr.

Herr Kollege Schultheis, Sie haben in Ihrer Rede bekundet - das steht auch in Ihrem Antrag -, wir bräuchten mehr Studenten. Das ist richtig. Aber wir sollten da präzise sein: Wir brauchen mehr Studenten mit qualifizierten Abschlüssen. Das ist der Punkt.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine wesentliche Qualitätssteigerung - das ist unsere klare Aussage - erreicht man vor allem mit wettbewerblichen Elementen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eumann?

Dr. Michael Brinkmeier^{*} (CDU): Nein.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das kann ich verstehen!)

Was die Chancengerechtigkeit angeht, sieht es im Hochschulbereich genauso aus wie im Schulbereich. Darüber haben wir heute auch schon diskutiert. Die Chancenungerechtigkeit ist in Nordrhein-Westfalen so groß wie in keinem anderen Bundesland. Diese Ungerechtigkeit wird durch unser wettbewerbliches System nicht größer, sondern geringer werden.

Sie haben in Ihrem Antrag ein bisschen mit der Kapazitätsverordnung gedroht. Wir werden sehen, wenn wir ein neues System errichten, ob ein Studierender klagt und ob Sie dann nicht die nächste Klatsche bekommen.

Wir sind bereit, mit Ihnen im Ausschuss über die einzelnen Aspekte Ihres Antrags zu sprechen. Seien Sie aber vorgewarnt: Wir wollen natürlich demnächst ein Hochschulfreiheitsgesetz beschließen. Die ZVS wird dann natürlich entsprechend mit berücksichtigt werden. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir sicherlich noch öfters darüber sprechen. Ich freue mich auf die Diskussionen im Ausschuss. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Frau Kollegin Höhn von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Es ist schön, dass ich ihr auch einmal das Wort erteilen kann.

(Bärbel Höhn [GRÜNE]: Darauf hat er zehn Jahre lang gewartet!)

Bärbel Höhn (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Vesper, liebe Abgeordnete! Wenn wir über die Zukunft dieses Landes reden, dann reden wir über das Wissen in den Köpfen unserer jungen Menschen. Das müssen wir fördern. Das ist unser hohes Gut in diesem Land.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig, über diesen Antrag zu fragen: Wie sind die Zukunftsberechtigungen für die jungen Menschen, für die Studenten?

Herr Brinkmeier, da haben Sie nicht Recht. Sie haben zwar die Mehrheit in dieser Landtagswahl bekommen. Aber die Mehrheit bei den jungen

Leuten, die Mehrheit bei den Studenten haben Sie nicht bekommen, und zwar zu Recht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe es noch nicht erlebt, dass hier ein Ministerpräsident gewählt worden ist und draußen drei große Demonstrationen stattfanden - von Schülerinnen und Schülern, von Studentinnen und Studenten und von Frauen. Die Betroffenen haben vor diesem Landtag demonstriert, weil sie mit Ihren Vorstellungen von einem guten Bildungssystem für junge Leute nicht einverstanden sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das war der Punkt. Sonst wären die nicht gekommen.

Herr Brinkmeier, Sie wissen genau - wenn wir hier generell einmal über die Bildungspolitik reden -, dass das, was Sie hier versprochen haben, besserer Zugang für die Studentinnen und Studenten, eben nicht erreicht wird, wenn man Gebühren für das Erststudium einführt. Das ist für viele Studentinnen und Studenten in diesem Land ein Ausschlusskriterium. Das wissen Sie. Es wird nicht mehr Studenten geben, sondern es wird weniger geben. Das ist darauf zurückzuführen, dass Sie unbedingt Ihre Forderung nach Gebühren für das Erststudium durchsetzen wollen. Das, Herr Brinkmeier, ist nicht gut für dieses Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu diesem Antrag. Zu den Gebühren haben Sie klar gesagt, was Sie wollen. Da haben Sie Recht.

Wenn ich Ihren Koalitionsvertrag lese, Herr Brinkmeier, muss ich sagen: Das ist die eierlegende Wollmilchsau. Wissen Sie, was da zum Punkt Zugangsberechtigungen steht? Hochschulen sollen ihre Studenten selbst aussuchen und Studenten sollen an die Hochschulen ihrer Wahl gehen können. Das ist eine Null-Aussage. Wir befriedigen alle, aber wir sagen nicht, wie.

Deshalb ist es für junge Leute wichtig zu wissen, was mit der ZVS ist. Deshalb ist der zweite Punkt, den Sie zu Recht immer angeführt haben, der Bürokratieabbau.

Wenn Sie die ZVS abschaffen und das Ganze den Hochschulen übertragen, dann haben Sie ein Bürokratiemonster aufgebaut, das nicht in dieses Land passt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wissen Sie auch. Was ist denn der Grund dafür, dass Hochschulen von ihrem Recht, Studenten auszusuchen, gar keinen Gebrauch machen? Was ist der Grund? Das ist ein Koordinierungsaufwand. Man weiß gar nicht, welcher Student sich an welcher Hochschule beworben hat. Das scheuen die Hochschulen.

Wenn Sie ein gutes Studium ermöglichen wollen und wenig Bürokratie haben wollen, dann müssen Sie die ZVS reformieren. Das ist richtig. Sie muss anders sein als jetzt. Sie soll das Ganze koordinieren.

Eines gilt aber: Die Leute müssen ein bundesweites Verfahren vorfinden. Sie dagegen wollen einen NRW-Alleingang. Dieser Sonderweg wird dazu führen, dass es für die Studenten in diesem Land schwieriger ist, an die Hochschule zu kommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist der Weg, den Sie vorschlagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deshalb muss es darum gehen, dass erst einmal die Noten im Abitur ein wichtiges Kriterium für die Auswahl sind und nicht Vitamin B. Das ist kein Verfahren, um an die Hochschule zu kommen. Die Noten sind ein wichtiges Kriterium.

Sie wissen, dass Sie die Rechtsprechung auf Bundesebene erfüllen müssen. Es gibt ein Recht für jeden Studierwilligen und -fähigen, studieren zu können. Auch das müssen Sie mit Ihrem System erreichen.

Der dritte Punkt ist: Sie müssen das Recht der Hochschulen, ihre Studenten auswählen zu können, stärken. Auch darum geht es.

Liebe CDU-Fraktion, wenn wir zu einem verbesserten Bildungssystem kommen wollen, dann müssen wir erreichen, dass der Übergang von Schule zu Hochschule besser wird. Dann müssen wir endlich die Sekundarstufe II von überflüssigen Curricula entrümpeln ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin!

Bärbel Höhn (GRÜNE): ... und zu einer Veränderung in der Sekundarstufe II kommen, damit die Studenten eine bessere Chance haben, ihr Studium erfolgreich abzuschließen. Dies ist der richtige Weg.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuhmichel?

Bärbel Höhn (GRÜNE): Bitte schön, Herr Kuhmichel. Im Gegensatz zu den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die nahezu keine Zwischenfragen zugelassen haben, lasse ich die Frage zu. Sie wissen also noch gar nicht, was Sie wirklich vertreten.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Frau Höhn!)

Meine Redezeit ist zu Ende. Fragen Sie jetzt einfach!

Manfred Kuhmichel^{*)} (CDU): Frau Höhn, so laut und temperamentvoll wie immer. Überlassen Sie doch jedem selber die Entscheidung, Fragen zu beantworten und Fragen zu stellen.

Ich frage: Frau Höhn, trifft es zu, dass neben der von Ihnen eben angesprochenen Studierwilligkeit auch die Studierfähigkeit ein wichtiges Kriterium ist, um jungen Leuten ein Studium zu empfehlen?

Bärbel Höhn (GRÜNE): Herr Kuhmichel, wir reden hier über die Fähigkeit genauso wie über die Willigkeit. Beides muss erreicht sein. Die Fähigkeit wird auch in diesem Land erreicht, wenn sie ein Zeugnis haben, das sie berechtigt, an Hochschulen zu studieren.

Wenn Sie gleichzeitig ein alleiniges Auswahlkriterium an den Hochschulen einführen wollen, dann heißt das, dass Sie bewährte Kriterien, die momentan zu einem fairen Zugang von Studenten an Hochschulen führen, völlig aushebeln wollen.

Wir wollen, dass Hochschulen für sich auswählen können. Wir wollen aber auch Studenten ein faires Verfahren anbieten, um an Hochschulen zu kommen. Das hat nichts mit Fähigkeit und Willigkeit zu tun, es hat etwas mit Fairness zu tun, meine Damen und Herren. Das muss man in diesem Land erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Der nächste Redner ist Herr Lindner von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist nicht mehr zu toppen!)

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rotation der Grünen von der Regierung in die Opposition

ist hier nicht ohne fachpolitische Kollateralschäden abgelaufen.

(Beifall und Heiterkeit von der FDP)

Insofern ist es ganz gut, Frau Höhn, dass Sie vom Rednerpult jetzt wieder in die Abgeordnetenbänke rotiert sind. Sie haben hier das Kunststück vollbracht, den Koalitionsvertrag zu interpretieren und fünf Jahre fachpolitischer Diskussion in diesem Hause dabei völlig außer Acht zu lassen.

(Beifall von der FDP)

Das hätte Ihnen aber geholfen, uns zu verstehen und das Vorhaben nachzuvollziehen. Offensichtlich ist das aber auch gar nicht Ihr Interesse.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Herr Lindner ist dafür da, das zu klären!)

Wenn Sie an einer ernsthaften fachpolitischen Debatte interessiert wären, dann würden Sie doch auch die Regierungserklärung abwarten und nicht jeden bekritzelten Zettel hier zur Abstimmung vorlegen.

(Unruhe)

Sie würden erst einmal schauen, welche Konzeptionen vorgelegt werden, statt zu versuchen, Stimmung zu machen und Ängste zu schüren, die - wie sich herausstellen wird - in der Sache nicht gerechtfertigt sind.

(Beifall von der FDP - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist aber schwach!)

In der Regierungserklärung und auch in dem, was der Minister gleich, wie ich ahne, hier vortragen wird, wird Ihnen erklärt werden, welche Leitplanken unsere Wissenschaftspolitik haben wird.

Erstens wird Ihnen erläutert werden, dass die Koalition der Erneuerung den Hochschulen mehr Autonomie einräumen will als Sie das getan haben und - das gehört dazu - dass die Koalition die Hochschulen befähigen will, diese neue Freiheit auch zu nutzen.

Denn all das, was Sie bislang hier im Land - durchaus beachtlich - auf den Weg gebracht haben, krankt doch daran, dass die Freiräume, die es gab, häufig genug nicht genutzt werden konnten, weil die Ressourcen vor Ort nicht gestimmt haben und weil die Hochschulen mit anderen und auch bürokratischen Aufgaben überfrachtet waren, sodass überhaupt nicht die Möglichkeit bestand, von den weitergehenden Optionen bei der Auswahl von Studierenden Gebrauch zu machen.

Wir wollen dagegen den Hochschulzugang von einer vor allem quantitativen Betrachtungsweise

zu einer vor allem qualitativen Betrachtungsweise entwickeln. Dann können sich Studierende ihre Hochschule aussuchen, und Hochschulen können sich ihre Studierenden aussuchen, und zwar nach eigenen Kriterien. Das wird häufig genug die Abiturnote sein, das können aber auch, wie es jetzt schon beim Sport oder der Musik der Fall ist, gewichtete Einzelleistungen aus dem Abiturzeugnis sein, um ein fachwissenschaftliches Profil abbilden zu können.

Da werden Sie Ihre Widerstände überwinden, wie Sie das schon vor einigen Jahren getan haben. Ich erinnere an die Diskussion im Jahr 2003: Soll den Hochschulen gestattet werden, per Gesetz 25 % ihrer Studierenden selbst auszusuchen? Da haben Sie hier befürchtet, das sei der Untergang des Abendlandes. Da sei die Chancengerechtigkeit nicht mehr gewährleistet. Schließlich haben Sie sich aber auf ein Gesetz verständigt, mit dem den Hochschulen erlaubt wurde, 60 % der Studierenden selbst auszusuchen.

Ich sage Ihnen voraus: Wenn wir es jetzt ermöglichen, dass die Hochschulen selbst komplett entscheiden, wer bei ihnen studiert, dann werden Sie in einigen Jahren wie auch die Hochschulen, die wir ermuntern müssen, von den Möglichkeiten Gebrauch zu machen, feststellen, dass das einen qualitativen Quantensprung im Interesse auch der Studierenden bewirken wird.

Jetzt komme ich zum konkreten Gegenstand Ihres Antrages: ZVS. Wir brauchen keine „Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen“. Übersetzen Sie das mal ins Englische! Ich bin mal gespannt, zu welchen Wortkunstwerken Sie da kommen. Das ist international eine Besonderheit in Deutschland. Wir brauchen keine Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen, die eine hoheitliche Funktion wahrnimmt. In dieser Organisations- und Rechtsform werden wir die ZVS abschaffen. Allerdings ...

(Reiner Priggen [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich gestatte übrigens die Zwischenfrage, Herr Präsident. Das sage ich nur vorsorglich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ja, bitte.

Christian Lindner (FDP): Lassen Sie mich den einen Satz aber noch zu Ende führen, Herr Priggen. - Allerdings haben autonome Hochschulen fraglos einen Bedarf an zentralen Dienstleistungen aus pragmatischen Gründen, die hier von Ihnen ja auch durchaus zu Recht geschildert wurden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Priggen, Ihre Frage ist zugelassen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Kollege Lindner, herzlichen Dank. Ich mache es auch kurz. Weil Sie eben die Übersetzung der deutschen Skurrilität ZVS ins Englische einforderten, bitte ich Sie: Übersetzen Sie doch mal Haupt- und Realschule ins Englische!

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN)

Christian Lindner (FDP): Ich nehme an, die Frage war nicht ernst gemeint, Herr Priggen.

(Zustimmung von Christian Weisbrich [CDU] - Lachen von SPD und GRÜNEN)

Aber ich stelle meine Fremdsprachenkenntnisse gerne bei anderer Gelegenheit unter Beweis; vielleicht auch bei einem Bier.

Ich sprach gerade von pragmatischen Erwägungen. Die pragmatischen Erwägungen sind ja auch in die Beratungen der Kultusministerkonferenz eingeflossen - da hätte ich mir gewünscht, dass Sie, Frau Höhn, fachlich etwas mehr à jour sind -, die in einer Staatssekretärsarbeitsgruppe gemeinsam berät, wie die ZVS zu einer Servicestelle weiterentwickelt werden kann.

Das war auch bereits die Beschlusslage der alten Landesregierung. Wir wollen da couragierter sein als Sie. Wir machen die Veränderungen, die wir hier vornehmen, aber mit Verstand. Das könnten Sie auch nachvollziehen, wenn Sie nicht nur reflexhaft einzelne Vokabeln bemühen, sondern versuchten, Zusammenhänge herzustellen, wenn Sie - mit anderen Worten - nicht versuchten, böswillig Stimmung zu machen, sondern bereit wären, ernsthaft auch unsere Versuche, hier im Land zu Veränderungen und zu Verbesserungen zu kommen, in Rechnung zu stellen. - Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Pinkwart.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Höhn, ich hatte nicht den Eindruck, dass bei der Demonstration, die hier vor dem Landtag stattgefunden hat, die Studenten nach Düsseldorf gekommen wären, um für die Beibehaltung der ZVS zu demonstrieren. Aber vielleicht ist mir da etwas entgangen.

(Beifall von CDU und FDP - Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

Ich habe auch nicht den Eindruck, Herr Schultheis, dass die Äußerung, die Sie hier mit Blick auf mein Interview in der „Rheinischen Post“ zum Stichwort „Planungssicherheit“ benannt haben, nur negativ zu beurteilen ist; denn ich habe mich für die neue Landesregierung dafür ausgesprochen, dass es endlich mehr Planungssicherheit und Studienerfolg für die Studierenden gibt und nicht mehr Planungssicherheit für verkrustete Institutionen. Ich glaube, diese neue Wertsetzung sollte auch Ihre Unterstützung finden können.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu den Einlassungen, Frau Höhn, die Sie zur ZVS und zum Auswahlverfahren gemacht haben, möchte ich darauf verweisen, dass die Mehrheit des Hauses in der vergangenen Legislaturperiode auf Vorlage der damaligen Landesregierung hier auch ein Auswahlverfahrensgesetz verabschiedet hat.

Nach dem Auswahlverfahrensgesetz hat die alte Landesregierung, der alte Landtag, vorgesehen, dass 60 % der Studienanfänger in den bundesweit geregelten Verfahren durch die Hochschulen auszuwählen sind und das nach dem Grad der Qualifikation ebenso wie nach den gewichteten Einzelnoten der Qualifikation, nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests, nach Art einer Berufsausbildung, Berufstätigkeit oder ehrenamtlichen Tätigkeit, nach dem Ergebnis eines von der Hochschule durchzuführenden Gesprächs mit den Bewerberinnen und Bewerbern, das Aufschluss über die Motivation der Bewerberin oder des Bewerbers und über die Identifikation mit dem gewählten Studium und dem angestrebten Beruf geben soll.

Ich zitiere hier aus den Regelungen, die Sie selbst getroffen haben, und das zeigt deutlich, dass auch die Vorgängerregierung, die Mehrheit des Hauses in der vergangenen Legislaturperiode, einen deutlichen Schritt in die Richtung gegangen ist, die die neue Regierung noch etwas mutiger beschreiten will.

Mit dieser Veränderung aber, die schon in der vergangenen Periode eingeleitet worden ist und die auch von anderen Ländern nachvollzogen wird, geht eine umfangreiche Ausweitung des Auswahlrechts der Hochschulen in qualitativer und quantitativer Hinsicht einher.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eumann?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Gerne.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte schön, Herr Eumann.

Marc Jan Eumann^{*)} (SPD): Herr Minister, wissen Sie, wie viele Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die bereits bestehenden Möglichkeiten ausnutzen? Und sehen Sie die Quoten, die es bislang gibt, ausgeschöpft?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich gehe davon aus, dass eine Landesregierung, wenn sie dem Landtag eine solche Vorlage zur Entscheidung unterbreitet, alle Anstrengungen unternimmt, dass dann auch diese Bandbreite an Möglichkeiten für die Studierenden und Hochschulen nutzbar gemacht wird. Das ist der Vorgängerregierung offensichtlich nicht gelungen. Das wollen wir ändern.

(Beifall von der FDP)

Dazu müssen die Hochschulen natürlich auch entsprechend auf diese neue Aufgabe vorbereitet sein. Deswegen sagen wir, dass sich bei der Forderung, die wir noch weitgehender umsetzen wollen, natürlich auch die Notwendigkeit ergibt, das Hochschulzulassungsverfahren Schritt für Schritt auf eine liberalere Grundlage zu stellen.

Am Ende dieses Prozesses wird die ZVS - das ist ganz evident - keine hoheitlichen Funktionen mehr ausüben. Oberstes Ziel sind transparente und rechtssichere Zulassungsverfahren sowie eine einfache ressourcenschonende und bewerberfreundliche Durchführung der Zulassungsverfahren. Die neuen Aufgaben der Hochschulen müssen durch geeignete Verfahrensorganisationen möglichst effizient gestaltet werden.

Es ist selbstverständlich, dass ein dezentrales Studienplatzvergabesystem funktionsfähig sein muss. Der administrative Aufwand sowohl für die Hochschulen als auch für die Bewerberinnen und Bewerber muss auf das Notwendige beschränkt werden. Die Hochschulen werden daher zentrale Dienstleistungen benötigen, die sie in die Lage versetzen, ihr Selbstauswahlrecht effektiv auszuüben. Damit einher geht der Bedarf von zentralen Serviceleistungen für die Studienbewerber. So könnte etwa ein Internetportal über alle von den Hochschulen vorgehaltenen Studienangebote und über die aktuell noch verfügbaren Studienplätze

informieren und so für die Studienbewerber Markttransparenz herstellen.

Zur künftigen Organisation des Hochschulzulassungsverfahrens hat das Plenum der Kultusministerkonferenz Ende vorigen Jahres eine Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene eingesetzt. Sie wird unter dem Vorsitz von Nordrhein-Westfalen am 13. Juli ihre zweite Sitzung abhalten.

In dieser Arbeitsgruppe wird zu klären sein, inwieweit die künftig erforderlichen Serviceleistungen sinnvollerweise von einer Nachfolgeeinrichtung der ZVS wahrgenommen werden können. Über deren Rechtsform und Finanzierung sowie über deren Bezeichnung wird noch zu entscheiden und hier zu beraten sein.

Bei dem Auswahlverfahren wird es vor allen Dingen darauf ankommen, dass die Hochschulen in Zukunft von dem ihnen eingeräumten Auswahlrecht voll und ganz Gebrauch machen, so etwa von der Möglichkeit, Auswahlgespräche oder Tests durchzuführen. Dass bei der Auswahlentscheidung der Hochschulen dem Grad der Qualifikation, also in der Regel der Abiturnote, auch ein entsprechender Einfluss beikommt, bestimmt schon das Hochschulrahmengesetz. Zudem können auch andere Kriterien - ich habe sie eben schon benannt - berücksichtigt werden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident. - Da die Hochschulen den Umstellungsprozess - das ist ganz klar - nicht von heute auf morgen werden bewältigen können, wird er natürlich nur Schritt für Schritt umgesetzt werden. Wir, die neue Landesregierung, werden diesen Prozess nicht nur eng begleiten, sondern die Hochschulen auch in den Stand versetzen, dass sie diese neuen Möglichkeiten umfangreich nutzen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses **Antrages Drucksache 14/14 - Neudruck** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Darf ich fragen,

wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

10 Energie in Nordrhein-Westfalen: Investitionen und Arbeitsplätze sichern, Ausstoß von Treibhausgasen senken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/17

Ich eröffne die Beratung und gebe als erstem Redner Herrn Abgeordneten Dr. Axel Horstmann das Wort. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wir alle beobachten konnten, hat in den Koalitionsverhandlungen, die die beiden Regierungsparteien miteinander geführt haben, die Energiepolitik keine unbedeutende Rolle gespielt. Die künftige Steinkohlefinanzierung war eines der wesentlichen Themen, ausgestattet mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit. Das andere Thema war die Windenergie, die zukünftige Nutzung der Windkraft. Liest man den Koalitionsvertrag, stellt man fest, dass sich die Ergiebigkeit der Beratungen in diesen beiden Themen erschöpft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außer zum Thema „Steinkohlefinanzierung“ und zum Thema „zukünftige Windkraftförderung“ finden sich in der Koalitionsvereinbarung keine energiepolitischen Aussagen. Ich halte dieses für einigermaßen überraschend.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das behaupten Sie seit Jahren! Das ist immer die alte Leier!)

- Überraschend aus folgendem Grund: Sie alle wissen, dass Sie bei der Steinkohlefinanzierung eine Rechnung mit zwei Unbekannten gemacht haben. Mit der RAG und der Bundesregierung wollen Sie erst im nächsten Jahr verhandeln - also liegt die Entscheidung noch weit in der Zukunft. Und bei der Windkraft, Herr Kollege Papke, sage ich Ihnen voraus: Nachdem das EEG - übrigens mit Zustimmung der Mehrheit der B-Länder - erst im vergangenen Jahr novelliert worden ist, wird es auch lange dauern, bis ein Bundestag und ein Bundesrat dieses umfassende Gesetz erneut novellieren werden.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Indes gibt es eine energiepolitische Entscheidung, die vordringlich ist. In der Union, der der Ministerpräsident dieses Landes angehört, vollzieht sich eine Entscheidungsfindung zum Thema „Künftige Nutzung der Atomenergie in Deutschland“. Es ist unübersehbar und unüberhörbar, dass Frau Merkel plant, die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland zu verlängern, und zwar um etwa acht bis zehn Jahre.

Da diese Entscheidung unmittelbar bevorsteht und darüber offensichtlich auch bei der Bundestagswahl - mutmaßlich am 18. September - eine Vorentscheidung durch die Wählerinnen und Wähler getroffen wird, überrascht es doch, dass das aus nordrhein-westfälischer Sicht in der Koalitionsvereinbarung der Regierungspartner keinerlei Würdigung, nicht einmal Erwähnung findet. Ich finde dieses aus Sicht eines Energielandes einigermassen überraschend. Ja, ich will weitergehen: Ich finde es fahrlässig, denn das ist eine Entscheidung, die für Nordrhein-Westfalen ganz erhebliche Konsequenzen haben wird.

Ich möchte nicht die Grundsatzdiskussion über die Atomenergie aufmachen. Bekanntlich - auch nach Feststellung von Herrn Rüttgers - plant niemand ein neues Atomkraftwerk zu bauen. Aber die Restlaufzeiten um acht bis zehn Jahre zu verlängern bewirkt, dass Unklarheit an einer Stelle geschaffen wird, wo wir uns alle Klarheit gewünscht haben - im Interesse der Planungssicherheit für Investoren, denen wir abverlangen, milliardenschwere Investitionen auch in Nordrhein-Westfalen zu tätigen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist doch völliger Mumpitz! Das ist einfach falsch!)

Der Energiemix der Zukunft, Herr Kollege Papke, wird dadurch ein Stück weit wieder verunklart - gerade nachdem wir uns bemüht haben, mit einem neuen EEG, mit der Steinkohlefinanzierung, mit der Ausgestaltung des Zertifikatehandels unter dem neuen EU-Klimaschutzregime, mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz die Rahmenbedingungen insgesamt zu klären. Für energiewirtschaftliche Investoren wird wieder Unklarheit geschaffen, denn niemand weiß, wie es danach weitergehen soll. Auch Frau Merkel erklärt sich dazu bekanntlich nicht.

Schlimmer noch: Diese Absicht nützt in keinem Falle Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist ein in der Energieerzeugung starkes, aber kernkraftfreies Land. Von einem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken, die in den nächsten Jahren auslaufen würden, hat Nordrhein-Westfalen keinen Nutzen.

Indes konzentriert sich hier aber womöglich der Schaden einer solchen Entscheidung. Wir kämpfen in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren dafür, dass die Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke möglichst modernisiert werden und auch neue Gaskraftwerke in Nordrhein-Westfalen entstehen können, die umweltfreundlich produzieren. Einer der größten Hemmschuhe dabei war die nach der Liberalisierung der Energiewirtschaft im Markt verbliebene Überkapazität bei der Stromerzeugung. Wenn jetzt gegenüber den bisherigen Szenarien mehr Atomkraftkapazität im Markt bleibt, kann sich jeder ausrechnen, dass der Erneuerungsdruck zu Investitionen in neue Kraftwerke im Bereich der fossilen Energieerzeugung nachlässt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das können Sie in jeder Zeitung nachlesen.

Ich finde, es stünde der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nicht nur gut an, es wäre geradezu ihre Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass eine solche Entscheidung in Nordrhein-Westfalen Schaden auslösen kann. Ich frage mich: Wo ist die Stimme des Ministerpräsidenten in dieser Diskussion, die die CDU gegenwärtig führt?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir erwarten, Herr Ministerpräsident, von Ihnen ein klares Wort an dieser Stelle.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zwar zu Ende, aber der Abgeordnete Papke hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet. Wollen Sie die zulassen?

Dr. Axel Horstmann (SPD): Gerne.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte schön, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Horstmann. - Würden Sie mir bitte erläutern, wie Sie vor dem Hintergrund Ihrer dargestellten Position bewerten, dass sich die IG BCE mehrfach in den letzten Monaten mit allem Nachdruck durch Herr Schmoldt persönlich a) für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der deutschen Kernkraftwerke und b) für den Ausstieg aus dem Ausstieg ausgesprochen hat. Wie können Sie das erklären, und wie betten Sie das in die von Ihnen hier vorgetragene Position ein?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich bitte Sie, mit der Antwort auch gleich zum Schluss zu kommen, Herr Horstmann.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Ich habe gesagt, Herr Kollege Papke, die Grundsatzdiskussion über den Sinn und die Verantwortbarkeit der Nutzung von Atomkraft möchte ich nicht führen.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Ja, die will ich an dieser Stelle nicht führen. Ich glaube, Sie erwarten auch nicht, dass das an dieser Stelle machbar wäre.

Das Schlimme ist doch: Der Ausstieg aus dem Ausstieg ist doch gar nicht die Forderung von Frau Merkel. Die Forderung von Frau Merkel ist, die Entscheidung, welchen Energiemix die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft anstreben sollte, abermals über acht bis zehn Jahre offen zu lassen. Das nenne ich eine investitions- und übrigens auch innovationsfeindliche Politik. Denn es hindert diejenigen, die Investitionen im Umfang von über 5 Milliarden € bereits geplant haben, die 6.000 Arbeitsplätze pro Jahr in Nordrhein-Westfalen sichern und 1,7 Milliarden t CO₂-Ausstoß vermeiden sollen, daran, Klarheit über Ihre Investitionsabsichten zu haben.

Das ist das Gegenteil von dem, wofür Landes- und Bundesregierung in der Vergangenheit konsequent gearbeitet haben, nämlich für sichere Rahmenbedingungen für energiewirtschaftliche Investitionsentscheidungen. Sie stehen unmittelbar vor der Tür.

Was Frau Merkel ankündigt, ist zum Schaden für Nordrhein-Westfalen. Wir fordern die Landesregierung auf, zu intervenieren und dort einzuschreiten. Hat Herr Rüttgers etwa Angst, sich nach seinem wahrscheinlichen Scheitern, ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Jetzt bitte ich Sie, wirklich zum Schluss zu kommen, Herr Horstmann.

Dr. Axel Horstmann (SPD): ... was das Thema „Mehrwertsteuer“ angeht, auch an dieser Stelle in falscher Weise festzulegen? Nein, Herr Ministerpräsident, Sie müssen an dieser Stelle für die Interessen Nordrhein-Westfalens kämpfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Weisbrich von der CDU-Fraktion.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Horstmann, mit Ihrem Gehabe und Ih-

ren Anträgen heute kommen Sie mir, ehrlich gesagt, vor wie der Scheinriese Tur Tur. Falls Sie nicht wissen, wer das ist: Der Scheinriese Tur Tur ist eine Figur aus Michael Endes Kinderbuch „Jim Knopf“.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ein schönes Buch!)

Er scheint zu wachsen, je weiter man von ihm weggeht, und er wird immer kleiner, je näher man an ihn herankommt.

Genau so ergeht es mir heute mit Ihnen. Sie schreiben massenhaft Anträge, werfen Ihre Pressemaschinerie an, plustern sich auf und machen sich ganz groß. Je mehr man sich aber Ihnen und Ihren Anträgen nähert, desto kleiner werden beide, und dann stellt man fest, dass aber auch gar nichts dahinter steckt.

Nehmen Sie nur diesen Antrag, den Sie hier vorgelegt haben: Das ist nichts als heiße Luft, ein Sammelsurium von Aussagen und Forderungen ohne jede Substanz. Was ist denn der Kern Ihres Antrags? Sie präsentieren darin das gleiche unausgegorene Zeug, für das Sie gerade in Nordrhein-Westfalen abgewählt worden sind und im Bund bald abgewählt werden; das ist nur noch eine Frage der Zeit.

Da fordern Sie, dass die Energiepolitik des Bundes auch künftig eine langfristige und verlässliche Basis zur Senkung des Treibhausgases CO₂ bieten solle. Gleichzeitig fordern Sie, am Atomausstieg festzuhalten. Dabei wissen Sie, dass durch den Ausstieg eine Riesenlücke im Grundlastbereich entsteht, die auf Sicht nur, aber auch nur durch den forcierten Einsatz fossiler Energieträger geschlossen werden kann - mit allen negativen Folgen für die Atmosphäre. Und dann kommt wieder Ihre alte Leier: Klar geht das, geht alles, mit Sonne, Mond und Sternen, mit regenerativen Energien; deshalb lasst uns nur weitermachen mit der massiven Subventionierung regenerativer Energien! - Als ob wir mit der Subventionsruine Steinkohle, die Sie uns hinterlassen haben, nicht schon genug zu tun hätten, und als ob die Menschen in unserem Land noch mehr Windräder ertragen könnten!

Die Krönung, verehrter Herr Kollege, ist aber Ihre Begründung für die Notwendigkeit, am Atomausstieg festzuhalten. Alles andere, behaupten Sie, würde dem Land Nordrhein-Westfalen schaden, weil damit die Kraftwerksmodernisierung hier ins Stocken geriete. Nun frage ich mich, was die Kernkraftwerke mit Nordrhein-Westfalen zu tun haben. Würde Ihre Theorie auch nur im Ansatz zutreffen, hätte Nordrhein-Westfalen seit Inbe-

triebnahme des ersten kommerziellen Kernkraftwerks in Gundremmingen im Jahr 1966 doch unmöglich Deutschlands Energieland Nummer eins bleiben können. Keines der neu vereinbarten Kraftwerke ist als Ersatz für ein Kernkraftwerk geplant. Deshalb, Herr Kollege Horstmann, wird die Kernkraftwerkserneuerung stattfinden,

(Lachen bei der SPD)

nein, die Kraftwerkserneuerung stattfinden, ob die Laufzeiten der Kernkraftwerke nun verlängert werden oder nicht. Mit Nordrhein-Westfalen hat das ursächlich nichts zu tun.

Was mir aber an Ihrem Antrag wirklich auffällt, ist, dass Sie keinen einzigen Gedanken an eine Forderung nach niedrigeren Energiepreisen verschwenden. Das ist Ihr Problem, dass Sie nämlich in den letzten Jahren den Standort Deutschland ruiniert haben. Sie wollen am liebsten die ganze Welt auf einmal retten, egal, was es kostet. Sozial, Herr Horstmann, ist das nicht. Der Wirtschaft nützt es auch nicht, und den geringen ökologischen Effekt, den könnten Sie mit anderen Mitteln wesentlich billiger haben. Aber Effizienz war für Sie ja schon immer ein Fremdwort.

Deshalb werden wir uns für eine Überprüfung des energie- und umweltpolitischen Instrumentariums einsetzen, um zu verhindern, dass die staatlich verursachte Kostenbelastung von Energie noch weiter ansteigt. 528 % haben Sie uns seit 1998 zusätzlich auf den administrativen Sektor gejubelt. Das muss einmal zu Ende sein.

Mit den bisher eingesetzten Mitteln hätte man wesentlich mehr für das Klima tun können, wenn sie für eine Erhöhung der Energieeffizienz etwa im Gebäudebereich verwandt worden wären. Dafür werden wir uns stark machen.

Man könnte wesentlich mehr für das Klima tun, wenn man die Kraftwerke rundum modernisieren würde. Dafür werden wir uns einsetzen, und wir werden auch die verlässlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Ich habe in einer Arbeitsgruppe bei Frau Merkel mitgearbeitet, an der auch viele Energieunternehmen beteiligt waren, die - das darf ich Ihnen versichern - von unserer Konzeption alle hellauf begeistert waren. Ich glaube nicht, dass da irgendwelche Probleme kommen und irgendwelche Investitionen unterbleiben werden. Man wartet sehnsüchtig darauf, dass unsere Konzeption endlich umgesetzt wird, damit in diesem Lande wieder Investitionssicherheit herrscht und nicht dieses Hin und Her, das wir in der letzten Periode ja ständig beklagt haben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass wir insgesamt mehr für Wirtschaft und Klima tun, indem man die Marktmechanismen in der Umweltpolitik stärkt und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Das ist unser Ziel: Marktmechanismen in der Umweltpolitik stärken und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen.

Aus Ihrem Antrag ziehe ich das Fazit: Der Scheinriese SPD stellt sich hierhin, plustert sich ganz doll auf, rudert mit den Armen und ruft: Moment mal, mich gibt es auch noch! - Das, verehrter Herr Kollege Horstmann, wird uns nicht weiterführen. - Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank, Herr Weisbrich. Ich wollte Sie gerade auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen. - Dann hat jetzt Herr Priggen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Weisbrich, es ist ja immer ein Vergnügen, nach Ihnen zu reden. Aber ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie werfen Herrn Horstmann vor, der Antrag habe den Scheinriesen Tur Tur und wenig mehr als heiße Luft zum Inhalt. Ich habe mir bei der Vorbereitung der Debatte und beim Lesen des Antrags Ihren Koalitionsvertrag angesehen: Da ist, ganz vorsichtig ausgedrückt, nicht alles drin, worüber man zur Energiepolitik reden kann. In dieser Hinsicht brauchen Sie den Antrag also nicht zu kritisieren. In Ihrem Koalitionsvertrag ist wirklich sehr, sehr wenig, da ist fast alles ausgespart. Sie haben zur Kohle aus meiner Sicht etwas Vernünftiges gemacht; der Rest ist nur noch heiße Luft und zum Teil wirklich dummes Zeug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer da anderen etwas vorwirft! Gleich wird gesagt: Warten Sie auf die Regierungserklärung! - Da muss ich ja ganz gespannt sein; darin muss ja sehr, sehr viel vorkommen. In Ihrem Koalitionsvertrag jedenfalls steht zur Energiepolitik, zum Klimaschutz, zu dem, was man nach vorne machen müsste, und auch zu dem, was Sie angesprochen haben, niedrigere Energiepreise, mehr Wettbewerb - der Vorsitzende der Norddeutschen Raffinerie spricht von vier Besatzungszonen -, überhaupt nichts. Also ganz vorsichtig! Ich finde, dass in dem Koalitionsvertrag viel Wolkiges und wenig Substanz ist.

Ich finde den Antrag, den die Kollegen von der SPD eingebracht haben, gar nicht so schlecht.

Die Grundüberlegung ist, dass, wenn wir den Konsens aufgeben, der mit der Industrie getroffen wurde, nämlich die Atomenergie auslaufen zu lassen, dann natürlich der Neubau von Anlagen in Gefahr ist und dass an der Stelle natürlich weniger investiert werden wird, auch in Nordrhein-Westfalen. Da fehlt bei den Kollegen der SPD immer - das kann ich verstehen, aber nehmen Sie es zur Kenntnis -, dass in Hürth gebaut wird. Die Statkraft baut dieses moderne Graskraftwerk. In Herdecke baut sie zusammen mit anderen ein zweites. Es werden mehr Investitionen kommen. Anstatt die alten ausgedienten Kraftwerke, die nach über 30 Jahren wirklich fällig sind, vom Netz zu nehmen, wie vereinbart im Konsens auslaufen zu lassen, behindern Sie praktisch den Erneuerungsprozess.

Liebe Frau Thoben, ich habe Ihre Pressemitteilung mit großem Genuss durchgelesen. Diese skurrile Begründung! Ich darf Sie zitieren:

„Außerdem können Kernkraftwerke in Süddeutschland schon wegen der hohen Leitungsverluste durch die weiten Entfernungen keine Konkurrenten für nordrhein-westfälische Kohlekraftwerke sein.“

Das ist in der Sache so absurd, dass Ihnen das ein Geheimagent von Horstmann, der noch im Ministerium sitzt, aufgeschrieben haben muss. Das ist ein solcher Unfug!

(Beifall und Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Wir haben beim Verband der Netzbetreiber - VDN - nachgesehen. Der sagt: Der höhere Anteil der Leitungsverluste sind Trafoverluste, und bei 1.000 km Entfernung entstehen insgesamt Verluste zwischen 1 und 3 %. Sie haben uns doch immer gewarnt: Wenn wir Grünen gegen die Atomkraft sind, kommt der billige Atomstrom aus der Ukraine und sonst woher. Und jetzt soll baden-württembergischer Strom kein Wettbewerbsfaktor mehr sein? - Also das war ein Eigentümer.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In der Pressemitteilung steht ein zweites Eigentümer:

„Im Übrigen setzt die Landesregierung auf die Förderung solcher erneuerbaren Energien, die gute industriepolitische Chancen haben. Das ist zum Beispiel bei der Geothermie, der Bioenergie, der Solarenergie oder bei der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik der Fall.“

Da habe ich gedacht: Gut, schaust du wieder in den Koalitionsvertrag. - Da steht unter Energie nichts zur Geothermie, nichts zur Bioenergie,

nichts zur Solarenergie, nichts zur Brennstoffzelle, nicht zur Wasserstofftechnik. Gar nichts! Dann habe ich bei Herrn Pinkwart unter Innovation nachgesehen: Nichts, überhaupt nichts! Nirgendwo steht da, was Sie machen wollen. Im Wahlprogramm hatten Sie noch stehen: 12 % erneuerbare Energien. Zack! Alles vergessen, klammheimlich weg!

Wenn Sie sagen - der Begriff ist ja spannend - „gute industriepolitische Chancen haben“ und wenn ich dann diese Dreiviertelseite dumme Tirade gegen die Windkraft im Koalitionsvertrag lese, dann frage ich Sie: Wer ist denn industriepolitisch engagiert? Wenn Sie Ausschreibungsmodelle machen wollen: Welcher Bereich der Erneuerbaren ist denn am schnellsten wirtschaftlich? Ich habe mit der Statkraft Gespräche wegen Hürth geführt. Die hat mir gesagt, sie stellt in Norwegen für 3,2 Cent pro Kilowattstunde Windkraft her. Von allen Energieformen, die Sie hier nennen, wird die Windkraft am schnellsten wirtschaftlich werden.

Zu den industriepolitischen Chancen könnte ich Ihnen eine Liste nordrhein-westfälischer Firmen zeigen: Fünf der größten Getriebehersteller für Windkraftanlagen weltweit kommen alle aus NRW und beschäftigen 10.000 Leute. Wenn also irgendein Bereich industriepolitische Chancen hat, dann dieser.

(Beifall von den GRÜNEN)

In der „Financial Times“ vom 8. Juni 2005 habe ich gelesen: Eon baut den größten Windpark der Welt - in England, 2,3 Milliarden € Invest.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Priggen, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Papke beantworten?

Reiner Priggen (GRÜNE): Sofort, noch ein Zitat. - Aus der „Süddeutschen“ vom 30. Juni 2005: Die Allianz will 300 bis 500 Millionen € in Windkraft investieren. - Das passt nicht zueinander: die Tirade zur Vernichtung der Windkraft und gleichzeitig Industriepolitik fördern wollen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Die Bremser sitzen da!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Er fragt ja jetzt auch. - Herr Papke, bitte.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Lieber Herr Kollege Priggen, ich möchte Sie gerne fragen, warum Sie immer noch nicht die beiden fundierten Gutachten a) des Bremer Energieinstituts und b) des RWI - ich habe Sie mehrfach darauf hingewiesen - zur

Kenntnis genommen haben, die nachweisen, dass durch die Subventionierung der Windindustrieanlagen in Deutschland keine Arbeitsplätze entstehen, sondern massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden. Warum haben Sie diese beiden Gutachten immer noch nicht zur Kenntnis genommen und verbreiten hier Ihre alten Programmformeln, obwohl Sie sich doch an dieser Stelle schlaue machen könnten? Weshalb haben Sie das nicht zur Kenntnis genommen?

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Dr. Papke, das mag sein. Den Eindruck habe ich bei Ihnen schon lange, auch aufgrund Ihrer ganzen Vita, dass sich Ihre Realität in Gutachten spiegelt. Ich gehe in die großen Betriebe in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel nach Voerde, wo Babcock weggegangen ist und wo 700 oder 800 Leute an den Anlagen arbeiten. Ich kann Ihnen die Liste der vier mit den 10.000 Arbeitsplätzen geben. Das ist die Realität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Allianz und Eon habe ich zitiert. Die machen das nicht, weil sie uns Grünen nahe stehen - um es einmal auf den Punkt zu bringen -, und die anderen Länder auch nicht.

Sie sind dabei. Sie haben noch nicht richtig angefangen zu regieren, da vernichten Sie schon die Arbeitsplätze, die ein Zukunftspotenzial haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Machen Sie nur so weiter! Sie bekommen dann auch irgendwann die Quittung dafür. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muss sich schon sehr wundern, dass die SPD noch vor der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in der die Energiepolitik mit Sicherheit eine wichtige Rolle spielen wird ...

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

- Jetzt hören Sie doch einmal zu, Herr Rimmel. Ruhig bleiben!

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Ich dachte, Sie haben ein Programm und eine Meinung!)

Ein zentrales Thema wird in der Regierungserklärung mit Sicherheit das Thema „Energiepolitik“

sein, und da preschen Sie heute schon mit einem solch unausgegorenen Antrag vor. Herr Kollege Horstmann, eigentlich müssten Sie wissen, dass es manchmal angebracht ist, den Fuß vom Gaspedal zu nehmen und lieber etwas ruhiger zu fahren.

Meine Damen und Herren, in der Sache enthält der Antrag wie gewohnt eine Mischung aus energiepolitischem Stückwerk, überzogenen Befürchtungen und schlichten Falschaussagen.

(Beifall von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Diese willkürliche Aneinanderreihung lässt jegliche Struktur vermissen. Eine energiepolitische Konzeption ist noch nicht einmal ansatzweise erkennbar.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Ich muss sagen: Für den ehemaligen Energieminister des Landes Nordrhein-Westfalen ist dieses dürre Papierchen nun wirklich blamabel, Herr Horstmann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Thema „Kernenergie“ will die SPD offenbar ihren bereits einmal gescheiterten Angstwahlkampf fortsetzen.

(Zurufe von Dr. Gerhard Papke [FDP] und Dr. Axel Horstmann [SPD])

- Nun hören Sie einmal zu. Sie können heute noch etwas lernen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ihr Fraktionschef hört nicht zu!)

Sie wollen hier scheinbar Ihren Angstwahlkampf fortsetzen, mit dem den Wählern suggeriert werden soll, CDU und FDP wollten in Nordrhein-Westfalen neue Atomkraftwerke bauen. Das steht aber überhaupt nicht zur Debatte.

Es geht vielmehr darum, die Restlaufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke zu verlängern, indem wir uns nicht länger an ideologischen Vorgaben, sondern allein an den Sicherheitsstandards der Anlagen orientieren.

Deshalb ist aus unserer Sicht entscheidend, ob die Anlagen sicher sind. Wenn sie sicher sind, dann sollen sie auch weiter laufen. Wenn sie nicht sicher sind, müssen sie abgeschaltet werden, und zwar sofort. Darüber darf aber nicht aus ideologischen Gründen entschieden werden.

Herr Horstmann, für den ehemaligen Energieminister ist die Aussage absolut unwürdig, durch die Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kern-

kraftwerke würden die angekündigten Milliardeninvestitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks in Nordrhein-Westfalen gefährdet. Sie müssten doch eigentlich wissen, dass dies als Ersatz der bestehenden Kraftwerke dient und überhaupt nichts mit den auslaufenden Kernkraftwerken zu tun hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die neue Landesregierung wird die Erneuerung der nordrhein-westfälischen Kraftwerke, bei der es um Investitionen in Höhe von 5 Milliarden € geht, uneingeschränkt unterstützen. Das konnte man von der alten Landesregierung nicht unbedingt behaupten, in der der grüne Koalitionspartner insbesondere die Braunkohleverstromung systematisch und mit allen Mitteln torpediert hat. Bei der neuen Landesregierung dagegen können die Unternehmen am Energiestandort Nordrhein-Westfalen auf langfristig verlässliche Rahmenbedingungen vertrauen.

Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen mit seiner energieintensiven Industrie sind auf international wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen. Da, Herr Horstmann, hätten Sie hier ja zum Beispiel auch einmal die Arbeitnehmerinteressen vertreten können. Hunderttausende Arbeitsplätze hängen nämlich letzten Endes von günstigen Energiepreisen in Nordrhein-Westfalen ab.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die von Rot-Grün unternommenen nationalen Alleingänge in der Energie- und Klimapolitik können wir uns deshalb nicht mehr leisten. Der rot-grüne Instrumentenkasten mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz und der Ökosteuer ist in sich widersprüchlich, treibt die Energiepreise in die Höhe, führt zu Mehrfachbelastungen der Unternehmen und vernichtet Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen wir eine umfassende Kurskorrektur in der Energiepolitik. Statt wie Rot-Grün mit Subventionen und dirigistischen Eingriffen die Energiepreise künstlich zu erhöhen, wollen wir Wettbewerbsverzerrungen im Vergleich zu unseren ausländischen Konkurrenten abbauen und den Markt als Instrument zur Preisbildung im Energiesektor wieder mehr zur Geltung bringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ihre Zwischenfrage kam leider zu spät, Herr Rimmel. Tut mir Leid! Sie müssen Ihre Zwischenfragen viel-

leicht etwas früher stellen, damit sie besser berücksichtigt werden können.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

- Bitte keine Kritik am Präsidenten, Herr Rimmel!

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie sind gerade die Richtigen: liefern eine verheerende Bilanz in fast allen Politikfeldern ab, werden vom Wähler deshalb mit Karacho in die Opposition geschickt und stellen dann umgehend einen Antrag, der sich so zusammenfassen lässt: In der Energiepolitik muss alles so bleiben wie bisher.

Genau das meinen wir nicht. Wir halten das für falsch. Wir wollen deshalb Kurskorrekturen. Die sind notwendig. Wir wollen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit in der Energiepolitik in eine neue Balance - frei von Wirklichkeitsverweigerung und Ideologie - bringen. Dazu ist ein nationaler Konsens notwendig. Das war übrigens auch in der Vergangenheit so. Die Verteilung der Energieerzeugungsstrukturen in Deutschland war nicht die Folge kleinteiliger landespolitischer Entscheidungen. Es war immer eine große nationale Verabredung, die dazu geführt hat, dass wir besondere Strukturen hier und andere Strukturen in anderen Bundesländern haben.

Wir brauchen unter veränderten Weltmarkt- und technologischen Bedingungen - übrigens auch wirtschaftlichen Bedingungen - die Verabredung eines neuen nationalen Konsenses. Wir werden, weil wir Rücksicht auf Weltmärkte und technologische Veränderungen nehmen müssen, nicht bei den alten Antworten stehen bleiben können. An einer ganzheitlichen Lösung werden wir mitarbeiten. Herr Horstmann, Sie können beruhigt sein: Die Interessen des Landes sind bei uns dabei in guten Händen.

Ein wichtiger Bestandteil wird die Erneuerung des Kraftwerksparks sein. Die angekündigten Investitionen hier im Land von 5 Milliarden € liegen uns mindestens so am Herzen wie Ihnen. Wir werden alles dafür tun und darauf drängen, dass diesen Ankündigungen Taten folgen. Nordrhein-Westfalen soll als weltweit modernster Standort für hocheffiziente Kraftwerkstechnik ausgebaut wer-

den. Wir werden für die Investoren verlässliche Partner sein.

Nun behaupten Sie aber in Ihrem Antrag, eine mögliche Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken - da kennen Sie genau die Konsequenzen - schade dem Standort Nordrhein-Westfalen.

(Widerspruch von der SPD)

- Doch, so haben Sie es formuliert. - Sie gefährden den Einsatz regenerativer Energien. Die zugesagten Investitionen in Höhe von 5 Milliarden € würden später oder gar nicht erfolgen.

Eigentlich müssten Sie wissen, dass keines der geplanten Vorhaben in Nordrhein-Westfalen als Ersatz für ein stillzulegendes Kernkraftwerk dienen soll. Seit zehn Jahren haben wir in Nordrhein-Westfalen keine Kernkraftwerke mehr.

Zweitens, was die Chancen regenerativer Energien angeht: Sie berufen sich in der SPD normalerweise sehr gerne auf Aussagen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Warum nicht in einer solch zentralen Frage? Die Abteilungsleiterin lässt sich nachdrücklich so zitieren:

„Es muss ein zukunftsfähiger Kraftwerkspark entstehen, mit mehr dezentralen Anlagen ... Dass dieser Umbau wesentlich verzögert wird, wenn die AKW länger laufen, sehe ich nicht.“

Sie sagt ganz im Gegenteil:

„Der Umbau läuft am Ende eventuell sogar schneller, wenn die neuen Technologien sich dann dank niedrigerer Kosten schneller durchsetzen.“

Warum finden solche Überlegungen bei Ihnen überhaupt keinen Niederschlag? Sie malen gern ein rosiges Bild vom Einsatz regenerativer Energien in Nordrhein-Westfalen. Dabei wird selten vorgetragen, was hier wirklich los ist, und zwar wegen nationaler Verabredungen. Ich muss Ihnen die Struktur doch nicht nennen: dass wir in Nordrhein-Westfalen anders als andere Bundesländer nur 2 % Stromerzeugung aus regenerativen Energien haben, bundesweit 10 bis 12 %. Außerdem haben wir hier ein Ausmaß fossiler Brennstoffe, das es uns ohne Erneuerung des Kraftwerksparks schwer machen würde, dem Kyoto-Ziel näher zu kommen.

Malen Sie doch nicht Dinge an die Wand, die bei gemeinsamer Verabredung ohne unsere Mitwirkung so gar nicht stattfinden können! Ich verstehe Sie im Grunde genommen nicht. Wir haben in Nordrhein-Westfalen unsere Energiepolitik nie mit

Alleingängen durchtragen können. Vergessen Sie bitte nicht, dass all das, was Sie bisher zur Steinkohlepolitik vertreten haben, zu 80 % in einem nationalen Konsens finanziert wird. Wenn wir jetzt aus den nationalen Überlegungen zur Neuausrichtung der Energiepolitik ausscheren, gefährden Sie viel mehr, als wir verantworten wollen. Das sage ich Ihnen mit großem Nachdruck.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir möchten, dass wir diese gesamthafte Lösung verabreden. Herr Priggen, Sie haben Recht: Das wird nur auf Grundlage sehr detaillierter Informationen gerade auch der RAG gehen. Da haben Sie vollständig Recht. Aber warum stellen Sie diese Fragen an uns? Hat Ihr Koalitionspartner Ihnen diese Fragen nicht beantworten wollen oder können? Was ist denn in den Jahren passiert, in denen Sie hier regiert haben?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich komme sofort zum Schluss. - Ich empfehle Ihnen und uns also, nicht mit Glaubensbekenntnissen die Zukunft zu organisieren, sondern Sachverhalte auszutauschen und darauf basierend einen neuen energiepolitischen Konsens zu suchen. Die Landesregierung wird Ihnen selbstverständlich mit allen dazu nötigen Auskünften zur Verfügung stehen. - Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/17** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist diese Empfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

11 Einsetzung einer Kommission zur Reform der Nordrhein-Westfälischen Verfassung (Verfassungskommission)

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/13

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Abgeordnete Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute an der ein oder anderen Stelle mächtig gestritten. Das gehört auch in dieses Haus. Aber es gibt auch Punkte, bei denen wir vielleicht zu Gemeinsamkeiten kommen können. Das möchte ich mit diesem Antrag versuchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesverfassung Nordrhein-Westfalens wird am 11. Juli 2005 55 Jahre alt. Sie war für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gerade in der schwierigen Zeit des Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg identitätsstiftend. Vieles, besonders die Sprachgebung, mutet uns jetzt aber überkommen an.

Deshalb schlägt meine Fraktion die Überarbeitung der Verfassung vor. Unter Achtung von Wertentscheidungen, die sich in der Verfassungswirklichkeit bewährt haben, sollte eine vom Landtag einzusetzende Kommission einen Vorschlag für die Überarbeitung der Verfassung machen. Es geht uns dabei nicht um Modernismus, sondern um eine Überarbeitung, die Bewährtes achtet, aber Rechtsentwicklungen und neue Wertentscheidungen der Gesellschaft in Verfassungsrecht gießt.

Meine Damen und Herren, in unserer Landesverfassung gibt es so manches Fossil zu entdecken. Eine Kostprobe - ich zitiere -:

„Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

Würden wir diesen Wortlaut des Art. 27 Abs. 1 unserer Verfassung ernst nehmen, so hätten wir im Hinblick auf die immer stärkere Unternehmenskonzentration einen konkreten Handlungsauftrag zu erfüllen: Wir müssten Enteignungen vornehmen.

Der zitierte Art. 27 Abs. 1 findet sich auch im „Ahlemer Programm“ der CDU von 1948. Es war der Versuch der Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie. Dieser Versuch - insofern hat das Ganze durchaus interessante Verbindungen zu den heutigen Debatten - ist dann auch bereits im August 1948 im Landtag gescheitert.

Staatliche Monopole sind in den letzten Jahren privatisiert worden. Es sieht auch nicht so aus, Herr Ministerpräsident, als wolle die neue Landesregierung die RAG verstaatlichen.

Denkt man an die hohen Subventionen, könnte man sowieso auf den Gedanken kommen, dass das Unternehmen bereits dem Staat gehört. Leider partizipiert die öffentliche Hand nicht an den Gewinnen. Verluste hingegen werden häufig sozialisiert.

Meine Damen und Herren, dies ist nur ein Beispiel einer überkommenen Regelung aus der Landesverfassung, die offensichtlich keinen Bezug mehr zur Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Verfassung eines Staates ist aber der Inbegriff der geschriebenen oder ungeschriebenen grundlegenden Rechtssätze über Organisation und Funktionsweise der Staatsgewalt und die Rechtsstellung der oder des Einzelnen. Sie soll die Verfassungswirklichkeit widerspiegeln, Staatsziele definieren und in staatliches Tun oder auch Unterlassen münden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Die Bürgerinnen und Bürger - das ist der Grundgedanke einer demokratischen Verfassung - sollen sich mit dem grundlegenden Regelwerk ihres Landes identifizieren können. Wie wichtig das ist, haben wir bei der Abstimmung über die europäische Verfassung erleben müssen. Deshalb schlagen wir vor, dass der Arbeitsprozess der Kommission von einem Höchstmaß an Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gekennzeichnet sein soll. Dazu sollten die Vorschläge der Kommission zeitnah zugänglich gemacht werden. Ferner sollen Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess einfließen können.

Eine solche unmittelbare Beteiligung - Herr Jostmeier strahlt mich an -, für die wir da gemeinsam geworben haben, ist mithilfe der elektronischen Kommunikationstechniken heute ohne großen Aufwand und ohne große Kosten möglich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Am Ende des Prozesses sollen die Bürgerinnen und Bürger über die geänderte Verfassung entscheiden. Damit ist eine hohe Identifizierung der Menschen mit einer neuen Landesverfassung möglich. Die Bürgerinnen und Bürger sollen bei dem wichtigsten Reformwerk ihres Landes unmittelbar gestalten und entscheiden können.

Nur wer die Menschen bei Prozessen und Entscheidungen, die unsere Gesellschaft ausmachen und gestalten, mitnimmt, kann nachhaltig gestalten. Dies gilt auf Landes-, Bundes- und auch auf europäischer Ebene.

Meine Damen und Herren, wir haben in der vergangenen Legislaturperiode interfraktionell vier Verfassungsänderungen gemeinsam und im Sinne der Sache auf den Weg gebracht: Volksbegehren/Volksentscheid, Kinderrechte und Tierschutz sowie das Konnexitätsprinzip.

Dabei haben wir oft gesagt: Wir machen das jetzt, weil uns das fachpolitisch wichtig ist, aber eigentlich müssten wir uns auch einmal das Ganze ansehen. - Insofern werbe ich dafür - anknüpfend an diese gute Zusammenarbeit im Hauptausschuss -, dass die anderen Fraktionen unsere Initiative für eine solche Verfassungskommission wohlwollend aufgreifen, diskutieren und wir gemeinsam ein solches zentrales parlamentarisches Vorhaben in dieser Wahlperiode gestalten und abschließen können. Damit könnte NRW einmal mehr eine Vorreiterrolle - wie bereits bei der Diätenreform - einnehmen. Ich glaube, das wäre das schönste Geschenk, das wir unserer Verfassung sowie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zum Geburtstag machen könnten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die weiteren Beratungen heute und im Hauptausschuss. Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Keller, CDU-Fraktion, das Wort.

Ilka Keller^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Löhrmann, an einer guten Zusammenarbeit im Hauptausschuss sind wir natürlich sehr interessiert; das ist selbstverständlich. Aber dass Sie diesen Antrag auf Einsetzung einer Verfassungskommission ausgerechnet jetzt stellen, gleich am Anfang dieser Legislaturperiode deutliche Veränderungen und Korrekturen in unserer Landesverfassung vornehmen wollen, das hat uns - mit Verlaub gesagt - doch sehr erstaunt, haben Sie doch seit zehn Jahren hier jegliche Chance der Veränderung gehabt. Warum gerade jetzt und das auch noch deutlich gemacht am Beispiel des Kleingartenvereins? Das fanden wir doch ein bisschen erstaunlich.

In der vergangenen Legislaturperiode haben alle Fraktionen um verschiedene Verfassungsänderungen gerungen - Sie haben es ja eben auch angesprochen -, hart, aber im Ergebnis erfolgreich. Am Ende standen immer Formulierungen, von denen jeder sagen kann, dass eine breite Parlamentsmehrheit sie stützt und eine breite Parlamentsmehrheit gefunden wurde.

Wir sind darauf stolz, weil sich die Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit wirklich nicht leicht gemacht haben. Sie selbst haben die Themenfelder eben benannt: Tierschutz als Erziehungs- und Staatsziel, die Aufnahme von Kinderrechten, die Stärkung der plebiszitären Elemente und die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung. Was leider nicht gepunktet hat, das war ein Antrag aus dem Europaarbeitskreis, nämlich die Verankerung der europäischen Dimension in der Landesverfassung - ein für uns selbst bedeutendes Themenfeld.

In den Diskussionen wurde natürlich auch die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoll wäre, unsere Landesverfassung einmal insgesamt durchzuforschten, ob alle Vorschriften noch form- und sachgerecht sind. An der ein oder anderen Stelle mag das sperrig sein. Sie haben es eben selbst benannt und ein Beispiel aufgezeigt. Aber das Beispiel der Förderung der Kleingartenvereine ist, finden wir, hier kein taugliches Objekt.

Im Ergebnis hat sich die nordrhein-westfälische Verfassung bewährt. Lassen wir es einmal Revue passieren! Auch im Kommentar zur Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen von Löwer/Tettinger aus dem Jahr 2002 heißt es:

Diese jüngste Entwicklung

- gemeint sind die Änderungen der letzten Legislaturperiode -

konnte freilich nichts mehr daran ändern, dass kein Bundesland in den 90er-Jahren eine größere Stabilität in seiner Verfassung zu verzeichnen hatte als Nordrhein-Westfalen.

Ich denke, wir sollten zuerst einmal abwarten, was die Föderalismuskommission in Berlin demnächst sagt. Die sollte ihre Arbeit schnellstens wieder aufnehmen. Dann wird es zu Ergebnissen kommen - da bin ganz sicher -, die sich auch in unserer Landesverfassung niederschlagen werden.

Christian Dästner schreibt in Band 12 der Schriften des Landtags „Konflikt und Konsens: 50 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen“:

Auch nach 50 Jahren zeigt sich die nordrhein-westfälische Landesverfassung in guter Verfassung.

Auch in Zukunft wird es hier natürlich Anpassungsbedarf geben. Aber dazu gehört auch ein Kriterienkatalog. Die Würde der Verfassung verbietet es, dass wir sie zur Tagespolitik machen. Wir wollen das sehr behutsam aufgreifen. Dass die europäische Integration auch hier ihre Spuren hinterlassen hat, das steht für mich außer Frage.

Aber - ich wiederhole es -: Alle Änderungen müssen aus meiner Sicht sehr sorgfältig bedacht werden. Das gilt auch für die von Ihnen vorgeschlagene Volksabstimmung und für die geplante Arbeitsdauer von dreieinhalb Jahren.

Wir wollen die Verfassung nicht neu erfinden; das möchte ich deutlich machen. Angesichts unseres Verfassungsprinzips der repräsentativen Demokratie stelle ich auch hier eine interaktive Bürgerbeteiligung infrage. Sie und ich sind letztendlich gewählt worden, um unser Land für und mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln. Das wollen wir auch in Zukunft so beibehalten. Selbstverständlich werden wir das jetzt aufgreifen und intensiv im Hauptausschuss diskutieren. - Ich danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Keller. - Als nächster Redner hat der Kollege Kuschke, SPD-Fraktion, das Wort.

Wolfram Kuschke^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nicht zuletzt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur einige wenige Anmerkungen! Die erste: Frau Kollegin Keller, so ungewöhnlich ist das Begehren der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass gegen Ende der Legislaturperiode gerade bei den damaligen Oppositionsfraktionen keine Zustimmung zu dem Vorschlag der Landesregierung bestand, sozusagen über eine freiwillige Vereinbarung Dinge zu klären, die mit den Stichworten „Subsidiaritätskontrolle“ und „mehr Informationsrechte für das Parlament“ zu tun haben. Gut, die Rollen haben sich geändert, aber es ist durchaus zulässig, noch einmal daran zu erinnern, welchen Stand wir gegen Ende der Legislaturperiode hatten.

Die zweite Anmerkung - da klang bei Ihnen, Frau Kollegin Keller, durchaus etwas an, was ich aufgreifen will; mir liegt sehr daran, dass wir das auch im Hauptausschuss weiter diskutieren -: Es ist kein zulässiger Vergleich mit den Diskussionen, die wir um die EU-Verfassung gehabt haben, die so genannt wird, aber eigentlich keine ist. Ich denke, wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern, wenn wir uns auf ein solches Verfahren einlassen, klar machen: Warum machen wir das zum jetzigen Zeitpunkt? Wie begegnen wir den Fragen: Habt ihr eigentlich nichts Wichtigeres und anderes zu tun? In welchem Zusammenhang muss es eingeordnet werden? - Das sind Anforderungen an das Verfahren, über die man sich sicherlich unterhalten müsste.

Dritte Anmerkung - jetzt in Richtung des Antragstellers: Es taucht zwar nur in der Begründung auf, aber wenn wir uns einem solchen Verfahren öffnen, dann ohne einen Katalog von Festlegungen, von Inhalten, die man in besonderer Art und Weise angehen will. Ich denke, da stimmen Sie zu, Frau Kollegin Löhrmann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich bin Gesprächsbereit!)

Das muss man in offener Art und Weise angehen.

Ich denke, man muss im Hauptausschuss darüber sprechen: Wie kann ein transparentes, aber auch effektives Verfahren aussehen? Denn unter dem Aspekt „Europa“ - den Sie gerade angesprochen haben, Frau Kollegin Keller - kann es durchaus sein - wir sind einmal optimistisch -, dass doch schnellerer Handlungsbedarf besteht als auf einer Zeitachse bis 2008, die man sich hier vorgenommen hat.

Ich glaube - und das soll die vierte und letzte Anmerkung sein -, dass wir uns die Zeit im Hauptausschuss nehmen sollten, noch einmal über dieses Anliegen und auch über die Kriterien, die ich gerade genannt habe, zu sprechen. Ich vermute, wir werden keine Situation haben, wie es sie 1946/47 in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, als die ersten Diskussionen um eine Landesverfassung stattgefunden haben. Unsere Landesverfassung ist aber relativ spät verabschiedet worden. Dass sie doch noch auf einer relativ kurzen Zeitachse zustande gekommen ist, hing damals mit einem Verfahren zusammen, von dem ich glaube, Herr Innenminister, dass wir es dieses Mal nicht mehr hinbekommen werden: Das Parlament hatte die Landesregierung gebeten, einen Entwurf vorzulegen. Ich glaube, da ist die Entwicklung des Selbstbewusstseins dieses Hohen Hauses weiter vorangeschritten. Wir freuen uns auf die Beratungen im Hauptausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kuschke. - Als nächster Redner für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Orth.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es vorweg zu sagen: Auch wir Liberalen werden den Antrag der Grünen ablehnen. Ich sage: Willkommen in der Opposition, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Früher in der Regierung haben Sie nur Beauftragte gefordert, jetzt in der Opposition legen Sie einen drauf und fordern direkt ganze Kommissionen.

Wir wollen auch nicht sagen, welche Komma- oder Rechtschreibfehler Sie in Ihrem Antrag haben. Das haben Sie in den vergangenen fünf Jahren zur Genüge getan. Wir fanden das immer elendig und werden es hier nicht wiederholen.

Wir hätten uns gewünscht, dass Sie in den vergangenen Jahren mehr Elan in die Erneuerung unserer Gesetzeslage gesteckt hätten, anstatt jetzt mit einem solchen Antrag zu kommen. Warum haben Sie nicht die letzten Wochen dazu genutzt, beispielsweise an einem vernünftigen Schulgesetz mitzuarbeiten, das wir als neuen Entwurf der Grünen hätten beraten können?

Wenn Sie uns hier einen solchen Antrag präsentieren, hätten wir uns auch gewünscht, dass Sie ganz klar sagen: Wohin soll die Reise eigentlich gehen? Was wollen Sie eigentlich? Sehen Sie den Änderungsbedarf mehr darin, die Kleingärtner aus der Verfassung zu streichen, oder wollen Sie den Gartenzwerg zusätzlich schützen? Was wollen Sie? Jeder, der eine solche Kommission einsetzt, muss doch ein Ziel vor Augen haben. Sie haben das ein oder andere in Ihrem Wortbeitrag genannt; aber ich denke, hier hätten Sie konkreter werden müssen.

Wir haben in den letzten Jahren immer dann, wenn es nötig war, auch hier im Parlament ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Orth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Nein danke, Herrn Remmel brauche ich nicht.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie waren es doch, die beim letzten Mal die Nachhaltigkeit in die Verfassung haben wollten! Sie haben doch den Antrag gestellt!)

- Herr Remmel, regen Sie sich nicht auf.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das können wir genau nachgucken!)

In den letzten fünf Jahren

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dummes Geschwätz ist das!)

haben alle vier Fraktionen gemeinsam die ein oder andere Änderung durchgebracht. Ich denke, immer dann, wenn man einen konkreten Anlass hat, kann man miteinander reden und einen Konsens finden. Das ist parlamentarischer Brauch, und das ist gut so. Da wird die Opposition auch einbezogen. Da müssen Sie keine Sorge haben,

Herr Remmel. Für Verfassungsänderungen brauchen wir Sie auch zukünftig.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie brauchen uns nicht zu erklären, wie Parlamentarismus geht!)

Wir wollen aber nicht eine Diskussion der Diskussion wegen. Die Verfassung ist in gewisser Weise auch ein historisches Dokument. Wir sollten ein solches Dokument nicht immer mit dem Zeitgeist von heute lesen und sagen: Wir müssen es ändern. - Eine Verfassung hat auch einen gewissen Wert an sich. Sie zeigt, wie ein Staat gestartet ist, welche Wertvorstellungen man hatte. Man muss sie natürlich anpassen, wenn diese Wertvorstellungen im konkreten Verhalten nicht mehr praktikabel sind.

Wenn Sie Jurist wären, Herr Remmel, wüssten Sie: Wenn die Verstaatlichung in der Verfassung des Landes NRW steht, heißt das gar nichts; denn das Grundgesetz steht darüber. Insofern können wir da auch ganz gelassen sein. Wir begehen also keinen Gesetzesbruch, wenn wir jetzt nicht hergehen und jede Menge Industrie verstaatlichen. Sonst hätten Sie die letzten zehn Jahre ja auch permanent Verfassungsbruch begangen.

Wir möchten in den kommenden Jahren und vielleicht auch Jahrzehnten in einer Regierungskoalition immer dann, wenn es nötig ist, Änderungen auf den Weg bringen. In diesem Sinne werden wir auch die kommenden fünf Jahre gestalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. - Für die Landesregierung hat nun Minister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit ihrem Antrag auf eine umfassende Verfassungsreform und Einsetzung einer Verfassungskommission wollen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, offenbar gleich zu Beginn der Legislaturperiode als treibende Kraft zur Erneuerung der Landesverfassung darstellen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Wie beim letzten Mal!)

In den letzten zehn Jahren unter Ihrer Regierungsbeteiligung haben Sie allerdings viele Chancen verstreichen lassen, notwendige Änderungen gemeinsam mit FDP und CDU vorzunehmen. Be-

reits in der letzten Legislaturperiode haben die Fraktionen der FDP und der CDU wichtige, überfällige Verfassungsänderungen angemahnt, die jetzt auch auf Ihrer Liste stehen. Entsprechende Gesetzentwürfe sind damals vorgelegt worden. Als Schlagworte seien hier nur die „Generationengerechtigkeit“, die „Integration der europäischen Dimension in die Verfassung“ und auch die „Parlamentsreform“ genannt. Hätten Sie damals diesen Verfassungsänderungen zugestimmt, wären weite Teile Ihres Antrags heute obsolet.

(Beifall von der FDP)

Es verwundert doch sehr, meine Damen und Herren, dass die Grünen dieses Thema nun mit so viel Verve für sich entdecken. Dieses Engagement haben Sie in den letzten zehn Jahren - das ist von Vorrednern auch schon gesagt worden - offensichtlich vermissen lassen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Sie hatten geschlagene zehn Jahre Zeit, eine solche Verfassungskommission einzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die eben genannten Verfassungsänderungen stehen natürlich auch weiterhin auf der Agenda. Diese Landesregierung wird sich deshalb aktiv einbringen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Aber selbstverständlich! Immer sehr gerne von Herrn Remmel!

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Dr. Wolf, können Sie sich daran erinnern, dass wir in der Diskussion über die von Ihnen aufgezählten Punkte genau dieses damals gemeinsam ins Visier genommen haben, dass wir gesagt haben, diese Punkte müsste man eigentlich in einem größeren Zusammenhang im Rahmen einer generellen Renovierung der Verfassung - übrigens auch mit Ihrem Kopfnicken - diskutieren?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich freue mich, dass Sie auch Kopfnicken von mir zur Kenntnis genommen haben. Ich kann nur sagen, es bleibt bei der Aussage, die ich getätigt habe: Sie haben zwischen 1995 und 2005 zehn Jahre Zeit gehabt, die von Ihnen angemahnte Generalrevision hier

im Hohen Haus vorzunehmen. Sie haben das nicht getan, und Sie haben sich sogar den als notwendig erachteten Änderungen verweigert. Das zeigt, dass Sie sich in der Opposition jetzt offensichtlich in eine neue Rolle begeben wollen, die kontrastiert zu dem, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Konstruktiv!)

- Wenn das Wort „kontrastiert“ für Sie zu schwer ist, Herr Remmel, dann kann ich es nicht ändern.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Konstruktiv!
Das ist ein Unterschied!)

Sollten im Laufe unserer Arbeit weitere Punkte hinzutreten, die in unserer Verfassung als erneuerungsbedürftig angesehen werden, so werden wir uns diesen selbstverständlich mit hoher Aufmerksamkeit widmen und sie verändern. Den dann zu führenden Diskussionen hier im Parlament und in den Ausschüssen sehe ich mit Freude und Spannung entgegen.

In diesen Diskussionen werden wir uns von einigen grundsätzlichen Aussagen leiten lassen - das bitte ich auch sehr deutlich zur Kenntnis zu nehmen -: Verfassungsänderungen sind keine Fragen der Tagesaktualität. Sie sollten nicht aktuelle politische Wünsche und Trends einzelner Parteien oder Interessengruppen bedienen. Verfassungsbestimmungen beschreiben einen breiten Rahmen der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, angelegt auf einen langen Zeitraum. Und - das ist auch von den Vorrednern gesagt worden - da spielt auch Tradition eine durchaus werthaltige Rolle. Verfassungsänderungen sollten, wenn irgend möglich, im Konsens aller im Landtag vertretenen Parteien geschlossen werden, unabhängig von einer ohnehin notwendigen Zweidrittelmehrheit. Ich glaube, wir haben in der Opposition auch erkennen lassen, dass wir dieses gemeinsame Bestreben haben. Das werden wir jetzt in der Rolle einer Regierungsfraktion fortführen.

Mit einem solchen Kompass ausgestattet wird es uns gelingen, bereits erkannte und sich andeutende Schwachstellen unserer Verfassung zu beheben. So können wir eine moderne Verfassung schaffen, die nicht alle Traditionen über Bord wirft. Einen dringenden Handlungsbedarf zur Einrichtung einer Verfassungskommission sieht diese Landesregierung nicht. Auch wenn hier natürlich das Selbstorganisationsrecht des Landtags berührt ist - eine solche Einschätzung erlaube ich mir dennoch.

Die verfassungsrechtliche Situation in NRW ist übrigens auch eine völlig andere als im Bund, wo

strukturelle Politikblockaden gerade in der Verfassung selbst angelegt sind. In NRW ist keine Situation auszumachen, wo durch Verfassungsrecht notwendige Planungsentscheidungen oder Investitionen gehemmt werden. Ich glaube, es kommt darauf an, eine gute Mischung, eine Balance zwischen Kontinuität und Veränderung zu finden.

Die Einrichtung neuer Ausschüsse und Kommissionen sollte von den Regierungsfractionen, die ja nachhaltig Bürokratie abbauen, auch nur dann unterstützt werden, wenn dieses unabweisbar notwendig ist. Ich denke, ein solches dringendes Bedürfnis ist nicht erkennbar. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratung zum Tagesordnungspunkt 11.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/13. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/13** an den **Hauptausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Empfehlung des Ältestenrates zustimmen möchte, den bitte ich um Handaufzeigen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

12 Nachwahl von Mitgliedern und eines stellvertretenden Mitglieds des Ältestenrats

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/20 - Neudruck

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen damit unmittelbar zur Abstimmung über diesen **Wahlvorschlag Drucksache 14/20 - Neudruck**. Ich darf Sie bitten, Ihre Zustimmung zu signalisieren. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Vorschlag einstimmig **angenommen**.

Dann kommen wir zu:

13 Nachwahl von Mitgliedern und eines stellvertretenden Mitglieds des Ständigen Ausschusses gemäß Artikel 40 der Landesverfassung

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/21 - Neudruck

Auch hierzu ist keine Debatte vorgesehen.

Wir kommen damit unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag Drucksache 14/21 - Neudruck**. Wer seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich, das jetzt zu signalisieren! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Wahlvorschlag einstimmig **angenommen**.

Dann kommen wir zu:

14 Beschlüsse zu Petitionen

Übersichten 13/60 und 13/61

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 13. Juli 2005, 10 Uhr.

Ich erinnere noch einmal an die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse. Die ersten Sitzungen beginnen in 15 Minuten, also um 17:40 Uhr. Die weiteren Sitzungen beginnen in 30 Minuten, um 17:55 Uhr.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:24

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.



Landtag Nordrhein-Westfalen

14. Wahlperiode

Anlage 1

Niederschrift

über die **namentliche Abstimmung** zu Punkt 4. der Tagesordnung
der 3. Plenarsitzung am 6. Juli 2005

**Betr.: Ausbildung im Steinkohlebergbau: Eine berufliche Perspektive für junge Menschen im Ruhr-
gebiet**

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm - ent- hal- tung
1	Frau Altenkamp	SPD	X		
2	Frau Apel-Haefs	SPD	X		
3	Frau Asch	Grüne		X	
4	Herr Aßbrock	CDU		X	
5	Herr Becker	SPD	X		
6	Herr Becker	Grüne		X	
7	Frau Beer	Grüne		X	
8	Herr Dr. Behrens	SPD	X		
9	Herr Dr. Berger	CDU		X	
10	Herr Biesenbach	CDU		X	
11	Herr Billmann	CDU		X	
12	Herr Bischoff	SPD	X		
13	Herr Börschel	SPD	X		
14	Herr Bollenbach	CDU		X	

15	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD	X	
16	Herr Dr. Bovermann	SPD	X	
17	Herr Brakelmann	CDU		X
18	Herr Breuer	CDU		X
19	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		X
20	Herr Brockes	FDP		X
21	Frau Brüning	CDU		X
22	Frau Brunert-Jetter	CDU		X
23	Frau Brunn	SPD	X	
			Sa.: 9	14
<hr/>				
24	Herr Burkert	CDU		X
25	Herr Clauser	CDU		X
26	Herr Deppe	CDU		X
27	Herr Dieckmann	SPD	X	
28	Frau van Dinther	CDU		X
29	Frau Doppmeier	CDU		X
30	Herr Dr. Droste	CDU		X
31	Frau Düker	Grüne		X
32	Herr Einmahl	CDU		X
33	Herr Eiskirch	SPD	X	
34	Herr Ellinghaus	CDU		X
35	Herr Engel	FDP		X
36	Herr Eumann	SPD	X	
37	Frau Fasse	CDU		X
38	Herr Fehring	CDU		X
39	Frau Fischer	SPD	X	
40	Frau Freimuth	FDP		X
41	Herr Garbrecht	SPD	X	
42	Herr Gatter	SPD	X	
43	Frau Gebhard	SPD	X	
44	Herr Giebels	CDU		X

45	Frau Gießelmann	SPD	X	
46	Frau Gödecke	SPD	X	
47	Frau Gottschlich	SPD	X	
48	Herr Groschek	SPD	X	
49	Herr Große Brömer	SPD	X	
50	Herr Grunendahl	CDU		X
51	Herr Dr. Hachen	CDU		X
52	Frau Hack	SPD	X	
53	Frau Hammelrath	SPD	X	
54	Herr Haseloh	SPD	X	
55	Frau Hendricks	SPD	X	
			Sa.:	16
				16
56	Herr Henke	CDU		X
57	Herr Hilser	SPD	X	
58	Frau Höhn	Grüne		X
59	Herr Hollstein	CDU		X
60	Herr Dr. Horstmann	SPD	X	
61	Herr Hovenjürgen	CDU		X
62	Frau Howe	SPD	X	
63	Herr Hüsken	CDU		X
64	Herr Jäger	SPD	X	
65	Herr Jarzombek	CDU		X
66	Herr Jörg	SPD	X	
67	Herr Jostmeier	CDU		X
68	Herr Jung	SPD	X	
69	Herr Kaiser, Klaus	CDU		X
70	Herr Kaiser	CDU		X
71	Frau Kastner	CDU		X
72	Frau Keller	CDU		X
73	Herr Kemper	CDU		X
74	Herr Kern	CDU		X

75	Herr Keymis	Grüne		X
76	Frau Kieninger	SPD	X	
77	Herr Killewald	SPD	X	
78	Herr Kleff	CDU		X
79	Herr Klein	CDU		X
80	Frau Klöpffer	CDU		X
81	Herr Knieps	CDU		X
82	Herr Körfges	SPD	X	
83	Frau Koschorreck	SPD	X	
84	Frau Kraft	SPD	X	
85	Herr Kramer	SPD	X	
86	Frau Krauskopf	SPD	X	
87	Herr Kress	CDU		X
			Sa.: 13	19

88	Herr Krückel	CDU		X
89	Herr Kruse	CDU		X
90	Herr Kuhmichel	CDU		X
91	Herr Kuschke	SPD	X	
92	Herr Kutschaty	SPD	X	
93	Herr Lehne	CDU		X
94	Herr Leuchtenberg	SPD	X	
95	Herr Lienenkämper	CDU		X
96	Herr Lindlar	CDU		X
97	Herr Lindner	FDP		X
98	Herr Link	SPD	X	
99	Herr Dr. Linssen	CDU		X
100	Frau Löhrmann	Grüne		X
101	Herr Löttgen	CDU		X
102	Herr Lohn	CDU		X
103	Herr Lorth	CDU		X
104	Herr Luckey	CDU		X

105	Herr Lux	CDU		X
106	Frau Meurer	SPD	X	
107	Frau Milz	CDU		X
108	Herr Möbius	CDU		X
109	Frau Monheim	CDU		X
110	Herr Moron	SPD	X	
111	Herr Müller	CDU		X
112	Frau Nell-Paul	SPD	X	
113	Herr Ortgies	CDU		X
114	Herr Dr. Orth	FDP		X
115	Herr Palmen	CDU		X
116	Herr Dr. Papke	FDP		X
117	Herr Peschkes	SPD	X	
118	Herr Dr. Petersen	CDU		X
119	Herr Pick	CDU		X
			Sa.: 8	24

120	Frau Pieper-von Heiden	FDP		X
121	Herr Post	CDU		abwesend
122	Herr Preuß	CDU		X
123	Herr Priggen	Grüne		X
124	Herr Rasche	FDP		X
125	Herr Ratajczak	CDU		X
126	Herr Reck	CDU		X
127	Herr Recker	CDU		X
128	Herr Rimmel	Grüne		X
129	Herr Röken	SPD	X	
130	Herr Römer	SPD	X	
131	Herr Dr. Romberg	FDP		X
132	Herr Dr. Rudolph	SPD	X	
133	Frau Rühl	CDU		X
134	Herr Dr. Rüttgers	CDU		X

135	Frau Ruff-Händelkes	SPD	X		
136	Frau Ruhkemper	SPD	X		
137	Herr Sagel	Grüne		X	
138	Herr Sahren	CDU		X	
139	Frau Schäfer	SPD	X		
140	Herr Schartau	SPD	X		
141	Herr Schemmer	CDU		X	
142	Herr Schick	CDU		X	
143	Herr Schittges	CDU		X	
144	Herr Schmeltzer	SPD	X		
145	Herr Schmitz	CDU		X	
146	Herr Schroeren	CDU		X	
147	Herr Schulte	CDU		X	
148	Herr Schulte	CDU		X	
149	Herr Schultheis	SPD	X		
150	Frau Schulze	SPD	X		
151	Frau Schwarz-Schumann	SPD	X		
			Sa.:	11	20
<hr/>					
152	Herr Seel	CDU			X
153	Herr Sendker	CDU			X
154	Herr Sichau	SPD	X		
155	Frau Sikora	SPD	X		
156	Herr Solf	CDU			X
157	Herr Stahl	CDU			X
158	Frau Steffens	Grüne			X
159	Herr Steinbrück	SPD	X		
160	Herr Prof. Dr. Sternberg	CDU			X
161	Herr Stinka	SPD	X		
162	Herr Stotko	SPD	X		
163	Frau Stotz	SPD	X		
164	Frau Talhorst	SPD	X		

165	Herr Tenhumberg	CDU		X
166	Frau Thomann-Stahl	FDP		X
167	Frau Tillmann	SPD	X	
168	Herr Töns	SPD	X	
169	Herr Trampe-Brinkmann	SPD	X	
170	Herr Tüttenberg	SPD	X	
171	Herr Uhlenberg	CDU		abwesend
172	Herr Unruhe	SPD	X	
173	Frau Veldhues	SPD	X	
174	Herr Dr. Vesper	Grüne		X
175	Frau Walsken	SPD	X	
176	Frau Watermann-Krass	SPD	X	
177	Herr Weisbrich	CDU		X
178	Frau Westerhorstmann	CDU		X
179	Herr Westkämper	CDU		X
180	Frau Wiegand	SPD	X	
181	Herr Wilp	CDU		X
182	Herr Wirtz	CDU		X
183	Herr Wirtz	CDU		X
			Sa.: 16	15
<hr/>				
184	Herr Wißen	SPD	X	
185	Herr Witzel	FDP		X
186	Herr Dr. Wolf	FDP		abwesend
187	Herr Wüst	CDU		X
			Sa.: 1	2

ERGEBNIS

Seite	Ja	Nein	Abwesend	Summe
1	9	14		

2	16	16	
3	13	19	
4	8	24	
5	11	20	
6	16	15	
7	1	2	
Gesamt- summe	74	110	3

Unterschrift des Schriftführers

Landtag Nordrhein-Westfalen

14. Wahlperiode

Anlage 2

Niederschrift

über die **namentliche Abstimmung** zu Punkt 7. der Tagesordnung
der 3. Plenarsitzung am 06.07.2005

Betr.: Kein Aushöhlen der Tarifautonomie!
Bewährte Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe sichern

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- - ent- hal- tung
1	Frau Altenkamp	SPD	X		
2	Frau Apel-Haefs	SPD	X		
3	Frau Asch	Grüne	X		
4	Herr Aßbrock	CDU		X	
5	Herr Becker	SPD	X		
6	Herr Becker	Grüne	X		
7	Frau Beer	Grüne	X		
8	Herr Dr. Behrens	SPD	X		
9	Herr Dr. Berger	CDU		X	
10	Herr Biesenbach	CDU		X	
11	Herr Billmann	CDU		X	
12	Herr Bischoff	SPD	X		
13	Herr Börschel	SPD	X		
14	Herr Bollenbach	CDU		X	
15	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD	X		
16	Herr Dr. Bovermann	SPD	X		
17	Herr Brakelmann	CDU		X	
18	Herr Breuer	CDU		X	
19	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		X	
20	Herr Brockes	FDP		X	
21	Frau Brüning	CDU		X	
22	Frau Brunert-Jetter	CDU		X	

23	Frau Brunn	SPD	X	
			Sa.:	12
				11
24	Herr Burkert	CDU		X
25	Herr Clauser	CDU		X
26	Herr Deppe	CDU		X
27	Herr Dieckmann	SPD	X	
28	Frau van Dinther	CDU		X
29	Frau Doppmeier	CDU		X
30	Herr Dr. Droste	CDU		X
31	Frau Düker	Grüne	X	
32	Herr Einmahl	CDU		X
33	Herr Eiskirch	SPD	X	
34	Herr Ellinghaus	CDU		X
35	Herr Engel	FDP		X
36	Herr Eumann	SPD	X	
37	Frau Fasse	CDU		X
38	Herr Fehring	CDU		X
39	Frau Fischer	SPD	X	
40	Frau Freimuth	FDP		X
41	Herr Garbrecht	SPD	X	
42	Herr Gatter	SPD	X	
43	Frau Gebhard	SPD	X	
44	Herr Giebels	CDU		X
45	Frau Gießelmann	SPD	X	
46	Frau Gödecke	SPD	X	
47	Frau Gottschlich	SPD	X	
48	Herr Groschek	SPD	X	
49	Herr Große Brömer	SPD	X	
50	Herr Grunendahl	CDU		X
51	Herr Dr. Hachen	CDU		X
52	Frau Hack	SPD	X	

53	Frau Hammelrath	SPD	X	
54	Herr Haseloh	SPD	X	
55	Frau Hendricks	SPD	X	
			Sa.:	17
				15
56	Herr Henke	CDU		X
57	Herr Hilser	SPD	X	
58	Frau Höhn	Grüne	X	
59	Herr Hollstein	CDU		X
60	Herr Dr. Horstmann	SPD	X	
61	Herr Hovenjürgen	CDU		X
62	Frau Howe	SPD	X	
63	Herr Hüsken	CDU		X
64	Herr Jäger	SPD	X	
65	Herr Jarzombek	CDU		X
66	Herr Jörg	SPD	X	
67	Herr Jostmeier	CDU		X
68	Herr Jung	SPD	X	
69	Herr Kaiser	CDU		X
70	Herr Kaiser	CDU		X
71	Frau Kastner	CDU		X
72	Frau Keller	CDU		X
73	Herr Kemper	CDU		X
74	Herr Kern	CDU		X
75	Herr Keymis	Grüne	X	
76	Frau Kieninger	SPD	X	
77	Herr Killewald	SPD	X	
78	Herr Kleff	CDU		X
79	Herr Klein	CDU		X
80	Frau Klöpper	CDU		X
81	Herr Knieps	CDU		X
82	Herr Körfges	SPD	X	

83	Frau Koschorreck	SPD	X	
84	Frau Kraft	SPD	X	
85	Herr Kramer	SPD	X	
86	Frau Krauskopf	SPD	X	
87	Herr Kress	CDU		X
			Sa.: 15	17
88	Herr Krückel	CDU		X
89	Herr Kruse	CDU		X
90	Herr Kuhmichel	CDU		X
91	Herr Kuschke	SPD	X	
92	Herr Kutschaty	SPD	X	
93	Herr Lehne	CDU		X
94	Herr Leuchtenberg	SPD	X	
95	Herr Lienenkämper	CDU		X
96	Herr Lindlar	CDU		X
97	Herr Lindner	FDP		X
98	Herr Link	SPD	X	
99	Herr Dr. Linssen	CDU		X
100	Frau Löhrmann	Grüne	X	
101	Herr Löttgen	CDU		X
102	Herr Lohn	CDU		X
103	Herr Lorth	CDU		X
104	Herr Luckey	CDU		X
105	Herr Lux	CDU		X
106	Frau Meurer	SPD	X	
107	Frau Milz	CDU		X
108	Herr Möbius	CDU		X
109	Frau Monheim	CDU		X
110	Herr Moron	SPD	X	
111	Herr Müller	CDU		X
112	Frau Nell-Paul	SPD	X	

113	Herr Ortgies	CDU		X
114	Herr Dr. Orth	FDP		X
115	Herr Palmen	CDU		X
116	Herr Dr. Papke	FDP		X
117	Herr Peschkes	SPD	X	
118	Herr Dr. Petersen	CDU		X
119	Herr Pick	CDU		X
			Sa.: 9	23

120	Frau Pieper-von Heiden	FDP		X
121	Herr Post	CDU		X
122	Herr Preuß	CDU		X
123	Herr Priggen	Grüne	X	
124	Herr Rasche	FDP		X
125	Herr Ratajczak	CDU		X
126	Herr Reck	CDU		X
127	Herr Recker	CDU		X
128	Herr Rimmel	Grüne	X	
129	Herr Röken	SPD	X	
130	Herr Römer	SPD	X	
131	Herr Dr. Romberg	FDP		X
132	Herr Dr. Rudolph	SPD	X	
133	Frau Rühl	CDU		X
134	Herr Dr. Rüttgers	CDU		X
135	Frau Ruff-Händelkes	SPD	X	
136	Frau Ruhkemper	SPD	X	
137	Herr Sagel	Grüne	X	
138	Herr Sahren	CDU		X
139	Frau Schäfer	SPD	X	
140	Herr Schartau	SPD	X	
141	Herr Schemmer	CDU		X
142	Herr Schick	CDU		X

143	Herr Schittges	CDU		X
144	Herr Schmeltzer	SPD	X	
145	Herr Schmitz	CDU		X
146	Herr Schroeren	CDU		X
147	Herr Schulte	CDU		X
148	Herr Schulte	CDU		X
149	Herr Schultheis	SPD	X	
150	Frau Schulze	SPD	X	
151	Frau Schwarz-Schumann	SPD	X	
			Sa.: 14	18

152	Herr Seel	CDU		X
153	Herr Sendker	CDU		X
154	Herr Sichau	SPD	X	
155	Frau Sikora	SPD	X	
156	Herr Solf	CDU		X
157	Herr Stahl	CDU		X
158	Frau Steffens	Grüne	X	
159	Herr Steinbrück	SPD	X	
160	Herr Prof. Dr. Sternberg	CDU		X
161	Herr Stinka	SPD	X	
162	Herr Stotko	SPD	X	
163	Frau Stotz	SPD	X	
164	Frau Talhorst	SPD	X	
165	Herr Tenhumberg	CDU		X
166	Frau Thomann-Stahl	FDP	entschuldigt	
167	Frau Tillmann	SPD	X	
168	Herr Töns	SPD	X	
169	Herr Trampe-Brinkmann	SPD	X	
170	Herr Tüttenberg	SPD	X	
171	Herr Uhlenberg	CDU		X
172	Herr Unruhe	SPD	X	

173	Frau Veldhues	SPD	X	
174	Herr Dr. Vesper	Grüne	X	
175	Frau Walsken	SPD	X	
176	Frau Watermann-Krass	SPD	X	
177	Herr Weisbrich	CDU		X
178	Frau Westerhorstmann	CDU		X
179	Herr Westkämper	CDU		X
180	Frau Wiegand	SPD	X	
181	Herr Wilp	CDU		X
182	Herr Wirtz	CDU		X
183	Herr Wirtz	CDU		X
			Sa.: 18	13

184	Herr Wißen	SPD	X	
185	Herr Witzel	FDP		X
186	Herr Dr. Wolf	FDP		X
187	Herr Wüst	CDU		X
			Sa.: 1	3

ERGEBNIS

Seite	Ja	Nein	Abwesend	Summe
1	12	11		
2	17	15		
3	15	17		
4	9	23		
5	14	18		
6	18	13		
7	1	3		
Gesamt- summe	86	100	1	

Unterschrift des Schriftführers